Montag, 19. November 1984 - D ★★★

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 272 - 47. W. - Preis 1,20 DM - I H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Ausreisen: Als „besorgniserregend" stuft der Minister für innerdeutsche Beziehungen, Windelen, die hohe Zahl der „DDR"-Bewohner ein, die in die Bundesrepublik ausreisen möchten. Es könne nicht Ziel der Bundesrepublik sein, die „DDR" zu „entvölkern" und so in Schwierigkeiten zu bringen. (S. 4)

Für Anerkennung: Der SPD-Vorsitzende Brandt hat gefordert, die „fruchtlose Diskussion" darüber zu beenden, wie offen die deutsche Frage noch sei. Wer es gut meine mit dem deutschen Volk, müsse sich für die Anerkennung der „DDR" einsetzen. (S. 4)

Eberle: Der im Alter von 58 Jahren gestorbene baden-württembergische Wirtschaftsminister Rudolf Eberle wird am Mittwoch in seinem Wohnort Bad Säckingen beigesetzt. (S. 4)

Berliner Wahlen: Die CDU hat unmißverständlich klargestellt, daß sie keine Stimme an die FDP „verschenken" werde. Gleichzeitig lehnte die Alternative Liste die Tolerierung eines möglichen SPD-Minderheitssenats oder Gespräche darüber ab. (S. 4)

Tschad: Die französische Luftwaffe hat ihre Aufklärungsflüge wiederaufgenommen, nachdem klar geworden ist, daß sich Libyen nicht an eine Vereinbarung über den Truppenrückzug hält. (S. 5)

Bolivien: Die Streitkräfte haben den zerstrittenen Politikern im Zusammenhang mit dem seit fast einer Woche andauernden Generalstreik mit ihrem Eingeifen gedroht. Oberbefehlshaber Sejas Tordoya erklärte, es sei an der Zeit, „unersättlichen persönlichen Ambitionen" Schranken zu setzen.

Mittelamerika: Der künftige nicaraguanische Präsident Ortega schlug US-Präsident Reagan ein Gipfeltreffen vor, um die Spannungen zwischen beiden Ländern abzubauen. (S. 5)

Exkommunikation? Im Streit zwischen Kirche und Regierung in Chile hat der Erzbischof von Santiago, Fresno Larrain, Staatschef Pinochet mit der Exkommunikation gedroht. Wer unter Berufung auf seinen christlichen Glauben die Bischöfe diffamiere, der bringe „seine eigene Gemeinschaft mit der Kirche in Gefahr", erklärte Fresno.

Weltarbeitsorganisation: Polen ist aus der ILO ausgetreten. Grund: Der Verwaltungsrat in Genf hatte einen Untersuchungsbericht „zur Kenntnis genommen", in dem Warschau der Verletzung gewerkschaftlicher Rechte beschuldigt wird.

Heute: Genscher empfängt WEU-Präsidium. – Parteitag der rumänischen KP.

ZITAT DES TAGES



»Es muß wieder gelten: Wer viel leistet, soll auch besser verdienen; er darf nicht durch die höheren Steuern dafür bestraft werden, daß er fleißig und tüchtig ist«

Der FDP-Vorsitzende Hans-Dietrich Genscher in einem Interview der „Bild"-Zeitung, in dem er eine nicht rückzahlbare Ergänzungsabgabe für Besserverdienende ablehnt FOTO: POLY-PRESS

WIRTSCHAFT

Aufschwung: Nach mehrjähriger Stagnation erlebt der Textilmaschinenbau einen Boom. Ein Produktionswachstum um 20 Prozent auf 4,8 Milliarden DM bis zum Jahresende gilt als sicher, auch ein Plus von 25 Prozent wird nicht ausgeschlossen. (S. 9)

Langfristprognosen: Die Anforderungen und Wünsche der Prognosenkonsumenten und das Leistungsvermögen der Prognosenhersteller klaffen häufig weit auseinander, ergab ein Seminar der Daimler-Benz AG in Berlin. (S. 9)

Standard Elektrik Lorenz: Der Gruppenumsatz im ersten Halbjahr sank streikbedingt um 1,2 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum auf 1,74 Milliarden DM. Aufgrund der hohen Auftragseingänge rechnet SEL für das gesamte Jahr jedoch mit einem Umsatzplus von 5 Prozent.

Berlin: Der Abbau von Industriearbeitsplätzen ist nach Angaben von Wirtschaftssenator Pieroth 1984 gestoppt worden. Von Januar bis September habe sich die Beschäftigtenzahl um mehr als 2500 auf rund 156 500 erhöht. Das sei die beste Entwicklung seit Mitte der 70er Jahre.

KULTUR

Celibidache: Ein Jahr vor der Eröffnung des neuen Konzertsaals am Gasteig stehen die Münchner Philharmoniker ohne musikalischen Führer vor einer ungewissen Zukunft. Der streitbare Generalmusikdirektor Sergiu Celibidache (72) hat nach fünf Jahren seine Tätigkeit vorzeitig beendet. (S. 15)

Dürrenmatt: Als eine Huldigung an Platon entpuppte sich eine Vorlesung Dürrenmatts in Frankfurt über das Thema „Kunst und Wissenschaft". Dürrenmatt sieht ihn nicht nur als Vater der christlichen Religiosität und der modernen Wissenschaft, sondern auch als Vater der großen „nicht mimetischen" Literatur. (S. 15)

SPORT

Gymnastik: Bei den Europameisterschaften in Wien gewannen Anelie Ralenkova (Bulgarien) und Galina Beleglasova (UdSSR) am Wochenende gemeinsam den Titel im Vierkampf. (S. 14)

Handball: Der TV Großwallstadt verlor das Hinspiel der ersten Runde im Europapokal der Landesmeister gegen das zweitklassige Team von Septemberfahne Sofia 12:17. (S. 14)

AUS ALLER WELT

Mafia: Einer der führenden Politiker der sizilianischen Christdemokraten, Rosario Nicoletti, hat Selbstmord begangen. In einem Buch waren ihm Beziehungen zur Mafia vorgeworfen worden. (S. 16)

Neubeginn: Das erste jüdische Gymnasium im deutschsprachigen Raum seit der NS-Zeit wird heute in Wien eröffnet. Die jüdische Gemeinde Wiens zählt 9000 Mitglieder. An den Eröffnungsfeierlichkeiten nimmt auch Israels Innenminister Burg teil. (S. 16)

Wetter: Stark bewölkt, im Westen zeitweise bis 10 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Koalition auf der Suche nach Ersatz für Zwangsanleihe

Steuerentlastung für Besserverdienende erst zwei Jahre später?

HEINZ HECK, Bonn

Besserverdienende müssen möglicherweise 1986 als Ausgleich für die verfassungswidrige Zwangsanleihe auf einen Teil ihrer Steuerentlastung verzichten. Das zeichnete sich nach der ersten Sitzung der Kommission ab, die unter Vorsitz von Finanzminister Stoltenberg politische Schlußfolgerungen aus dem Karlsruher Urteil über die Nichtigkeit der Zwangsanleihe ziehen soll. Unterdessen hat der Vorsitzende der westfälischen CDU, Biedenkopf, eine nichtrückzahlbare Ergänzungsabgabe für Höherverdienende vorgeschlagen.

Die Kommission, der neben Stoltenberg die Minister Bangemann (FDP), Blüm und Geißler (beide CDU) sowie die Steuerexperten Gattermann (FDP), Kreile (CSU) und von Wartenberg (CDU) angehören, hatte am Freitagnachmittag ihre Beratungen begonnen. Dabei wurde Bangemann durch Staatssekretär Schlecht vertreten. Vor allem die Sozialausschüsse der CDU hatten nach der Verkündung des Karlsruher Urteils kritisiert, daß die Besserverdienenden nun nicht mehr ausreichend herangezogen würden.

Unter den zahlreichen diskutierten Modellen zeichnet sich vor allem folgendes ab: In der ersten Stufe der Steuerreform (1986) werden die Tarifermäßigungen auf zu versteuernde Jahreseinkommen bis zu 50 000/100 000 (Ledige/Verheiratete) begrenzt. Dadurch wird die Steuerentlastung 1986 von den bisher geplanten elf auf neun Milliarden Mark reduziert. In der zweiten Stufe 1988 bleibt es dagegen bei der bisher geplanten Gesamtentlastung von rund 20 Milliarden Mark. Das bedeutet, daß die Einkommensbezieher, die zur Zahlung der Zwangsanleihe herangezogen worden wären, nun für zwei Jahre auf ihre spezifische Steuerentlastung zu verzichten hätten.

Der Vorteil einer solchen Regelung ist einmal darin zu sehen, daß das geplante Tarifmodell mit seiner dauerhaften Entlastungswirkung „gerettet" würde. Zudem würde es nicht nur die Verteilungsdiskussion innerhalb der Union und der Koalition entschärfen, sondern auch die ohnehin zu erwartende Auseinandersetzung zwischen Bund und Ländern über die Verteilung der Mindereinnahmen.

Die CDU-regierten Länder mit ihrer Mehrheit im Bundesrat wollten ohnehin nicht den auf sie und die Gemeinden entfallenden Anteil an den Steuerausfällen in Höhe von 57,5 Prozent der Reform voll tragen. In dieser Haltung können sie mit voller Unterstützung der SPD-regierten Länder rechnen. Wenn jetzt den Besserverdienenden zwei Jahre lang die Tarifentlastung vorenthalten wird, „sparen" die öffentlichen Hände 1986/87 über vier Milliarden Mark gegenüber den bisherigen Reformplänen. Da die Zwangsanleihe nur eine Kreditaufnahme darstellt, würde sich die Einnahmesituation sogar noch verbessern. Andere Vorschläge wie die von den Sozialausschüssen geforderte stärkere Erhöhung des Grundfreibetrags (nicht um 324/648 Mark, sondern den doppelten Betrag) dürften in der Kommission, die in der letzten Novemberwoche ihre Beratungen fortsetzen will, keine Rolle mehr spielen.

In der kommenden Sitzung dürfte allerdings das Hauptaugenmerk der Frage gelten, ob Investoren befristete Sonderabschreibungen eingeräumt werden sollen. Damit knüpft man an

■ Fortsetzung Seite 8

DER KOMMENTAR

Der nächste Einfall

HEINZ HECK

Seit dem Karlsruher Urteil über die Nichtigkeit der Zwangsanleihe ist eine lebhafte Diskussion darüber im Gange, wie „die Reichen" nun an anderer Stelle getroffen werden könnten. Alle alten Modelle, auch solche, die nach Meinung des FDP-Vorsitzenden Genscher „töter als tot" sind (wie die Ergänzungsabgabe), feierten die Auferstehung.

Öffentliche Vorwürfe der SPD, die Regierung habe die Zwangsanleihe in voller Kenntnis der Verfassungswidrigkeit eingeführt, um die Besserverdienenden letztlich von Belastungen zu verschonen, vergiften zusätzlich die Atmosphäre.

Man kann darüber streiten, ob nach dem Karlsruher Urteil gesetzgeberischer Handlungsbedarf besteht. Eine Regierung, die unter anderem mit dem Ziel der Steuerentlastung angetreten ist, muß sich nicht gerade mit der Erfindung immer neuer Belastungen oder Ersatzsteuern hervortun.

Aber es ist bereits jetzt absehbar, daß die durch zahlreiche Pannen nicht gerade gestärkte Regierung die hier heraufziehende Diskussion um die Wahrung der sozialen Balance nicht durchstehen wird. Der Hinweis der Steuerexperten, daß der diesmal besonders lange Abstand zwischen zwei Steuerreformen die Besserverdienenden mit dem schleichenden Gift der Progression besonders treffe, wird nicht durchschlagen – vor allem deshalb nicht, weil er nicht plakativ und griffig genug ist (im Mai 1985 wird in Nordrhein-Westfalen gewählt).

So gesehen, geht es darum, den Schaden möglichst klein zu halten. Wenn die Steuerreform 1988 in der angestrebten Form vollzogen werden kann, ist dies ein großer Gewinn. Das spezifische Opfer, das Besserverdienende zu bringen haben, wenn man ihnen die Tarifentlastung erst zwei Jahre später, also 1988, gewährt, entspricht in etwa der Belastung durch die Zwangsanleihe.

So weit, so gut. Nur fällt dann die Reform in den oberen Einkommensrängen 1988 entsprechend saftiger aus. Man kann sich schon heute die geharnischten Erklärungen über die Umverteilung von unten nach oben vorstellen, die SPD und Grüne dann mit solchen Rechenbeispielen garnieren werden.

Kohl: „Er war ein großer Patriot"

Nachrufe auf Matthias Walden, der am Samstag in Berlin gestorben ist

ms. Bonn

„Die deutsche Publizistik und vor allem Ihr Verlagshaus hat mit dem Tod von Matthias Walden eine große Persönlichkeit verloren, die ihren Mitbürgern freiheitlichen Patriotismus und Verantwortungsbewußtsein vorgelebt hat." Bundeskanzler Helmut Kohl hat diese Würdigung in einem Beileidstelegramm an den Berliner Verleger Axel Springer geschrieben. Mit dem Kanzler gedachten führende Politiker unseres Landes des weit über die deutschen Grenzen hinaus geachteten Publizisten. Matthias Walden ist am Samstag im Alter von 57 Jahren in Berlin gestorben. Er erlag nach schwerem Leiden einer heimtückischen Krankheit. Walden war neben Axel Springer Mitherausgeber der WELT. Die Redakteure ehrten gestern ihren Kollegen und Freund mit einem stillen Gedenken.

Bundeskanzler Kohl schrieb an Axel Springer: „Matthias Walden war ein großer Journalist. Seine Treue zu Prinzipien verband sich mit einem klaren Blick für politische Entwicklungen, Streitbarkeit mit einem wachen Sinn für Nuancen, Sprachmächtigkeit mit einer profunden Kenntnis historischer Zusammenhänge."

In einem Schreiben an Waldens Familie betonte der Kanzler: „Er war ein großer Patriot und Anwalt der Freiheit, der einen wertvollen Dienst für unser Vaterland geleistet hat. Ich habe ihm für manchen klugen Rat und für seine freundliche Unterstützung zu danken."

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen, sagte in

SEITE 3:
Ein Deutscher im geteilten Vaterland

seinem Nachruf: „Der Tod von Matthias Walden bewegt mich tief. Mag der Tod sein Erscheinen seit einiger Zeit auch angekündigt haben, die Todesnachricht hat für alle, die ihn kannten, eine erschütternde Wirkung. Eine große Liebe zum Vaterland, ein klarer politischer Verstand, ein unerschütterlicher Glaube an die politische Vernunft und eine geschliffene Formulierungskunst zeichneten ihn aus. Er formulierte mit scharfem Intellekt und schrieb mit heißem Herzen. Sein Tod ist für die Zeitungsstadt Berlin ein großer Verlust."

Bundestagspräsident Philipp Jenninger: „Ein eigenwilliger, aber aufrechter und unbestechlicher Mann. Ich war durchaus nicht immer derselben Meinung wie er. Aber eines ist unbestritten: Er war ein deutscher Patriot, ein Mann, der an der Teilung Deutschlands gelitten hat."

Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Hans-Jochen Vogel: „Matthias Walden war ein entschiedener, zuletzt sogar erbitterter Gegner sozialdemokratischer Politik. Dennoch respektiere ich seinen Lebensweg und sein publizistisches Engagement. In der Medien-Geschichte Berlins und der gesamten Bundesrepublik wird er seinen Platz einnehmen." Der FDP-Vorsitzende Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher telegrafierte: „Sie haben einen bedeutenden Publizisten und mutigen Mahner verloren. Wer wie ich Matthias Walden persönlich kannte, war von seiner Gradlinigkeit, seiner Überzeugungstreue und seiner Menschlichkeit besonders beeindruckt."

Shultz nennt Tschernenkos Ansatz „positiv"

DW. Washington/Moskau

Der amerikanische Außenminister George Shultz reist im Januar möglicherweise zu einem Treffen mit seinem sowjetischen Amtskollegen Andrej Gromyko nach Moskau, teilten am Wochenende Regierungsbeamte in Washington mit. Vorbereitende Kontakte hätten bereits stattgefunden, eine definitive Entscheidung sei jedoch noch nicht gefallen.

Shultz bezeichnete Tschernenkos Äußerung in einem Interview mit der US-Fernsehgesellschaft NBC, die USA und die Sowjetunion sollten sich vor allem um Rüstungsbegrenzung und Abrüstung bemühen, als eine „positive Erklärung". Es sei an der Zeit, daß Moskau und Washington auf dem Weg vertraulicher Diplomatie daran gingen, konkrete Ergebnisse zu erreichen.

Der sowjetische Staats- und Parteichef vermied es in dem NBC-Interview, Vorbedingungen für die Wiederaufnahme der Rüstungskontrollverhandlungen zu wiederholen oder bestimmte Verfahrensformen zu verlangen. Tschernenko meinte, wenn die jüngsten Erklärungen der Regierung Reagan über ihren Wunsch nach verbesserten Beziehungen zu Moskau nicht nur Worte bleiben sollen, könnten beide Supermächte „damit beginnen, Fortschritte auf dem Wege zu normaleren Beziehungen und zu einer sichereren Welt zu machen". Doch glaube er nicht, daß die Bedingungen für ein Gipfeltreffen mit Reagan jetzt schon reif seien, zumindest im nächsten halben Jahr noch nicht.

Seite 2: Tschernenko bemüht sich
Seite 8: Die Analyse

Wiesbaden: Bündnis gescheitert?

D. GURATZSCH, Frankfurt

Führende hessische Grüne halten das Bündnis ihrer Partei mit der SPD in Hessen für gescheitert. Wie der hessische Bundestagsabgeordnete der Grünen, Joschka Fischer, am Wochenende auf einer SPD-Veranstaltung in Frankfurt erklärte, könne seine Partei die Bedingungen nicht akzeptieren, an die die SPD ihre jüngsten Zugeständnisse im Genehmigungsverfahren für die Hanauer Nuklearfirmen Alkem und Nukem geknüpft habe.

Inzwischen haben auch Mitglieder der Landtagsgruppe der Grünen der WELT bestätigt, daß sie auf dieser Grundlage ihrer „Basis" auf der bevorstehenden Mitgliederversammlung am 1. Dezember in Lich keine Empfehlung zur Fortsetzung des rot-grünen Bündnisses in Hessen geben würden.

Grund für die neue Kontroverse ist ein nach Auffassung der Grünen erst nachträglich in den SPD-Brief aufgenommener Passus, in dem die Beschränkung der Teilerrichtungsgenehmigung für die Firma Nukem II auf die Verarbeitung von Uran mit einer Anreicherung von weniger als 20 Prozent ihrerseits eingeschränkt wird, wenn es heißt: „mit Ausnahme der dann bestehenden Lieferverträge". Da sich diese Datierung auf einen Zeitpunkt in den 90er Jahren beziehe, könnten bis dahin Länder wie Südafrika, Argentinien, Indien, Irak, Libyen, Pakistan noch mit Nukem Lieferverträge über „atombombenfähiges Material" abschließen. Fischer: „Das geht mit uns nicht. Wie es aussieht, ist die Sache zu Ende."

Seite 4: Weitere Berichte

Diskussion über Spende bewegt FDP

Noch Unklarheiten über begrenzte Vollmacht zur Eröffnung eines Bankkontos

MANFRED SCHELL, Bonn

In der FDP-Führung ist die Art und Weise, wie die Horten-Spende über sechs Millionen Mark abgewickelt worden ist, weiterhin ein vorrangiges Diskussionsthema. Vor dem Hauptausschuß der Partei sagte der FDP-Vorsitzende Genscher, alle Mitglieder des Parteipräsidiums hätten rechtmäßig gehandelt. Besonders dankte er Walter Scheel für die Vermittlung der Spende Ende 1983. Bundestagsvizepräsident Richard Wurbs, damals Bundesschatzmeister der FDP, verwahrte sich gegen „unqualifizierte und unrichtige Behauptungen", aber im „Interesse der Partei" wolle er dazu keine weiteren Erklärungen abgeben. Er dürfte damit vor allem Beschuldigungen gemeint haben, er sei nicht in der Lage gewesen, ein entsprechendes Konto zu eröffnen, und habe eine Verschleierung des Vorgangs gewünscht.

Die Abwicklung dieser Spende ist bislang nicht offengelegt. Wurbs hatte in der WELT erklärt, sie sei außerhalb seines „Verantwortungsbereichs" erfolgt. Außerdem hatte er auf Anfrage bestätigt, daß es in dieser Sache nur eine begrenzte Vollmacht gegeben habe, die aber von ihm nicht genutzt worden sei.

Überraschend ist, daß der FDP ursprünglich ein Spendenbetrag über zehn Millionen Mark avisiert worden war, aber dann nur sechs Millionen eingegangen sind. Der FDP-Vorsitzende Genscher hatte wiederholt deutlich gemacht, daß er den Spender nicht gekannt habe. Unabhängig davon aber ist bekannt, daß Genscher schon im August letzten Jahres davon erfahren hat, daß eine Millionenspende der FDP ins Haus steht. Während seiner Teilnahme an der KSZE-Konferenz in Madrid im September letzten Jahres hat er dort für die Eröffnung eines entsprechenden Sonderkontos speziell für diese avisierte Spende eine „Vollmacht" ausgestellt, die per Kurier nach Bonn geflogen wurde. Diese Vollmacht hatte er allerdings auf 48 Stunden begrenzt. Als der Kurier in Bonn ankam, war ein Teil dieser zeitlichen Limitierung bereits verstrichen.

Die Vorgabe lautete, die Spende würde auf ein einzurichtendes Konto bei einer bereits benannten Schweizer Bank in Zürich eingezahlt. Wurbs fuhr daraufhin zu den Schweizer Bankiers, die allerdings die Eröffnung eines Kontos für die FDP unter diesen Umständen – begrenzte Vollmacht und die Ankündigung eines Millionenbetrages – verweigerten. Wurbs kehrte unverrichteter Dinge nach Bonn zurück. Von da ab kümmerte sich der frühere Bundespräsident Walter Scheel um diese Angelegenheit. Später tauchten dann auf einem Konto bei der Schweizer Tochter der Dresdner Bank sechs Millionen als Spende auf.

Attentat auch gegen Kohl geplant?

Hinweise aus Kairo / Ägyptische Streitkräfte in Alarmbereitschaft versetzt

W. K./DW. Bonn/Kairo

Die Sicherheitsbehörden der Bundesrepublik bemühen sich in der ägyptischen Hauptstadt um Informationen zu einem von Staatspräsident Mubarak am Wochenende gemeldeten Plan eines libyschen Attentates auf Bundeskanzler Helmut Kohl. In Bonn hieß es gestern, dem Kanzleramt lägen bisher keine Erkenntnisse über einen Anschlag vor. Mubarak hatte am Samstag nach einem vereitelten libyschen Mordkomplott gegen einen in Ägypten lebenden prominenten libyschen Oppositionspolitiker erklärt, ihm seien auch Beweise dafür vorgelegt worden, daß Libyen die Ermordung von Bundeskanzler Helmut Kohl und König Fahd von Saudi-Arabien geplant habe. Die ägyptischen Streitkräfte wurden am Sonntag in Alarmbereitschaft versetzt, da Vergeltungsschläge nicht ausgeschlossen wurden, nachdem in Kairo die Festnahme von vier Männern bekanntgegeben wurde, die den ehemaligen libyschen Regierungschef Bakush töten sollten.

Mit einem ausgeklügelten Täuschungsmanöver hatte der ägyptische Sicherheitsdienst Libyen glauben lassen, daß der Mordauftrag ausgeführt wurde. So meldete der libysche Rundfunk am Freitag die „Hinrichtung" von Bakush. Das vermeintliche Opfer trat jedoch am Samstag gemeinsam mit dem Sicherheitschef im Fernsehen auf. Nach Angaben des ägyptischen Innenministers Generalmajor Rushdy handelte es sich bei den Attentätern um die Briten Anthony William Gill (48) und Godfey Chiner (47) sowie um die Malteser Romeo Nicholas Chakambari (42) und Edgar Cacchia (49). Sie seien vom libyschen Botschafter auf Malta, Ali Nejim, für 250 000 Dollar geworben worden. Ihre getrennte Einreise hatte die ägyptische Polizei bereits überwacht. Bei dem Versuch, Ägypter für den Mord zu werben, wurden ihnen Sicherheitsagenten zugespielt. Diese stellten Fotos, die Bakush blutüberströmt am Boden zeigten. Die Bilder wurden Khadhafi in Kreta, wo er sich mit dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand getroffen hatte, übergeben. Kurz darauf verbreitete Radio Tripolis die Meldung, daß der seit 1977 im Kairoer Exil lebende „streunende Hund Bakush hingerichtet" worden sei.

In Bonn ist bekannt, daß von libyscher Seite Druck auszuüben versucht wird, in der Bundesrepublik Deutschland lebende Regimegegner abzuschieben. Für den Fall, daß die Bundesbehörden dies nicht tun, wird mit der Liquidierung dieser Personen gedroht. Seitens der Bundesregierung sind die Forderungen stets nachdrücklich zurückgewiesen worden. Im Frühjahr dieses Jahres stellten sich zwei von Libyen geworbene Ausländer den deutschen Behörden. Sie waren aus Nordafrika via Prag nach West-Berlin mit Sprengstoffaufträgen gekommen.

Lieber rot-grünes Bündnis als eine große Koalition

Die IG Metall markiert ihren Weg / Frage nach SPD-Standort

DW. Frankfurt

Das IG-Metall-Vorstandsmitglied Karl-Heinz Janzen lehnt eine große Koalition zwischen SPD und CDU ab. Dagegen befürwortet er im Interesse der Arbeitnehmer ein rot-grünes Bündnis, falls die SPD nach den bevorstehenden Landtagswahlen im Saarland und in Nordrhein-Westfalen ohne fremde Hilfe nicht regierungsfähig ist. Wenn die Grünen das Zünglein an der Waage werden sollten, müßten sie allerdings in einer Regierung Verantwortung übernehmen, erklärte Janzen in einem Interview der „Sozialpolitischen Nachrichten" der Deutschen Presse Agentur.

Im Gegensatz zu anderen Gewerkschaften – etwa der IG Chemie oder der IG Bergbau und Energie –, hält Janzen eine große Koalition zum augenblicklichen Zeitpunkt für die schlechteste Lösung. „Das würde bei den Grünen zu einem enormen Zulauf führen", sagte Janzen, der in der IG-Metall-Spitze für Sozialpolitik und Technologie zuständig ist. Für die SPD bestünde im Zusammengehen mit der CDU eine große Gefahr. Denn letztlich würde eine große Koalition für die Arbeitnehmer bedeuten, „daß die SPD im Nachgang alles mehr oder weniger sanktioniert".

Im Falle einer rot-grünen Zusammenarbeit hält Janzen eine echte Koalition für besser als eine tolerierte Minderheitsregierung. Für die Bürger müsse während einer Legislaturperiode eine verläßliche Politik erkennbar sein. Grundsätzlich sieht der Gewerkschafter keine entscheidenden Konflikte zwischen den Grünen und den Gewerkschaften. Wenn man dem Thema Umwelt eine größere Bedeutung einräumte, bestünden sogar Chancen für mehr Beschäftigung. Das gelte auch für die Automobilindustrie, wo beispielsweise bei der Nachrüstung von Kraftfahrzeugen mit Katalysatoren neue Arbeitsplätze geschaffen würden.

Der Bundesvorstand der Grünen hat inzwischen sein Gesprächsangebot an den DGB erneuert. Ein Einstieg in den Dialog mit der Gewerkschaftsspitze könne aber auch mit Einzelgewerkschaften versucht werden, wenn diese dazu bereit seien.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Knete in Grün

Von Enno v. Loewenstern

Jedenfalls haben die Grünen das Wichtigste geklärt: die Geldfrage. Wenn es nicht klappt mit der Rotation in Hannover, dann bekommen die verhinderten Nachrücker so viel, als wenn sie nachgerückt werden. Da weiß man doch wenigstens, was die Rotation soll.

Ansonsten hat der schwäbische Grüne Hasenclever Sturm geerntet mit seiner Forderung, Verantwortung zu übernehmen. In Berlin sprachen sich die Alternativen gegen Tolerierung eines eventuellen SPD-Senats aus. Das kann die CDU in Sicherheit wiegen und sich bis zur Wahl ändern; jedenfalls aber unterstreicht es das Prinzip der Verantwortungslosigkeit. Und in Hessen naht für Börner die Stunde der Wahrheit gemäß dem Grünen-Beschluß vom 7. Oktober: „Die Grünen verlangen die Stillegung der Hanauer Nuklearbetriebe."

Da meldet sich Karl-Heinz Janzen von der IG Metall mit der Erklärung, Große Koalitionen zwischen SPD und CDU seien abzulehnen, vielmehr lägen rot-grüne Bündnisse nach den Wahlen in Saarland und Nordrhein-Westfalen „im Interesse der Arbeitnehmer".

Wieso das – liegen Betriebsstillegungen bei Zukunftsindustrien, die Zehntausende arbeitslos machen würden, im Interesse dieser Menschen? Janzen hat andere Sorgen: Große Koalitionen würden „bei den Grünen zu einem enormen Zulauf führen" und überhaupt bedeuten, „daß die SPD im Nachgang alles mehr oder weniger sanktioniert und unterschreibt, was seit der Wende gegen die Arbeitnehmer stattgefunden hat."

Leichtfertige Betriebsstillegungen aus ideologischen Gründen gehören nicht dazu. Aber das muß einen Gewerkschaftler der neuen Schule ja nicht interessieren. Gewisse Regionen Deutschlands beginnen, wirtschaftlich uninteressant zu werden. Ob die vernünftig regierten Regionen rotgrüne Sabotage auch in Zukunft brav durch horizontalen Finanzausgleich belohnen, wird zur Preisfrage für die Arbeitnehmer. Aber nicht für ihre Vertretung. Wer beherrscht diese Republik – Flick? Es wird immer kurioser.

Das Beispiel Arocena

Von Günter Friedländer

Ein US-Bundesgericht hat den Exilkubaner Eduardo Arocena, der mit seiner Organisation „Omega 7" in Miami und New York Terrorakte gegen Fidel Castros Regime organisierte, zu lebenslanger Haft verurteilt. Vor der Urteilsverkündung sagte Arocena seinem Richter, daß er an den beiden Attentaten, die man ihm zur Last legte, nicht beteiligt war, fügte aber hinzu, er unterstütze „alle Taten meiner Gesinnungsgenossen."

Der Richter antwortete ihm bei der Urteilsverkündung: „Dieses Gericht hat keinen Zweifel daran, daß Arocena an seinen Feldzug gegen Castro und den Kommunismus glaubt. Das Problem ist, daß Arocena für sein politisches Ziel Mittel benutzte, die die Gesetze unseres Landes verletzen."

Arocenas Ehefrau erklärte stolz, ihr Mann sei ein Patriot und kein Terrorist. Viele Exilkubaner teilen diese Meinung und sind über die Härte des Urteils entsetzt. Ein Führer der im Exil lebenden Kubaner sagte: „Man mag mit seinen Methoden nicht einverstanden sein, aber Arocena ist ein bewundernswerter Mann. Jeder kämpft nun einmal auf seine eigene Art."

Während in den USA Terror ohne Rücksicht darauf verfolgt wird, welchem Ziel er dient, bildet Fidel Castro seit vielen Jahren Terroristen gegen alle demokratischen Regierungen Lateinamerikas aus und bewaffnet sie. Während die Gerichte der USA keine Semantik dulden, mit denen Terroristen zu Helden gemacht werden, macht man in Kuba aus Terrorbanden, die der „richtigen" Sache dienen, Befreiungsbewegungen.

Nicht nur in Kuba. Der puertoricanische Terrorist William Morales floh in New York aus einem Gefängnishospital und bat in Mexiko in einem Brief an den Präsidenten um Asyl: „Ich weiß genau, daß Mexiko mich niemals ausliefern wird." Er hat recht, obwohl jede Demokratie im Kampf gegen den Terrorismus an der Seite aller Rechtsstaaten stehen sollte. Wie ernst die Entwicklung auf dem Gebiet des Terrors geworden ist, zeigen die Meldungen aus schiitischen Ausbildungslagern und jetzt die Mitteilungen Mubaraks. Die Regierung Reagan hat dem Terrorismus einen weltweiten Kampf angesagt. Sie ist dazu legitimiert, weil sie keine Zweideutigkeiten zuläßt.

Ganz locker

Von Dankwart Guratzsch

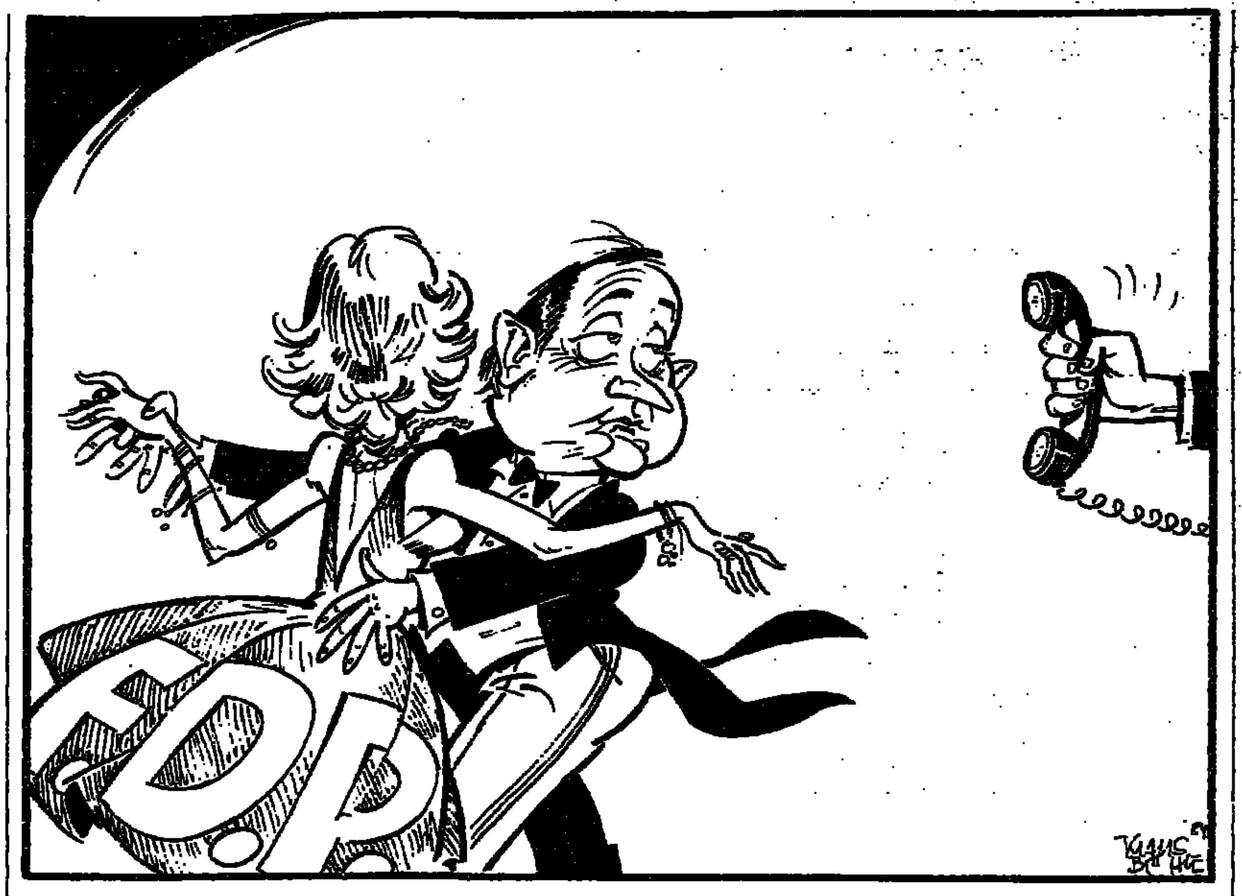
Volker Hauff, Spitzenkandidat der Frankfurter SPD für die Kommunalwahl am 10. März 1985, hat seine Karten aufgedeckt. Danach sieht Schmidts einstiger Forschungsminister seine Chance gegen den populären CDU-Oberbürgermeister Walter Wallmann nicht in billiger Polemik gegen dessen neues und schöneres Frankfurt, sondern in Wirtschafts- und Technologieparolen, mit denen die Frankfurter SPD an ihren Nachkriegs-OB Kolb anknüpfen möchte. Statt Mäkelei „Mut" – so das Kürzel für Hauffs Vision von einer Umwelttechnologiemesse, die er im Fall eines Wahlsiegs nach Frankfurt holen will.

Der Frankfurter SPD-Unterbezirk, seit langem einer der linkesten und rebellischsten, wirkte wie umgepolt. Hauffs Trick, den Genossen die Wende mit der Zauberformel Umweltschutz zu versüßen, hatte sie hingerissen.

Hauff will in Frankfurt „beispielhafte Lösungen für Umweltschutz" demonstrieren, und er will die Konzentration von Firmen und wissenschaftlichen Einrichtungen fördern, die sich mit Umweltforschung und -technologie befassen. Aufgezählt werden Unternehmen, die bei den Frankfurter Genossen bisher als Umweltsünder verrufen waren – von den Hoechster Farbwerken bis zur Degussa, von der Metallgesellschaft bis zur AEG. Umworben werden Ingenieure und auch Banken, bei denen das Interesse an dem neuen Wirtschaftszweig wachse.

Fast gleichzeitig appellierte in Frankfurt auf einem Strategiekongreß der Jungsozialisten SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz an die Parteijugend, das Thema „Ökologische Modernisierung" als „Klebstoff" einzusetzen, mit dem die jüngere technische Intelligenz, Ingenieure, aber auch Handwerk und Handel an die SPD gebunden werden könnten. Hauffs Frankfurter Programm liegt also auf einer neuen Parteilinie, mit der die SPD auf den Schock der Wahlergebnisse in Baden-Württemberg reagiert.

Die Partei fischt gleichzeitig im grünen und im schwarzen Wasser – auf die Gefahr hin, daß sie dabei ins Trübe gerät. Als ein Frankfurter Delegierter von seinem Unterbezirksvorsitzenden wissen wollte, wo die „Milliarden" für das Programm herkommen sollten, meinte Martin Wentz (der sonst den amtierenden OB den „größten Schuldenmacher aller Zeiten" nennt): „Das verteilt sich über vier bis sechs Jahre, da kommt eine Milliarde ganz locker zusammen."



„Herr Genscher, bitte ans Telephon!" KLAUS BÖHLE

Tschernenko bemüht sich

Von Herbert Kremp

Natürlich ist das zweite Interview innerhalb von zwei Monaten, das Tschernenko amerikanischen Journalisten gegeben hat, ein Signal. Ein Signal wofür? Gehen wir von drei Tatsachen aus, die den Sowjets nicht verborgen geblieben sind und denen sie in irgendeiner Form Rechnung tragen müssen:

Erstens: Es war nachgerade eine Woge des Vertrauens, die Ronald Reagan zum zweitenmal in das Präsidentenamt der Vereinigten Staaten beförderte. Nach langer Unterbrechnung ist die Kontinuität amerikanischen Regierens wiederhergestellt. Die Regierung in Washington verfügt nach der ersten Amtsperiode Reagans über ein großes Kontingent außenpolitischer Erfahrung und sicherheitspolitischer Entschiedenheit.

Zweitens: Bestätigt wurde ein „neues Amerika", das heißt eine Schicht von Entscheidungsträgern in der Verwaltung, der Wirtschaft und der militärischen Sicherheit, die sich von den früheren Eliten grundsätzlich unterscheidet. Sie ist nicht mehr vom „großen Zögern" jener Garnitur geprägt, die Vietnam und Watergate, also die innere und äußere Niederlage der Vereinigten Staaten, zu verarbeiten hatte. Die neue Schicht ist nach den ersten vier Jahren Reagan konsolidiert und handelt auf allen Gebieten selbstbewußt, entsprechend der Größenordnung ihrer Aufgabe.

Drittens: Das Fortschreiten der Zukunftsindustrien hat eine Geschwindigkeit erreicht, die Amerika über das Bezugsfeld der Ost-West-Konkurrenz hinausführt. Die Konsequenzen in der Waffenentwicklung sind so weitreichend, daß die Sowjetunion an der Wiederaufnahme von Gesprächen über Rüstungsbegrenzung und Abrüstung interessiert sein muß. Unmittelbarer Auslöser ist das Weltraum-Programm der USA. In erster Linie diesem Thema gilt das Signal Tschernenkos.

Die drei Faktoren machen die Eigenart des sowjetischen Signals offenkundig. Tschernenko operiert nicht aus der Position der Stärke. Er unternimmt vielmehr den Versuch, den Zuwachs amerikanischer Stärke zu verhindern. Die Sowjets müssen befürchten, daß die Vereinigten Staaten technisch in der Lage sind, das Fenster der Verwundbarkeit im Weltraum zu schließen. Wenn die Interkontinental-Raketen Moskaus die USA nicht mehr erreichen können, verliert das mühsam errichtete Gebäude der sowjetischen Strategie einen entscheidenden Eckstein. Aus diesem Grunde kommt Tschernenko in seinem neuesten Interview auf den Abbruch der Verhandlungen über Mittelstrecken-Raketen in Genf und auf den Streit um die amerikanische Nachrüstung in Europa nicht zurück. Diese Sache wurde von einer dringlicheren Sache überholt. Dementsprechend gibt es auch keine „Vereisung" der Beziehungen zwischen den Weltmächten. Im Gegenteil: Tschernenko plädiert für Verhandlungen.

Diese Situation ist für die Vereinigten Staaten günstig. Außenminister Shultz ergriff deshalb sofort die Gelegenheit, in einem positiven Kommentar zu Tschernenkos Äußerungen den in Griffweite liegenden Faden aufzunehmen. Dabei macht sich in Washington wohl niemand *über die Taktik der sowjetischen* Seite Illusionen. Tschernenko beharrt auf der Bringschuld der Amerikaner. Konsultationen über eine breite Skala weltweiter Probleme, wie Reagan sie vor den Vereinten Nationen vorgeschlagen hatte, lehnt er ab. Verhandeln möchte er zunächst über Rüstungsbeschränkung im Weltraum, das Einfrieren der Atomwaffenbestände, den Verzicht auf einen nuklearen Erstschlag und ein totales Atomwaffenversuchs-Verbot. Auf diesen Gebieten erwartet Tschernenko amerikanische Vorschläge, das heißt, Entgegenkommen. Er erwartet die Bereitschaft zu Moratorien, unter denen ihn eigentlich nur eines interessiert: Der Stopp des amerikanischen Weltraumprogramms.



Angst vor dem Weltraum-Programm: Tschernenko FOTO: AP

Tschernenko setzt also die bisherige sowjetische Taktik, die Gegenseite zu unhonorierten Vorleistungen zu bewegen, fort. Diesmal auf dem Gebiet des Weltraums. Er erklärt wie ein Sittenrichter, atomare Rüstungsbegrenzung (im Weltraum) müsse für die zweite Amtsperiode Reagans „oberstes Gebot" sein. Er verschreibt dem Rest der Welt seine Prioritäten, die Wahrung seiner Interessen, als Heilmittel. Um die westliche Öffentlichkeit, in erster Linie die Verbündeten der USA, in seinem Sinne in Position zu bringen, stellt er ein Gipfeltreffen mit Reagan in Aussicht. Dieses könne aber frühestens in einem halben Jahr stattfinden und sei an „Fortschritte" im Sinne der sowjetischen Wunschliste gebunden, verfügt er. Die Aussicht auf den Weltmächte-Dialog soll westliche Regierungen dazu verführen, wie schon in der Nachrüstungs-Frage „Druck" auf Washington auszuüben.

Wer die amerikanische Entwicklung verfolgt hat, weiß, daß diese Rechnung nicht aufgehen wird. Washington läßt sich nicht mehr unter Druck setzen. Reagan ist interessiert an Verhandlungen über Rüstungsbegrenzung und Abrüstung. Derartige Verhandlungen stehen aber nicht im Zeichen einseitiger sowjetischer Interessenwahrung. Es ist jetzt Sache Moskaus, materielle und nicht propagandistische Vorschläge zur Rüstungsbegrenzung vorzulegen. Dies muß, wie Außenminister Shultz betont, in den Formen „stiller Diplomatie" geschehen, nicht in der Sprache von Werbesendungen. Die Vereinigten Staaten haben nach der Konsolidierung ihrer Politik keine Veranlassung, den Sowjets Morgengaben zu überbringen. Sie werden nur das geben, was auch die andere Seite zu geben bereit ist.

IM GESPRÄCH Gerhard Kunz

Ein Verlust für Berlin

Von Hans-Rüdiger Karutz

Unter den Vierzigjährigen in Bonn, den kommenden Männern der Nach-Kohl-Generation, war er eine elegante Erscheinung: Gerhard Kunz (CDU), heute Finanzsenator in Berlin, von 1977 bis 1981 als einer der parlamentarischen Geschäftsführer der Union der Lieblingsschüler von Helmut Kohl. Die Ernennung von Wolfgang Schäuble zum „Supervisor" im Kanzleramt erinnert daran, daß der 42jährige Berliner aus dem Sudetenland zu den engsten Anwärtern auf die Jenninger-Nachfolge gehört hätte, wäre er vor drei Jahren den Werbungen Richard von Weizsäckers und der Berlin-Bitte seines Chefs gegenüber taub und im Bundestag geblieben.

Berlins sorgsamer Hüter der zur Hälfte aus Bonn gefüllten Haushaltskasse fehlte an diesem Wochenende auf dem lokalen CDU-Parteitag: Er kehrt aus Japan zurück, wo er eines der zukunftsweisenden Projekte Berlins unter Dach und Fach brachte. Die Ruine der Botschaft, die Japan einst in Berlin unterhielt, wandelt sich zum Treffpunkt der „eggheads" aus Wissenschaft, Technologie und Politik.

Ob ihn die Parteifreunde vermissen, steht dahin: Die Ankündigung des exzellenten Juristen und Rechtsanwalts, die Politik nach den Berliner Wahlen im März 1985 vorerst aufzugeben, trug ihm den Ingrimm mancher CDU-Funktionäre ein.

Aber Mut zur Wahrheit war immer ein Lebensprinzip des immer noch jungen Mannes, der das warme Nest eines Senatsamtes veläßt. Der Mann aus Komotau, in einem Dorf bei Magdeburg aufgewachsen und als Oberschüler in West-Berlin an das harte Brot der Selbstbehauptung gewöhnt, wechselt aus freien Stücken in die Wirtschaft. Vom Bankwesen ist die Rede. Und unter den vielen Politikern, die in den letzten Jahren aus der Politik in die Wirtschaft überwechselten, ist er vielleicht der einzige, der seinen Posten keiner Protektion verdankt, sondern seiner Tüchtigkeit. Zudem steht Kunz für das, was zur Zeit der Wende als „Genscher-Syndrom" verketzert wurde – die Tüchtigkeit derer, die als Flüchtlinge von drüben aus dem Nichts kamen, vor dem Nichts standen und sich gegen das Nichts durchsetzten.

Sein Ehrgeiz ließ ihn im Sommer 1981 nach dem Stern des Innensena-



Nicht beim Chor der Jammernden: Kunz FOTO: [illegible]

tors greifen. Aber Weizsäcker befand: „Herr Kunz, Sie sehen dafür zu jung aus!" Also ab ins zweitwichtigste Amt nach dem „Regierenden". Kunz nahm dem Senat den Alpdruck von drei in der mittelfristigen Planung fehlenden Milliarden von der Brust. Er bildete mit Heinrich Lummer und Rupert Scholz in der Hausbesetzerfrage die „Bis-hierher-und-nicht-weiter"-Frontlinie.

In der Senatsrunde nutzte er seine kunstvoll schwingende Eloquenz, um auch dem liberalen „Sonnengott" vor versammeltem Hof die Meinung zu sagen. Wer bei Kunz aus dem schmalen Wuchs auf zarte Saiten schlösse, täuschte sich: Auch unter Weizsäckers Nachfolger Eberhard Diepgen, mit dem er die Kletterpartie in der Union teilte, machte Kunz stets von seinem gesegneten Verstand Gebrauch. So mancher Parteifreundesfuß trägt Narben dort, wo Kunz auf ihn trat.

Um der Sache willen focht er vor einem Jahr im Sinne Kohls für Hanna-Renate Laurien als Weizsäcker-Erbin. Als die Partei auf Diepgen bestand, blieben Irritationen zwischen Diepgen und dem Kommilitonen von einst nicht aus. Nach Weizsäckers Weggang sucht Gerhard Kunz, Karatesportler, wieder als „einsamer Jäger" seine persönliche Fährte.

Er wird auch künftig nicht zu den Halbherzigen oder Nörglern gehören, die in diesem Land so beliebt sind. An seinen Lebenshorizont hat Kunz das Wort des Römers Marc Aurel geschrieben: „Stimme nicht ein in den Chor der Jammernden ..."

DIE MEINUNG DER ANDEREN

SÜDWEST PRESSE

Die Ulmer Zeitung meint zur Spendendebatte:

Sache ist: Union, SPD und FDP erhielten Spenden aus der Wirtschaft und/oder großen Organisationen. Alle Parteien brauchen Spenden, weil sie ohne solche Zuwendungen ihren Aufgaben nicht nachkommen können. Aber viele dieser Spenden wurden nicht nach den Vorschriften gegeben, verbucht und veröffentlicht. Wie sind die erkannten Rechtsverletzungen zu bewerten, und welche Schlüsse sind aus der unrechten Spendenpraxis für die Zukunft zu ziehen? Das ist der Punkt ... Die Sprecher der Parteien nahmen die Chance nicht wahr, sie wiesen bloß mit Fingern aufeinander.

NEUE ZÜRCHER ZEITUNG

Nach der Wiederwahl Reagans rechnet sie mit einer „neuen", auf Ost-West-Ausgleich ausgerichteten Außenpolitik der USA:

Reagan hat, gemäß seinem Denken und seinen politischen Prioritäten, seine ersten vier Jahre vor allem der Innen- und der Wirtschaftspolitik sowie dem überragenden Anliegen einer Stärkung des amerikanischen Selbstgefühls gewidmet ... Dieses Ziel ist weitgehend erreicht, und es ist denkbar, daß nach der Neuordnung des eigenen Hauses ein neuer Anfang in der Welt gesucht wird. Wer sich mehr von der Geschichte als von aktuellen Befürchtungen und personellen Antipathien beraten läßt, darf vermuten, daß eine „neue" amerikanische Außenpolitik auch unter Präsident Reagan mehr von der Suche nach Frieden und Ausgleich als von Konfrontation geprägt wäre. Innere Stärke und nationales Selbstgefühl haben Amerika bis jetzt immer zu einem Garanten von Sicherheit und zu einem großzügigen Partner auf der Weltbühne gemacht – für Freund und Feind.

DAILY EXPRESS

Zur Rückkehr von Stalins Tochter in die Sowjetunion bemerkt das Londoner Blatt:

Es ist leicht, die Gefühle zu verstehen, die Stalins Tochter Swetlana nach 17 Jahren im Westen wieder in die Sowjetunion zurückgetrieben haben: Schuldgefühle, Nostalgie, Heimweh. Die Anziehungskraft von Mütterchen Rußland, im Gegensatz zum System des Bösen, das das Land versklavt, ist groß. Nachdem dies gesagt ist, finden wir Swetlanas unberechtigte Verhöhnung der „sogenannten freien Welt" geschmacklos. An den Freiheiten, die sie gerade hinter sich gelassen hat, gibt es nichts „Sogenanntes", wie sie jetzt erkennen wird, da sie sie nicht mehr genießt.

Die SPD als Hilfsorgan der Aggression in Mittelamerika

An ihren Absichten ließen die Comandantes nie einen Zweifel / Von Werner Thomas

Der komplizierte Konflikt wird nach einem schlichten Schema beurteilt: Die reaktionäre Reagan-Regierung will eine fortschrittliche Revolution vor der Haustür zerstören. Das große Amerika läßt das kleine Nicaragua nicht in Frieden leben. Goliath und David in Mittelamerika. Brandt wirft gern Afghanistan in die Debatte.

Bleiben wir bei diesem Vergleich. Die Sowjets hatten sowohl Afghanistan als auch Nicaragua unterwandert. In Afghanistan lief nicht alles nach Wunsch, deshalb stürzten sie das von ihnen lancierte Regime wieder und marschierten zugleich ein. Damit sind sie in Afghanistan zunächst festgehalten, und ein Schutz bedrohter Nachbarn steht noch nicht zur Debatte. In Nicaragua lief es bisher so ziemlich nach Wunsch, also treibt Moskau die Revolution weiter, und die USA fühlen sich zum Schutz der bedrohten Nachbarn genötigt.

Nach der Machtübernahme der Comandantes verkündeten Transparente in Managua: „Wenn Nicaragua gesiegt hat, wird auch El Salvador siegen." Bei den Feiern zum ersten Jahrestag des Triumphes der Sandinisten nannte der (später ermordete) Grenada-Premier Maurice Bishop einen umjubelten Fahrplan: „Morgen El Salvador, übermorgen Guatemala, dann ganz Mittelamerika." Der Comandante Tomas Borge versicherte dem „Playboy" im letzten Jahr, die Revolution in dieser Region sei „unaufhaltsam".

Heute tun die Comandantes auf einmal so, als wüßten sie nichts von Aggression gegen Nachbarn. Aber keine Parole wurde zurückgenommen, und in der nicaraguanischen Hauptstadt Managua befindet sich nach wie vor die Kommunikationszentrale der salvadorianischen Rebellenbewegung Farabundo Marti (FMLN). Viele der 3000 kubanischen Militärberater drillen auf nicaraguanischem Gebiet FMLN-Kämpfer. Palästinensische Piloten und Libyer fliegen nachts Waffen nach El Salvador. Melida Anaya („Ana Maria") und Salvador Cayetano Carpio („Marcial"), zwei zerstrittene Führer der FMLN, wurden Anfang 1983 in ihrem Wohnort Managua ermordet.

Es handelt sich um eine marxistische Revolution. Nicaraguas Verteidigungsminister Humberto Ortega, der jüngere Bruder des Junta-Chefs und neuen Präsidenten, erklärte im August 1981 vor Militärs: „Ohne Sandinismus können wir keine Marxisten-Leninisten sein. Der Sandinismus kann ohne Marxismus-Leninismus nicht revolutionär sein." Joaquin Villalobos ist nicht nur der mächtigste Comandante der salvadorianischen Partisanen, sondern auch der doktrinärste Marxist. Der Dichter Roque Dalton wurde auf seinen Befehl wegen ideologischer Abweichung hingerichtet.

Ein revolutionäres El Salvador oder ein revolutionäres Guatemala würden den gleichen Weg gehen wie das revolutionäre Nicaragua: Blockwart-Verbände, [illegible] ein aufgeblähter Armee- und Sicherheitsapparat. Schließlich: eine ruinierte Wirtschaft.

Die Mittelamerika-Krise hat im amerikanischen Wahlkampf keinen zentralen Platz eingenommen, weil sich die Rivalen in vielen Punkten einig waren. Der Vorschlag einer Quarantäne Nicaraguas stammt von Walter Mondale. Auch ein Präsident Mondale hätte nicht zugelassen, daß die Sandinisten ihre Revolution über die Grenzen tragen.

Wenn sich die Comandantes auf ihre eigenen Probleme konzentrierten, auf die desolate Wirtschaft beispielsweise, wenn sie die Kubaner nach Hause schickten und die weitaus größte Armee der Region (120 000 Soldaten und Milizen bei nur drei Millionen Einwohnern) angemessen reduzierten, kehrte bald Ruhe ein in Mittelamerika.

Genau diese Forderungen liegen bei den amerikanisch-nicaraguanischen Verhandlungen im mexikanischen Manzanillo auf dem Tisch. Die Reagan-Regierung bietet als Gegenleistung unter anderem das Ende der CIA-Hilfe für die antisandinistischen Rebellen, den Abbau der militärischen Einrichtungen in Honduras und die Wiederaufnahme der Wirtschaftshilfe. Aber die Comandantes wollen nicht auf die Aggression verzichten.

Vielleicht könnten ihre deutschen Freunde sie über die Realitäten aufklären. Aber die SPD hat im Nicaragua-Konflikt die wohl traurigste Rolle gespielt. Sie hat die international unerfahrenen Comandantes nie gewarnt. Sie hat sich geradezu servil verhalten. Hans-Jürgen Wischnewski beispielsweise ließ sich in Managua „Comandante Hans" schmeicheln, und sie haben immer auf die Amerikaner eingeschlagen. Die SPD applaudierte einem Wahlkampf, bei dem die Sandinisten die Kundgebungen der Kontrahenten mit Pöbelbrigaden sprengten. Die SPD warnt auch jetzt nicht. Wenn in Manzanillo kein Friede für die Region herauskommt, trägt die SPD ihr gerüttelt Maß Mitschuld daran.

Ein Deutscher im geteilten Vaterland

Von WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Als ich das Manuskript las, durchfuhr mich die Eingebung wie ein Schwert: Hier hältst du das Vermächtnis des begnadeten Journalisten Matthias Walden in den Händen. Mich traf die geistige Energie wie ein Laserstrahl, in dessen Lichtblitz sich die Erfahrungen eines ungewöhnlichen Menschenlebens bündeln. Am 3. November veröffentlichte DIE WELT den letzten Artikel ihres Mitherausgebers unter dem Titel „Demokratische Wert- und demokratische Weltordnung". Am 17. November starb Matthias Walden nach schwerer Krankheit.

Der Mensch ist Geist, die Situation des eigentlichen Menschen seine geistige Situation, schrieb Karl Jaspers. Und Geist wird Sprache, seit Gott, wie im Alten Testament bekundet, den Tag und die Nacht, den Himmel und die Erde und das Meer benannt hat. Im Gegensatz dazu ist das gedruckte Zeitungswort flüchtig; aber Matthias Walden philosophierte nicht, sondern traf eine Feststellung, als er sagte: „Wir alle, die wir schreiben und veröffentlichen, tragen Partikel zu einem großen Ganzen bei, wirken mit an der Darstellung einer Wirklichkeit, die – bliebe sie undargestellt – eine jeweils ganz andere Zukunft hätte." Welche Wirklichkeit, welche Zukunft?

Teilhard de Chardin sprach von der Schaffung eines Nervensystems der Menschheit, der Erarbeitung eines gemeinsamen Bewußtseins, von der Verkittung der menschlichen Menge. Er sah unsere Erde von einer „denkenden Hülle" umzogen, überspannte die Biosphäre der Tiere mit einer „menschlichen Sphäre" der Reflexion, der bewußten Erfindung, der „empfundenen Vereinigung der Seelen". Eine neue Wirklichkeitsordnung vollziehe sich durch Evolution.

An der „denkenden Hülle" mitgewirkt

Matthias Walden sagte es bescheidener, meinte aber in der gedanklichen Konsequenz dasselbe. Er hat – auch im Sinne Teilhards – unvergängliche Partikel zum Ganzen beigetragen und unverlierbar an der Darstellung der Wirklichkeit, die der Menschheit Zukunft ist, mitgewirkt. Diese Gewißheit leuchtet durch die Trauer über den Verlust des in seiner Personalität unersetzbaren Journalisten, des nicht nur vielfach geehrten, sondern verehrten Kollegen, des Freundes.

Es gehört zu den Arabesken dieses unvergleichlichen Journalistenlebens, daß Matthias Walden an der Wiege des Berufs ein ganz anderes Lied gesungen wurde. Mitten im Kriege – Matthias Walden war 16 Jahre alt – fragte der Klassenlehrer nach den Berufswünschen seiner Schüler. Walden hat berichtet: „Als ich arglos antwortete, ich beabsichtige Journalist zu werden, brach die Klasse in brüllendes Gelächter aus." Und sein Klassenlehrer gab ihm den Rat: „Für diesen Beruf, den Sie sich da ausgesucht haben, muß man erstens viel wissen und zweitens viel können. Beides trifft auf Sie, wie Sie wissen sollten, nicht zu. Ich rate Ihnen deshalb dringend, sich etwas anderes auszusuchen."

Die Anregung zu seinem letzten Artikel in der WELT schöpfte Walden aus dem Alltag. In einem Kommentar für die WELT am SONNTAG hatte er von der „demokratischen Wertordnung" geschrieben, zu lesen stand jedoch der Begriff „demokratische Weltordnung". Dieser Druckfehler gab ihm in der Hellsichtigkeit, die der herannahende Tod wecken kann, das Thema der Menschheit unserer Zeit ein, das auch das Lebensthema des Journalisten Matthias Walden war. Er formulierte es in dem WELT-Artikel ohne jede Umschweife so:

„Die Sowjets streben nachweislich die Weltherrschaft an. Ihre Weltordnung wäre keine Wertordnung, sondern die Ausdehnung gewaltsamer Machterhaltung auf das ganze Erdenrund. Gediehe die demokratische Wertordnung aber zur Weltordnung, dann wäre das ein Segen für die Menschheit."

In diesen zwei Sätzen offenbart sich die Gabe Waldens, seine Gedanken als Bild und Gegenbild, welches mitunter – wie in diesem Fall – zum Widerbild wird, sichtbar zu machen. Wie alles, was Matthias Walden schrieb, entspringt das Bild der freien Welt und das Widerbild der Sowjetherrschaft nicht gedanklicher Abstraktion, sondern persönlich Erlebtem. Am 16. Mai 1927 in Dresden als Otto Eugen Wilhelm Freiherr von Saß geboren, wuchs er in einem strikt gegen den Nationalsozialismus eingestellten Elternhaus auf. Sein Vater war Schriftsteller. Ein Kind noch, stand er mit dem Vater vor den Trümmern der Dresdner Synagoge. Als Fünfzehnjähriger diente er an einem Flakgeschütz „mit halbautomatischem Schubkurbelfallkeilverschluß", wie er mit pointierter Präzision anmerkte, und als Siebzehnjähriger saß er im Luftschutzkeller, als seine Heimatstadt im Feuersturm der Bomben verglühte. „Damals", so hat er bezeugt, „empfand ich pazifistisch. Es waren die Sowjets, die mir das gründlich ausgetrieben haben".

Den Sowjets als Vollstreckern diktatorischer Macht ist er zweimal als Flüchtling begegnet. Das erste Mal, als seine Familie vor der heranrückenden Roten Armee in Todesnot Dresden verließ; das zweite Mal, als er nach ersten Berufsjahren bei der Dresdner Tageszeitung „Die Union", in denen er seine Erfahrungen mit sowjetischen Zensuroffizieren sammelte, auf Geheiß der Besatzungsmacht aus der Redaktion gefeuert wurde. 1950 ging er nach Berlin und nahm das Pseudonym Matthias Walden an, um seine zurückgebliebenen Verwandten nicht zu gefährden.

Als in Berlin die Mauer errichtet wurde

Dem Bild des Sowjetmenschen hat Walden das Bild des Russen oder der Russin gegenübergestellt. Zum Beispiel das Bild jener sympathischen alten Dame, die einst Hauslehrerin im zaristischen Rußland gewesen war und die er als Kind in Dresden als Vermieterin der elterlichen Wohnung kennengelernt hatte.

Matthias Walden hat die Quersumme seiner Nachkriegsjahre in Dresden in zwei ganz persönlich gehaltenen Sätzen niedergeschrieben. Er habe erlebt, wie die Sowjets die experimentelle, kontingentierte Demokratie, die sie zunächst zugestanden hatten, rigoros abwürgten und mit der Sowjetisierung der sächsischen Heimat begannen: „Mein kleiner jugendlicher Widerstand an meiner alten Schreibmaschine vermochte das nicht aufzuhalten". Fortan hat diese Erfahrung seine journalistische Arbeit geprägt. *Zuerst bis 1956 als Kommentator beim RIAS*, sodann als stellvertretender Chefredakteur beim Sender Freies Berlin, dessen Chefkommentator er später wurde, seit 1980 als Chefkommentator beim Verlagshaus Axel Springer und seit 1981 auch – neben Axel Springer – als Mitherausgeber der WELT.

Seine Dresdner Erfahrungen bestätigten sich immer wieder neu. Er dachte an Dresden, als er im Qualm der Rauchbomben mitansehen mußte, wie in Berlin die Mauer hochgezogen wurde. Damals saß er einem jungen SED-Armisten gegenüber, der in den *Westteil der Stadt geflohen* war. Und er dachte an Dresden, als die Sowjets Afghanistan mit Krieg überzogen – bis auf weiteres letztes Glied in der, wie Walden schrieb, „eisernen Kette solcher Erfahrungen" mit dem roten Imperialismus: außenpolitische Entmündigung Finnlands, Annexion der baltischen Staaten, Einverleibung Polens, der Tschechoslowakei, Ungarns, Rumäniens, Bulgariens und Mitteldeutschlands als Satelliten des Imperiums, Niederwerfung des mitteldeutschen Aufstandes und der Erhebung Ungarns, Überfall auf die Tschechoslowakei, Kuba, Machtausdehnung in Afrika, Eingliederung Indochinas in die Machtsphäre des Kreml. Matthias Walden zog unbestechlich das Fazit: „Der Westen erregte sich immer nur kurzfristig und ohne Konsequenz. Mehr noch: er bot Entspannung an, die von den sowjetischen Übergriffen eher motiviert als gefährdet wurde."

Über Berlin schrieb Matthias Walden in seinem unnachahmlichen epigrammatischen Stil von Bild und Gegenbild: „Die Mauer steht. Und der Westen droht zu fallen." Hinter der Mauer sah er die Deutschen in „zweidimensionaler Hoffnungslosigkeit: gefangen von den kommunistischen Gewalten und trotz hektischer politischer Bemühungen des Westens von ihm im Stich gelassen."

Obschon er seine „Kassandra-Rufe" als Buch veröffentlichte und er die Trojanischen Pferde in unserem Lande beim Namen nannte, fühlte er sich nicht als Prophet des Untergangs. Wieder hatte er den Mut, dem Bild vom gepeinigten Berlin das Gegenbild gegenüberzustellen: „Berlin ist ein Glücksfall für unsere Welt, trotz seiner Not." Die knappe Begründung für die überraschende These: „Denn ohne Berlin wäre der Wille zur Freiheit nur eine Vermutung. Der Druck auf Berlin hat den Westen fest zusammengefügt. Berlin ist lebenswichtig für alle."

Für Walden waren Gefühl und Verstand Quellen menschlicher Erkenntnis. Wenn nötig, schrieb er auch mit dem Verstand gegen das Gefühl. Aber er brachte durchaus die geistige Kraft zu Visionen auf. Zum Beispiel: „Die Einheit Deutschlands in Freiheit ist eine jener Visionen, deren Eigenart es ist, die Realität von morgen zu sein. Wenn wir es nur wollen, dann wird es auch wahr."

In seinem letzten WELT-Artikel beschrieb er seine Vision des Tages, an dem die demokratische Wertordnung zur Weltordnung wird:

„Das polnische Volk würde vor den Altären seiner Kirchen in die Knie sinken und Dankgebete der Erlösung zum Himmel richten. Im entrechteten Teil unseres Vaterlandes würden die Glocken läuten. In der Tschechoslowakei würden die Menschen jubeln und Tränen der Freude weinen. In Rußland würde ein beseeltes Volk zum ersten Mal in seiner Geschichte ergriffen den unersetzlichen Wert der Freiheit erleben. Die Gefängnisse würden sich öffnen und Bürgerrechtler, die Märtyrer unserer Tage, würden die ideellen Früchte ihrer Opfer ernten. In Ungarn, Bulgarien und Rumänien gäbe es Prozessionen millionenfacher Dankbarkeit. In Afrika, in Lateinamerika und in Asien würden hungernde, gedemütigte und gegeißelte Nationen von ihren Peinigern befreit."

Matthias Walden (1927–1984)

Ist das Klischee-Denken? Matthias Walden hat die Frage selbst mit entwaffnender Schlichtheit beantwortet: „Zu meinen Erfahrungen gehört, daß vieles in dieser Welt Klischees entspricht." Man kann es Zivilcourage zur Einfachheit nennen, wie sie Konrad Adenauer als Redner ausgezeichnet hat. Wie Adenauer, so wurde auch Walden von den Menschen verstanden.

Elementare Lebenswahrheiten der Menschen und der Völker sind oft so schlicht wie unbequem. Etwa diese, die der Baseler Geschichtsdenker Jacob Burckhardt (+ 1897) niedergeschrieben hat: „Völker haben bestimmte große Lebenszüge an den Tag zu bringen, ohne welche die Welt unvollständig wäre, und zwar völlig ohne Rücksicht auf die Beglückung der Einzelnen, auf eine möglichst große Summe von Lebensglück." Man denkt an die Zerstreuung des Volkes Israel seit der Babylonischen Gefangenschaft bis zur Gründung des neuen Staates der Juden. Man denkt an die Teilungen Polens und an Solidarnosc. Und man hat an das geteilte Deutschland zu denken.

Von Alfred Weber ist überliefert, daß er schon in den zwanziger Jahren aus Sorge um die Massendemokratie nicht den Ideologen, sondern der „freischwebenden Intelligenz" die soziale Führungsrolle zuwies. Als bedeutender Journalist war Matthias Walden Urtyp der „freischwebenden Intelligenz", was ihn nicht hinderte, seinem Beruf sehr Menschliches abzugewinnen. „Es ist zulässig", meinte er mit unbefangener Liebenswürdigkeit, „mehr noch: Es ist wünschenswert, sich selbst an einem eigenen Manuskript zu erfreuen, das man geschrieben hat und das einem besonders gelungen erscheint. In Ausnahmefällen darf man sich selber wohl auch gelegentlich fabelhaft finden."

Seinen Kollegen wünschte er wie sich selbst nicht nur Vorstellungskraft, Phantasie, sondern auch „Sinnlichkeit". In dem journalistischen Kabinettstück eines Interviews mit sich selbst stellt der Interviewer Walden die Fragen und sein Ich antwortete: „Was ich meine, ist: nicht nur Kenntnisse zu erwerben, sondern immer auch zu sehen, zu hören, zu riechen, zu tasten, zu schmekken. Sonst bleibt alle Einsicht Papier, Archivballast, Sterilität. Journalismus sollte zuerst immer sinnliche Wahrnehmung sein."

Und zu solcher sinnlichen Wahrnehmung hatte Matthias Walden während eines prallen Journalistenlebens reichlich Gelegenheit – quer durch die Kontinente, in Begegnungen mit Hoheiten, Eminenzen, Exzellenzen, Generalen, Admiralen, Präsidenten wie auch mit vier deutschen Bundespräsidenten und fünf Bundeskanzlern.

Die geschwinde Beweglichkeit von Tokio bis San Francisco darf ebenso wenig wie die Buntscheckigkeit der Erlebnisse – ob das Hammelessen mit Willy Brandt in einem Zelt in Marokko, ob die Hochzeit des Schahs Reza Pahlewi mit Farah Diba; ob der Karneval zu Füßen des segnenden Christus in Rio – darüber hinwegtäuschen, daß alle Arbeit des Journalisten Matthias Walden unter diesem Credo stand: Freiheit, Verantwortung, Wertbewußtsein. In dem Interview mit sich selbst antwortet Waldens Ich auf die Frage, worin das Wichtigste in der Politik liege: „In den Grundwerten, in den Grundfreiheiten, also in den Menschenrechten."

Das ist die Elle, mit der Matthias Walden seine Position als „Mann der Mitte" mißt. Dafür hat er eine klassische Begriffsbestimmung gegeben:

„Wenn 'rechts' bedeutet: Schwarz-weiß-rot, Kaiser Wilhelm, alle Gastarbeiter 'raus, die Sozis sind unser Unglück, Deutschland braucht einen starken Mann, Kommunisten braten kleine Kinder, uns fehlt wieder der Arbeitsdienst, Hitler hat schließlich nur Gutes gewollt, man hätte die Juden zwar nicht umbringen sollen, aber..., ein deutscher Junge tut so was nicht, am deutschen Wesen soll die Welt genesen – wenn das alles 'rechts' ist, dann bin ich ein radikaler Gegner der Rechten. Wenn 'links' bedeutet: Die Partei hat immer recht, alle Macht den Räten, die Mauer ist gar nicht so übel, die sowjetische Schriftstellerzensur ist eine Notwendigkeit, der Staat der Bundesrepublik ist nur ein Misthaufen, wer antikommunistisch ist, soll enteignet werden und wir brauchen drei, vier Vietnams – wenn das alles 'links' ist, dann bin ich ein radikaler Gegner der Linken. Bin ich darum ein Radikaler? Nein, ich bin nur konsequent anti-radikal."

Konservative Haltung bedeutete ihm Bewahrung des Bewährten und nicht Wiederherstellung dessen, was war, auch nicht starres Festhalten an dem, was ist, sondern „ein Leben aus dem, was immer gilt". Das ist leichter gesagt, als getan. Walden tröstete die Ungeduldigen mit der Zuversicht, die „ganz alten Tugenden" seien zeitlos: „Daher können sie auch warten, wenn man sie warten läßt. Sie sind immer wieder da."

Matthias Walden litt darunter, daß im Westen immer weniger Menschen bereit sind, für die Freiheit Opfer zu bringen. Die Werte der Freiheit seien einer geistigen Inflation verfallen. Es werde nicht mehr mit der Kraft der Freiheit missioniert. Er forderte, Informationen, Ideen und Meinungen offensiv in die Regionen der Unfreiheit hineinzutragen – als „Caritas des Geistes". Die Geschichte verewige die Tyrannei nicht, sondern lasse sie erodieren.

Glaubensstark gegen den Abfall von Gott

Solche Gewißheiten sind ohne die feste Burg des Glaubens nicht zu bewahren. Matthias Walden war stets bereit, aus Erfahrungen zu lernen, sich zu korrigieren. Doch in seiner journalistischen Redlichkeit war er unbeirrbar, in seinen Überzeugungen standfest, in seinem Willen zur Evolution der Freiheit unbeugsam. Der innerste Antrieb seines publizistischen Wirkens war sein entschiedener Widerstand gegen den Abfall von Gott. In seinem letzten Artikel für die WELT schrieb er:

„Eine gottlose Welt hätte auch mit Freiheit und Recht keine gute Zukunft. Die freiheitlichen Grundwerte bedürfen des sie beseelenden Ethos. Vaterlandsliebe, Nächstenliebe, Mitverantwortung für das Gemeinwesen, Leistungsbereitschaft, Ehrfurcht vor dem Leben, Demut und nicht zuletzt Güte müßten die Gefäße der freiheitlichen Wertordnung füllen, weil die Lehre sonst zur Leere würde."

Abfall von Gott? Er nannte ihn „diese Zeiterscheinung, die in der Freiheit zu besonderen Ausmaßen geführt hat." Auch diese personalste aller klingenden Saiten im Journalisten Matthias Walden war durch Lebenserfahrungen gespannt und gestimmt worden. In seiner Heimatstadt Dresden hatte er als junger Mensch Raffaels Sixtinische Madonna betrachtet. Als Erwachsener ging er mit einem deutschen Juden, dessen Angehörige die Nazis ermordet hatten, über den Ölberg in Jerusalem, betete in der Grabeskirche. Israel zu helfen, sein Lebensrecht zu behaupten, sah er als „gnädige Chance der Bewährung" an, welche die Geschichte dem deutschen Volk einräume. Für den Zustand laxer Religiosität in der Bundesrepublik Deutschland fand er die einprägsame Kurzaussage: „Leere Kirchen, leere Herzen".

Aus seiner tiefen Religiosität bezog Matthias Walden die für alle, die ihn kannten, beglückende Menschlichkeit, genauer: Mitmenschlichkeit. Religiosität und gemeinsame Überzeugungen bildeten auch das seelische Band, das Axel Springer und Matthias Walden schon viele Jahre umschloß, ehe der Berliner Verleger 1982 den mit allen Fasern zum geschriebenen und gesprochenen Wort drängenden Kommentator in die Spitze des großen Zeitungshauses rief, als alleinvertretungsberechtigten Geschäftsführer der Axel Springer Gesellschaft für Publizistik GmbH & Co und als seinen Stellvertreter im Vorsitz der Holding der Unternehmensgruppe Axel Springer. Beide, Springer und Walden, blieben trotz der starken unternehmerischen Inanspruchnahme Journalisten, und auch das verband sie. Axel Springer sah in Matthias Walden seinen geistigen und publizistischen Erben.

Nicht regierungstreu, sondern staatsloyal

Als Mitherausgeber der WELT hat Walden die vier Grundsätze Axel Springers

– Eintreten für die friedliche Wiederherstellung der deutschen Einheit in Freiheit,

– Aussöhnung zwischen Deutschen und Juden,

– Ablehnung jeder Art von Extremismus,

– Bejahung der freien sozialen Marktwirtschaft

mit seiner Persönlichkeit und seinen Überzeugungen in der nie endenden Zerreißprobe politischer Selbstbehauptung in der journalistischen Praxis gestählt. Seiner Zeitung wies er die Grundposition: „DIE WELT ist nicht regierungstreu, sondern staatsloyal. Ihre Grundhaltung ist liberalkonservativ. Sie will das Bewährte bewahren und ist aufgeschlossen für Neues und Besseres." So ist es und so bleibt es.

Noch einmal nehme ich seinen letzten WELT-Artikel zur Hand und lese das Schlußwort über die freiheitlich demokratische Wertordnung als Weltordnung:

„Es genügt nicht, davon überzeugt zu sein, man muß auch daran glauben. Und es genügt auch nicht, daran zu glauben, man muß auch davon zu überzeugen wissen."

Ich weiß: Seine Stimme ist unverzichtbar und schon deshalb nicht verloren. Ein Kronzeuge unserer Zeit ist von uns gegangen, ein Deutscher im geteilten Vaterland. Die Redaktion der WELT nimmt Abschied von Matthias Walden, um ihn nie zu vergessen. Ich senke mein weißhaariges Haupt in der Gewißheit: Er ist in Gottes Hand. Und ich bitte Gott, er möge der hochbetagten Mutter, der liebenden Frau und den drei Töchtern die Kraft schenken, sich der göttlichen Obhut für Matthias Walden ganz sicher zu sein.

Die Grünen streiten um Koalition und Rotation

Ohne Aussicht auf Erfolg Gelassenheit beschworen

DW. **Sindelfingen**

Diskussionen über mögliche Koalitionen und das Problem von Abgeordneten beherrschten am Wochenende Parteitage von Grünen und Alternativen in der Bundesrepublik Deutschland. Vor der Versammlung der baden-württembergischen Grünen in Sindelfingen riet der ehemalige Landesvorsitzende Wolf-Dieter Hasenclever seinen Parteifreunden, vor Koalitionen nicht zurückzuschrecken.

Auf ihrem zweitägigen Parteitag wandten sich die baden-württembergischen Grünen zunächst Finanzproblemen zu. Im weiteren Verlauf des Tages wurde dann über die Rotation diskutiert: Im aktuellen Falle ging es besonders um den Verbleib des Stuttgarter Bundestagsabgeordneten Willi Hoss im Bonner Parlament. Nachdem Hoss von seinem Kreisverband bereits vor Wochen aufgefordert worden war, den Bundestag nicht zu verlassen, mußten nach den sogenannten Sindelfinger Beschlüssen aus dem Jahre 1983 nun 70 Prozent der Teilnehmer an einer Landesdelegiertenkonferenz gegen die Verpflichtung zur Zwei-Jahres-Rotation stimmen.

Bereits im Vorfeld des Parteitages hatte sich der Tübinger Kreisverband für den Zwei-Jahres-Turnus ausgesprochen und damit den Bundestagsabgeordneten Walter Schwenninger zur Rotation verpflichtet. Da Hoss nun der einzige Bundestagsabgeordnete wäre, der vier Jahre im Bundestag bleiben könnte, wurden seinem Antrag keine großen Chancen eingeräumt.

Schon am Samstag hatte Hasenclever erklärt, die Grünen könnten nur dann weiterhin erfolgreich sein, wenn sie politische Mitverantwortung übernähmen. Die Grünen dürften auch vor Koalitionen nicht zurückschrekken, sondern sollten im Gegenteil auf solche Verhältnisse hinarbeiten. „Wir brauchen eine Zusammenarbeit mit anderen nicht zu scheuen", sagte Hasenclever weiter, „wenn wir gelassen sind und fest zu unserer Sache stehen." Nur in einer Koalition könnten wichtige Grundsätze ökologischer und damit grüner Politik auch in der Praxis durchgesetzt werden. „Wir müssen uns klar sein, daß unsere Erfolge Ausdruck für den Wunsch zahlreicher Menschen nach einer grundlegenden Umorientierung der Politik sind", meinte der frühere Fraktionssprecher im Stuttgarter Landtag, der vor fünf Jahren den baden-württembergischen Landesverband mitbegründet hat. „Die Menschen wählen uns, weil sie Sorge um die Zukunft haben und weil sie hoffen, daß von uns Möglichkeiten und Auswege gezeigt werden." Ernsthafte Politik strebe *immer nach Einfluß.*

Der Landesvorstand der Südwest-Grünen hat am Sonntag mittag eine Abstimmungsniederlage hinnehmen müssen. Der Antrag des Landesvorstands, den Verteilungsschlüssel aus der Wahlkampfkostenrückerstattung für die Landtagswahl 1984 zu Lasten der Kreisverbände und zugunsten des Landesverbands zu verändern, wurde mehrheitlich abgelehnt. Gegen den Antrag stimmten 159 Delegierte, dafür votierten 128 Grüne. Es gab zwölf Enthaltungen.

Gravierende Mängel im Finanzge*baren des Finanzvorstands* – bei Kassenführung und Finanzkontrolle sowie mit der Überschreitung des Finanzhaushaltsrahmens 1983 – kritisierte die Finanzkommission in ihrem Bericht. Als Konsequenz beschlossen die Delegierten, das jeweilige Haushaltsvolumen für den Landesvorstand künftig für verbindlich zu erklären. Für den Vorstand wandte Christoph Oberdorf ein, die Grünen hätten lange nach dem Motto gehandelt: „Wo ein Wille ist, da ist auch die Knete."

Wer setzt sich im Medienstreit durch, Glotz oder Frank Dahrendorf?

Von WILM HERLYN

Der Parteivorstand der SPD muß heute den Streit zwischen ihren beiden Medienexperten – Peter Glotz und Frank *Dahrendorf – schlichten, um dem* morgen tagenden Parteirat einen möglichst schlüssigen und einhelligen Entwurf für die künftige Medienpolitik vorzulegen. Denn kaum hatten die Ministerpräsidenten der Länder Mitte Oktober in Bremerhaven einen mühsamen Kompromiß für einen einheitlichen Rahmen für die neuen Medien unterschrieben, regte sich heftiger Widerspruch an der Basis. Wissend, daß ein Staatsvertrag nur dann Gültigkeit haben kann, wenn alle Parlamente den Vereinbarungen der Länderchefs zustimmen, probten zunächst die hessischen Genossen den Aufstand. Im Verein mit den Grünen lehnten sie den Bremerhavener Kompromiß rundweg ab. Ministerpräsident Holger Börner enthielt sich im Landtag der Stimme. Als mächtigster Stimmblock folgte der Bezirk Westliches Westfalen, der gegen den eigenen Ministerpräsidenten Johannes Rau, der ja mit unterschrieben hatte, Front machte. Die nordrhein-westfälische SPD-Landtagsfraktion, die über die absolute Mehrheit verfügt, zog nach. Rau erkannte in der vergangenen Woche: „Der Kompromiß ist in der SPD nicht durchsetzbar." Über die Auswirkungen scheint sich die SPD noch nicht im klaren zu sein. Obwohl *der Staatssekretär in der bayerischen* Staatskanzlei, Edmund Stoiber, schon unverblümt erklärte: „Wir werden mit anderen Ländern einen Staatsvertrag abschließen", wenn am 19. Dezember in der abschließenden Ministerpräsidentenrunde kein allgemein akzeptabler Entwurf vorgelegt werde. Dabei stelle er sich ein Abkommen vor, „um die modernen Möglichkeiten wie Kabel und Satellit gemeinsam nutzen zu können". SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz, der sich selbst zum Medienexperten berief, hält solche Drohungen für leeres Geschwätz: „Bei Alleingängen der CDU wird es Klagen aus den SPD-Ländern geben." Und er prophezeit: „Solange SPD-Länder und CDU-Länder sich vor allen möglichen Gerichten wegen der inneren Pluralität, wegen der Einspeisung und was weiß ich für Themen noch bekriegen, solange werden intelligente Unternehmer keine müde Mark auf den Tisch des Hauses legen."

Nicht zu den schreckhaften, aber zu den intelligenten Menschen zählt

DIE ● ANALYSE

sich aber Glotz' Parteifreund Klaus von Dohnanyi, der Hamburger Bürgermeister und Wortführer der SPD-regierten Länder bei den medienpolitischen Verhandlungen. Er erkannte, daß es nicht allein um breite Infor*mation der Bevölkerung* geht, sondern, „daß die Arbeitsplätze in die CDU-regierten Länder abwandern".

Dennoch behauptet Glotz: „Die CDU kann aus einem Chaos, aus Alleingängen und einer Blockadepolitik nichts gewinnen." Sein Antipode, der vom Parteivorstand für die Medienpolitik beauftragte Frank Dahrendorf, hält nichts von „Horrorgemälden bei der Argumentation". Die *Überlegungskette, daß „dann die* ARD platzen müßte, der Gebühren-Staatsvertrag nicht verlängert werden könnte und auch das ZDF in Mitleidenschaft gezogen werden würde, wenn es nicht zu einem Staatsvertrag kommt", hält er für falsch: „Keine dieser Folgen ist zwangsläufig." Er setzt sich aber dafür ein, „daß uns daran gelegen sein muß, daß unsere Ministerpräsidenten, die das Papier von Bremerhaven unterschrieben haben, möglichst nicht ‚beschädigt' werden". Deshalb und wegen „der besseren öffentlichen Wirkung" empfiehlt Dahrendorf, „unsere Kritik an ‚Bremerhaven' nicht negativ als Ablehnung des gesamten Kompromisses zu formulieren, sondern positiv als Grundlage, der noch eine Reihe von Verbesserungen hinzuzufügen sind und die dann für alle akzeptabel sein wird".

Die Brücke, auf die sich auch die jetzt noch widerspenstigen Genossen wagen könnten, sieht Dahrendorf in diesen Mindestforderungen:

- Der Fortbestand von *Radio Bremen* und vom Saarländischen Rundfunk dürfe durch den Staatsvertrag nicht berührt werden. (Der Kieler Ministerpräsident Uwe Barschel, CDU, hat dahingehende Zweifel geäußert, d. Red.)
- Beim Problem der Werbung – nach dem Bremerhavener Papier soll der WDR nur 32 Minuten werben dürfen – soll dem größten ARD-Sender „Hörfunkwerbung im durchschnittlichen Umfang der ARD-Anstalten oder 120 Minuten gestattet werden".
- Für die Programmvielfalt und Eigenproduktionsquoten sollen verbindliche Formulierungen in den Staatsvertrag aufgenommen werden oder es wird vereinbart, daß alle Bundesländer in ihren Landes-Mediengesetzen verbindliche Regelungen aufnehmen.
- Bei der Kanalerteilung könnten „im Idealfall" von den vier Kanälen einer für den Hörfunk, einer gemeinsam für ARD und ZDF und zwei für Private zur Verfügung gestellt werden; wenn ein fünfter hinzukommt, erhalten ARD und ZDF je einen. Als weiteren Kompromiß nennt Dahrendorf in einem an SPD-Medienexperten verteilten Papier die Lösung, daß den „öffentlich-rechtlichen Anstalten erlaubt wird, einen Kanal auf einem direkt strahlenden Satelliten außerhalb der Bundesrepublik anzumieten".

Brandt fordert Anerkennung der „DDR"

dpa, **München**

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt hat ein Ende der „fruchtlosen Diskussion" darüber gefordert, wie offen die deutsche Frage sei. Wer es gut meine mit dem deutschen Volk, müsse auf veränderte Bedingungen eingehen können und wie der frühere Bundespräsident Gustav Heinemann zu einem Verfechter der Anerkennung der „DDR" werden, sagte Brandt am Sonntag in München im Rahmen einer Vortragsreihe zum Thema „Reden über das eigene Land". Nachdem sich die Wiedervereinigung als große Illusion erwiesen habe, habe der Streit um die deutsche Frage für ihn die „Dramatik eines Traums, der nachschwingt, aber vorbei ist, wenn man aufwacht". Brandt: „Die Fiktion der deutschen Frage und die Realität der bundesdeutschen Politik berühren sich nicht mehr."

Wenn beide Seiten Deutschlands die verfassungsrechtlichen Gegebenheiten und die Regeln des Grundlagenvertrages respektierten, müßten sich nach Meinung von Brandt auch bisher für schwierig gehaltene Fragen wie bei der Staatsbürgerschaft vernünftig beantworten lassen.

Stärkere Bindung der NVA an Rote Armee

lrk. **Berlin**

Im beginnenden neuen Ausbildungsjahr der Nationalen Volksarmee (NVA) *gelten künftig ausschließ*lich die sowjetischen Ausbildungsprinzipien und Gefechtsvorschriften. Vor diesem Hintergrund gewinnt das Zusammentreffen des SED-Chefs und Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates, Erich Honecker, mit Sowjetmarschall Kulikow an Bedeutung. Kulikow führt das Oberkommando des Warschauer Pakts.

In einer ADN-Meldung hieß es, Honecker habe am Wochenende mit seinem Gast in einem „angeregten Meinungsaustausch" über die militärpolitische Lage gesprochen. Dabei habe man „Schlußfolgerungen für die weitere Vertiefung der Waffenbrüderschaft und Zusammenarbeit" gezogen. Die erwähnten „Schlußfolgerungen" sind unterdessen längst gezogen worden: Die neuen Gefechtsvorschriften der NVA sollen im Kriegsfalle ein reibungsloses Zusammenwirken mit der Sowjetarmee sicherstellen. Die Volksarmisten müssen im Ernstfall unter sowjetischem Kommando kämpfen. Die uneingeschränkte Übernahme der Sowjetvorschriften bedeutet – nach dem Vorbild der in der „DDR" stationierten Sowjettruppen – härteren Drill, eine erhebliche Ausweitung der politischen „Einstimmung" und Vorberei*tungsarbeit und einen* verstärkten Russisch-Unterricht.

Wirbel bei Grünen um verhinderte Nachrücker

dpa, **Hannover**

Der Beschluß des Niedersächsischen Landtags, die Rotation von *fünf Abgeordneten der Grünen zu* verhindern, hat am Wochenende auf einer Landesdelegiertenversammlung der Grünen für Wirbel gesorgt. Kontroversen unter den etwa 120 Delegierten löste vor allem der vom Parteitag verabschiedete Antrag aus, die verhinderten Nachrücker finanziell den Mitarbeitern und Abgeordneten gleichzustellen. Offen blieb die Form der Finanzierung, die eine Kommission klären soll.

Einige Kreisverbände argumentierten, verhinderte Nachrücker jetzt zu bezahlen sei gleichbedeutend damit, das von den Grünen verworfene Berufspolitikertum selbst einzuführen.

In dem Antrag begrüßt der Parteitag ferner die Absicht der Mandatsträger, gegen den Landtagsbeschluß, der die Rotation verhinderte, vor dem Staatsgerichtshof in Bückeburg vorzugehen. Das Verhalten des Landtages sei Teil einer „politischen Kampagne, die Grünen politisch zu schwächen und zu diffamieren".

In zwei Resolutionen wandte sich der Parteitag gegen eine Intervention der USA in Nicaragua und gegen die Präsenz der Sowjetunion in Afghanistan.

Seite 2: Knete in Grün

Vogel fordert Fernsehdebatte über Spenden

DW. **Bonn**

Die SPD hat Bundeskanzler Helmut Kohl zu einer Fernsehdiskussion über die Flick-Spendenaffäre aufgefordert, um das bei der jüngsten Bundestagsdebatte „Versäumte" nachzuholen. Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel bezeichnete es gestern als bestürzend, daß Kohl in der Debatte im Parlament in der vergangenen Woche zu dem Thema geschwiegen habe. Unterdessen meldete „Der Spiegel", daß auch der frühere Landwirtschaftsminister Josef Ertl (FDP) in den 70er Jahren an illegalen Spendenaktionen beteiligt gewesen sei. SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz rechnet im Gefolge der Spendenaffäre künftig mit einer geringeren Wahlbeteiligung.

Vogel begründete seine Aufforderung zu einer Fernsehdebatte damit, daß Kohl die Debatte im Bundestag gefordert habe, aber dann „in geradezu peinlicher Weise" geschwiegen und keine der an ihn gerichteten Fragen beantwortet habe. Der Kanzler habe auch nicht erkennen lassen, wie er sich die Überwindung der eingetretenen Vertrauenskrise vorstelle. Für einen Kanzler, der eine politisch-moralsiche Erneuerung versprochen habe, „ist dieses Verhalten geradezu entlarvend", meinte Vogel.

„Der Stimmzettel ist kein Spielzeug"

Diepgen warnt vor „Denkzettel-Mentalität" / AL lehnt eine SPD-Tolerierung ab

HANS-R. KARUTZ, **Berlin**

Drei wichtige politische Grundsatzaussagen machten am Wochenende die Parteien in Berlin: Die CDU will, so Eberhard Diepgen, bei den Wahlen am 10. März 1985 „nicht irgendeine Stimme an die FDP verschenken", sondern setzt auf Sieg. – Die Alternative Liste lehnte in einer Kampfabstimmung die Tolerierung eines SPD-Minderheitssenats oder Gespräche mit der SPD überhaupt ab. – Der FDP-Vorstand erneuerte den Willen der Liberalen, die Arbeit mit der Union als Partei „links von der CDU" fortzusetzen.

Mit einer breit angelegten positiven Bilanz der Arbeit des CDU-geführten Senats, aber auch kritischen Untertönen besonders gegenüber der Bonner Rentenpolitik, stimmte CDU-Landes*chef Eberhard Diepgen die Union* auf den Wahlkampf ein. „Wir haben die Stadt wieder in Ordnung gebracht", sagte Diepgen und kündigte, halb ironisch, eine „30- bis 35jährige Regierungszeit" der CDU in Berlin an.

Während sich der Regierende Bürgermeister bemerkenswert ausführlich mit dem Zustand der SPD („zur Zeit in keiner Konstellation regierungsfähig") befaßte und die AL als den wahrscheinlichen „Hauptgegner" der Union bezeichnete, hatte Diepgen für seinen Partner FDP nur wenige Worte übrig. Dabei ließ er keinen Zweifel daran, daß die Liberalen auf eigene Faust um ihr Überleben kämpfen müßten. Diese Diepgen-Passage lautet wörtlich: „Die Politik des Senats ist eine Politik einer Koalition von CDU und FDP. Beide tragen Verantwortung. Wir beide bitten als bürgernahe Koalition um die Verlängerung unseres Mandats. Aber das kann nicht heißen, daß wir als Union der FDP irgendeine Stimme zu verschenken hätten. Sie muß ihre Chancen selbst suchen und nutzen. Wir jedenfalls werden um jede Stimme kämpfen, um jede Stimme!"

Diepgen wandte sich heftig gegen eine mögliche „Denkzettel-Mentalität" zugunsten der AL, vor allem unter jüngeren Wählern: „Dafür ist die AL in Berlin und für Berlin zu gefährlich! Der Stimmzettel ist kein Spielzeug, keine Fahrkarte für eine Traum*reise à la Peterchens Mondfahrt.* Berlin braucht eine stabile und handlungsfähige Regierung. Wer sich für Berlin etwas erwartet, darf mit Sicherheit nicht AL wählen. Denn jede Stimme für die AL ist eine Stimme für die Instabilität Berlins, eine Stimme gegen die Handlungsfähigkeit von Politik überhaupt."

Die Union werde auch nach dem 10. März 1985 in Berlin „weiterregieren", sagte Diepgen. Die CDU sehe dieser Entscheidung „mit Zuversicht" entgegen. Allerdings machte Diepgen den Delegierten deutlich, daß sich der Wahlerfolg keineswegs von selbst einstelle: „Ich warne eindringlich davor zu meinen, der Sieg sei schon im Kasten. Wir werden es nur schaffen, wenn jeder von uns die Ärmel aufkrempelt."

Auch Diepgens engster Vertrauter, Vize-Fraktionschef und Bankvorstand Klaus Landowsky, warnte vor Passivität: „Es reicht nicht, in nächster Zeit im 1. Rang zu sitzen und zuzusehen, wie da unten die Matadore kämpfen!" Er prophezeite für die nächsten Monate eine umfassende „Schmutz- und Schundkampagne" gegen die Union. Die CDU müsse als Regierungspartei darauf „mit Gelassenheit" reagieren.

Mit 170:131 Stimmen entschied sich am Wochenende eine sogenannte „Mitgliedervollversammlung" der AL dagegen, nach den Wahlen einen *SPD-Minderheitssenat zu dulden.* Auch die Bereitschaft zu Gesprächen mit den Sozialdemokraten fand keine Mehrheit, obwohl sich die meisten AL-Abgeordneten für eine derartige Zusammenarbeit einsetzten. Der grüne Bundestagsabgeordnete Dirk Schneider (AL) forderte außer „knallharten" Bündnisgesprächen auch Senatorenposten für die AL. SPD-Sprecher Wilhelm Wiegreffe kommentierte die AL-Entscheidung so: „Da die FDP nicht mehr kann und die AL nicht mehr will, bleibt den Wählern als einzige Alternative die Wahl zwischen SPD und CDU."

FDP: Abstimmung in Fraktion

HH. **Bonn**

Die FDP-Bundestagsfraktion wird am 26. November darüber befinden, ob die Zeichnung der Seerechtskonvention befürwortet werden soll oder nicht. Der Bundeshauptausschuß hat am Wochenende in Mainz diese in der FDP umstrittene Frage an die Fraktion delegiert. Nach Meinung von Be*obachtern* hätte eine Abstimmung zur Unterstützung der Genscher-Linie zu der Zeichnung der Konvention geführt. Dies hätte jedoch den designierten Vorsitzenden, Wirtschaftsminister Bangemann, der sich wie die meisten Kabinettsmitglieder und sein Amtsvorgänger Graf Lambsdorff gegen die Zeichnung ausspricht, von vornherein in der Partei belastet, heißt es in FDP-Kreisen. Mit der Vertagung auf den kommenden Montag ist dieser Konflikt aber nur von der Partei in die Fraktion verlagert worden.

Hauff will Frankfurt zum Umwelt-Zentrum machen

„OB Wallmann ruht sich auf seinen Lorbeeren aus"

D. GURATZSCH, **Frankfurt**

Der Kandidat der Frankfurter SPD für das Oberbürgermeisteramt, Volker Hauff, will Frankfurt zu einem „deutschen Umweltzentrum" ausbauen. Auf einem Parteitag des Frankfurter Unterbezirks zur Vorbereitung der Kommunalwahl vom 10. März 1985 erklärte Hauff am Wochenende, ein solches Zentrum, das auch baulich seine Form finden müsse, könne „zu einem Orientierungspunkt werden für die Diskussion in unserem Lande, möglicherweise sogar für Europa".

Zur Begründung meinte Hauff, der immer wieder von Ovationen der mehr als 300 Delegierten unterbrochen wurde, eine der wichtigsten Aufgaben in den kommenden Jahren werde in Frankfurt die Wirtschaftspolitik sein. Hier stehe „die Zukunft Frankfurts, seine Spitzenstellung, auf dem Spiel". Der CDU-Oberbürgermeister Walter Wallmann ruhe sich „auf Lorbeeren aus". Hauff: „Ich will einen Wettstreit darüber, wer die besseren Lösungen auf die Fragen und Probleme von heute und morgen hat, und da höre ich wenig von Herrn Wallmann."

Sowohl Hauff als auch der Unterbezirksvorsitzende Martin Wentz kritisierten Wallmanns Pläne, in der Mainmetropole eine Computercity und ein Elektronikcenter zu schaffen. „Wer Arbeitsmarktpolitik mit Public Relations verwechselt, gehört nicht nach Frankfurt", meinte der Neuankömmling Hauff, der den seit 1977 in der einstigen SPD-Hochburg Frankfurt mit absoluter Mehrheit regierenden CDU-Oberbürgermeister ablösen möchte.

Als Programm für die Kommunalwahl präsentierte der frühere Bundesforschungsminister aus der Regierung Schmidt den Frankfurter Genossen seine Vision von einem „Zentrum der Öko-Industrie". Hier müsse ein „deutlicher Schwerpunkt der kommunalen Wirtschaftspolitik" gesetzt werden, denn durch die Verknüpfung von Arbeit und Umwelt könnten „wirklich neue Arbeitsplätze" geschaffen werden.

Hauffs Wirtschafts- und Umweltmetropole soll sich auf drei Säulen stützen: auf eine Messe für Umwelttechnologien (symbolträchtiges Kürzel: „Mut"); auf die „beispielhafte" Lösung von Umweltproblemen vom Müll über die Luftreinhaltung bis zur Energiepolitik und auf die Konzentration der Umweltforschung und -technologie in wissenschaftlichen Einrichtungen und Industrieunternehmen von Hoechst bis Degussa und von der Metallgesellschaft bis zur AEG.

Ein Leben für den Mittelstand

Stabilität und Robustheit, wie sie das wirtschaftsstarke Bundesland Baden-Württemberg vorweisen kann, sind nicht naturgegeben – sie müssen gleichsam jeden Tag neu erkämpft werden. Daß dabei der Stärkung der ausgeprägt mittelständischen Struktur des Südwestens besonderes Augenmerk zu schenken ist, war eines der Hauptanliegen des baden-württembergischen Wirtschaftsministers Rudolf Eberle (CDU), der – 58jährig – am Samstag überraschend einem Herzversagen erlag. Dieser dienstälteste Minister (seit 1972 im Amt) in der Stuttgarter Landesregierung hatte nie einen Zweifel daran gelassen, daß im Zeichen der Arbeitsteilung mittelständischen Firmen mehr denn je eine Daseinsberechtigung zuzusprechen sei. Wie sehr Wachsamkeit angezeigt ist, signalisiert die Insolvenzen-Welle, von der auch das „Ländle" nicht verschont geblieben ist.

Mit einem ganzen Bündel von Programmen und Maßnahmen setzte Eberle, dessen Ressort im Hinblick auf die spezifischen Schwerpunkte den Namen „Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie" führt, mit gutem Erfolg zu flankierenden Hilfestellungen bei der Anpassung an den Strukturwandel an. Dieses Bemühen, das sich in letzter Zeit mehr und mehr auch auf die Förderung und Umsetzung moderner und zukunftsträchtiger Technologien konzentriert hat, ist auf dankbare Resonanz in der Wirtschaft gestoßen. Den engen Zusammenhang zwischen räumlicher Ordnung, Fragen der Umwelterhaltung und der wirtschaftlichen Entwicklung einer Region hat Eberle, der in seinem Arbeitsstil der Wichtigkeit von Gedankenaustausch und Gesprächen zur Meinungsbildung und besseren Entscheidungsfindung viel Raum gab, nie aus dem Blick verloren.



Rudolf Eberle starb im Alter von 58 Jahren FOTO: DIE WELT

Obwohl Eberle entsprechend seiner umfangreichen Aufgabenstellung von Termin zu Termin zu eilen hatte, machte er nie einen gehetzten Eindruck. Im Gegenteil: Der mit eher leiser Stimme konzentriert formulierende Badener strahlte eigentlich immer freundliche Gelassenheit aus. Diese herzliche Wesensart, gepaart mit Toleranz und Einfühlsamkeit, half ihm sicherlich oft dabei, sich mit gelegentlich verengten Handlungsspielräumen im Hinblick auf einen in Wirtschafts- und Finanzfragen als sehr kompetent geltenden Regierungschef zurechtzufinden. Um seine Person hat er stets wenig Aufhebens gemacht.

Eberle wurde 1926 in Steinbach, Kreis Bühl, geboren. Nach dem Studium der Volkswirtschaft und Geschichte in Freiburg promovierte er 1957 zum Dr. rer. pol., um sodann Geschäftsführer der ersten regionalen Planungsgemeinschaft Hochrhein zu werden. Ab 1969 war Eberle dann Hauptgeschäftsführer der IHK Hochrhein in Schopfheim.

Sein politischer Werdegang: seit 1962 Stadtrat im nahe der deutsch-schweizerischen Grenze gelegenen Städtchen Bad Säckingen und seit 1964 Vorsitzender des CDU-Ortsverbands Säckingen (bis 1972). Dem baden-württembergischen Landtag gehörte Eberle seit 1964 als Mitglied an. 1972 holte der damalige Ministerpräsident Hans Filbinger den erfahrenen Wirtschaftspolitiker Eberle als Wirtschaftsminister in die Regierungsmannschaft, der er seitdem ununterbrochen angehörte. Über viele Jahre hinweg bekleidete er auch das Präsidentenamt des Landesfremdenverkehrsverbandes Baden-Württemberg. In der knappen Freizeit wanderte Eberle (verheiratet, vier Kinder) sehr gern und war darüber hinaus von seinen Hobbys her der modernen Kunst sehr zugetan. WERNER NEITZEL

Windelen warnt vor „DDR"-Entvölkerung

dpa, **Essen**

Als „besorgniserregend" hat der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen, die hohe Zahl von „DDR"-Einwohnern bezeichnet, die Anträge auf Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland stellen. Auf einer Tagung des Deutschlandpolitischen Bildungswerks Nordrhein-Westfalen in Essen meinte der Minister, es könne nicht Ziel der Bundesrepublik sein, die „DDR" zu „entvölkern" und so in Schwierigkeiten zu bringen. Denn dann gäbe es für deutsch-deutsche Verhandlungen kaum mehr Spielraum. Die genaue Zahl der gestellten Ausreiseanträge ist nach Windelen nicht bekannt. Experten sprachen von 500 000; kirchliche Kreise der „DDR" schätzten sie auf 300 000 bis 400 000. Auch wenn es weniger seien, so der Minister, bestehe Anlaß zur Sorge.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365.00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

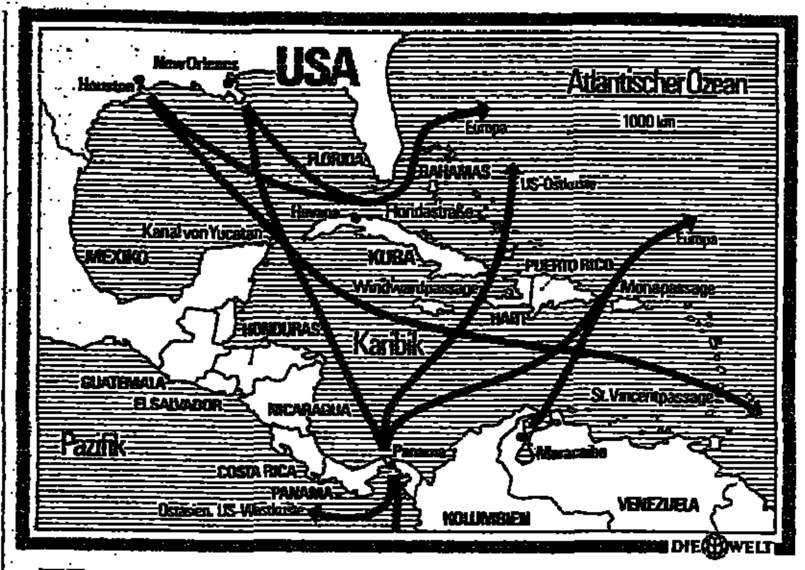
Ärger über die Politik in Tschad

A. GRAF KAGENECK, Paris

Als Zeichen anhaltender amerikanischer Verärgerung über die Politik Frankreichs in Tschad wird in Pariser Regierungskreisen auch die brüske Absage des US-Außenministers George Shultz zu einem Abendessen gewertet, das sein französischer Amtskollege Claude Cheysson ihm am Sonntag zum Auftakt seines offiziellen Besuchs in Washington geben wollte. Cheysson hatte die Gelegenheit nützen wollen, um die offensichtlich widersprüchlichen offiziellen französischen Äußerungen über den Truppenabzug der Libyer aus Tschad richtigzustellen. Die Amerikaner scheinen solchen französischen Versicherungen indes keinen Glauben zu schenken und sich dank ihrer eigenen Satellitenfotos einen eigenen Vers über die Zustände in Tschad zu machen.

In der Tat herrschte am Wochenende in Paris weiter Konfusion in der Frage, ob die Truppen des Obersten Khadhafi den nördlichen Teil Tschads nun wirklich geräumt haben, wie ihnen dies das Abkommen von Ende September zwischen Paris und Tripolis über einen „totalen und gleichzeitigen" Truppenabzug auferlegt. Frankreich ist seinen Verpflichtungen inzwischen nachgekommen. Der letzte französische Soldat der 3000 Mann starken „Manta"-Streitkraft hat das Land am 10. November termingerecht verlassen. Von den Libyern weiß man aus journalistischen Quellen nur, daß zwei Marschkolonnen, eine logistische und eine aus Panzern und Schützenwagen bestehende, die großen Oasen nördlich des 16. Breitengrades in Richtung Norden verlassen haben. Vom 11. November an aber hatte sich der libysche Rückzug plötzlich verlangsamt und war schließlich ganz zum Stehen gekommen, ohne daß Tripolis eine Erklärung hierfür lieferte.

Dieser offensichtliche Vertragsbruch der anderen Seite veranlaßte Präsident Mitterrand zu seiner Blitzreise am vorigen Donnerstag nach Kreta, wo er, wie berichtet, mit Oberst Khadhafi zusammentraf. Über dieses Treffen berichtete der Präsident nach seiner Rückkehr nach Paris: Er habe Oberst Khadhafi auf seine vertraglichen Verpflichtungen hingewiesen, und dieser habe ihm versichert, daß Libyen seine Truppen vollständig zurückziehen werde.



Karibische Lebenslinien

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn

Fast die Hälfte aller Aus-und Einfuhren der Vereinigten Staaten von Amerika und etwa zwei Drittel des amerikanischen Seeaußenhandels wird über die Seewege durch die Karibik und den Golf von Mexiko abgewickelt. Von den rund elftausend Schiffen, die jährlich den Panama-Kanal passieren, tragen mehr als sechzig Prozent Fracht von und nach den USA. In den amerikanischen Häfen im Golf von Mexiko wird ein Viertel aller US-Importe gelöscht, ein Drittel aller Exporte verladen. Drei Viertel des importierten Öls gelangen auf diesen Wegen in die USA, mehr als neunzig Prozent der für die neuen Technologien und die Rüstungsindustrie wichtigen Erze müssen die Karibik durchqueren.

Die Seewege durch die Karibik verbinden zudem auch die amerikanische Ostküste mit den asiatischen Handelspartnern und zwar durch den Panama-Kanal, der im Radius von MiG-Kampfflugzeugen mit Landeplätzen in Nicaragua läge, die nur rund 400 Meilen entfernt sind.

Die Bedeutung der Seerouten und der Meerengen im karibischen Raum ist aber nicht nur für die amerikanische Wirtschaft von Bedeutung. Sie spielen eine Schlüsselrolle in der Strategie und Sicherheitspolitik des Atlantischen Bündnisses. Experten räumen ihr heute eine wenigstens gleichgroße Bedeutung ein wie der Straße von Hormus.

Als das Dritte deutsche Reich den USA 1941 den Krieg erklärte und Washington mit der Kriegserklärung an Berlin antwortete, konnte eine Handvoll deutscher U-Boote in wenigen Monaten ohne Stützpunkt in der Region mehr als hundert Schiffe versenken. Der Nachschub der Alliierten in Europa war gefährdet. Ähnliches, so argumentiert man in Washington, könnte passieren, wenn in einem Krisenfall in Europa die Sowjets mittels ihrer Stützpunkte in Nicaragua und Kuba die Seewege nach Europa zu blockieren suchten. Man macht in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, daß etwa die Hälfte des Material-Nachschubs und der Verstärkung für die Streitkräfte der NATO-Partnerstaaten in Europa in den Häfen im Golf von Mexiko eingeschifft würden und daß sämtliche Ölprodukte im Nachschub für die NATO-Länder die karibischen Meerengen passieren müßten.

Die Meerengen sind freilich überwacht, die Floridastraße zum Beispiel mit Flugzeugen vom US-Stützpunkt auf den Bermudas. Dennoch gelten die 53-Meilen breite Windwardpassage und die 27-Meilen breite St. Vincentpassage als verwundbare Lebenslinien, wenn die sowjetische Präsenz in der Karibik nicht eingedämmt werden kann. Denn entscheidende Zeit ginge schon durch Störmanöver verloren- entscheidend möglicherweise für einen nuklearen Ersteinsatz, weil der notwendige Nachschub ausblieb.

In diesem Zusammenhang sehen Strategen in Washington auch die Aufrüstung Surinams, als Ersatzstützpunkt für Grenada. Nach jüngsten Erkenntnissen nehme der Einfluß kommunistischer Regierungen aber auch des libyschen Revolutionärs Khadhafi in diesem Küstenland am nördlichen Rand Südamerikas zu.

Neue Gespräche USA–Nicaragua

In Manzanillo wird heute wieder verhandelt / Wenig Hoffnung auf Annäherung

WERNER THOMAS, Washington

Wenn sich die Delegationen beider Länder heute wieder in der friedlichen Atmosphäre des luxuriösen Country-Clubs von Manzanillo treffen, sind die Augen der Welt auf den mexikanischen Pazifikort gerichtet. Die USA und Nicaragua versuchen seit dem Frühsommer durch direkte Kontakte die Krise zu entschärfen. Bisher haben die unter Leitung von Harry Shlaudeman (Mittelamerika-Beauftragter der Reagan-Regierung) und Victor Tinoco (stellvertretender Außenminister Nicaraguas) stehenden Delegationen sieben Unterredungen geführt, sechs in Manzanillo.

Der Konfliktstoff: Nicaragua besitzt die stärksten Streitkräfte der Region, 120 000 Soldaten und Milizen, mit modernen und schweren sowjetischen Waffen ausgerüstet. US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger berichtete am vergangenen Wochenende, die sowjetischen Waffenlieferungen würden in diesem Jahr 15 000 Tonnen überschreiten (Vergleichszahl des Jahres 1981: 890 Tonnen). Die sandinistische Luftwaffe verfügt noch über keine sowjetischen Kampfflugzeuge, dagegen über zwölf sowjetische Kampfhubschrauber des Typs Mi-24, den gefährlichsten und schnellsten (Höchstgeschwindigkeit: 365 Stundenkilometer) Militärhubschrauber der Welt. Es sind die gleichen, die auch in Afghanistan eingesetzt werden.

Schließlich: Auf nicaraguanischem Boden befinden sich 3000 kubanische Militärberater, die Kommunikationszentrale der salvadorianischen Rebellenbewegung Farabundo Marti (FMLN) und Ausbildungszentren dieser Organisation. Nicaragua versorgt die 10 000 Guerrilleros im nördlichen Nachbarland mit militärischem Material. Nach Ansicht Weinbergers deutet die Aufrüstung Nicaraguas mit „Offensivwaffen" auf Angriffspläne Managuas gegen El Salvador und Honduras hin. In El Salvador wirken 55 amerikanische Militärberater. In Honduras unterhalten die Vereinigten Staaten ein Netz militärischer Einrichtungen – Stützpunkte, Kommunikationszentren und Ausbildungsstätten. Zur Zeit sind 1300 amerikanische Soldaten in dieser mittelamerikanischen Nation.

Die Amerikaner fordern den Abzug aller Militärberater des Ostblocks aus Nicaragua innerhalb von 180 bis 270 Tagen, ohne Gegenleistungen zu bieten. Ein nicaraguanischer Diplomat: „Ein Aufruf zur Kapitulation." Die Nicaraguaner verlangen von den Amerikanern ein Ende aller militärischen Übungen und den Abbau militärischer Anlagen in Mittelamerika.

Die Gespräche am Pazifik litten bisher weiter unter den Differenzen innerhalb beider Regierungen. Die Diplomaten des State Department setzen nach wie vor auf Manzanillo und warnen vor einer Eskalation. CIA- und Pentagon-Kreise plädieren dagegen für neuen militärischen Druck. Sie unterstellen den Sandinisten lediglich eine Verhandlungsbereitschaft aus taktischen Erwägungen. Die Marxisten in Managua wollten Zeit gewinnen für ihr Endziel: die Revolution in der gesamten Region.

Die sandinistische Führungsriege ist in das Lager der doktrinären Marxisten mit dem Innenminister Tomas Borge an der Spitze und das Lager der gemäßigteren Comandantes um die Ortega-Brüder gespalten. Alle reden jedoch von einer bevorstehenden amerikanischen Invasion. Mit dem Hinweis auf solche Interventionspläne treiben die Sandinisten ihre Aufrüstung voran. In den nächsten Tagen werden drei weitere sowjetische Frachter in der Hafenstadt Corinto erwartet. (SAD)

Sharon kämpft um seinen guten Ruf

Der Millionen-Prozeß des Ministers gegen „Time" / Zwei Giganten vor Gericht

A. v. KRUSENSTIERN, New York

„Kriege sind etwas Schreckliches", sagte General Ariel Sharon. „Glauben Sie mir, ich kenne die Schrecken des Krieges. Ich habe sie oft genug erlebt." Sharon sprach zu den Vorsitzenden und den Geschworenen eines New Yorker Gerichtes. Es kommt nicht alle Tage vor, daß ein ausländisches Regierungsmitglied – Sharon ist Israels Minister für Industrie und Handel – vor einem amerikanischen Gericht steht. Sharon ist als Ankläger nach New York gekommen und verlangt, daß das Nachrichtenmagazin „Time" verurteilt wird, weil es ihn als Anstifter des Massakers von Palästinensern in den Flüchtlingslagern Sabra und Schatila in Beirut bezeichnete. Sharon will von „Time" 50 Millionen Dollar für die Schädigung seines Rufes.

Bei dem Prozeß geht es um einen Artikel, in dem „Time" schrieb, Sharon habe sich mit der Familie des gewählten Präsidenten Libanons Beshir Gemayel getroffen, nachdem dieser kurz vor seinem Amtsantritt ermordet wurde. Bei diesem Treffen soll Sharon gesagt haben, es liege nun an der einflußreichen Familie Gemayel und ihren Anhängern, sich für diesen Mord zu rächen.

Die Informationen sollen aus einem geheimen Protokoll stammen, so jedenfalls „Time"-Korrespondent David Halevy, der israelischer Staatsbürger und Reserveoffizier ist. Sharon erklärt, Halevy sei gegen ihn voreingenommen und habe sich auch bei anderen Gelegenheiten „unentschuldbar schäbiger Berichterstattung" schuldig gemacht. Der Zorn des Generals richtet sich aber in erster Linie gegen das Nachrichtenmagazin „Time", das er vor dem Prozeß in einem Rundfunkinterview in Israel als „eines der Zentren des Antisemitismus in der Welt" bezeichnete. „Time" ist das Flaggschiff des vom legendären Verleger Henry Luce geschaffenen Medienimperiums. Mit dem israelischen Volkshelden und Feldherrn Sharon auf der einen und „Time" auf der anderen Seite stehen sich vor dem New Yorker Gericht zwei wahre Giganten gegenüber.

Da es den Anwälten von „Time" nicht möglich ist, dem Gericht das angebliche Geheimprotokoll vorzulegen, wollen sie dem Gericht durch das Zitieren von Artikeln aus anderen Presseorganen demonstrieren, daß Sharons Ruf schon vor der umstrittenen „Time"-Veröffentlichung stark angeschlagen gewesen sei. Sie vertreten die These, die Behauptungen von „Time" hätten die Reputation des Generals gar nicht mehr weiter schädigen können. Sharon wird es schwerfallen, eine Verurteilung von „Time" zu erreichen. Der Nachweis, daß „Time" falsch berichtet hat, ist dafür nach amerikanischem Recht nicht ausreichend. (SAD)

Alt-Stalinist in Polen verhaftet

DW. Warschau

Großes Aufsehen erregte am Wochenende in Polen die Mitteilung, daß der Alt-Stalinist Kazimierz Mijal nach 18jährigem Aufenthalt in Albanien nach Polen zurückgekehrt und am Freitag festgenommen worden ist. Mijal gehörte zur alten Garde der Stalinisten um Boleslaw Bierut. Er hatte Polen 1966 verlassen und sich im Ausland zum Chef einer dogmatischen „Kommunistischen Partei Polens" gemacht. Wie die amtliche Nachrichtenagentur PAP meldete, kehrte er jetzt „illegal mit Hilfe falscher Papiere" zurück.

Im Fernsehen wurde am Samstag abend eine Erklärung des Innenministeriums verlesen, in der Mijal vorgeworfen wurde, er habe im Ausland staatsfeindliche Aktivitäten betrieben und seine Propaganda besonders gegen die Beziehungen zwischen Staat und katholische Kirche in Polen gerichtet. Bei seiner Festnahme habe er eine „große Menge illegaler Schriften und Manuskripte mit sich geführt".

Das Fernsehen brachte die Nachricht von der Festnahme Mijals nach einer Verlautbarung, wonach die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft im Fall Popieluszko abgeschlossen worden seien und das Innenministerium weiterhin intensiv daran arbeite, die Anstifter der Entführung und des Mordes zu finden.

Ob ein Zusammenhang zwischen dem Auftauchen Mijals und der Ermordung von Pfarrer Popieluszko besteht oder hergestellt werden soll, ließ sich aus den offiziellen Veröffentlichungen nicht entnehmen.

Swetlana wieder Sowjet-Bürgerin

rtr, Moskau

Die Sowjetunion hat gestern offiziell bekanntgegeben, daß der zurückgekehrten Stalin-Tochter Swetlana Allilujewa die sowjetische Staatsbürgerschaft durch ein Dekret von Staats- und Parteichef Tschernenko wieder zuerkannt worden ist. Swetlana Allilujewa war die Staatsbürgerschaft entzogen worden, nachdem sie 1970 ihren sowjetischen Paß verbrannt hatte. Auch der 13jährigen Tochter Olga sei die sowjetische Staatsbürgerschaft zuerkannt worden, hieß es in dem Dekret weiter.

Furcht in Spanien um die Privatschulen

Sozialisten suchen per Gesetz mehr Einfluß auf die Lehrprogramme zu nehmen / Großdemonstration in Madrid

ROLF GÖRTZ, Madrid

Über eine halbe Million Eltern und Schüler nahmen gestern in Madrid an einer Protestkundgebung gegen die Schulpolitik der Regierung Felipe Gonzalez teil. Sie fordeten in Sprechchören und mit Spruchbändern: „Erziehungsfreiheit für alle!" Im Namen des Dachverbandes der Eltern-und Schulverbände forderte Carmen Alvera, Vorsitzende des Verbandes katholischer Eltern, die Regierung dringend auf, ihre schulpolitik zu ändern, da bereits 304 private Schulen deswegen ihre Tore schließen mußten: „Wir verlangen demokratische Mitbeteiligung der Eltern." Gewissermaßen als Privatpersonen nahmen führende Politiker der bürgerlichen Opposition, unter ihnen Fraga Iribarne an der Großdemonstration teil.

Die Erziehungspolitik der sozialistischen Regierung Spaniens soll – zweifellos aus ideologischem Anstoß heraus – den staatlichen Schulen des Landes gegenüber den Privatschulen bessere Startbedingungen geben. Bis heute genießen die staatlichen Schulen keinen guten Ruf, da sie mit ihren Leistungen im allgemeinen hinter den Privatschulen stehen. Und so schicken die meisten Eltern auch minderbemittelter Schichten ihre Kinder lieber in Privatschulen. Seit jeher erhalten deshalb auch die Privatschulen staatliche Zuschüsse. Per Saldo kostet dieses System den Staat sogar weniger Geld, weil die Privatschulen nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten arbeiten müssen und deshalb trotz höherer Leistungen um 34 Prozent geringere Kosten ausweisen.

Um sich dennoch durchzusetzen, schuf die sozialistische Regierung unter anderem ein Schulgesetz, LODE, das den privaten Schulen auch in Zukunft staatliche Zuschüsse garantiert. Allerdings zu Bedingungen, die den Schulträger auf die Dauer zwangsläufig ausschalten müssen. Nach einem bestimmten Schlüssel, der den Lehrkorper bevorzugt, sollen Lehrer, Eltern, Schüler und „eine Vertretung des Schulträgers" über Lehrplan und Lehrkräfte bestimmen. Der Verband der katholischen Eltern und ebenso die spanische Kirche befürchten nun, daß die private Initiative der Schulträger erlahmen muß, wenn ihre Programme immer stärker vom politischen Tagesdenken der jeweiligen Regierung beeinflußt und verwässert werden. Nur jene Privatschulen, die über genug eigenes Kapital verfügen, um auf staatliche Zuschüsse verzichten zu können, dürften dann noch in der Lage sein, ihrem eigenen Programm zu folgen. Das wären dann die Schulen der Reichen.

Die Geschichte hindurch war Spanien bis vor wenigen Jahren ein katholischer Staat. Moral und Erziehung überließ der Staat der Kirche. Dem geringen Einfluß des Staates verdankt aber auch die Opposition der Franco-Ära, daß auch Liberale, seit langem nach Europa orientierte Schulen ihren Lehrplan auf die Dauer einhalten konnten. Es gab sogar Schulen, deren private Träger als Marxisten bekannt waren und geduldet wurden. Das freizügige System ermöglichte letztlich auch der jungen Sozialistischen Partei ihre rasche Ausstrahlung bis in führende Schichten des Landes hinein.

Die spanischen Elternverbände wollen die Unabhängigkeit der Schulen von Staat und Regierung verteidigen. Die Eltern wehren sich dagegen, daß die Regierung ihre Entscheidung über die Art der Erziehung ihrer Kinder immer stärker einschränken will. Ihr Protest richtet sich also nicht nur gegen das Schulgesetz, über dessen Zulassung noch das Verfassungsgericht entscheiden will.

Der politische Teil der Demonstration erklärt, warum die Opposition der liberalen, christdemokratischen und konservativen Parteien ihre Chance wahrnimmt und die Organisation des Protestes auch finanziell unterstützt. Das wiederum aber mißfällt den Bischöfen, die mit keiner politischen Partei, vor allem nicht mit der Rechten, in Verbindung gebracht werden wollen.

Und hier zeigt sich ein Trauma, das zu überwinden die spanische Kirche noch einige Jahre brauchen wird. Der Einheit von Staat und Kirche billigte Staatschef Franco ein Mitspracherecht bei der Ernennung der Bischöfe zu. Dadurch erwuchs noch während der Franco-Ära eine klerikale Opposition, deren Linksdrall eines Tages selbst dem Vatikan Pauls VI. zu weit ging. (SAD)

Der Sozialismus und die „goldenen Troddeln"

ACHIM REHMDE, Addis Abeba

Marx, Engels und Lenin sind nur leicht verfremdet. Die überlebensgroße Trilogie flankiert zur Linken den langen Weg auf dem Podium, der mit roten Schabracken garniert ist. Die wiederum zieren goldene Troddeln. Rechts, doppelt so groß wie Marx und Genossen und anders als die Ahnen des Sozialismus, prangt in Farbe ein Porträt des Genossen Mengistu. Er thront, durchs Podium überhöht, flankiert von Ministern und Mitgliedern des Politbüros, in der Mitte des großen Saales, wie meist mit unbewegtem Gesicht und wachsamen, periodisch aufblitzenden Augen.

Er redet amharisch, doch wenn der Dolmetscher im Verlauf der mehr als dreistündigen Pressekonferenz, in der die Fragen nach Nummern aufgerufen werden, Ermüdungserscheinungen und Konzentrationsschwächen zeigt, korrigiert er gelassen. Er kennt anscheinend keine Schwächeperioden. Angenehm gleichmäßig fließt sein Vortrag dahin, nicht ohne Emotion und gelegentlich einnehmendes Lächeln.

Kein Thema bleibt unberührt, im Gegenteil, vorher eingereichte kritische Fragen werden geprüft, und nur der unglückliche Brite, der mit äußerstem Takt nach den Kosten der zehnjährigen Revolutionsfeierlichkeiten gefragt hat, erhält einen Tadel: billiger Journalismus! Doch eine Antwort wird auch ihm zuteil.

Anhaltende Dürre und Hungersnot haben Äthiopien in die Schlagzeilen gebracht und auch die Gipfelkonferenz der afrikanischen Staaten geprägt, die gerade in Äthiopiens Hauptstadt Addis Abeba zu Ende gegangen ist. Zehn Jahre zuvor hatte das Massensterben durch anhaltende Dürre als Anlaß für den Putsch gedient, dem das Kaiserreich zum Opfer fiel und der die Marxisten/Leninisten an die Macht brachte.

So nimmt sich Mengistu Zeit, darzulegen, daß diesmal die Regierung keine Schuld an der Katastrophe treffe. Vorwürfe, daß sie sich zu spät um die Dürre gekümmert habe und nicht in der Lage sei, die ausländischen Hilfsgüter zu verteilen, würden – so sagt er – von antisozialistischen Kreisen in böswilliger Absicht lanciert, um Hilfe für Äthiopien zu verhindern. Er werde beweisen, daß seine Regierung effektiv sei, doch dazu brauche er mehr Hilfe.

Er danke nicht den Regierungen, sondern den Völkern, die spenden, und auf den Widerspruch angesprochen, der darin liegt, daß der befreundete Ostblock nur wenig, die westliche Welt und die USA den überwiegenden Teil der Hilfeleistungen liefern, läßt er sich nicht provozieren: „Die USA haben viel versprochen, aber das meiste ist noch nicht da. Der Ostblock hat in den letzten zehn Jahren enorm zum Fortschritt unseres Landes beigetragen."

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Erziehung und Ideologie

„Jugend zwischen Ablehnung und Mißtrauen"; WELT vom 29. Oktober, und „Leserbrief: Anderes System"; WELT vom 31. Oktober

Der Brief von Professor Daxner ist ein Beispiel für die heutige Gepflogenheit, mangels einer übergeordneten geistigen Instanz dem Gegner einfach anzuhängen, womit man ihn treffen will: Dr. Zehm verfechte eine Ideologie.

Marktwirtschaftliche Auslese ist keine Ideologie, sondern die Wirklichkeit, aber die definitorische Einigung, daß eine Ideologie immer die Wirklichkeit in mindestens einem wesentlichen Punkt verändern will und wegen dieser Selbstvergottung abzulehnen ist, wird bezeichnenderweise verweigert. Denn damit würde man die Ideologieträchtigkeit der modernen Soziologie zugeben, genau wie es Schelsky und Tenbruck an ihr diagnostiziert haben.

Ganz deutlich spricht aus Daxners Zeilen die Ideologie, daß möglichst allen alles zugänglich sein müßte. Wohin diese nach 13 Jahren „Sozialliberalismus" in der westdeutschen Gesellschaft fast totalitär herrschende Ideologie in Verbindung mit der Mißwirtschaft des Staates geführt hat, sehen wir an dem Zustand der Jugend der 80er Jahre nach dem Bericht von Peter Philipps über das „Forum Philippinum" in Marburg. Die hiesige „Steht-mir-zu"-Mentalität hat in der Gegenwart immer stärker ein Ausmaß angenommen, das eine am Allgemeinheitsinteresse orientierte Förderung, Bildung und Ausbildung der Jugend geradezu verhindert.

Ich bin Günter Zehm daher höchst dankbar, daß er die Schädlichkeit dieser Mentalität herausgestellt hat, nachdem ich ihre gesamten Entstehungsgründe in fast 30jähriger Lehrtätigkeit erleben durfte: die linke Reformpolitik der 70er, den Marcuseschen Neomarxismus der 60er und die bis heute betriebene und von bestimmter Seite propagierte „antiautoritäre Erziehung" bereits der 50er Jahre. Ein damals frischgebackener Assessor konnte schon aus der Tatsache, daß unsere gesamte Schulerziehung auf den Ideen von Rousseau und nicht von Kant (s. „Bildung konkret", Zeitschr. des Deutschen Lehrerverbandes) beruht, die künftige Entwicklung ablesen; die verteufelnde Gleichsetzung des preußischen Pflichtbegriffs mit dem nazistischen war eine Blasphemie sondergleichen, denn vor wem hatte ein Preuße und vor wem ein Nationalsozialist Rechenschaft abzulegen?

Sieht man die willkürliche Voraussetzung allgemeiner Gleichheit der Bildungsfähigkeit als „konsensstiftendes Gesellschaftsfundament" statt als Ideologie an, wird Bildung zur Ware und der leninistische Demokratiebegriff auf sie anwendbar, nur hat das nichts mehr mit Bildung zu tun. Wenn die Jugend, die als solche bis zum 25. Lebensjahr gewertet, aber mit dem 18. mündig wird, sich zur Leistung (die der Allgemeinheit zugute kommt und die z. B. auch die bösen ordentlichen Professoren einmal erbracht haben) in keiner Weise mehr verpflichtet fühlt, bevor sie Rechte und Ansprüche anmeldet, dann haben wir in Wahrheit überhaupt kein Gesellschaftsfundament mehr! Können wir das vor der Zukunft verantworten?

W. Thorwirth, Gummersbach

Unmoralisches Recht?

„Leserbrief: Engelhard widerlegt"; WELT vom 10. November

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Leserbrief der Vorsitzenden des Juristinnenbundes, Frau Renate Damm, gibt in erschreckendem Maße zu erkennen, wie einseitig orientiert unsere Juristen sind. Minister Engelhard liegt richtig. Volksbefragungen bestätigen es ihm.

Mit Schuld und Unschuld hat es nichts zu tun, wenn sich Menschen nach Scheidung einem neuen Partner zuwenden, einander psychisch und physisch Kraftquell sind und sich dann gegenseitig auch materiell in Anspruch nehmen. Unmoralisch wird es erst, wenn derjenige zahlen muß, der keine Quelle mehr hat, aus der er Kraft schöpfen kann.

Der Wunsch nach Geborgenheit in der Familie, die Befriedigung des aktiven und passiven Liebesbedürfnisses (geben und nehmen), die Befriedigung des Selbstwertgefühls, die Freiheit der Entscheidung sind emotionale Grundbedürfnisse des Menschen. Die Reproduktion der Arbeitskraft sowie die seelische und körperliche Gesundheit sind abhängig von der Befriedigung der Grundbedürnisse. Die Zunahme der negativen Sozialindikatoren wie Suchterkrankungen, neurotische Depressionen, Raubkriminalität und Verwahrlosung ist mitbedingt durch die Tatsache, daß solche „Fachverbände" den Gesetzgeber zu beeinflussen versuchen, die über psychophysische Zusammenhänge nichts gelernt haben. Unmoralisch, d. h. unmenschlich ist, wenn die „Experten" den einen dazu verurteilen, lebenslang nur zu geben und dem anderen zu seinem rentenrechtlichen Nachteil und zur Schwächung seiner Lebenstüchtigkeit zubilligen, lebenslänglich nur zu nehmen.

Hausfrau ist ein Beruf mit vielfältigen Qualifikationen (Bundessozialgericht Kassel, AZ 1 RA 217/69). Nach dem Gleichberechtigungsgesetz entscheiden wir mündigen Frauen selbst, welche Art der Berufstätigkeit wir in der Ehe ausüben wollen. Es gibt daher zu denken, daß die „Experten" der aktiven Hausfrau in der Ehe, die Reproduktionsarbeiten leistet, keinen Lohn für ihre Arbeit durch Teilhaberschaft zubilligen wollen. Das Klassenrecht, d. h. die unterschiedliche Behandlung von Frauen und Müttern, empfinden wir als eine schwerwiegende Schuld, gegen die es zu kämpfen gilt.

Ruth Klingemann, Bürgerbund gegen Scheidungs-Unrecht, Bonn 1

Wort des Tages

„Klopft man vergebens an die Tür mancher Wahrheiten, so muß man versuchen, durch das Fenster einzusteigen."

Joseph Joubert; franz. Moralist (1754–1824)

Niemand rief

„Finstere Aussichten"; WELT vom 9. November

In seinem Beitrag „Finstere Aussichten" führt Hans Baumann unter anderem eine „Textilkrise" als Beispiel für einen Strukturwandel an, der von „großem Geschrei" begleitet gewesen sei und von „Hilferufen nach Pharmaka aus dem Steuersäkkel" – gemeint sind offenbar Subventionen.

Wann hätte der Textilsektor danach gerufen? Die WELT irrt. Ihr Autor kann es sich sparen, im Archiv nach Beihilfebegehren der Textilindustrie zu forschen. Es gibt keine. Diese Branche hat, von einem eng begrenzten handelspolitischen Flankenschutz abgesehen, den Strukturwandel auf sich selbst gestellt bewältigt.

Dr. Ernst-Heinrich Stahr, Gesamttextil, Frankfurt (Main)

Fehlinformation

„Leserbrief: Glaubwürdigkeit"; WELT vom 7. November

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur Begründung seiner kritischen Einschätzung der Novelle des Hochschulrahmengesetzes bezieht sich WELT-Leser Burkhard auf Fehlinformationen und kommt so zu falschen Aussagen. So bestätigt der Referentenentwurf nicht die Annahme, daß die Bundesregierung eine Entwicklung „in Richtung Ordinarienuniversität" anstrebe. Auch die Aussage, Frau Bundesminister Dr. Wilms stehe der Einführung von Studiengebühren aufgeschlossen gegenüber, wird den Fakten nicht gerecht.

Frau Bundesminister Dr. Wilms hat in ihrem Kölner Referat über Marktwirtschaft und Bildungswesen gerade die soziale Öffnung des Bildungswesens als eine grundlegende Forderung herausgestellt. Die Bundesregierung hat nach wie vor nicht die Absicht, Studiengebühren einzuführen. Es bleibt bei den diesbezüglichen wiederholten Äußerungen von Frau Bundesminister Wilms. Anders lautende Berichte beruhen auf Fehlinterpretationen.

Mit freundlichen Grüßen
Johannes Sauer,
Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft

Rentner-Klage

Wir alle, die wir das Wirtschaftswunder geschaffen und der heutigen Bundesrepublik den Wohlstand gebracht haben, sind heute im Rentenalter. Kaiser Wilhelm prägte das Wort: „Der Dank des Vaterlandes ist Euch gewiß."

Wie sieht es heute aus? Man hat uns vergessen. Hat Herr Blüm bei seinem Kindergeld ab Jahrgang 1921 vergessen, daß diese Frauen bei Kriegsausbruch noch keine Kinder hatten, während die älteren Mütter Nacht für Nacht mit ihren Kindern in den Luftschutzkeller mußten und dadurch das Leben Tausender von Kindern gerettet haben? Wer hat den Wiederaufbau geschafft? Die älteren Jahrgänge, weil sie in die Hände gespuckt und gearbeitet haben. Und der Dank heute? Rentenerhöhungen stehen am Ende aller Staatsausgaben – das ist der Dank des Vaterlandes!

Mit freundlichen Grüßen
G. Buchholz, Hamburg 13

Personalien

EHRUNGEN

Der diesjährige Theodor-Heuss-Preis geht an den früheren SPD-Bundesminister und ehemaligen Bundestagsvizepräsidenten **Georg Leber**. Mit der Auszeichnung würdigt die Stiftung Theodor-Heuss-Preis Lebers „jahrzehntelanges beispielhaftes Engagement als ein demokratischer Politiker, der auch angesichts schwieriger Aufgaben über Parteigrenzen hinweg mit Zivilcourage und Fairneß unserem freiheitlichen Gemeinwesen gedient hat". Als besonders beispielhaft stellte die Stiftung bei der Bekanntgabe des 21. Preisträgers Lebers erfolgreiches Wirken als Schlichter im diesjährigen Tarifkonflikt in der Metallindustrie heraus. Mit dem ehemaligen Verteidigungs- und Verkehrsminister solle, so die Stiftungsvorsitzende **Hildegard Hamm-Brücher** nach der Entscheidung, ein „in allen politischen Lagern geschätzter und anerkannter Demokrat" gewürdigt werden, dessen Persönlichkeit und Lebensleistung in unserer immer noch jungen Demokratie beispielhaft und ermutigend sind.

*

Für seine intensive und objektive Berichterstattung über Italien wurde der Chefredakteur des Bayerischen Fernsehens, **Wolf Feller**, von Staatspräsident **Sandro Pertini** mit dem Verdienstorden „Cavalliere Ufficiale dell'Ordine al Merito" der Republik Italien ausgezeichnet. Feller war von 1976 bis 1982 politischer Korrespondent der ARD in Rom und kehrte danach zu seinem Heimatsender nach München zurück, wo er im vergangenen Jahr zum TV-Chef ernannt wurde und **Rudolf Mühlfenzl** nachfolgte, der Direktor des Münchner Kabelpilot-Projektes wurde. Über die italienische Ehrung freut sich der konservative Fernseh-Mann Feller auch aus einem politischen Grund: „Es ist mein erster Orden, den mir ein Sozialist überreicht."

*

Dr. **Franz Hengsbach**, Bischof von Essen, wurde mit der Dr. Friedrich-Eltz-Plakette in Silber, der höchsten Auszeichnung des Bundesverbands der Katholiken in Wirtschaft und Verwaltung e.V., ausgezeichnet.

*

Den Felix-Wankel-Tierschutz-Forschungspreis gibt es seit 12 Jahren. Ausgezeichnet werden sollen in erster Linie Arbeiten, die dazu beitragen, Versuche am und mit dem lebenden Tier soweit wie möglich entbehrlich zu machen. Die Preisträger des Jahres 1984 sind: Dr. **Hans-Joachim Wormuth** et. al., Bundesgesundheitsamt Berlin, Dr. Dr. **Erwin Eder**, Universität Würzburg, Professor Dr. Dr. **Ernst Kuwert**, Universität Essen. Anerkennungen erhalten: Dr. **Per Jensen**, Universität Skara/Schweden, und Professor Dr. **Heiner Sommer**, Universität Bonn.

*

Professor **Peter Berghaus**, Direktor des Westfälischen Landesmuseums, erhält im Januar wegen seiner Beiträge zur mittelalterlichen Münzkunde die Huntington-Medaille der Amerikanischen Numismatischen Gesellschaft. Er ist der vierte Deutsche, dem seit 1929 diese international angesehene Ehrenmedaille verliehen wird.

AUSSTELLUNG

Eine der „eindrucksvollsten Persönlichkeiten Bayerns, die es je gegeben hat", nämlich **Oskar von Miller**, steht im Mittelpunkt einer Ausstellung, die Bayerns Staatsminister **Peter Schmidhuber** in der Bonner Landesvertretung der Bayern eröffnete. Von Miller, der vor 50 Jahren starb, ist der Gründer des Deutschen Museums in München, was ihn seinerzeit „zu dem gefürchtetsten Spendensammler" Bayerns machte, so Schmidhuber. Apropos Spendensammler von Miller: „Seine Erfolge konnte er nur erzielen, weil er ein Meister der Öffentlichkeitsarbeit war, das geht anderen ab", konstatierte der bayerische Gastgeber mit spitzen Worten. Das Deutsche Museum gehört heute mit 1,2 Millionen Besuchern im Jahr zu den beliebtesten in der ganzen Republik, und das in einer Zeit, „in der die Technikfeindlichkeit überhand nimmt". Die Persönlichkeit Oskar von Millers zu studieren lohnt offenbar auch heute noch. Schmidhuber beschrieb ihn als einen Mann mit Hemdsärmeligkeit, Geradheit, von herrscherlich heiterer Natur. Die Ausstellung wird in der Bayern-Vertretung bis zum 30. November gezeigt.

Privatschulen in der Zwickmühle: Weniger Schüler, gekürzte Zuschüsse

Trotz steigender Kosten konnte Anteil an Gesamtschülerschaft weiter erhöht werden

Nea. Mainz

Die Privatschulen geraten in eine Zwickmühle zwischen sinkender Schülerzahl auf der einen und gekürzter staatlicher Förderung auf der anderen Seite. Dieses Problem stand im Mittelpunkt der Beratungen beim Kongreß des Bundesverbandes der Schulen in freier Trägerschaft in Mainz. Der Verband vertritt – mit Ausnahme der konfessionellen Schulen, Waldorfschulen und Landerziehungsheime – insgesamt 350 verschiedene Träger mit rund 1000 Schulen und 300 000 Schülern in der ganzen Bundesrepublik.

Die sinkende Schülerzahl ist nicht nur ein direktes Problem für die freien Schulen. Sie wird neuerdings vom Staat auch als zusätzliches Argument für die Kürzung der gesetzlich festgelegten Zuschüsse benutzt: Die Entlastung des öffentlichen Schulwesens durch freie Träger sei nun doch nicht mehr so nötig. In Niedersachsen wurden mit diesem Argument bereits Zuschüsse gekürzt, in Schleswig-Holstein „eingefroren". In Nordrhein-Westfalen konnte dies nur auf dem Prozeßwege verhindert werden.

Dabei haben die freien Schulen trotz steigender Kosten ihren Anteil an der Gesamtschülerschaft in den letzten zehn Jahren nicht nur halten, sondern sogar noch leicht erhöhen können. Vier Prozent eines Jahrgangs besuchen in der Bundesrepublik eine Privatschule. In Frankreich sind es 20 Prozent, in den USA (wo jede staatliche Unterstützung fehlt) 12 Prozent.

Besonders schwierig ist die Lage der Privatschulen in den Ländern, wo – wie in NRW – zwar 85 Prozent der Personalkosten vom Staat getragen werden, aber dafür kein Schulgeld verlangt werden darf. Das Schließen dieser Lücke werde immer schwieriger, klagte Verbandspräsident Klaus Büchler (Baden-Baden), zumal die Arbeitsgerichte – etwa im Kündigungsfall oder beim Versuch, das 13. Monatsgehalt zu kürzen – die besondere Lage der Privatschulen gegenüber dem öffentlichen Dienst praktisch gar nicht berücksichtigten.

Aber auch grundsätzliche pädagogische Themen wurden in Mainz diskutiert. In seinem Festvortrag unterschied der Würzburger Professor Winfried Böhm drei Grundvarianten eines Bildes vom Menschen: das naturalistische (der Mensch – ein Werk der Natur), das sozialistische (der Mensch – ein Werk der Gesellschaft) und das humanistisch-personalistische (der Mensch als selbstverantwortlicher Träger von Entscheidungen). Die freien Schulen seien eindeutig dem letzteren verbunden und verpflichtet. Erziehung sei hier eine „Wette auf die Zukunft". Niemand könne Sieger oder Verlierer voraussagen.

Zu einer leichten Kontroverse war es bereits während der Grußworte gekommen. Verbandspräsident Büchler hatte mit der Bemerkung, er antworte auf die häufig gestellte Frage, was denn die privaten Schulen anderes täten als die staatlichen, immer kurz und bündig: „Wir erziehen ...", offenbar die anwesenden Bildungspolitiker zum Widerspruch gereizt. Der SPD-Landtagsabgeordnete Hans Helzer, selbst Rektor a. D., verwahrte sich gegen die darin enthaltene Ansicht, an den öffentlichen Schulen werde nicht mehr erzogen. Sein CDU-Kollege Benno Zech (auch er Rektor a. D.) stimmte ihm ausdrücklich zu.

Büchler konterte: Sein Begriff von „Erziehung" umfasse eine solche Vielfalt auch von Lebenshilfe und Beratung, daß die öffentliche Vormittagsschule schon aus Zeitgründen beim besten Willen gar nicht dazu in der Lage sei.

„Mauer des Schweigens einreißen"

Veranstaltung der Schlesischen Jugend / Erich Mende warnt vor „Leisetreterei"

WERNER KAHL, Bonn

Sorge um die Deutschen in den Oder-Neiße-Gebieten – sofern nach ihnen überhaupt noch gefragt wird – stößt immer häufiger in der Öffentlichkeit auf Unkenntnis und Desinteresse der Medien. Das wurde am Wochenende auf einer Tagung der Europäischen Konferenz der Menschenrechte und Selbstbestimmung in Bonn festgestellt. Die Schlesische Jugend hatte die Lage der Deutschen in Nieder- und Oberschlesien, Ost- und Westpreußen sowie in Pommern und Danzig auf die Tagesordnung gesetzt.

Um das Bewußtsein für die Menschenrechtsverletzungen an 17 Millionen Deutschen in Mitteldeutschland haben sich, so wurde auf der zweitägigen Veranstaltung im Gemeindezentrum der St. Winifried-Kirche betont, internationale Gesellschaften wie Amnesty International (ai) und die IGfM verdient gemacht. Über die Lage der Deutschen in Ostdeutschland – ein Begriff, mit dem viele heute die „DDR" verbinden – werde dagegen in der Öffentlichkeit kaum noch gesprochen, sagte Claus Jäger, Vorsitzender der deutschen Sektion der Europäischen Menschenrechtskonferenz. Der katholischen Kirche warf der Vizepräsident des Bundes der Vertriebenen, Helmut Sauer, vor, sie setze sich für die Menschenrechte Deutscher im Ostblock nicht so ein wie es von ihr zu erwarten wäre. Die „Mauer des Schweigens" über das Schicksal der „über eine Million Deutschen in Ostdeutschland" müsse eingerissen werden, sagte Sauer. In diesem Zusammenhang wandte sich der ehemalige Gesamtdeutsche Minister Erich Mende gegen „Leisetreterei", sobald es zum Beispiel darum gehe, für die Deutschen eigene Geistliche und Lehrer, die in deutscher Sprache predigen und unterrichten, zu bekommen. Es sei verhängnisvoll, daß Leistung und Gegenleistung in den deutsch-polnischen Beziehungen sich „nicht annähernd die Waage" halten.

Von zweierlei Maß bei den Menschenrechten sprach in der Podiumsdiskussion Joachim Sobotta, Chefredakteur „Rheinische Post". „Wie kommt es, daß es in der rheinischen Landessynode anscheinend kein wichtigeres Problem gibt als das der Schwarzen in Namibia", sagte Sobotta. Es vergehe offenbar keine Kreis- oder Landessynode, in der nicht Namibia behandelt werde, während dies so nicht für die Oder-Neiße-Gebiete gelte.

Ryszard Drecki, der als Korrespondent der Warschauer Zeitung „Trybuna Ludu" angekündigt worden war, aber offenkundig absagen mußte, wäre Zeuge einer Tagung geworden, die in der Perspektive die deutsch-polnische Versöhnung sieht. Im Gegensatz zu dem von Kreml-Propagandisten den ost-europäischen Politikern auferlegten Gespenst eines von Bonn ausgehenden Revanchismus betonte Herbert Czaja, Präsident des Bundes der Vertriebenen und CDU-Bundestagsabgeordneter, den deutscherseits angestrebten „friedlichen Wandel". „Die scheiternde kommunistische Diktatur schlägt auf die nationale Pauke und nimmt provisorische Abmachungen als vollgültige Eigentumsregelung in Anspruch", sagte Czaja. Bundesaußenminister Genscher habe er aufgefordert, „das Auswärtige Amt solle nicht wie der Teufel vor dem Weihwasser vor den Menschenrechtspakten davonlaufen". Es sei zudem Aufgabe der deutschen Politik, die deutsche Frage „voll offen zu halten und möglichst viel von Deutschland zu retten".

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Helmut Sauer kritisierte Genscher mit dem Satz: „Ein deutscher Außenminister, der dezidiert vor den Vereinten Nationen für Selbstbestimmung und Heimatrecht der Palästinenser eintritt, sollte jetzt auch in Warschau für die Deutschen auftreten."

Von der Disco-Göttin zur Film-Amazone: Die Pop-Sängerin Grace Jones

Kunstprodukt mit Brikettfrisur

Der eine, Roger Moore alias James Bond, mußte ordentlich üben, um gerade den rechten Gigolo-Schmelz aufzubringen, die kalte Mamsell aufs Lustlager zu kriegen. Der andere, Arnold Schwarzenegger, hat das, als „Conan, der Zerstörer", gleich geschafft: „Arnold war toll, er hat viel Humor, und das hat mit sehr gutgetan. Ich bin nämlich manchmal zu ernst, und dann sagte er immer: ‚Du mußt über das alles hier lachen.' Das gelang mir dann auch."

Solches gilt in Kennerkreisen tatsächlich als Sensation, hat jener Muskelmann aus Europa doch immerhin geschafft, was bislang niemand vermochte: die Disco-Göttin Grace Jones, angeblich 32, aus dem Fünf-Sterne-Fach ihrer Image-Gefriertruhe zu ziehen und sie, als Amazone namens Zula, wahrhaftig munter zu kriegen.

Denn diese Dame hat ihren Erfolg vor allem ihrer Kühle zu verdanken, einer scheinbar emotionslosen Distanziertheit, wie sie nur zeitgenössischen Kunstprodukten eignet. Grace Jones aus Spanishtown, Jamaika, Tochter eines Geistlichen und Enkelin eines Nigerianers, vermutet selbst, in ihrem Stammbaum hätte irgendwann ein Chinese mitgemacht: „Alle in meiner Familie haben diese schrägen Fast-Schlitzaugen und diese breiten Wangenknochen."

Dazu kommt dann noch jene unnachahmlich erschröckliche „Brikettfrisur", und dieses dunkle, abstrakte Gefährlichkeiten signalisierende Antlitz bewegt sich auf einem so schmalen Leib und so dünnen Beinen, daß eine wesentliche Bedingung erfüllt war, den längst vollkommen dekadenten, häufig auf androgyne Reize spekulierenden Kunden der glitzernden Disco-Szenerie noch eins draufzusetzen: Black is wirklich beautiful.

Diese Überzeugung zu vermitteln, daran hat die Mutter eines vierjährigen Sohnes lange gearbeitet. Als sie zwölf war, folgte sie ihren Eltern nach New York, studierte an der Universität von Syracuse Spanisch und „Dramatic Arts" und zog dann im Schlepptau ihres Professors weiter nach Philadelphia, wo besagter Professor am Saint Joseph's College ein Stück für Grace inszenierte.

Bananas – ARD, 21.00 Uhr

Als das Mädchen mit der großen Kraft 18 war, wurde sie Fotomodell und gelangte alsbald auf die Hochglanzseiten von „Vogue" und „Elle". Theater wollte sie spielen, stolperte immer wieder über ihren Jamaika-Akzent und mitten hinein ins Musikbusineß: 1977 erschien, zuerst in Frankreich, dann in den USA, ihr Debüt „I Need a Man", und schon ihr drittes Album – clever vom Disco-Dieseleinerlei auf den Apparate-Sound der New Wave geschaltet – wurde fast eine halbe Million Mal verkauft.



Ein zeitgenössisches Kunstprodukt: Disco-Star Grace Jones FOTO: DPA

Inzwischen komponiert sie selber: „Ich habe mich entschieden weiterentwickelt", sagt die Dame, die mit ihrer Bandbreite zwischen Einfalt und Zudreschen den britischen Talkmaster Russell Harty fast zur Verzweiflung trieb und ihre Disco-Shows zu nahe am Schwachsinn vorbeiturnenden Mode-Grotesken aufbauscht, was ihr in New Yorks „Studio 54" vor allem die Anhänglichkeit von Homosexuellen einbrachte: „Musik ist für mich eine Kunstform wie Mode. Seit Jahren bastle ich mir meine eigenen Klamotten. Warum soll ich also nicht auch meine eigenen Songs schreiben?"

Mode und Musik im Do-it-yourself-Streich für eine Konsumsucht-Generation? Nun, Grace Jones vulgär zu nennen, das trauen sich genauer Hinschauende denn wohl doch nicht. Was sie davor bewahre, geschmacklich ganz unter den Tisch zu rutschen, heißt es, sei die geschickt gewählte Methode der fast grenzenlosen Übertreibung: die Bohnenstange als Paradiesvogel, ein bißchen Riefenstahl-Nuba, ein bißchen bizarr und lasziv, das Naturkind als Fetisch, das, spekulierte eine deutsche Tageszeitung, dem Gehirn Andy Warhols entsprungen sein könnte ...

ALEXANDER SCHMITZ

KRITIK

Spinnen zwischen Kaffeebohnen

Manchmal sollen Filme gruselig sein. Aber wenn dann genau das Gegenteil der Fall ist, dann sind sie lächerlich, oder schlimmer noch: schauderhaft. **Tödliche Fracht** (ARD) ist so ein Beispiel eines verunglückten Gruselfilms.

Giftige Wolfsspinnen bedrohen nach einem Flugzeugabsturz die Bewohner einer kalifornischen Kleinstadt. Sie kriechen friedlich zwischen Kaffeebohnen und Apfelsinen herum, nur einige Menschen haben Pech: sie sterben von ihrem Biß. Dem Feuerwehrchef des Provinzortes gelingt es schließlich, die Tiere unschädlich zu machen – und das wohlgemerkt mit Wespenlärm aus dem Gitarrenverstärker.

Am Ende dieser unglaubhaften Story bleiben Fragen offen. Warum zum Beispiel raste aus dem Nichts kommend ein unbekannter Motorradfahrer auf das Flugzeugwrack zu und setzte es in Brand? Vielleicht ein unvorhergesehener Unfall am Drehort. Denn dieser biedere Pseudo-Thriller lebte von primitiver Effekthascherei anstatt von echten Spannungselementen. Die Dialoge waren banal und dümmlich; schlechter kann ein Drehbuch kaum noch sein. Ganz zu schweigen von dem dünnen, an den Haaren herbeigezogenen Handlungsfaden.

Regisseur Stuart Hagman ist überdies einem gewaltigen Irrtum erlegen. Er dachte, es reiche wohl aus, sich vor Spinnen zu ekeln und daher zu folgern, ein solches Gefühl sei bereits Dramaturgie genug.

ANDREAS ENGEL





III.

ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.05 Mensch Bachmann
10.50 Die Sunny Boys
12.40 Tagebuch
13.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Unglaublich – aber wahr?
17.05 Der fliegende Ferdinand
Letzter Teil: Die letzte Blume
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Magnum
Tödliche Klinge
21.00 Bananas
Ein Rückblick auf vier Jahre „Bananas"
21.30 Kontraste
Bonner Botschaften: Brücken in den Westen? – „DDR"-Aussiedler über ihre Motive und Erfahrungen / Kirche – Armee – Staatssicherheit: Die gegenwärtigen Machtstrukturen in Polen / Mehr als nur geduldet: Juden im sozialistischen Ungarn
Moderation: Joachim Braun
22.00 Sketchup
22.30 Tagesthemen
23.00 Die Sammlerin
Französischer Spielfilm (1967)
Regie: Eric Rohmer
0.25 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Mikroprozessor – Mikrocomputer
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Im Reich der wilden Tiere
Das Land der Coatis
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 SOKO 5113
Herles Alleingang
Anschl. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Reportage am Montag
Die Millionenpleite auf Sylt
20.15 Kampf um Rom (2)
Deutsch-ital.-rumän. Spielfilm (1968)
Nach dem Roman von Felix Dahn
Mit Orson Welles u. a.
Regie: Robert Siodmak
Anschl. Ratschlag für Kinogänger „1984" von Michael Radford
Vorgestellt von Michael Lentz
21.45 heute-journal
22.05 Amerika wird entdeckt
Mit Mackenzie quer durch Kanada
22.50 Auf Schusters Rappen
Fernsehfilm von Maria Matray
0.20 heute

WEST

19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsshow
21.45 Landesspiegel
Der Dichter Albert Vigoleis Thelen
22.15 Nach der Party
Englischer Fernsehfilm
23.50 Letzte Nachrichten

NORD

19.00 Eine Klassenreise (6)
19.15 Mensch und Metall (7)
20.00 Tagesschau
20.15 Buden-Zauber
Beobachtungen auf dem Winterfeldplatz
21.00 Das Montagsthema
Ist was faul bei uns im Staat?
22.00 Der nackte Kuß
Amerikanischer Spielfilm (1964)
Regie: Samuel Fuller
23.25 Nachrichten

HESSEN

19.00 Aus der Jugendredaktion
20.00 Was halten Sie von den Deutschen? (1)
Gespräche in der Sowjetunion
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Drei aktuell
21.45 Der Aufpasser
22.30 Focus on Jazz – Real Brazil (2)

SÜDWEST

18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Bonanza
20.20 Rückblende
Vor 100 Jahren gestorben: Alfred E. Brehm – das Tierleben
20.35 Denke nicht und frage nicht
Bhagwans „neue" Religion
21.20 Buck Rogers
21.45 Die richtige Seite des Rechts
22.50 Jazz am Montagabend
Duke Ellington
23.30 Nachrichten

BAYERN

19.00 Live aus dem Alabama
20.45 Blickpunkt Sport
21.45 Rundschau
22.00 Z. E. N.
22.05 Zeitgeschichte im Fernsehen
Vom Faustrecht zum Parlament
22.50 Schauplatz New York
Tod einer Minderjährigen
23.35 Rundschau

Dialog der Supermächte beginnt wie eine „Elefanten-Hochzeit"

FRITZ WIRTH, **Washington**

Die Bemühungen zwischen Moskau und Washington, nach einer diplomatischen Ära der „stummen" oder leeren Dialoge wieder auf Tuchfühlung zu gehen, gleichen in ihrem Szenarium einer Elefantenhochzeit: umständlich, schwerfällig, doch unverkennbar mit immer ähnlicher werdenden Zielvorstellungen vor Augen.

Es kommt ganz unübersehbar etwas in Bewegung. Man ist noch nicht zur Sache gekommmen, und es gibt noch keine direkten Dialoge, doch es gibt deutliche Signale, die immerhin eine Bereitschaft zu Gesprächen über Gespräche verheißen. In Washington jedenfalls spricht man immer häufiger von einer bevorstehenden Begegnung zwischen den beiden Außenministern Shultz und Gromyko Anfang des nächsten Jahres.

Die Sowjets haben das Terrain zu einer neuen Annäherung zunächst indirekt auf dem Umweg über amerikanische Medien abgetastet. Es begann vor einem Monat mit dem Interview des sowjetischen Staatschefs Tschernenko in der „Washington Post", wo er für eine Vereinbarung zur Verhinderung der Militarisierung des Weltraums, ein quantitatives und qualitatives Einfrieren nuklearer Waffen und für ein umfassendes Verbot nuklearer Tests plädierte.

Es folgte in der vergangenen Woche der Appell eines zunächst ungenannten Diplomaten der sowjetischen Botschaft, doch etwas spezifischer zu werden über die Pläne Präsident Reagans, die Gespräche und Initiativen zur Rüstungskontrolle unter einen Schirm zu bringen (der ungenannte Sowjetdiplomat entpuppte sich schließlich als Botschafter Dobrynin persönlich), und es endete am Freitag mit einem Brief-Interview Tschernenkos an die amerikanische Fernsehgesellschaft NBC. Tschernenko hält in diesem Interview die Zeit für ein Gipfeltreffen zwischen ihm und Präsident Reagan innerhalb der nächsten sechs Monate noch nicht für reif. Er verzichtet jedoch immerhin auf aggressive anti-amerikanische Töne und stellt fest: „Wenn die jüngsten Erklärungen aus Washington über den Wunsch nach einer Lösung der Probleme der Waffenreduzierung nicht nur leere Worte waren, dann könnte dies der Beginn zu normaleren Beziehungen zwischen beiden Ländern sein."

Diese Äußerungen machen deutlich, daß die Sowjets den Eindruck erwecken möchten, als sei der Widerstand gegen solche Gespräche und Lösungen bisher von Washington ausgegangen, und daß die ersten Schritte zu einer Normalisierung von den Amerikanern getan werden müßten. US-Außenminister Shultz sah jedoch darüber hinweg, hieß die Erklärung Tschernenkos willkommen und stellte fest: „Wir stimmen mit den Zielen, die er nennt, überein." Kritik dagegen übte Shultz an der umständlichen Mediendiplomatie der Sowjets und forderte sie auf,

DIE ● ANALYSE

„zum vertraulichen Prozeß der Diplomatie zurückzukehren".

Das „Timing" der sowjetischen diplomatischen Aktivität ist begreiflich. Es werden in diesen Tagen in Washington wichtige außenpolitische Weichen gestellt. Der Präsident hatte in der vergangenen Woche ein anderthalbstündiges Gespräch mit Shultz und Sicherheitsberater Robert McFarlane über Richtung und Schwerpunkte der amerikanischen Außenpolitik in seiner zweiten Amtszeit. Der Besuch des deutschen Kanzlers in der nächsten Woche fällt in diese politisch formative Periode der amerikanischen Politik und ist deshalb von besonderer Bedeutung.

Das Gespräch zwischen dem Präsidenten und Shultz war zugleich ein Vertrauensvotum für den amerikanischen Außenminister. Er wurde von Reagan in seinem Amt bestätigt, der damit alle Spekulationen über eine Neubesetzung der Spitze des State Departments beendete. Eine Umbesetzung hätte außenpolitisch einen Einschnitt bedeutet, den der auf politische Kontinuität bedachte Präsident zu diesem Zeitpunkt nicht wünscht.

So gesehen war dies für George Shultz eine bedeutsame Woche. Seine Position in der Administration ist heute offensichtlich stärker als je zuvor. Er hat an Statur und Selbstbewußtsein gewonnen, zumal offenbar geworden ist, daß Präsident Reagan zumindest in naher Zukunft mehr seinem Kurs zuneigt denn dem des „Falken" Weinberger im Pentagon. Das dürfte bei den langanhaltenden Querelen zwischen beiden Ministerien von einigem Belang sein.

Shultz hat mit diesem neugewonnenen Selbstvertrauen offenbar auch erfolgreich das Konzept des Weißen Hauses abgeblockt, die Abrüstungspolitik in die Obhut eines sogenannten „Zaren" zu geben, eines „Overlords", der die gesamte Nuklearstrategie der Regierung koordinieren soll. Im Kampf gegen diesen „Zaren" hatte Shultz in Verteidigungsminister Weinberger einen hilfreichen Verbündeten gefunden. Das Weiße Haus ließ gestern allerdings wissen, daß dieses Konzept keineswegs begraben sei.

Ein weiterer Schwerpunkt der amerikanischen Außenpolitik bleibt die Situation im mittelamerikanischen Raum. Es wurde am Wochenende mit der Entsendung des amerikanischen Flugzeugträgers „Nimitz" in die Karibik unterstrichen, wo sich zur Stunde insgesamt 25 amerikanische Schiffe zu Manövern aufhalten. Weinberger wies in diesem Zusammenhang auf die „dramatische Steigerung" von Waffenimporten durch Nicaragua hin. Während im Jahre 1981 lediglich 890 Tonnen Waffen durch die Sowjetunion und ihre Satelliten nach Nicaragua gebracht worden seien, seien in diesem Jahr bereits über 15 000 Tonnen importiert worden. „Wenn man so viele Waffen ansammelt, besteht zumindest die Möglichkeit, daß man sie zu offensiven Zwecken benutzt", *erklärte Weinberger am Wochenende* in einem Fernseh-Interview. Er weigerte sich jedoch, Parallelen zwischen diesen Vorgängen und den sowjetischen Waffenlieferungen an Kuba im Jahre 1962 zu ziehen, die der Raketenkrise vorausgingen.

„Genscher soll Menschenrechte ansprechen"

dpa, **Bonn**

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher ist von den CDU/CSU-Abgeordneten Herbert Czaja, Helmut Sauer, Claus Jäger und Ortwin Lowack aufgefordert worden, bei seinem am Mittwoch beginnenden Besuch in Warschau über die Menschenrechtssituation der Deutschen in den Oder-Neiße-Gebieten zu verhandeln. Er solle sich in Polen anders als der SPD-Fraktionschef Hans-Jochen Vogel verhalten. An die Bundesregierung wurde auf einer Tagung der Europäischen Konferenz für Menschenrechte und Selbstbestimmung außerdem appelliert, internationalen Gremien Dokumentationsmaterial über die Lage der Deutschen in Polen zur Verfügung zu stellen.

Diepgen weist „DDR"-Kritik zurück

rtr, **Berlin**

Berlins Regierender Bürgermeister und CDU-Landesvorsitzender Eberhard Diepgen hat gestern erneut bekräftigt, daß die deutsche Frage offen sei, und Kritik der „DDR" an dieser Auffassung entschieden zurückgewiesen. Der von der amtlichen Nachrichtenagentur ADN erhobene Vorwurf, Diepgen wolle „sich mit der DDR anlegen", sei „abwegig und zurückzuweisen", erklärte Senatssprecher Jörg Henschel auf Anfrage. Der „Hinweis auf die Realitäten bedeutet kein Anlegen mit irgendwem". „Realität" sei, daß „die deutsche Frage nach wie vor offen ist".

Der Senatssprecher betonte zugleich, daß Diepgen dessen ungeachtet bereit sei, *die deutsch-deutschen* Beziehungen voranzubringen. Vorwürfe dieser Art würden ihn nicht davon abhalten. In der ADN-Meldung hieß es im Zusammenhang mit der Äußerung Hans Apels, es gebe keine offene deutsche Frage mehr, Diepgens „Angriff" auf Apel zeuge von einer „politisch antiquierten Geisteshaltung".

ADN behauptete weiter, daß Diepgen „offenbar nicht in der Lage ist, die Realitäten zu erkennen". Henschel erklärte dazu, es sei „bemerkenswert", daß ADN meine, den „deutschlandpolitisch abwegigen Thesen" Apels „publizistische Schützenhilfe leisten zu müssen".

Trauer – aber in der Hoffnung auf Versöhnung

Feierstunde im Bundestag: Weizsäcker erinnert an die Opfer

E. N. **Bonn**

„Wir trauern, doch wir leben in der Hoffnung auf Versöhnung unter den Menschen und Völkern und auf Frieden in der Welt." Mit diesem Satz schloß Bundespräsident Richard von Weizsäcker gestern in einer Feierstunde im Plenarsaal des Bundestages anläßlich des Volkstrauertages die Totenehrung. Die Gedenkrede hielt Bundestagspräsident Philipp Jenninger.

Veranstalter der Feierstunde war der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, dessen Signum, fünf große schwarze Kreuze in einer Gruppe, die Stirnwand des blumengeschmückten Plenarsaals bedeckte. Die schwarz-rot-goldene Fahne neben dem Rednerpult war mit einem Trauerflor eingehüllt.

Der Bundespräsident zählte zu den Opfern von Krieg und Gewalt die Soldaten, die in beiden Weltkriegen gefallen sind, ihren Verwundungen erlagen oder in Gefangenschaft starben, und die Männer, Frauen und Kinder, die durch Kriegshandlungen ihr Leben lassen mußten. In das Totengedenken eingeschlossen wurden alle, die um ihrer Überzeugung oder ihres Glaubens willen Opfer der Gewaltherrschaft wurden, und alle, „die eines gewaltsamen Todes sterben mußten, weil sie einem anderen Volk angehörten oder einer anderen Rasse zugerechnet wurden".

„Beitrag zum Frieden"

Die Trauer, wie sie von Weizsäcker beschrieb, schloß auch Vertriebene, Opfer des Terrorismus, der politischen Verfolgung sowie „der Kriege und Bürgerkriege unserer Tage" ein.

In einer Lesung unter dem Titel „1944 – Jahr der Entscheidung" wurde von drei Sprechern und am Beispiel weniger Daten dieses vorletzten Kriegsjahres des großen Sterbens in Europa gedacht. Die deutschen Verluste bei den katastrophalen Niederlagen allein im Osten, so der Text, betrugen in den Monaten Juli bis November 1944 über 130 000 Tote, 524 000 Vermißte und über eine halbe Million Verwundete. „Unerreichbar sind uns immer noch unzählige Gräberstätten im Osten", ließ der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge in der Feierstunde im Plenarsaal erklären, „den Hunderttausenden, deren Grab wir nicht kennen, gilt heute unser besonderes Gedenken." Damit werde die Hoffnung verbunden, daß das vom Volksbund begonnene Werk der Verständigung und Versöhnung auch im Osten Wirklichkeit werden kann, „als ein Beitrag zum Frieden".

Der Volksbund wies durch seine Zentrale in Kassel zum Volkstrauertag erneut auf die geplante Errichtung einer zentralen Mahn- und Gedenkstätte für die Opfer von Krieg und Gewalt in Bonn hin. Für Kranzniederlegungen gibt es hier jetzt, nach dem Ende einer Zwischenlösung im Bonner Hofgarten, nur ein Ersatzkreuz auf einem Bonner Friedhof. Der Forderung nach der Gedenkstätte haben sich acht andere große Soldaten- und Kriegsopferverbände sowie das Deutsche Rote Kreuz angeschlossen.

Gräber als Mahnung

Der Präsident des Volksbundes, Eduard Masskamp, bezeichnete am Wochenende in einem Aufruf zum Volkstrauertag die Gräber aus der Zeit von Krieg und Gewaltherrschaft als Mahnung zum Frieden. Die Organisation hatte zum Volkstrauertag Gemeinschaftsreisen für Angehörige zu deutschen Soldatenfriedhöfen in Holland, Belgien, Frankreich und Italien organisiert. Auf allen größeren Soldatenfriedhöfen fanden am Sonntagvormittag Gedenkfeiern und Kranzniederlegungen statt. Im Auftrag des Bundespräsidenten und der Bundesregierung legten die deutschen diplomatischen Vertretungen darüber hinaus Kränze auf deutschen Soldatenfriedhöfen nieder.

Der Volkstrauertag müßte in Zukunft nach den Vorstellungen des Volksbundes durch einen jährlichen „europäischen Friedenstag" ersetzt werden, an dem in allen Ländern jeweils gemeinsam der Kriegstoten gedacht werden soll. Dieser Friedenstag wäre dann Ersatz für bisherige nationale Gedenktage an Schlachten und Siege, hieß es in der Zentrale des Volksbundes in Kassel.

Schon am Samstag begann in Hilden bei Düsseldorf eine Tagung auf Einladung des Volksbundes von Repräsentanten der ehemaligen Kriegsgegner, an der Regierungsbeamte und Vertreter der Streitkräfte, Kirchenvertreter, Bürgermeister und Jugendvertreter aus insgesamt zwölf Staaten teilnahmen.

Gymnasiasten unterstreichen Überlegenheit

Nea. **Frankfurt**

Beim diesjährigen Bundeswettbewerb *Mathematik bewiesen die Gymnasien* wiederum ihre deutliche Überlegenheit. Von den insgesamt 75 Schülern, die bei den Landeswettbewerben die ersten Plätze belegten und sich für die Endrunde qualifizierten, sind 73 Gymnasiasten und nur zwei Gesamtschüler – einer aus Bayern, der andere von der Deutsch-Amerikanischen Gemeinschaftsschule in Berlin. Erneut sind unter den ersten Preisträgern nur zwei Mädchen.

Spendenaffäre: Gefahr für Wahlbeteiligung

rtr, **Bonn**

SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz rechnet als Folge der Parteispendenaffäre künftig mit einer niedrigeren Wahlbeteiligung. Besonders jüngere Menschen hätten sich infolge der Affäre innerlich zurückgezogen, meinte Glotz in einem Interview des Südwestfunks. Zugleich äußerte er die Ansicht, daß die CDU bei der Offenlegung der Einkommensverhältnisse von Abgeordneten nichts unternehmen wolle. Diesen Eindruck habe er nach der Bundestagsdebatte über die Affäre. Es lehnten aber auch SPD-Abgeordnete einen solchen Vorschlag ab. Glotz äußerte auch Bedenken, ob sich mit der Offenlegung der Nebenverdienste von Abgeordneten das Problem wirklich lösen lasse. Es müsse auch über die Offenlegung von Großbesitz und Vermögensstatistiken gesprochen werden.

Zimmermann will nicht auf V-Leute verzichten

rtr, **Veitshöchheim**

Bei der Verbrechensbekämpfung will Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann nicht auf die umstrittene Rasterfahndung und den Einsatz sogenannter V-Leute verzichten. Zimmermann sagte auf einer Veranstaltung des CSU-Arbeitskreises Polizei in Veitshöchheim bei Würzburg, bewährte und neue Methoden der Kriminalitätsbekämpfung wie polizeiliche Beobachtung und Rasterfahndung müßten ebenso weiterpraktiziert werden wie das Einschleusen von V-Leuten in die kriminelle Szene. Zwar hätten terroristische Aktionen und gewalttätige Demonstrationen in jüngster Zeit nachgelassen, doch sei die Zahl der Banküberfälle und der Rauschgiftdelikte im laufenden Jahr gestiegen. Schuld daran sei nicht zuletzt ein „Nachlassen des Rechtsbewußtseins" in Teilen der Jugend.

Engelhard verteidigt Scheidungsfolgenrecht

dpa, **Hamburg**

Bundesjustizminister Hans Engelhard (FDP) hat entschieden den Vorwurf zurückgewiesen, daß das geplante neue Scheidungsfolgenrecht ein Gesetz für Privilegierte und frauenfeindlich sei. In einem Gespräch mit dem Nachrichtenmagazin „Der Spiegel" sagte Engelhard, es habe sich im Unterhaltsrecht gezeigt, „daß die strikte Übernahme des Zerrüttungsprinzips bei den Scheidungsfolgen sich so nicht bewährt, sondern zu groben Ungerechtigkeiten in Einzelfällen geführt hat". Auf die Frage, warum das 1977 bei der Scheidungsreform verworfene Verschuldungsprinzip durch die Hintertür wiedereingeführt werden solle, erklärte Engelhard: „Es gibt keine Rückkehr zum Verschuldungsprinzip, sondern nur das Bemühen, die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes in die Sprache des Gesetzes zu übersetzen."

„Häufigere Treffen von Kohl und Strauß"

AP, **Frankfurt**

Der neue Kanzleramtsminister Schäuble will sich für häufigere Kontakte zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und CSU-Chef Franz Josef Strauß einsetzen. Im Hessischen Rundfunk sagte er gestern, er wolle darauf hinwirken, daß sich die Parteivorsitzenden von CDU und CSU so häufig wie möglich treffen. Er wolle seine guten Dienste anbieten, um das objektiv bestehende Problem zu verkleinern, das sich aus der Tatsache ergebe, daß einer der drei Parteichefs der Koalition nicht in Bonn anwesend sei.

Zum Bild der Bundesregierung in der Öffentlichkeit meinte Schäuble, es sei zu Unrecht soviel von Pannen der Regierung die Rede. Die angeblichen oder tatsächlichen Fehlschläge machten vielleicht drei Prozent aus, in 97 Prozent der Fälle sei aber die Regierung erfolgreich gewesen. Selbstverständlich habe es auch Fehler gegeben, doch werde bei offenen und kontroversen Diskussionen von Problemen der Koalition von der Öffentlichkeit der Vorwurf erhoben, daß die Regierungsparteien alles nur zerredeten. Als Beispiel nannte der Minister die geplante Steuerreform. Sie sei eine Entlastung, wie sie in diesem Umfang noch nie in der Bundesrepublik beschlossen worden sei.

FDP hat die Diskussion um „Neuanfang" vertagt

Außer Genscher und Morlok will niemand zurücktreten

STEFAN HEYDECK, **Mainz**

Der FDP-Vorstand und der Bundeshauptausschuß als höchstes Gremium zwischen den Parteitagen haben am Wochenende versucht, neue Konflikte über personelle Fragen schon im Ansatz zu entschärfen. Mit „großer Empörung" wurde die Forderung des schleswig-holsteinischen Landesvorsitzenden Zywietz zurückgewiesen, FDP-Chef Genscher solle sein Amt als Vizekanzler an Wirtschaftsminister Bangemann übertragen, wenn dieser auf dem Saarbrükker Parteitag im Februar dessen Nachfolge antritt. Damit, so Zywietz, solle Bangemann in der Koalition und im Kabinett „eigene Akzente setzen können". Die Verärgerung über ihn richtete sich auch dagegen, daß er als Vorstandsmitglied dies am Tag der nichtöffentlichen Sitzung in einem Interview verlangt hatte.

Unmut zeigte sich auch über den Bangemann-Vorgänger Otto Graf Lambsdorff. Er habe den „falschen Eindruck" erzeugt, daß in der FDP-Führung keine Mehrheit für einen Beitritt zur UN-Seerechtskonvention vorhanden sei. Dies sei gegen Bangemann gerichtet gewesen. Genscher verhinderte eine peinliche Niederlage für Bangemann, als auf seinen Wunsch hin zwei Anträge zu der Konvention an die Bundestagsfraktion überwiesen wurden.

Abgelehnt wurden nach vertraulichen Gesprächen am Rande auch Forderungen, auf dem Parteitag die gesamte Führung neu zu wählen, um so einen „Neuanfang" zu demonstrieren. Solche Vorstöße richteten sich nach Einschätzung von Teilnehmern unter anderem gegen Lambsdorff, der dem Präsidium angehört. Dieser habe bereits sein Interesse signalisiert, von Jürgen Morlok das Amt des stellvertretenden FDP-Chefs zu übernehmen. Als aussichtsreichster Anwärter für diesen Posten gilt bisher der hessische FDP- und Fraktionsvorsitzende Wolfgang Gerhardt. In Mainz zeigte sich, daß außer Genscher und Morlok zur Zeit kein Vorstandsmitglied an Rücktritt denkt.

Nach ausführlicher Diskussion verabschiedete der Hauptausschuß mit großer Mehrheit 22 Thesen zur Fernmelde- und Medienpolitik. In ihnen spricht sich die FDP unter anderem für die Zulassung privater Programmveranstalter parallel zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk aus. Abgelehnt werden der Anschlußzwang an Kabelnetze und ein Antennenverbot.

Auf der Suche nach Ersatz für Zwangsanleihe

■ Fortsetzung von Seite 1

die Bestimmung an, wonach Unternehmer sich durch Investitionen von der Zahlung der Zwangsanleihe hätten „freikaufen" können. Die Experten des Finanzministeriums werden bis zur nächsten Sitzung hierzu noch genauere Vorschläge erarbeiten.

Biedenkopf will dagegen die in der früheren Koalition von der SPD favorisierte und der FDP abgelehnte Ergänzungsabgabe ins Gespräch bringen. Auf einer Konferenz der CDU-Sozialausschüsse am Samstag in Borken schlug er vor, mit den Einnahmen die Beseitigung von Altlasten in der Umwelt zu finanzieren. Laut dpa begrüßte er es, daß Stoltenberg selbst zu diesem Thema keine Vorschläge machen wolle (der Minister hatte in einem Rundfunkinterview vor einer Woche erklärt, er werde keine Ergänzungsabgabe vorschlagen). Dies lasse Raum für eine Diskussion in der Partei. Eine solche Diskussion sei notwendig, weil die CDU im Bundestagswahlkampf 1983 „die soziale Symmetrie der zahlreichen zur Stabilisierung des Bundeshaushalts notwendigen Kürzungen auch unter Hinweis auf die beschlossene Zwangsanleihe begründet und gerechtfertigt" habe. Mit dem Verbot der Zwangsanleihe durch das Verfassungsgericht sei die soziale Symmetrie gestört worden. Dies allein rechtfertige die Ergänzungsabgabe noch nicht. Die Bundesrepublik stehe jedoch vor großen Investitionsanstrengungen zur Bewältigung von Umweltschäden. Diese sollten mit den Einnahmen finanziert werden. In der Stoltenberg-Kommission wurde die Ergänzungsabgabe abgelehnt.

Die SPD hat der Bundesregierung vorgeworfen, mit der Erhebung der Zwanganleihe die Öffentlichkeit bewußt getäuscht zu haben. Der Vorsitzende des Haushaltsausschusses, Rudi Walther (SPD) erklärte: „Dieser Zwangsanleihe war von Anfang an der Stempel der Verfassungswidrigkeit so aufgedrückt, daß man den Versuch, diese Zwangsanleihe als einen Akt der sozialen Ausgewogenheit im Verhältnis zu den dramatischen Einschnitten im sozialen Netz darstellen zu wollen, als Täuschung anprangern muß."

Kein gutes Beispiel

fu (London) – Die Inflationsrate in Großbritannien ist im Oktober von 4,7 auf fünf Prozent gestiegen: „Na und?" hört man das Volk fragen. Ob 4,7 oder fünf Prozent, das mache doch keinen Unterschied und sei im übrigen alles andere als schlecht – gemessen an den mehr als 20 Prozent vor vier Jahren.

Diese Argumentation läßt erkennen, daß die über Jahrzehnte gepflegte Inflations-Mentalität der Briten noch nicht gebrochen ist. Daß Länder wie Deutschland, Japan und auch die USA als große Handelskonkurrenten im internationalen Wettbewerb gerade von ihrer niedrigen Preissteigerungsrate profitieren, wird einfach nicht verstanden.

Wenn laut OECD die Einzelhandelspreise zum September in der Bundesrepublik nur um 1,5 Prozent, in Japan um 2,3 und in den USA um 4,2 Prozent gestiegen sind, dann zeigt sich der Brite herzlich wenig beeindruckt. Eher herrscht bei ihm der Verdacht vor, daß da die Gewerkschaften einen teuflischen Pakt mit den Arbeitgebern geschlossen haben müssen.

Die Bürger wollen nicht einsehen, daß ihr Land weit über seine Verhältnisse lebt. Das belegen nicht nur die überzogenen Lohnforderungen, die während der letzten zwölf Monate die Einkommen im Schnitt doppelt so schnell steigen ließen wie die Nahrungsmittelpreise. Das zeigen auch die befremdenden Handlungsweisen höchster Regierungsbeamter, die im öffentlichen Dienst die Bezüge um bis zu zehn Prozent, die Fahrkarten-Preise von British Rail jetzt um fast sieben und vom regionalen Londoner Transportverbund sogar um neun Prozent angehoben haben. Man kann nicht behaupten, daß da mit gutem Beispiel vorangegangen wird.

Vertane Chance

Ha. (Brüssel) – Einen schlechten Dienst erwiesen hat sich das Europäische Parlament, als es in der vergangenen Woche die Abstimmung über das umweltfreundliche Auto vertagte. Es verspielte damit nicht nur die Chance, an einem politischen Kompromiß zwischen der Bundesrepublik und den weniger vom Waldsterben betroffenen Partnerländern mitzuwirken, sondern zugleich auch eine Gelegenheit, sich bei den Bürgern als Anwalt eines rigoroseren Umweltschutzes zu profilieren. Immer wieder klagt die Straßburger Versammlung über das geringe öffentliche Interesse an ihrer Arbeit und über unzureichende Befugnisse. Jetzt muß sie sich selbst die Schuld daran zuschreiben, wenn der Verordnungsentwurf der Kommission auf die lange Bank geschoben wird. Der Rat kann sich wegen der fehlenden Stellungnahme fürs erste aus der Verantwortung stehlen. Die Gefahr eines Bonner Alleinganges wird dadurch nur größer.

TEXTILMASCHINENBAU / Die Mikroelektronik sorgt für volle Auftragsbücher

Die Exportquote für neu gebaute Maschinen liegt bei 98 Prozent

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Der deutsche Textilmaschinenbau erlebt derzeit einen wahren Boom. Die Auftragsbücher der meisten Unternehmen sind prall gefüllt. Die Produktion läuft auf Hochtouren, und ihr Wachstum um 20 Prozent auf 4,8 Milliarden Mark bis zum Jahresende gilt als sicher. Auch ein Plus von 25 Prozent wird in der Branche für möglich gehalten.

„Unsere Firmen haben augenblicklich Auftragsbestände bis zu zehn Monaten", freut sich Hans Trützschler, Vorsitzender der Fachgemeinshaft Textilmaschinen im VDMA. „Und so, wie es aussieht, wird die günstige Entwicklung noch weit bis ins Jahr 1986 hineinwirken." Der überwiegend mittelständischen Branche, die Ende der siebziger Jahre ihren Tiefpunkt erreicht hatte, kommt der warme Regen gerade recht.

Denn auch die Jahre 1980 (4,1 Mrd. DM) bis 1983 (3,9 Mrd. DM Produktion) waren eher von Stagnation gekennzeichnet, boten also wenig Gelegenheit, wieder Speck anzusetzen. Daß vergleichsweise wenige der (vielfach Familien-) Unternehmen schließen mußten, war nur durch konsequente Rationalisierung möglich. Auch sie läßt sich in Zahlen fassen: Von den rund 60 000 Mitarbeitern, die noch vor einem Jahrzehnt beschäftigt wurden, waren Anfang 1984 noch 35 000 übrig. Inzwischen zählt die Branche wieder 38 000 Arbeitsplätze.

Ihren jetzigen Erfolg führen die Textilmaschinenbauer weniger auf Dollar-Gunst und höhere Kaufbereitschaft zurück als auf ihre eigene Leistung. Trützschler: „Wir haben eine kleine technische Revolution eingeleitet, an der unsere Kunden in der Textilindustrie gar nicht mehr vorbeigehen können." Was der deutschen Industrie sonst gerne als Defizit vorgehalten wird, hat dieser Zweig sehr früh und sehr konsequent realisiert: den Einsatz der Mikroelektronik.

Mit Eigenentwicklungen von elektronischen Steuerungen und Vorrichtungen – beispielsweise zum automatischen Wiederanknüpfen abgerissener Fäden – wurden Automationsgrade erreicht, von denen die Textilindustrie nur geträumt hatte. Durch die Verkettung ganzer Produktionsprozesse, also die Automatisierung nicht nur der einzelnen Arbeitsgänge, sondern auch der Transporte und der Beschickungsvorgänge, kann eine vollausgerüstete Spinnerei heute theoretish mit „Geisterschichten" arbeiten.

„Damit haben wir ganz wesentlich dazu beigetragen, die deutsche Textilindustrie am Leben zu erhalten", vermerkt Trützschler nicht ohne Stolz. Denn die vergleichsweise hohen Arbeitskosten hatten die deutschen Textilbetriebe gegenüber der Konkurrenz aus der Dritten Welt arg ins Hintertreffen geraten lassen. Inzwischen produzieren sie mit 250 000 Mitarbeitern etwa die gleichen Mengen wie vor eineinhalb Jahrzehnten mit 700 000 Kräften und erweisen sich sogar im Export wieder als konkurrenzfähig.

Daß den Wettbewerbern aus den Entwicklungsländern „nur Paroli zu bieten ist, wenn man die Arbeitskosten zu einer Quantité negligeable macht", hat sich auch außerhalb Deutschlands herumgesprochen, mit ein Grund für das vehemente Anrollen des Verkaufs. Die Liste der wichtigsten Abnehmerländer belegt auch die Aussage, daß „unsere Maschinen mit ihrer geringen Arbeitsintensität und ihrer technischen Komplexität ganz auf den Bedarf der Industrieländer zugeschnitten" sind.

Größter Einzelmarkt – größer noch als der Inlandsmarkt – sind die USA, die alleine gut 17 Prozent des Exportvolumens aufnehmen, gefolgt von Italien, Frankreich, Großbritannien und der Schweiz. Die gesamte Exportquote, die – wegen des begrenzten Inlandsmarktes traditionell hoch – in der Statistik mit 98 Prozent ausgewiesen wird, halten die Branchenexperten für etwas zu hoch. Bereinigt um die wachsenden Gebrauchtmaschinenausfuhren gehen sie von einem Anteil von 80 bis 85 Prozent der Produktion aus.

Damit kommen sie auf beachtliche Weltmarktanteile, zum Beispiel bei Spinnereimaschinen auf 33 Prozent, bei Wirk- und Strickmaschinen auf 38 Prozent, bei Veredelungsmaschinen auf 52 (!) Prozent und bei Webereimaschinen auf 17 Prozent.

US-AKTIENMÄRKTE

Höheres Etatdefizit führt zu kräftigen Kursverlusten

VWD/rtr/DW. New York

Vor allem in der letzten Sitzungsstunde kam es am Freitag zu einem starken Kursrutsch an der New Yorker Effektenbörse. Der Dow-Jones-Index büßte allein am Freitag 18,22 Punkte ein und schloß mit 1187,94 Punkten. Im Wochenverlauf verlor der Dow Jones 31,03 Punkte ein. Der umfassende börsenamtliche NYSE-Index wurde um 2,79 Punkte auf 209,180 zurückgenommen. Der tägliche Durchschnittsumsatz belief sich auf 72,80 Millionen Stück nach 93,80 Millionen in der Vorwoche.

Die institutionellen Anleger hielten sich weiter vom Markt fern erklärte ein Analyst vom Brokerhaus Drexel Burnham Lambert. Insgesamt fehle es im Moment an Nachfrage für Aktien, von einem starken Verkaufsdruck könne nicht die Rede sein.

Daß der Dow Jones unter 1200 schloß, sei nicht allzu bedeutend, erklärte ein Vertreter der Brokerfirma Donaldson, Lufkin, da die neue psychologisch wichtige Marke derzeit bei 1180 Punkten liege. Zurückhaltend sind die Anleger wegen der Unsicherheit über die weitere Wirtschaftsentwicklung und die Politik der Notenbank. Vor allem die Tatsache, daß das Haushaltsdefizit nach oben revidiert werden mußte, hat die Börsianer verunsichert.

US-Präsident Ronald Reagan hat seine Haushaltsexperten beauftragt, Vorschläge zur Eindämmung eines drohenden noch größeren Etatdefizits zu unterbreiten. Präsidialamtssprecher Larry Speakes sagte am Freitag, Reagan erwarte, daß ihm kurz nach seiner Rückkehr nach Washington am 25. November konkrete Vorschläge unterbreitet würden. Das im August für den Haushalt 1985 (ab 1. Oktober 1984) projizierte Defizit von 172 Mrd. Dollar könnte nach heutigen Schätzungen auf 210 Mrd. Dollar steigen. Zudem könnte ein langsameres Wachstum der Wirtschaft erhoffte Steuermehreinnahmen zunichte machen.

Reagans Haushaltsexperten beschäftigen sich bereits mit einer Reihe von Sparmaßnahmen, die auf die Pensionen von Beamten und Soldaten, staatliche Kreditprogramme, die Gesundheitsvorsorge für ältere Menschen und Agrarsubventionen abzielen. Insgesamt müßten durch Streichungen etwa 40 Mrd. Dollar aufgebracht werden, um das im August formulierte Ziel von 172 Mrd. Dollar zu erreichen.

Zudem deuten die jüngsten Konjunkturdaten eher auf eine Verlangsamung des Wirtschaftsaufschwungs. So war die Industrieproduktion im Oktober gegenüber dem Vormonat konstant geblieben.

Bei der August-Prognose war die Regierung noch von einem realen Wirtschaftswachstum von vier Prozent im zweiten Halbjahr dieses Jahres ausgegangen. Im dritten Quartal wurde aber nur eine Jahresrate von 2,7 Prozent erreicht. Experten rechnen für das letzte Quartal mit einem kaum besseren Ergebnis.

Aral – Anfang vom Ende?

Von HANS BAUMANN

Es ist nichts Neues: Deutsche Rechtsmühlen mahlen genauso lange wie die Gottes. Im Januar dieses Jahres hatte das Kartellamt in Berlin den Aral-Anteilseignern untersagt, ihr gesamtes Vertragswerk anzuwenden, da es gegen das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen verstoße. Gegen diese Verfügung hatten die Anteilseigner Veba Öl, Mobil Oil und Wintershall sowie die Aral AG selbst Einspruch erhoben. Das Kammergericht Berlin hatte die Beschwerde angenommen, die Aral-Anteilseigner gehört und nun die zuständige Beschlußabteilung im Kartellamt gebeten, ihre Begründung für die Verfügung noch einmal vorzutragen. Dann wird das Gericht – irgendwann 1985 – sein Urteil fällen.

Selbst wenn das Kammergericht die Verfügung des Kartellamts bestätigen sollte, so wird damit Aral nicht als Tankstellenorganisation und schon gar nicht als glänzend etablierte Marke vom Markt verschwinden. Dennoch wird es eine Zäsur geben, die möglicherweise das Kartellamt selbst nicht gewollt hat. Hier würde sich fatal auswirken, daß das Kartellamt unanfechtbar rein rechtlichen Normen folgt, das wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Umfeld aber völlig unberücksichtigt läßt.

Aral hat immerhin 1900 Beschäftigte, setzt fast 15 Milliarden Mark um und betreibt mit fast 4400 Tankstellen das größte Treibstoffnetz der Bundesrepublik. Aral hat keine eigenen Raffinerien. Das Unternehmen wird ausschließlich von seinen Gesellschaftern versorgt. Aral wiederum ist die Vertriebsgesellschaft ihrer Anteilseigner, die keine eigenen Tankstellennetze besitzen.

Kaum bekannt in der Öffentlichkeit ist, daß die Anteilseigner von Aral seit mehr als acht Jahrzehnten ihr Tankstellengeschäft auf die Aral konzentriert haben, daß sie also nie selbst am Markt in Erscheinung getreten sind. In das Aral-Netz wurden seit 1967 rund 1,7 Milliarden Mark investiert.

Welcher Unternehmer hätte sich wohl finanziell in einem solchen Ausmaß engagiert, wenn er hätte fürchten müssen, daß die Organisation keinen Bestand haben würde? Um dennoch die Rechte zu sichern, stellte Aral bereits 1958 nach Inkrafttreten des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen einen Erlaubnisantrag. Nach Beratungen mit der zuständigen Beschlußabteilung entstand das heute noch bestehende Vertragswerk.

Wer hätte damals ahnen sollen, daß das gleiche Amt 1984 diesem Vertriebspool nach 86 Jahren die Basis für eine erfolgreiche Arbeit entziehen würde? Ohne das integrierte Geschäft von der Rohölbeschaffung über die Verarbeitung und ohne den Vertrieb der Produkte ist Aral nicht existenzfähig. Und in genau diesem Punkt wird die Entscheidung des Kartellamtes unverständlich, denn eine Aral AG, die nicht mehr wirtschaftlich arbeiten kann, trägt auch nicht länger zur Sicherheit der Versorgung dieser Bundesrepublik mit Kraftstoff bei.

Man wird daran erinnern dürfen, daß die Bonner Energiepolitik nach der ersten Ölkrise sogar eine Stärkung von Aral beschloß, indem Bonn eine Zusammenführung von Veba und Gelsenberg unterstützte. Damals erteilte der Bundesminister für Wirtschaft eine Sondergenehmigung mit der Begründung, daß dieser Zusammenschluß der langfristigen Sicherung der Mineralölversorgung diene. Die gesamtwirtschaftlichen Vorteile, so hieß es einleuchtend, überwögen die damit verbundenen Wettbewerbsbeschränkungen. 1975 schließlich hat dann die Monopolkommission den Zusammenschluß von Veba und Gelsenberg aus der Sicht aller berührter Märkte erörtert mit dem Ergebnis: „Sie empfiehlt daher nicht eine Trennung der Veba/Gelsenberg von ihrer vertraglichen Bindung an Mobil Oil."

Eine Zerschlagung von Aral hätte aber auch generelle negative Aspekte für den Mineralölmarkt. Er ist heute schon vom Raffineriesterben geprägt, vom starken Anstieg der Fertigproduktenimporte. Seit Jahren werden in diesem Markt keine Gewinne mehr gemacht. Das Aus für Aral würde Signal sein für andere Ölgesellschaften, diesem Land ebenfalls den Rücken zuzukehren, denn wenn Aral die Integration untersagt wird, dann könnte das sehr wohl ein Signal dafür sein, nun auch die vertikalen Vertriebsketten der übrigen Ölgesellschaften zu zerschlagen. Das wäre der Anfang vom Ende einer „deutschen" Ölwirtschaft.

AUF EIN WORT



„Wer in Brüssel und vor dem Europäischen Gerichtshof gegen Subventionen streitet, leistet Europa bessere Dienste als die amtlichen Sachwalter der EG, die der Beihilfepolitik unserer Nachbarn Unbedenklichkeitsbescheinigungen ausstellen."

Dr. Ruprecht Vondran, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie, Düsseldorf. FOTO: DIE WELT

Besserungsquote geändert

Py, Düsseldorf

Eine sechste Besserungsquote, diesmal 0,6 Prozent der berechtigten Forderungen, erhalten in den nächsten Tagen die Gläubiger des im Sommer 1974 zusammengebrochen Kölner Bankhauses I. D. Herstatt KGaA i. L. Dies teilten die Abwickler der Bank aufgrund des im Geschäftsjahr 1983/84 (26.6.) erwirtschafteten Abwicklungsüberschusses mit. Das Jahresergebnis erreichte 10,1 (17,3) Mill. DM. Insgesamt hat sich die Beserungsquoe seit 1975 auf elf Prozent erhöht, so daß die Privatgläubiger der Bank mit 76 (1974: 65) Prozent der Forderungen, Banken und Kommunen mit 66 (1974: 55) Prozent bedient sind. Bei kleinen Beträgen wird die Ausschüttung vorgetragen.

HANDELSSTREIT USA–EG

Gegen Kreditsubventionen im Kampf um Exportmärkte

WILHELM HADLER, Brüssel

Nicht mit Worten bewenden lassen es die USA im handelspolitischen Streit mit der EG. So hat die amerikanische Export-Import-Bank jetzt der in einigen europäischen Ländern üblichen Verknüpfung von Entwicklungshilfe und kommerziellen Transaktionen mit einem demonstrativen Billigkredit den Kampf angesagt.

Das Institut gab in einem Pressekommuniqué bekannt, es habe einen subventionierten französischen Kredit unterboten, um einen Großauftrag in Zypern für eine amerikanische Firma zu sichern. Dabei handelt es sich um den Bau einer Bodenstation für den Empfang von Fernmeldesatelliten. Die amerikanische Bank will für den Zehnjahreskredit nur Zinsen von knapp fünf Prozent fordern.

Die Entscheidung folgte unmittelbar einer Aussprache der EG-Finanzminister, in der sich einige Mitgliedstaaten nur zögernd zu den Bemühungen im Rahmen der Pariser OECD geäußert hatten, die „Mischfinanzierung" bei Aufträgen aus Entwicklungsländern einzuschränken. Die USA beharren auf baldigen Fortschritten. Die EG-Kommission hat jedoch vor allem wegen der restriktiven Haltung Frankreichs bisher große Mühe, den Rat zu einem Verhandlungsmandat für die Konferenz am 10. Dezember zu bewegen.

Bei einem Besuch in Brüssel hat der Unterstaatssekretär im amerikanischen Finanzministerium, Tim McNamar, keinen Zweifel daran gelassen, daß Washington die Sache ernst nimmt. Die USA würden den Europäern notfalls beweisen, daß sie jeden subventionierten Wettlauf um Exportmärkte in der Dritten Welt gewinnen würden, meinte er.

ABKOMMEN VW–„DDR"

Otto Wolff: Ein Modellfall für Ost-West-Kooperation

HEINZ HECK, Bonn

In dem Abkommen des Volkswagenwerks mit der „DDR" sieht der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, Otto Wolff von Amerongen, einen „Modellfall" für die Ost-West-Kooperation vor allem mit Investitionsgütern. Wolff äußerte sich in einem Deutschlandfunk-Interview optimistisch zu den Wachstumschancen des Ost-West-Handels. Zwar werde es nicht mehr die Zuwachsraten der siebziger Jahre geben, die allerdings auch die Folge einer zu großzügigen Kreditgewährung gewesen seien. Nach dem Abbau der Verschuldung habe sich die Kreditwürdigkeit einiger Ostblockländer „sehr verbessert".

Die Gefahr eines Handelskrieges mit dem Ostblock, speziell der Sowjetunion, sieht Wolff nicht. Zwar habe die Änderung der Cocom-Liste den Export hochtechnologischer Güter erschwert. Aber Washington könne allein wegen des florierenden Agrarexports kein Interesse an einem Handelskrieg haben. Zwischen der Verschärfung der Cocom-Liste und dem Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan sieht Wolff keinen direkten Zusammenhang. „Wir sind uns darüber im klaren – und die Sowjets wissen das auch –, daß rüstungsrelevante Güter nicht geliefert werden können." Andererseits gibt er zu bedenken, daß Länder wie die Bundesrepublik nicht als Ausrüster für die Welt in Investitionsgütern fungieren können, „ohne daß wir nicht auch eine gewisse Technologie mitliefern".

Die Großkredite an die „DDR" verteidigte Wolff mit dem Hinweis, daß Ost-Berlin in die Lage versetzt werden sollte, „auch mit den übrigen westlichen Ländern besser Handel treiben" zu können.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Electronica'84 beendet

München (dpa/VWD) – Als Schlüssel zu neuen Märkten, Branchen und Strukturen werteten die 2 183 Aussteller die Electronica 84, die am Wochenende zuende ging. Es kamen rund 106 000 Besucher aus 68 Ländern - 28 Prozent mehr als 1982. Das Interesse galt mit 47 Prozent der Anwendung der elektronischer Bauteile und -gruppen in der Elektronikindustrie, der Elektroindustrie (13 Prozent) und dem Maschinen- und Fahrzeugbau (sieben Prozent).

Konkurs beantragt

Flensburg (dpa/VWD) – Die 1949 gegründete Maschinenfabrik Gubisch GmbH + Co KG (Flensburg) - Hersteller von Holzbearbeitungsmaschinen hat Konkurs beantragt, bestätigte das Amtsgericht Flensburg. Von der Firma selbst war noch keine Stellungnahme zu erhalten. Betroffen sind 200 Mitarbeiter. Sie sollen bereits die letzten Löhne und Gehälter nicht mehr erhalten haben.

Mehr Anleihen

Paris (dpa/VWD) – Frankreich hat nach Angaben der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) seit Anfang 1984 elf Milliarden Dollar Anleihen aufgenommen, fast soviel wie im ganzen Jahr 1983 (11,3 Milliarden). Finanzkreise erklären den hohen Betrag zum großen Teil damit, daß Paris zinsgünstige Anleihemöglichkeiten wahrnahm, um teurere Kredite aus den Vorjahren vorzeitig zu tilgen. Die langfristigen Brutto-Auslandsverpflichtungen Frankreichs betrugen Ende Juni offiziell 54,4 Milliarden Dollar.

Liberalisierung geplant

Paris (AFP) – Der französische Wirtschafts- und Finanzminister Pierre Bérégovoy hat die Liberalisierung der Preise in verschiedenen Sektoren der Industrie und des Dienstleistungsgewerbes angekündigt. In einem Interview mit dem Rundfunksender „Europe 1" sagte Bérégovoy, er werde am Montag dem Staatlichen Preiskomitee entsprechende Vorschläge machen. In anderen Bereichen sei jedoch eine sorgfältige Überwachung der Preise im Rahmen der Inflationsbekämpfung weiterhin angebracht. Auf einigen Gebieten, so Beregovoy, wo der Wettbewerb freien Spielraum haben soll, kann praktisch von Preisstabilität gesprochen werden, insbesondere bei Fernsehempfängern, Schreibwaren, Haushaltsgeräten und verschiedenen Lebensmitteln.

Keine Änderung

Hannover (VWD) – Thomson-Brand hat Bundeswirtschaftsminister Bangemann nach FDP-Angaben schriftlich versichert, bei seinem deutschen Tochterunternehmen Telefunken seien „keine Veränderungen" geplant. Das teilte der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Fraktion im niedersächsischen Landtag, Peter-Jürgen Rau, mit.

Abkommen perfekt

Mailand (dpa/VWD) – Der schwedische Electrolux-Konzern und das italienische Elektrogeräteunternehmen Zanussi SpA haben jetzt den Vertrag über die Mehrheitsbeteiligung von Electrolux an Zanussi unterzeichnet. Das Abkommen soll von der zum 14. Dezember einberufenen Zanussi-Hauptversammlung ratifiziert werden. Einer Electrolux-Ankündigung zufolge soll der Sanierungs- und Beschäftigungsplan für Zanussi spätestens bis Ende April 1985 vorgelegt werden.

Katalysator-Autos ab 1985

Rüsselsheim (VWD) – Die Adam Opel AG wird ihre ersten Katalysator-Autos ab Januar 1985 ausliefern. Als erstes Opel-Modell ist der Ascona 1,8 mit Katalysator zu haben, es folgen dann die Modelle Kadett, Corsa, Senator und Rekord. Nach Angaben von Entwicklungschef Fritz Lohr wird Opel innerhalb der nächsten zehn Monate praktisch die gesamte Modellpalette mit Katalysator-Versionen ergänzen und auch Nachrüstsätze für fast alle derzeit im Angebot befindlichen Opel-Fahrzeuge anbieten.

Kredit an Uganda

Kampala (AFP) – Die Bundesrepublik Deutschland gewährt Uganda eine finanzielle Unterstützung von 15 Mill. Mark. Der am Freitag in Kamapala unterzeichnete Vertrag dient vor allem der technischen Hilfe dieses ostafrikanischen Landes.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Erstmals seit 1979 wächst Energieverbrauch wieder

WILHELM HADLER, Brüssel

Ziemlich im dunkeln tappen die Experten gegenwärtig bei der Veranschlagung des mittel- und langfristigen Energieverbrauchs. Wie die EG-Kommission in einem Bericht an den Ministerrat bekennt, ist in der Gemeinschaft „die Unsicherheit größer denn je".

Nach der Analyse rechnen die Sachverständigen vor allem wegen der reduzierten Wachstumserwartungen beim Bruttosozialprodukt und wegen der Erfolge bei der Umstrukturierung des Energiesektors durchweg mit einer niedrigeren Nachfrage. Gleichwohl gäbe es jedoch unter den Prognosen erhebliche Unterschiede in der Einschätzung der künftigen Entwicklung, was die Notwendigkeit einer möglichst flexiblen Energiepolitik unterstreiche.

Für 1984 und 1985 rechnet die zuständige Brüsseler Generaldirektion für die Gemeinschaft erstmals wieder seit 1979 mit einem wachsenden Energieverbrauch. Sie schätzt die Zunahme für das laufende Jahr auf etwa vier und für 1985 auf 2,8 Prozent. Im ersten Halbjahr 1984 lag der Primärenergieverbrauch bereits um 5,4 Prozent höher als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres. Auch die Öl-Nachfrage könnte 1984 erstmals wieder um vier Prozent ansteigen.

In der Bundesrepublik deuten die längerfristigen Vorausschauen jedoch bis 1990 insgesamt nur auf ein geringes Wachstum der globalen Energienachfrage hin. Für den anschließenden Zeitraum rechnen die Experten mit einem sinkenden Verbrauch. Nur die Atomenergie besitzt noch nennenswerte Wachstumschancen.

DAIMLER-BENZ AG / Berlin-Seminar befaßte sich mit Langfristprognosen

„Was passiert, wenn nichts passiert?"

GERD BRÜGGEMANN, Berlin

Prognosen sind oft Glücksache. Ob die Anwendung wissenschaftlicher Methoden zuverlässigere Ergebnisse erbringen als das Lesen im Kaffeesatz, ist durchaus umstritten. Auf der anderen Seite hat der Bedarf an langfristigen Vorhersagen außerordentlich zugenommen und damit auch die Kritik an ihnen. Was ist der Blick in die Zukunft, unverbindlich-unverantwortliche Zahlenspielerei oder unverzichtbares Hilfsmittel für die Entscheidungsfindung?

Das letzte Daimler-Benz-Seminar, in dem Arbeiten aus dem Aufgabenbereich der Forschungsgruppe Berlin des Unternehmens einer fachlich interessierten Öffentlichkeit vorgestellt werden sollen, beschäftigte sich in diesem Jahr mit dem Thema „Langfristprognosen". In Referaten und der Diskussionen wurde deutlich, daß die Anforderungen und Wünsche der Prognosenkonsumenten und das Leistungsvermögen der Prognosehersteller häufig auseinanderklaffen.

Zunächst beleuchtete Achim Dieckmann vom Verband der Automobilindustrie die Prognosen von Shell, Prognos und vom DIW für die Entwicklung des Automobilbestandes auf ihre Verläßlichkeit, ihren Anspruch, ihre Leistungsfähigkeit und ihre Nachvollziehbarkeit mit erstaunlichen Ergebnissen. Der Wiener Statistik-Professor Gerhart Bruckmann stellte sich der Grundsatzfrage, ob es denn Wissen über die Zukunft überhaupt geben könne und wenn ja, ob es in den Langfristprognosen bereitgestellt werden könne. Bei aller Skepsis bekannte sich Bruckmann zur Prognostik, denn lehne man sie ab, müsse man immer noch die Frage beantworten: „Was passiert, wenn nichts passiert?"

Mit einem wichtigen, von Sozialwissenschaftlern aber häufig gern übersehenen Komplex befaßte sich der Bamberger Psychologieprofessor Dietrich Berner. Er stellte die Frage, ob Menschen überhaupt in langfristigen Zeitbezügen denken können und dazu noch in komplexen Systemzusammenhängen und machte auf die Unzulänglichkeit menschlichen Vorausschauens und Planens in dieser Hinsicht aufmerksam. Der Karlsruher Professor Claus Heidemann deutete Planung als verständigen Umgang mit Mutmaßungen und Gerüchten. Sie beziehe ihre Rechtfertigung aus der Vorstellung, daß überlegtes Handeln auch zu überlegenem Handeln führe, bei dem die Erfolgschance vergleichsweise hoch und das Schadensrisiko gering seien.

Zum Abschluß stellte Beat Schmidt von der Technischen Hochschule in Zürich ein dort entwickeltes Verfahren vor, das Zukunftsanalysen durch Auswählen und Verarbeiten von Informationen über komplexe Systeme ermöglichen soll.

ARGENTINIEN

Steuerreform soll Budgetlücke füllen

VWD, Buenos Aires

Die argentinische Regierung will in Kürze eine Reihe von steuerlichen Reformmaßnahmen zur Reduzierung des Budgetfehlbetrages 1985 einführen. Geplant ist, die Einnahmen der öffentlichen Hand von bisher 22 auf 27 Prozent des Bruttoinlandsprodukts anzuheben. Zugleich will man durch eine Vereinfachung der Steuernormen der Steuerflucht Einhalt gebieten. Zu den vorgeschlagenen Änderungen zählt die Ablösung der Erhebung der Mehrwertsteuer auf der Einzelhandelsebene durch eine unmittelbare Besteuerung des Einzelhandels auf der Basis seines konsolidierten Quartalumsatzes. Die Mehrwertsteuer soll auch bei amtlich registrierten Vermögenswerten durch eine Sondersteuer abgelöst werden, die im Dezember in Details dargestellt werden soll.

Ein weiterer Reformbereich ist die Modifizierung der Veranlagungsmethodik, die bei der Bewertung der Vermögenswerte natürlicher und juristischer Personen zur Anwendung gelangt und sich in den Vermögens- und Kapitalsteuern niederschlägt. Das argentinische Finanzministerium veranschlagt die Mehreinnahmen aus den neuen Steuern, die die Mehrwehrtsteuer ablösen sollen, auf real 35 Prozent mehr in 1985 als im laufenden Jahr. Argentinien hat eine Steuerfluchtrate bei den Einzeleinkommensteuern von etwa 70 Prozent.

ITALIEN / Zentralbank dringt auf Maßnahmen in der Steuerpolitik – Streit zwischen den Tarifpartnern

Wachstum festigt sich bei sinkender Inflation

GÜNTHER DEPAS, Mailand

An der Schwelle zu den Wintermonaten festigt sich der Aufschwung in der italienischen Wirtschaft bei weiter anhaltender Beruhigung an der Preisfront. Offiziellen Schätzungen zufolge wird das Wachstum des Bruttosozialprodukts real 2,8 Prozent erreichen, während die Investitionen gegenüber dem vergangenen Jahr um 2,2 Prozent und der Binnenkonsum um 2,9 Prozent zunehmen dürften. In den ersten neun Monaten stieg die Industrieproduktion gegenüber der gleichen Vorjahreszeit um 3,1 Prozent.

Die Inflationsrate ist erstmals seit elf Jahren auf eine einstellige Zahl gesunken, womit es der Regierung gelungen ist, das für dieses Jahr gesetzte Inflationslimit einzuhalten. Nicht gelungen ist es dagegen, die Inflationsdifferenz gegenüber den anderen westeuropäischen Ländern abzubauen. Trotz des Rückgangs um etwa fünf Prozentpunkte gegenüber dem vergangenen Jahr ist die Inflation in Italien noch immer doppelt so hoch wie der EG-Durchschnitt und fast dreimal so hoch wie in der Bundesrepublik Deutschland. Schatten auf das erzielte Ergebnis wirft auch, daß die Beruhigung an der Preisfront in den Herbstmonaten hauptsächlich durch den von der Regierung ausgesprochenen Mietenstopp und das künstliche Einfrieren der vom Staat überwachten Preise erzielt wurde. Hier schwelen Inflationsherde weiter, die sich in den nächsten Monaten unliebsam bemerkbar machen könnten.

Um so mehr drängt die Zentralbank auf einschneidende Maßnahmen in der Haushalts- und Lohnpolitik. Besondere Bedeutung kommt dabei dem Maßnahmepaket zu, mit dem der Steuerhinterziehung im Einzelhandel und in den freien Berufen zu Leibe gerückt werden soll. Dieses Paket steht der derzeit im Mittelpunkt der ganzen wirtschafts- und haushaltspolitischen Aktion, weil nur über die Mobilisierung der geplanten zehn bis 15 000 Milliarden Lire im kommenden Jahr das Budgetdefizit wie beabsichtigt auf den Stand dieses Jahres eingefroren werden kann. Außer erheblichen technischen Problemen wirft der von der Regierung den Steuerhinterziehern angesagte Kampf auch politische Fragen auf, die den Zusammenhalt der Fünfer-Koalition belasten und deshalb einen Kompromiß als wahrscheinlich gelten lassen.

Noch ungewiß ist bisher ebenfalls, wie weit es den Sozialpartnern gelingen wird, das Wachstum von Löhnen und Gehältern, wie von Regierung und Zentralbank empfohlen, „innerhalb" der ins Auge gefaßten Inflationsrate von sieben Prozent im Jahre 1985 zu halten. Der Arbeitsmarkt ist weiter vom Abbau industrieller Arbeitsplätze gekennzeichnet. Diese Tendenz wird allen Experten zufolge auch weiter andauern, da in vielen Bereichen, insbesondere im staatlichen Teil der Industrie, der Rationalisierungsprozeß erst am Anfang steht.

Der Außenhandel schloß in den ersten neun Monaten mit einem Defizit von 12 989 Milliarden Lire, 29 Prozent mehr als in der gleichen Vorjahreszeit. Der höhere Fehlbetrag ist voll dem um 13,1 Prozent auf 26 393 Milliarden Lire gestiegenen Defizit im Energiebereich zuzuschreiben, während der Überschuß in den übrigen Sparten des Warenverkehrs mit 13 410 Milliarden Lire nahezu unverändert blieb. Die Verschlechterung des Energiefehlbetrages ging ausschließlich auf die starke Lira-Abwertung gegenüber dem US-Dollar zurück. Die Ausfuhren erhöhten sich in den ersten neun Monaten gegenüber der Vergleichsperiode um 17,7 Prozent auf 91 732 Milliarden Lire, die Einfuhren um 19 Prozent auf 104 721 Milliarden Lire. Kräftig zugenommen hat der Export in die USA dank der Lira-Abwertung gegenüber dem Dollar. Andererseits litt die Ausfuhr nach der Bundesrepublik Deutschland und in die anderen westeuropäischen Länder unter der relativen Schwäche der D-Mark gegenüber der italienischen Währung.

FRANKREICH / Das Schuldenproblem bleibt ungelöst

Opposition lobt Lohnpolitik

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Nach den bösen Erfahrungen der Jahre 1981 und 1982 ist die Wirtschaftspolitik der sozialistischen Regierung „brav" geworden, stellt die Finanzkommission des oppositionellen Senats in ihrem letzten Konjunkturbericht fest. Gelobt wird darin vor allem die restriktive Lohn- und die liberalere Arbeitsmarktpolitik, durch die die Unternehmen in die Lage versetzt wurden, ihre Erträge deutlich zu verbessern und unrentable Arbeitsplätze zu beseitigen. Dies könne durchaus als teilweise Bereinigung früherer Fehler bewertet werden.

Dagegen setzt die Regierung ihre Schuldenpolitik weiter fort. Die inländische Staatsschuld ist nach den Feststellungen des Senats inzwischen auf 674 Mrd. Franc angewachsen. Davon entfielen 352 Mrd. Franc auf kurzfristige und 322 Mrd. Franc auf mittel- bis langfristige Verbindlichkeiten. Diese Schuld hat sich seit der sozialistischen Machtübernahme um das Zweieinhalbfache erhöht.

Die Hauptursache dafür waren die zunehmenden Defizite des Staatshaushalts, die je zur Hälfte durch langfristige Anleihen und kurzfristig, das heißt letztlich über die Notenpresse, finanziert worden sind. Der Senat sieht in diesem inflatorisch wirkenden Verfahren die Hauptursache dafür, daß es Frankreich nicht gelingt, seine Inflationsrate ebenso stark wie andere Länder zu senken. Es würde sehr schwer fallen, die inzwischen erreichte 7,5-Prozent-Marke zu unterschreiten.

Eine überdurchschnittliche Inflation bedeutete aber entsprechend hohe Zinsen und damit eine starke Begrenzung der Expansionsmöglichkeiten. Außerdem sei die Regierung wegen der enormen Auslandsverschuldung gezwungen, die Binnen-Nachfrage und dadurch die Importe zu beschränken. Denn der Schuldendienst dürfte auch größer sein als die möglichen Überschüsse in der Leistungsbilanz. Noch steckt sie in den roten Zahlen.

Die französische Auslandsschuld veranschlagt der Senat auf 500 Mrd. Franc. Die Regierung selbst hatte sie zur Jahresmitte auf 467 Mrd. Franc beziffert und ihr 272 Mrd. Franc an französischen Auslandsforderungen gegenübergestellt, die aber durchweg von geringerer Qualität sind.

PORTUGAL / Verstaatlichung festgeschrieben – Neugründungen nicht betroffen

Konkurrenz der Privatbanken befürchtet

dpa/VWD, Lissabon

Mitte November eröffnet die viertgrößte US-Bank Manufactures Hanover Trust Company eine Filiale in Lissabon, nachdem die aus Sozialisten (PS) und Sozialdemokraten (PSD) bestehende portugiesische Regierung unlängst die Wiederzulassung von privaten Banken bestätigt hatte. Rund ein Dutzend Privatbanken wurde nach der sogenannten „Revolution der roten Nelken" vom April 1974 mit einem kommunistisch inspirierten Gesetz verstaatlicht (1975). In der folgenden Verfassung gelang es der heute nicht mehr existierenden kommunistisch-sozialistischen parlamentarischen Mehrheit, die Verstaatlichungen als unumkehrbar festzuschreiben.

Die linke Parlamentsmehrheit hatte in ihrer damaligen Euphorie über den gelungenen Sturz des faschistischen Salazar/Caetano-Regimes vergessen, auch Neugründungen von Privatbanken zu verdammen. Und so füllte die amtierende linksbürgerliche Regierung die Gesetzeslücke ohne die Verfassung zu verletzen. Die juristisch unerfahrenen Gesetzesgeber von 1976 grollen jetzt ob ihrer Unterlassungssünde und erleben nunmehr, daß die verstaatlichten Banken nicht reprivatisiert werden, was verfassungswidrig wäre, sondern daß ihnen mit den neugegründeten Privatbanken doch eine echte Konkurrenz erwachsen ist.

Nach der Hanover Trust Company haben die US-Chase Manhattan Bank und die portugiesische Sociedade Portuguesa de Investimento (SPI) die Banklizenzen erhalten. Bei der SPI ist eine Schweizer Bankverbindung und die bundesdeutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) mit je fünf Prozent beteiligt. Die englische Lloyds Bank International und eine französische Bank wurden als Ausländer damals nicht verstaatlicht. Sie konnten jetzt ihre alten Lizenzen für den Ausbau in Portugal nutzen.

Kommunistenchef Alvaro Cunhal erklärte wutentbrannt, bei einem Machtwechsel würden als erstes die neugegründeten Privatbanken „entschädigungslos enteignet und verstaatlicht". Nach der heute festgefügten pluralistischen demokratischen Staatsform Portugals wäre ein Machtwechsel à la Cunhal nur mit den Bajonetten der Sowjetarmee vollstreckbar. Andererseits konnte nicht ausbleiben, daß die Vertreter der Staatsbanken die von der Regierung gewollte und geförderte Konkurrenz mit den privaten Geldinstituten kritisch beobachten. Manche befürchten eine Wettbewerbsverzerrung.

Die Staatsbanken sähen sich keinem offenen Wettbewerb mit gleichen Chancen für alle gegenüber, weil sie im Gegensatz zu den Neugründungen „ganze Berge von Problemen mit sich herumschleppen". Den Neugründungen müßte in ihrer Anfangsphase ein niedriger Zinsfuß für Depot- und Spareinlagen vorgeschrieben werden und ein höherer für die Kreditvergabe. Ohne einen vorübergehenden Ausgleich wäre der erstrebte Konkurrenzkampf eher ein Überlebenskampf. Regierungsvertreter betonten, daß der Grundsatz der Gleichbehandlung zwar nicht verletzt werden würde, aber die Regierung sehe es auch als ihre Pflicht an, nationale Interessen zu wahren.

SEL: Geschwächter Halbjahresumsatz

dpa/VWD, Stuttgart

Der Gruppenumsatz der zur amerikanischen ITT-Gruppe gehörenden Standard Elektrik Lorenz AG (SEL/Stuttgart), lag im 1. Halbjahr 1984 infolge des Arbeitskampfes in der Metallindustrie mit 1,74 Mrd. DM um 1,2 Prozent unter dem des Vorjahres. Der Auftragseingang der Gruppe stieg um 23,4 Prozent. Für 1984 rechnet SEL-Vorstandsvorsitzender Helmut Lohr – nach Angaben in der Hauszeitschrift des Unternehmens – daher mit einem Umsatzanstieg von 5 (3,4) Prozent auf 4,24 Mrd. DM.

Der Arbeitskampf beeinträchtigte im 1. Halbjahr 1984 besonders die SEL-Unternehmensgruppe Nachrichtentechnik, deren Umsatz um 5,8 Prozent auf 879 (933) Mill. DM fiel. Dagegen wuchsen die Umsätze bei der Gruppe Audio-Video-Elektronik, die Unterhaltungselektronik der Marken „ITT" und „Graetz" herstellt, um 4,4 Prozent auf 212 (203) Mill. DM und bei Bauelementen um 13,2 Prozent auf 231 (204) Mill. DM. Insgesamt ging der SEL-Inlandsumsatz um 1,6 Prozent auf 1,22 (1,24) Mill. DM zurück, während der Exportumsatz unverändert blieb.

RENTENMARKT / Im November nur wenig Impulse

Längerfristig Zuversicht

Am Rentenmarkt machten sich Störungen aus den USA bemerkbar, wo wieder einmal Zinssteigerungsbefürchtungen aufflammten. Doch man faßte schließlich wieder Hoffnung, nachdem die US-Notenbank am Geldmarkt liquidisierend interveniert hatte. Diese Stimmungsbesserung übertrug sich auf den deutschen Rentenmarkt, wo die Renditen am Wochenende praktisch wieder auf den Ausgangsstand zurückgingen. Trotz längerfristig sehr positiver Einschätzung der Zinssenkungschancen erwartet man vorerst nicht allzu große Schritte, weil der November kein guter Anlagemonat ist. (cd)

Emissionen	16.11. 84	9.11. 84	29.12. 83	30.12. 82	30.12. 81
Anleihen von Bund, Bahn und Post	6,84	6,84	7,88	7,45	10,05
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	6,95	6,96	7,72	7,04	10,55
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	6,87	6,84	7,83	7,61	10,26
Schuldverschreibungen der Industrie	7,19	7,23	8,29	8,24	11,52
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	6,83	6,85	7,90	7,65	10,12
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	6,59	6,60	7,64	7,43	10,50
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,33	7,34	8,30	7,94	9,75
Inländische Emittenten insgesamt	6,85	6,85	7,89	7,63	10,19
DM-Auslandsanleihen	7,41	7,42	8,08	8,45	10,32

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: King-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer: (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,- einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Fischer

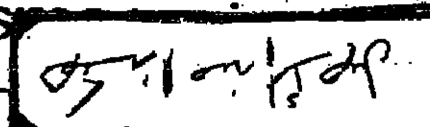
Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd-Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.



MAN / Verlust wurde auf 112 Millionen DM reduziert

Auftragstief ist überwunden

dpa/VWD, Augsburg

Die MAN Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG, Augsburg, schloß im abgelaufenen Geschäftsjahr 1983/84 (30. Juni) mit einem Jahresverlust von 112 Mill. DM verglichen mit 148,2 Mill. DM im Vorjahr ab. Wie der zum Gutehoffnungshütte-Konzern gehörende Maschinen- und Nutzfahrzeughersteller berichtete, konnte das Unternehmen im abgelaufenen Geschäftsjahr sein Ziel, den Betriebsverlust des Vorjahres von 225 Mill. DM zu halbieren, deutlich übertreffen. Jedoch hätten die Aufwendungen für den Arbeitskampf in der Metallindustrie im Frühsommer mit 39 Mill. und für Sozialpläne mit 133 Mill. DM durch die Auflösung der Reserven nicht voll ausgeglichen werden können.

Das Unternehmen rechnet damit, „daß es möglich sein wird, 1984/85 ein etwa ausgeglichenes Ergebnis zu erzielen". Der MAN-Umsatz lag 1983/84 mit 5,54 Mrd. DM nahezu unverändert gegenüber dem Vorjahr mit 5,53 Mrd. DM. Wie aus der Mitteilung des Unternehmens weiter hervorgeht, hatten die deutsche Investitionsgüterindustrie und damit auch MAN Mitte vergangenen Jahres ein Tief im Auftragseingang hinzunehmen. Im Verlauf des Geschäftsjahres sei es dann zu einer kräftigen Erholung der Bestelltätigkeit gekommen, die vor allem von der starken Nachfrage in den wesentlichen Industrieländern getragen wurde. Im Mai und Juni 1984 seien die Geschäfte jedoch durch die Arbeitskämpfe in der Metall- und Druckindustrie spürbar gedämpft worden.

MAN rechnet damit, ihre Kapazitäten, die jetzt dem geringeren Auftragsvolumen entsprechen, auszulasten. Der Auftragseingang im ersten Quartal 1984/85 rechtfertige diese Erwartung. Er lag deutlich über dem des Vorjahreszeitraumes.

DATENBANKDIENSTE / Bertelsmann kooperiert mit der Deutschen Presse-Agentur zum Ausbau des eigenen Netzes

Bundesrepublik ist noch ein „Mauerblümchen"

DANKWARD SEITZ, München

Einen noch erheblichen Nachholbedarf, gar ein „Mauerblümchen-Dasein" konstatiert die Verlagsgruppe Bertelsmann, Gütersloh, der Bundesrepublik auf dem Gebiet des internationalen Datenbank-Angebots und dessen Nutzung. Nach einer jetzt veröffentlichten Marktanalyse der Bertelsmann Datenbankdienste GmbH, München, liegt der deutsche Anteil am Weltmarktabsatz dieser neuen Informationsbranche von etwa 8 Mrd. DM erst bei etwa 40 bis 50 Mill. DM und damit weit unter 1 Prozent. Der Löwenanteil entfällt mit rund 6 Mrd. DM auf Nordamerika bei jährlichen Zuwachsraten von 30 bis 40 Prozent.

Auch die Relationen auf der Angebotsseite zeigen, daß sich die deutschen Informationsproduzenten fast noch gar nicht auf diese zukunftsorientierte Publikationsform eingestellt haben. Übergewichtig stark vertreten sind hier ebenfalls die USA und Kanada mit einem Anteil von 76 Prozent. Europa stellt 21 Prozent, während die Bundesrepublik nur auf sehr bescheidene 3 Prozent kommt – gleich viel wie Afrika, Asien und Australien zusammen. Ein „nur schwacher Trost" nach Ansicht von Berthold Stukenbröker, Verlagsleiter der Bertelsmann Datenbankdienste, für eine „so exportorientierte Industrienation, die grundsätzlich auf einen aktuellen und schnellen Informationsfluß in den Bereichen Wirtschaft, Technik und Politik angewiesen ist".

Technisch ist der Anschluß an ein internationales Datenbank-Netz kein Problem. Für den Dialog mit dem Rechner benötigt der Benutzer lediglich ein Telefon und ein geeignetes Terminal, wie es von vielen Firmen angeboten wird. Im Vergleich zu den USA sei es hierzulande hingegen viel schwieriger, so Stukenbröker, potentielle Nutzer von den Vorteilen der Informationsbeschaffung über die Online-Datenbank zu überzeugen. Und dies, obwohl das internationale Datenbank-Angebot mit 52 Prozent seinen Schwerpunkt im Bereich wirtschaftliche und ökonomische Informationen hat. Auf den Bereich Technik entfallen 15 Prozent und auf Biomedizin und Naturwissenschaften 11 Prozent.

Vor diesem Hintergrund bewertet Stukenbröker die Marktchancen für sein Unternehmen, das 1983 gegründet wurde und seit Januar 1984 auf diesem Gebiet tätig ist, recht zuversichtlich. Das Kundenpotential für Datenbankdienste in der Bundesrepublik schätzt er auf etwa 50 000. Rund 250 konnten bisher als Kunden gewonnen werden. In fünf Jahren hofft man, ungefähr 4000 bis 5000 Teilnehmer bedienen und damit einen Umsatz von 15 bis 20 Mill. DM erreichen zu können.

Für den Ausbau des eigenen Datenbankdienstes hat Bertelsmann jetzt ein Kooperationsabkommen mit dem amerikanischen EDV-Service-Unternehmen Automatic Data Processing (ADP), Roseland/New Jersey, abgeschlossen und wird zudem ab Anfang 1985 den Europa-Dienst der Deutschen Presse-Agentur (dpa) anbieten. Dadurch bestehen dann auch Zugriffsmöglichkeiten auf die Datenbanken des Dow-Jones-Services und der Schweizerischen Depeschen-Agentur.

Kurz vor dem Abschluß steht auch, so Stukenbröker, ein Vertrag mit dem Münchner Wila-Verlag, der sich auf die Veröffentlichung deutscher Patente spezialisiert hat. Bisher stützte der Bertelsmann Datenbankdienst sich auf die Data-Star der Radio Schweiz AG, die etwa 50 verschiedenen Datenbanken angeschlossen ist.

HYPO-BANKEN

Die Neuzusagen sind geschrumpft

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Die seit Mitte 1983 anhaltende Sättigung des Immobilienmarktes bestimmt das Hypothekengeschäft von drei zum Konzern der Dresdner Bank gehörenden Hypothekenbanken; teilweise sei sogar ein Überangebot festzustellen, bemerkt die Pfälzische Hypothekenbank. Die spürbar geschrumpften Neuzusagen von Hypotheken konzentrierten sich bei diesem Institut ebenso wie bei der Deutschen Hypothekenbank Frankfurt-Bremen und der Norddeutschen Hypothekenbank, Hamburg, weitgehend auf Umschuldungs- und Modernisierungsdarlehen. Nach Auffassung der Deutschen Hypothekenbank kann nur eine Verbesserung der steuerlichen Behandlung selbstgenutzten Wohnungseigentums die Kapitalnachfrage wieder stärker beleben.

Die Nordhypo berichtet allerdings über eine Wiederbelebung der Nachfrage nach Baufinanzierungen in der zweiten Jahreshälfte auf Grund der deutlich gesunkenen Zinsen. Dennoch blieben ihre Zusagen in den ersten drei Quartalen dieses Jahres mit 201 Mill. DM um ein Drittel hinter dem boomartigen Geschäft des Vorjahres zurück. Kräftig ausgeweitet wurden dagegen die Zusagen von Kommunaldarlehen von 75 auf 237 Mill. DM. Im Zuge einer weiteren Ergebnisverbesserung verzeichnet die Bank eine Steigerung des Zinsüberschusses einschließlich der Einmalrechnung um 5,6 Prozent auf 28 Mill. DM.

Bei der Deutschen Hypothekenbank ist der erweiterte Zinsüberschuß gegenüber ¾ des Vorjahresergebnisses von 112,9 auf 102,7 Mill. DM zurückgegangen, weil sich die im Vorjahr hohen Einmalerträge ermäßigten. Im Hypothekengeschäft wurden 693 (1102) Mill. DM neu zugesagt, im Kommunalgeschäft 1,27 (1,19) Mrd. DM.

Die Pfälzische Hypothekenbank, Ludwigshafen, berichtet über eine Steigerung des Zinsüberschussses um 30,8 Prozent auf 64,1 Mill. DM, dem ein Rückgang im Einmalergebnis gegenüberstand. Die Hypothekenzusagen gingen zurück, die Kommunalkreditzusagen stiegen.

HAMBURG-MANNHEIMER / Positive Entwicklung

Dividende wie im Vorjahr

HARALD POSNY, Köln

Die Hamburg-Mannheimer Versicherung AG, Hamburg, erwartet für 1984 einen Bruttoüberschuß in der Lebensversicherung von 1,03 (0,94) Mrd. DM, der wie im Vorjahr zu 98 Prozent der Rückstellung zur Beitragsrückerstattung zugeführt wird und darüber hinaus wieder eine Ausschüttung von 18 Prozent an die Aktionäre zuläßt. Vorstandsvorsitzender Günter Kalbaum stellte „alles in allem eine leicht positive Geschäftsentwicklung" heraus.

So sieht der nach der Bestandssumme drittgrößte deutsche Lebensversicherer zum Jahresende ein Neugeschäft von 9,2 (9,4) Mrd. DM. Der leichte Rückgang wird durch den Basiseffekt des Vorjahres nach dem zusätzlichen Verkaufsschub durch den zweimaligen Anstieg der für die dynamischen Verträge maßgeblichen Höchstbeiträge in der Gesetzlichen Rentenversicherung erklärt.

In den ersten drei Quartalen wurde das Neugeschäft um 0,7 Prozent auf 6,5 Mrd. DM ausgeweitet. Dabei hat die Kapitalversicherung ihren Anteil auf 82 (88) Prozent verringert, während die Rentenversicherung aufgrund des Auftriebs der selbständigen Berufsunfähigkeits-Versicherung ihren Anteil auf 14 (8) Prozent erhöhte. Seit Jahresbeginn wurde aufgrund der Neuregelungen in der Gesetzlichen Rentenversicherung mit 882 Mill. DM die Versicherungssumme um 115 Prozent ausgeweitet. Der Gesamt-Bestand wird 64,4 Mrd. DM Versicherungssumme (plus 7 Prozent) erreichen.

Die Vermögensneuanlagen (brutto) werden noch 1984 auf 2,3 Mrd. DM (plus 1,6 Prozent) steigen und „abschreibungs-unanfälligen" Anlagen zugute kommen. Der Kapitalanlagenbestand von 16 (14,1) Mrd. DM wird 1,18 Mrd. DM (plus 10,2 Prozent) an Nettoerträgen bringen.

Die Hamburg-Mannheimer Sachversicherung AG hat die positive Umsatzentwicklung des Vorjahres fortgesetzt. Bei einem Bestandsvolumen von derzeit 590 Mill. DM erhöhte sich nach drei Quartalen das Brutto-Prämienaufkommen um 6,7 Prozent, wobei die Unfallversicherung nicht nur am stärksten wuchs (13,4 Prozent), sondern auch mit 321 Mill. DM der stärkste Umsatzträger ist. Das Unternehmen rechnet mit einem positiven versicherungstechnischen Gesamtergebnis (1983: 11,5 Mill. DM).

Ausschüttung für 1984 angekündigt

JAN BRECH, Hamburg

Die Vereinigte Kunstmühlen AG (VK), Ergolding, stellt ihren Aktionären auch für 1984 eine Dividende in Aussicht. Dies geht aus einem im Bundesanzeiger veröffentlichten Prospekt für die Zulassung zum Börsenhandel der 19,8 Mill. DM Inhaberaktien hervor. Trotz einer schwierigen Marktsituation für die deutsche Müllerei werde die VK ein gutes Ergebnis erzielen. Die Höhe der Dividende stehe aber noch nicht fest. Für das Vorjahr hatte die VK 5 Prozent ausgeschüttet. Bei einem Umsatz von 907 Mill. DM betrug der Jahresüberschuß 1,6 Mill. DM.

Mit dem bisherigen Geschäftsverlauf ist die Mühlengruppe zufrieden. Zurückgegangene Exportmengen seien durch einen höheren Inlandsabsatz ausgeglichen worden, so daß sich die Kapazitätsauslastung der Mühlen in vertretbarem Rahmen gehalten habe. Im Mittelpunkt steht dabei die 1983 übernommene Kampffmeyer Mühlen GmbH, die sechs Mühlen betreibt und mit rund 16 Prozent Anteil im Inland marktführend ist. Zu ihren wichtigsten Beteiligungen gehört die Aurora-Vertriebs GmbH mit rund 117 Mill. DM Umsatz. Bei den Kampffmeyer Mühlen, die im Zuge des Vergleichsverfahrens über die Kampffmeyer-Gruppe zur VK gekommen ist, wird derzeit ein umfangreiches Sonderinvestitionsprogramm abgewickelt.

Die Kampffmeyer Mühle GmbH habe 1983 ein positives Betriebsergebnis erwirtschaftet, heißt es. Der Überschuß von 6,9 Mill. DM ist in die Rücklage eingestellt worden.

RUD / Marktführer bei Schneeketten geblieben – Exportanteil wieder 25 Prozent

Kräftiger Umsatzzuwachs erwartet

WERNER NEITZEL, Aalen

Schnee und Eis in Norddeutschland hat nicht nur viele Autofahrer in Verlegenheit gebracht, das unerwartete Winterwetter rückte möglicherweise auch da und dort die Anschaffung von Schneeketten ins Blickfeld. Die Branche der Schneeketten-Hersteller kann im übrigen ein Lied von den eindeutig witterungsbedingten Schwankungen in dieser Geschäftssparte singen. In Jahren mit „normalem" Winterwetterverlauf werden in der Bundesrepublik durchschnittlich 500 000 Paar Schneeketten jährlich gekauft mit einem wertmäßigen Marktvolumen von 125 Mill. DM. Bleibt indessen – wie schon geschehen – der Schnee hierzulande aus, dann schrumpft auch der Markt drastisch zusammen.

Die RUD-Kettenfabrik Rieger & Dietz GmbH & Co. KG, Aalen-Unterkochen, eindeutiger Marktführer bei Schneeketten in der Bundesrepublik (über 50 Prozent Marktanteil) und in Europa sowie weltweit größter Hersteller von Reifenketten (z. B. für Baustellenfahrzeuge), ist recht zuversichtlich, daß sich ein kräftiges Umsatzwachstum einstellt. In den ersten drei Monaten des laufenden Geschäftsjahres 1984/85 (30. 6.) belief sich der Umsatzzuwachs auf 9 Prozent, wobei jedoch die Saison jetzt erst beginnt.

Im Geschäftsjahr 1983/84 verbuchte das Familienunternehmen eine Umsatzzunahme um 8,3 Prozent (real plus 5,5 Prozent) auf 117 Mill. DM. Damit war nach zwei Jahren der Stagnation wieder ein deutlicher Schub zu spüren. Jeweils die Hälfte des Umsatzes entfiel auf die beiden Bereiche Reifenketten und Ketten zum Heben, Ziehen und Fördern. Im heißumkämpften Schneekettenbereich, in dem sich mehr als 30 Anbieter tummeln, festigte RUD seine dominierende Position vor allem durch den Verkaufserfolg der leicht montierbaren „RUD-matic"-Kette. Hier sieht sich das Unternehmen allerdings inzwischen in der Situation, daß nach einem Urteil des Bundespatentgerichts das Schutzrecht für den Federstahlbügel auf Betreiben der Konkurrenz hin gefallen ist. Heutzutage werden praktisch kaum mehr Ketten herkömmlicher Art ohne Bügel verkauft. Bei den Reifenschutzketten (inländischer RUD-Marktanteil 80 Prozent) spürt die Firma die Auswirkungen der Bauflaute, registriert aber im Export gute Zuwachsraten.

Der Exportanteil am gesamten RUD-Umsatz liegt konstant bei 25 Prozent. Neben einer Produktionstochter in Brasilien (62 Beschäftigte) bestehen Vertriebsgesellschaften in den USA, Großbritannien, Belgien, Singapur und neuerdings auch in Australien. Die Auftragsdecke hat eine Reichweite von durchschnittlich drei Monaten. Das Ergebnis sei nach Angaben des geschäftsführenden Gesellschafters Hansjörg Rieger „ziemlich gleichgeblieben".

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Düsseldorf: Nachl. d. Klaus Leonard Aptyka, Monheim; VTG Buttenmüller GmbH; **Essen:** Daniel + Brunn GmbH, Sprockhövel 1; **Hamm:** Otto Jennebach, Malermeister, Kamen; **Ingolstadt:** BIG Büroeinrichtungs & Informationstechnik Handelsges. mbH & Co. Vertriebs KG; **Karlsruhe:** Mura Wohnungsbau-Hausverwaltungs GmbH & Co. KG; **Kiel:** Interra Anlagenverwertungs GmbH; **Lüdenscheid:** Brunke Verwaltungsges. mbH; **Marburg:** Kronemann-Zweirad GmbH & Co. KG; **Meppen:** Alfons Mönster, Bauunternehmung GmbH, Spahnharrenstätte; **Recklinghausen:** Terramar Bauträger GmbH; Horst Hellmann, Kaufmann, Alleininh. e. Bohrunternehmens; **Stuttgart:** Werner Eckhardt Schlotz, Korb; Nachl. d. Mathilde Emilie Röhm; **Waldshut-Tiengen:** Contiens Design Textil GmbH & Co. KG, Schopfheim; **Wesel:** Willi Buschholtz; Widotherm-Fenster Verkaufsges. mbH; **Winsen/Luhe:** Nachl. d. Ewald Duensing; **Wuppertal:** Helmut Mattner GmbH.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Dannenberg: a) Otto Koops KG b) Ulrich Britze, Kaufmann, persönl. haftender Gesellschafter der Otto Koops KG; **Köln:** BCT Computer AG; BCT Computer Hilden GmbH; **Tübingen:** 1. Plan & Baustudio Contract Generalbau GmbH & Co. KG 2. Contract Generalbau GmbH; **Wesel:** Widotherm-Fenster Türenfabrik Verwaltungsges. mbH; Widotherm-Fenster Türenfabrik GmbH & Co. KG.

Konkurs beantragt: Syke: Myresjö Hausbau GmbH & Co. KG, Stuhr 4; Myresjö Hausbau GmbH, Stuhr 4.

Vergleich eröffnet: Krefeld: Elektrochemische Fabrik Kempen GmbH.

Vergleich beantragt: Essen: KBT Bauträgerges. MBH; **Schleiden:** Hans Hehs, Bäckermeister, Nettersheim; **Stuttgart:** Werner Müller Verlagsbuchbinderei GmbH; **Wittlich:** Brösch & Sohn Weinhandelsges. mbH, Osann-Monzel.

OLB: Zinsüberschuß stabilisiert sich

dos, Oldenburg

Einen wiederum befriedigenden Abschluß erwartet der Vorstand der Oldenburgischen Landesbank AG für 1984. Zinsüberschuß und Rohertrag, so heißt es in dem Zwischenbericht, liegen nach neun Monaten nur noch geringfügig unter dem Niveau der gleichen Vorjahreszeit, wobei die Tendenz sich weiter verbessert. Trotz des noch um 10 Prozent unter dem Vorjahreswert liegenden Bruttogewinn deuteten die Ertragskomponenten auf einen zufriedenstellenden Abschluß hin. Eine Dividendenprognose (1983: 16 Prozent) gibt der Vorstand aber nicht.

Im Berichtszeitraum erhöhte sich die Bilanzsumme um 2,8 Prozent auf 4,54 Mrd. DM und das Geschäftsvolumen um 3,2 Prozent auf 4,72 Mrd. DM. Das Kundenkreditvolumen weitete sich nur um 1,1 Prozent auf 3,28 Mrd. DM aus. Die Kundenforderungen nahmen insgesamt um 1,8 Prozent auf 2,96 Mrd. DM zu. Die langfristigen stiegen um 2,1 Prozent, die kurzfristigen um 1,5 Prozent. Kundeneinlagen und Schuldverschreibungen erhöhten sich um 2 Prozent.

ANALYSE DER TEXTILWIRTSCHAFT / Firmen blicken auf leichten Aufschwung

Umsatzrendite wieder über ein Prozent

INGE ADHAM, Frankfurt

„Manches ist doch schon erheblich besser geworden", folgert das Fachblatt „Textil-Wirtschaft" aus seiner jetzt vorgelegten 23. Analyse der Bilanzen von 53 Textil-Aktiengesellschaften: Nach drei überaus mageren Jahren ist es bei den untersuchten Unternehmen, die annähernd acht Mrd. DM Umsatz repräsentieren, im vergangenen Jahr in der Tat wieder aufwärts gegangen. Am deutlichsten zeigt das die für alle Unternehmen zusammengenommen auf 1,3 Prozent gestiegene Umsatzrendite; im Jahr zuvor waren es erst 0,8 Prozent. Wie lange schon die Branche mit knappen Renditen arbeiten muß, zeigt übrigens ein Renditenvergleich für die letzten zehn Jahre. Nur dreimal in diesem Zeitraum – nämlich 1978 (1,4 Prozent), 1979 (1,3 Prozent) und 1983 – überstieg die Rendite die Ein-Prozent-Marke.

Dabei gibt es natürlich von Unternehmen zu Unternehmen erhebliche Unterschiede. Spitzenreiter hinsichtlich der Rendite war 1983 wie auch schon im Vorjahr der Garnhersteller MEZ mit 5,9 (i. V. 7,3) Prozent. Obwohl sich die addierten Verluste der Textil-AG im vergangenen Jahr auf 1,7 (20,3) Mill. DM abbauten, reichte es nur bei 24 der untersuchten Unternehmen zur Dividendenzahlung. Insgesamt nahmen die Gewinne nach Berechnungen der „Textil-Wirtschaft" um 29 Prozent zu, die Ertragssteuern stiegen um 23 Prozent und der Cash-flow um 22 Prozent.

Besonders erleichtert hat die in diesen Kennzahlen ausgedrückte positive Entwicklung der Zinsrückgang im letzten Jahr, was bei den untersuchten Gesellschaften zu insgesamt 54 Mill. DM Zinsersparnis führte. Daneben haben die Unternehmen aber auch kräftig weiter rationalisiert. Denn trotz der Tariferhöhung von 3,2 Prozent im vergangenen Jahr zog die Lohn- und Gehaltssumme nur um 0,7 Prozent an. Obwohl deutlich mehr für die Altersversorgung aufgewendet wurde (plus gut ein Drittel), sank die Lohnquote gemessen am Umsatz deshalb weiter auf 28,7 (28,9) Prozent. Für Material wurden 55,4 (55,9) Prozent vom Umsatz aufgewendet.

Weiter gesunken ist im Durchschnitt der untersuchten Firmen im vergangenen Jahr der Eigenkapitalanteil auf 30,6 (31) Prozent der Bilanzsumme. Auch dabei gibt es erhebliche Unterschiede. Spitzenreiter sind hier die beiden AG aus der Maschenindustrie (Schießer und Lucia Strickwaren), die auf 49 (46,8) Prozent Eigenkapitalquote kommen. Am schlechtesten sind die Stoffdrucker (KBC und NAK) mit nur 16 (14,9) Prozent dran.

Insgesamt jedoch sieht es nach Einschätzung von „Textil-Wirtschaft" bei dem Eigenkapital nicht so finster aus, wie immer wieder beklagt. Denn rechnet man normale Rückstellungen und Pensionsrückstellungen, die ja als langfristige Finanzmittel zur Verfügung stehen, mit hinzu, so kommt man auf eine Quote von 47,5 Prozent.

FUSSBALL / Auch Bayer Leverkusen stoppt formschwache Münchner

Trainer Cramer sinnierte: „Wer weiß, was mit Cramer sonst passiert wäre“ und erzählte vor dem Spiel Witze

Von ULRICH DOST

Wenn man es immer so genau wüßte, wie es kommt. Auch **Dettmar Cramer** (59), wegen seiner unzweifelhaften rhetorischen Fähigkeiten „Fußball-Professor“ genannt, weiß nicht immer so genau, was ihn erwartet. Und Erklärungen für Unvorhersehbares kann selbst er nicht geben. Bis auf die Knochen hat sich seine Mannschaft noch am Dienstag im Werksduell gegen Bayer Uerdingen (1:2) blamiert. Der große Bruder aus Leverkusen wurde verspottet, weil er die Millionen nur so verschlingt, dafür aber einen Fußball bietet, der erbärmlich ist.

Nur vier Tage später sind alle Beschimpfungen Schnee von gestern. Mit 3:0 besiegten die Leverkusener den Tabellenführer Bayern München. Wie kann so etwas kommen, daß annähernd die gleichen Spieler in so kurzer Zeit so unterschiedliche Leistungen bringen können? Einer wie **Jürgen Gelsdorf** (31), seit dem Aufstieg vor fünf Jahren dabei, sagt: „Das kann man nicht erklären. Auch das ist keine Erklärung, wenn wir sagen, wir haben für den Trainer gespielt.“ Cramer wäre nicht der „Professor“, wenn er nicht doch etwas festgestellt hätte: „Die Spieler haben sich nicht angemeckert. Ich selbst habe dafür gesorgt, daß bei uns wieder gelacht wird.“ Witze will er erzählt haben, so wie damals bei den Bayern, als sein Spieler Franz Beckenbauer noch im Kabinengang zu ihm sagte: „Trainer, erzählen Sie doch schnell noch einen Witz.“ Dann sind sie alle lachend aufs Feld gerannt und haben gewonnen. So war es in Glasgow, als sie gegen St. Etienne mit Hängen und Würgen den Europapokal gewannen. So soll es überall gewesen sein. Und es ist kein Witz, Cramer erzählt tatsächlich Witze. Auch wenn manchmal nur einer lacht, der Höflichkeit wegen.

*

Alles andere als zum Lachen zumute war dem Trainer selbst in diesen Tagen, daß seine teure Mannschaft weit hinter den Erwartungen zurückhing. Gestern sagte der Trainer: „Wer weiß, was passiert wäre, wenn wir gegen die Bayern verloren hätten und womöglich noch das nächste Spiel in Köln. Wer weiß, ob Trainer Cramer da noch zu halten gewesen wäre.“ Es wurde schon in Leverkusen spekuliert, Cramer wolle im nächsten Jahr am Tage (4. April) seines 60. Geburtstages verkünden: „Ich werde als Manager bei Bayer Leverkusen arbeiten, mein Nachfolger wird **Rolf Schafstall**.“ Diese Version weist der Trainer weit von sich. Schließlich sei er kein Typ fürs Büro und zweitens habe ihn **Günter W. Becker** (62), der für die Sportförderung zuständige Bayer-Direktor, gebeten, bis 1988 weiterzumachen. Beckers Vertrag läuft bis 1987, da hat er das Rentenalter erreicht. In diesem Jahr könnte er zum letzten Mal Cramers Vertrag verlängern.

Dettmar Cramer aber sieht die Wirklichkeit realistisch. Er sagt: „Das ist alles Wunschdenken. Die Realität sieht so aus: Jedes Jahr im März oder April wird der Punkt kommen, an dem wir darüber nachdenken, ob der Vertrag per Handschlag verlängert werden soll. Möglicherweise entsteht aber eine Situation, in der der Trainer nicht mehr haltbar ist.“ Becker will ihn halten, wie er sagt, und er hat dem Trainer auch dies mitgeteilt: „Ich habe nie davon gesprochen, daß ich bis zu meiner Pensionierung mit Leverkusen einmal deutscher Meister gewesen sein will. Das Zitat ist falsch. Wir wollen bis dahin den Klub aber international hoffähig gemacht haben.“ Für Cramer heißt das, daß er einen UEFA-Pokal-Platz erreichen muß. Nichts anderes kann das Ziel sein.

*

Die Großen des Sports“, so lautet der Titel einer Serie, die derzeit das Zweite Französische Fernsehen dreht. Ihren Star **Michel Platini** (28) haben die Franzosen schon abgehandelt. Dann war der deutsche Teamchef **Franz Beckenbauer** (39) an der Reihe. Als Dritten haben sich die Franzosen den deutschen Nationaltorwart **Harald Schumacher** (30) ausgewählt. Zum nächsten Weltmeisterschafts-Qualifikationsspiel der deutschen Nationalmannschaft am 16. Dezember gegen Malta wird extra ein französisches Kamerateam auf die Mittelmeerinsel reisen, um Schumacher zu interviewen und zu beobachten. Gewiß eine hohe Auszeichnung, wenn man sich noch einmal die Haßtiraden der Franzosen gegen Schumacher nach dem Foul bei der Weltmeisterschaft in Spanien gegen **Patrick Battiston** (28) vor Augen hält. Schumacher aber hat inzwischen auch die Franzosen davon überzeugt, was für ein großartiger Torwart er ist.



In der Meisterschaft konnte der Kölner am Samstag beim 3:1-Erfolg beim VfL Bochum wieder einmal beweisen, daß er in der Bundesliga ganz bestimmt keinen Konkurrenten zu fürchten braucht. Dennoch hatte auch Schumacher in den letzten Spielen Nerven gezeigt, machte in Hamburg (1:3) und gegen Mönchengladbach (1:5) keinen souveränen Eindruck. Der Grund: Der Vertrag des Nationaltorwarts läuft zum Saisonende aus, vom 1. FC Köln aber hat noch niemand Anstalten gemacht, sich mit ihm über die weitere Zusammenarbeit zu unterhalten. Sein Manager **Rüdiger Schmitz** (47) wußte also, wovon er sprach, als er vor dem Bochumer Spiel zu ihm sagte: „Das Ruhrstadion liegt dir, du mußte eine Riesenleistung bringen. Du mußt den 1. FC Köln dazu zwingen, daß er dich behalten will.“ Die Sonntagszeitungen überschlugen sich in der Beurteilung seiner Leistung, ihm wurde das Attribut „Weltklasse“ bescheinigt, und er selbst sagte: „Besser kann man einfach nicht halten.“ Doch will der 1. FC Köln Schumacher auch halten?

Nach dem 1:5 gegen Mönchengladbach hatte der Torwart Kölner Journalisten anvertraut: „Ich glaube, der Schatzmeister **Karl-Heinz Thielen** will mich verkaufen.“ Und zum Beweis, daß sein Verhältnis zum Vorstand nicht zum besten bestellt ist, rief er persönlich bei Kölner Zeitungen an, um selbst so etwas Belangloses mitzuteilen: „Ich möchte nur festhalten, daß ich kein Glas Sekt auf den 35. Geburtstag von **Michael Meier** getrunken habe.“ Meier ist geschäftsführendes Vorstandsmitglied.

*

Karl-Heinz Thielen hat noch im Trainingslager mit Schumacher gesprochen und ihm mitgeteilt, es könne keine Rede davon sein, daß er ihn loswerden wolle. Es bleibe dabei, so der Schatzmeister, bis zum Start der Rückrunde werde man sich zusammen gesetzt haben. Ein genauer Termin stehe aber noch nicht fest. Kein Wunder, daß der Verein erst einmal auf Zeit spielt, denn das, was Schumacher fordert, ist nicht gerade eine Kleinigkeit: einen Fünf-Jahres-Vertrag und deutlich verbesserte Bezüge. Es gehört nicht viel Phantasie dazu, um sich vorzustellen, daß Schumacher an ein Jahresverdienst von rund 400 000 Mark denkt.

Diese Summe wäre viel Geld für einen Klub, dem nicht gerade die Zuschauer hinterherlaufen. Inzwischen soll es in Köln aber Leute und Firmen geben, die bereit sein sollen, einen Teil des jährlichen Schumacher-Gehaltes zu übernehmen, nur um ihn in Köln zu halten. Verwaltungsrats-Mitglied **Karl Fischermanns** (48), der zwei Firmen besitzt, die aus Tierkadavern Fette und Öle herstellen, soll 50 000 Mark in Aussicht gestellt haben, ein Versicherungskonzern sogar das Doppelte. Michael Meier: „Konkretes liegt uns bislang nicht vor. Wir wären aber dumm, wenn wir uns diese Angebote, wenn sie gemacht werden, nicht anhören würden.“

Für Schumacher wird die Zeit immer enger, denn es ist relativ unwahrscheinlich, daß er für eine Ablösesumme von 1,5 Millionen Mark einen neuen Klub finden wird. Sein Manager Schmitz sprach davon, daß sich spanische Spielervermittler bei ihm gemeldet hätten, die angeblich im Auftrag von Real Madrid vorsprachen. Madrid sei an einem neuen Torwart interessiert, da der derzeitige bereits 37 Jahre alt sei. Doch konkret sei nie verhandelt worden. Schumacher selbst hat noch in der vergangenen Woche verlauten lassen, daß er am liebsten in Köln bleiben wolle, um sich seinen Traum zu erfüllen: „Ich will unbedingt Karnevalsprinz werden, und mit 40 Jahren bin ich spätestens Präsident des 1. FC Köln.“ Wenn das mal alles so hinhaut.

Langsamer Marsch des Hamburger SV zur Tabellenspitze

							Heim		Auswärts	
1. München	13	8	3	2	27:16	19:7	15:9	10:4	12:7	9:3
2. Bremen	14	5	7	2	37:24	17:11	25:11	11:3	12:13	6:8
3. Hamburg	14	5	7	2	26:20	17:11	18:8	11:3	8:12	6:8
4. K'lautern	14	5	7	2	23:18	17:11	15:9	11:3	8:9	6:8
5. M'gladbach	13	6	4	3	39:24	16:10	23:9	10:2	16:15	6:8
6. Uerdingen	14	7	2	5	30:21	16:12	17:12	11:3	13:9	5:9
7. Bochum	14	4	7	3	23:22	15:13	9:7	8:6	14:15	7:7
8. Köln	13	6	2	5	31:30	14:12	18:16	8:6	13:14	6:6
9. Leverkusen	14	4	6	4	23:22	14:14	16:11	10:4	7:11	4:10
10. Frankfurt	14	5	4	5	32:34	14:14	19:10	11:3	13:24	3:11
11. Schalke	13	4	5	4	24:26	13:13	16:12	10:4	8:14	3:9
12. Stuttgart	14	5	3	6	35:26	13:15	18:10	9:5	17:16	4:10
13. Karlsruhe	14	3	6	5	22:32	12:16	11:10	8:6	11:22	4:10
14. Mannheim	12	4	3	5	16:25	11:13	6:5	6:4	10:20	5:9
15. Düsseldorf	14	3	4	7	24:30	10:18	14:10	9:5	10:20	1:13
16. Bielefeld	14	1	8	5	13:30	10:18	11:17	6:8	2:13	4:10
17. Dortmund	14	4	1	9	16:26	9:19	11:12	6:8	5:14	3:11
18. Braunschweig	14	4	1	9	21:36	9:19	13:9	7:7	8:27	2:12

● Gleich drei Platzverweise gab es am 14. Spieltag der Fußball-Bundesliga: Nico Claesen (Stuttgart), Wolfgang Kneib und Mathias Westerwinter (beide Bielefeld). Die Zahl der roten Karten hat sich damit in dieser Saison auf sieben erhöht. Kneib ist nach Roland Wabra (Nürnberg/1967) und Helmut Roleder (Stuttgart/1983) erst der dritte Torwart der Bundesliga-Geschichte, der des Feldes verwiesen wurde. – Die Torschützenliste wird endgültig von Brüdern angeführt: Klaus Allofs hat 13 Treffer erzielt, Thomas drei weniger. Dahinter folgen vier Spieler mit neun Toren: Fischer, Röber, Mill, Täuber.

● Das November-Wetter mit Regen und Schnee hat auch daran schuld: Mit nur 150 000 Zuschauern gab es den zweitschlechtesten Besuch der Saison. Weniger kamen nur am vierten Spieltag (147 000). Die meisten Zuschauer kamen zum Spiel des VfL Bochum (33 000). – Das für die Fans unattraktivste Ergebnis feiert Bundesliga-Jubiläum. Zum 350. Mal seit 1963 gab es ein 0:0 (in Braunschweig). Häufigstes Ergebnis bleibt das 2:1, das schon 818 Mal zustande kam. Es folgt das 1:0 (706) und 1:1 (669). In Bulgarien gibt es übrigens seit Beginn dieser Saison für ein 0:0 keinen Punkt mehr . . .

Und die Bundesliga freut sich mit: Herbert Waas (rechts) und Jürgen Röber, der gerade das 2:0 gegen München erzielt hat. FOTO: PERENYI

Interview mit Münchens Trainer Udo Lattek

„Wir haben über unsere Verhältnisse gelebt . . .“

DW. Bonn

Souveränität und Selbstbewußtsein sind Angst und Zweifel gewichen, Angst um die Spitzenposition und Zweifel an der eigenen Leistungsstärke. Bayern München startete mit 12:0 Punkten in die Saison, in den Spielen danach gab es nur noch 7:7 Punkte (wobei das Spiel in Mönchengladbach noch aussteht). Bayern München in der Krise? Nach der 0:3-Niederlage in Leverkusen sprach der *„Sport-Informations-Dienst“ (sid)* mit Trainer Udo Lattek.

Frage: Dem 2:2 im Heimspiel gegen Bochum folgte beim 0:3 in Leverkusen gleich eine deftige Niederlage. Wie ist das zu erklären?

Lattek: Durch den frühen Gegentreffer haben wir Leverkusen in die Karten gespielt. Das Ergebnis geht in Ordnung.

Frage: Auffällig war, daß Ihre Mannschaft während der 90 Minuten keine echte Torchance besaß.

Lattek: Mathy und Wohlfarth waren völlig abgemeldet. Es hat sich gezeigt, daß unsere Sturmspitzen noch nicht soweit sind.

Frage: Frappierend auch die Schwäche von Lothar Matthäus.

Lattek: Es ist richtig, daß er derzeit unter seinen Möglichkeiten spielt. Aber seit Matthäus bei uns ist, war er immer der stärkste Mann. Beim Training, in jedem Freundschaftsspiel und in den ersten Saisonspielen. Jetzt ist sein Akku leer. Das ist normal.

Frage: Der FC Bayern ist mit 12:0 Punkten in die Saison gestartet, jetzt ist der Klub vier Wochen ohne Saisonsieg. Wo steht Ihre Mannschaft leistungsmäßig?

Lattek: Wir haben am Anfang mit Sicherheit über unsere Verhältnisse gelebt. Wir werden uns zwischen den Extremen einpendeln.

Frage: Kann man von einer Krise reden?

Lattek: Von Krise kann man nicht sprechen. Wir stecken in einem Tief.

Frage: Wie kommt man da wieder heraus?

Lattek: Wir sind mit den 12:0 Punkten fertig geworden. Wenn wir eine Mannschaft sein wollen, werden wir auch das Tief gemeinsam überwinden. Ich habe meinen Spielern gesagt, daß jeder Klub solche Phasen durchmacht. Die Hamburger und Mönchengladbacher haben das in dieser Saison auch schon erlebt. Und Stuttgart steckt immer noch drin. Wir dürfen nur nicht den Kopf verlieren.

Frage: 3:5 Punkte aus den letzten vier Spielen, fürchten Sie um die Spitzenposition noch vor dem Ende der Hinserie?

Lattek: Wir müssen jetzt von unserem Vorsprung zehren, uns in die Winterpause retten. Zum Start der Rückrunde fangen wir dann neu an.

KARLSRUHE / 0:4-Heimniederlage gegen Bayer Uerdingen, jetzt 1:11 Tore in nur zwei Spielen

Trainer Olk: „Wir sind da, wo wir hingehören“

MARTIN HÄGELE, Karlsruhe

Noch am Donnerstag war Werner Olk, der Trainer des Karlsruher SC, bester Dinge gewesen. Nein, hatte der Fußball-Lehrer erzählt, die 1:7-Schlappe beim SV Werder Bremen tags zuvor habe bei seiner Mannschaft keinen großen Schaden angerichtet. Olk: „Wir haben festgestellt, daß die Gegentore alle aus individuellen Fehlern entstanden sind. Gegen Uerdingen wollen wir das alles wieder gutmachen.“

Dann wäre Fußball und die Bewältigung deftiger Niederlagen ja wirklich ein Klacks. Jeder kriegt ein Stück Schuld angekreidet, anschließend geht's mit dem Waschlappen durchs Gesicht – und wie in den Kindertagen fängt alles wieder neu an.

Die Spieler des Karlsruher SC sind keine Kinder. Was die Bundesliga betrifft, gehören gerade die Leistungsträger beim Karlsruher SC eher zur Kategorie der gebrannten Kinder. Sie konnten das Debakel von Bremen beim besten Willen nicht aus den Knochen schütteln. „Wir haben die Fortsetzung der katastrophalen Leistung vom Mittwoch geboten“, mußte Werner Olk nach der 0:4-Heimniederlage gegen Bayer Uerdingen eingestehen.

Da Olk zu den Männern gehört, die nicht lange um den heißen Brei herumreden, sagte er seiner Umgebung in diesem Zusammenhang auch gleich das, was eigentlich alle schon gewußt, aber stets vor sich hergeschoben haben: „Nun stehen wir in der Tabelle dort, wo eigentlich unser Platz ist.“

Das heißt nichts anderes, als daß der Aufsteiger im Verlauf dieser Runde weit über seine Verhältnisse gespielt hat. Es mag die Anfangsbegeisterung gewesen sein, die die Spieler um den Torjäger Emanuel Günther in die höheren Regionen gehoben hat. Speziell Günther ist das Beispiel für die reale Stärke des badischen Klubs. Wenn einer wie er, ein fleißiger, harter und sehr ehrgeiziger Fußballhandwerker, auf einmal in der Kategorie eines Stars gehandelt wird, dann müssen Relationen verrückt geworden sein.

Weil es schon immer sehr schwer war, der Wirklichkeit ins Auge zu blicken, hat KSC-Präsident Roland Schmider gewettert. Schmider schob fehlende Klasse auf mangelnde Berufseinstellung („Einige Herren wissen wohl nicht, was sie mit ihrer Leistung anrichten“) und kündigte im ersten Zorn Konsequenzen an. Welche hat er denn?

Mit solchen Themen und Sorgen muß sich der Fußball-Lehrer Karl-Heinz Feldkamp, genannt „Kalli“, im Augenblick nicht befassen. Im Sommer habe er von 34 Punkten als Saisonziel gesprochen, erzählte der neue Trainer der Uerdinger, „und alle haben damals gelacht“. Jetzt, mit 16 Zählern auf dem Konto, legte Kalli Wert darauf, daß sein Wort mehr Versprechen, keinesfalls Schaumschlägerei gewesen ist.

Bundesliga: Statistik des 14. Spieltages

ERGEBNISSE

Hamburg – Mannheim	5:2	(4:0)
Frankfurt – Dortmund	2:1	(1:1)
K'lautern – Bremen	2:2	(0:1)
Karlsruhe – Uerdingen	0:4	(0:1)
Leverkusen – München	3:0	(1:0)
Bochum – Köln	1:3	(0:1)
M'gladbach – Stuttgart	2:1	(0:1)
Braunschweig – Bielefeld	0:0	
Schalke – Düsseldorf	1:0	(1:0)

DIE SPIELE

Hamburg – Mannheim 5:2 (4:0)

Hamburg: Stein – Groh – Kaltz, Wehmeyer, Schröder – Soler, Rolff, Magath (11. Hofmeister), von Heesen – Wuttke, McGhee. – **Mannheim:** Quasten – Sebert – Knapp, Dickgießer, Schlindwein – Quaisser, Heck (65. Schön), Hein, Scholz (65. Makan) – Rombach, Walter. – **Schiedsrichter:** Pauly (Rheydt). – **Tore:** 1:0 von Heesen (3.), 2:0 McGhee (4.), 3:0 Schröder (9.), 4:0 Sebert (22., Eigentor), 5:0 Rolff (65.), 5:1 Walter (67.), 5:2 Makan (84.). – **Zuschauer:** 13 000.

Frankfurt – Dortmund 2:1 (1:1)

Frankfurt: Pahl – Berthold – Sievers, Körbel – Trieb, Fruck, Svensson, Kroth, Falkenmayer – Krämer, Tobollik (81. Friz). – **Dortmund:** Immel – Loose – Egli, Rüßmann, Huber (35. Bittcher), Storck, Zorc, Schüler, Anderbrügge – Wegmann, Dreßel (72. Simmes). – **Schiedsrichter:** Wiesel (Ottbergen). – **Tore:** 0:1 Storck (6.), 1:1 Svensson (16.), 2:1 Storck (72., Eigentor). – **Zuschauer:** 14 000. – **Gelbe Karten:** Egli (2), Rüßmann.

K'lautern – Bremen 2:2 (0:1)

K'lautern: Ehrmann – Bold – Wolf, Dusek – Moser, Geye (78. Melzer), Allofs, Brehme – Hübner (63. Kitzmann), Ellenfeldt, Trunk. – **Bremen:** Burdenski – Pezzey – Schaaf (72. Neubarth), Kutzop, Otten – Möhlmann, Hermann, Okudera, Meier – Reinders, Völler. – **Schiedsrichter:** Assenmacher (Fischenich). – **Tore:** 0:1 Reinders (33.), 0:2 Hermann (65.), 1:2 Allofs (81.), 2:2 Bold (86.). – **Zuschauer:** 18 850.

Karlsruhe – Uerdingen 0:4 (0:1)

Karlsruhe: Fuhr – Theiss – Nadu, Roth, Zahn (46. Bühler) – Keim, Löw, Becker – Dittus (70. Harforth), Günther, Künast. – **Uerdingen:** Vollack – F. Funkel (86. Buttgereit) – Wöhrlin, Brinkmann, van de Loo (28. Schäfer) – Klinger, Feilzer, W. Funkel, Thomas – Raschid, Gudmundsson. – **Schiedsrichter:** Barnik (Hamburg). – **Tore:** 0:1 Schäfer (29.), 0:2 Klinger (49.), 0:3 Gudmundsson (59.), 0:4 Gudmundsson (59.). – **Zuschauer:** 14 000.

Leverkusen – München 3:0 (1:0)

Leverkusen: Vollborn – Bast – Gelsdorf, Geschlecht – Winklhofer, Hörster (83. Pomp), Röber (83. Reinhardt), Giske, Hinterberger – Tscha, Bast. – **München:** Pfaff – Augenthaler – Dremmler, Wilmer – Matthäus, Grobe (46. Kögl), Nachtweih, Eder, Lerby – Mathy, Wohlfarth (59. Hoeneß). – **Schiedsrichter:** Föckler (Weisenheim). – **Tore:** 1:0 Giske (8.), 2:0 Röber (64.), 3:0 Waas (77.). – **Zuschauer:** 14 000. – **Gelbe Karten:** Bast (2), Winklhofer (2), Eder, Lerby (4/1), Matthäus (2).

Bochum – Köln 1:3 (0:1)

Bochum: Zumdick – Tenhagen (50. Kree) – Zugcic, Oswald – Lameck, Woelk, Knüwe, Schulz, Bönighausen (26. Gothe) – Kuntz, Fischer. – **Köln:** Schumacher – Strack – Steiner, Hönerbach – Prestin, Gielchen, Engels, Geils, Bein (52. Lehnhoff) – Littbarski, Hartmann. – **Schiedsrichter:** Ermer (Weiden). – **Tore:** 0:1 Littbarski (3.), 1:1 Kree (74.), 1:2 Engels (76.), 1:3 Littbarski (87.). – **Zuschauer:** 35 000. – **Gelbe Karte:** Steiner (2).

M'gladbach – Stuttgart 2:1 (0:1)

M'gladbach: Sude – Bruns – Hannes, Borowka – Krauss, Herlovsen, Rahn, Dreßen (46. Criens), Frontzeck – Mill, Lienen. – **Stuttgart:** Roleder – Makan – Schäfer, K.-H. Förster – Müller, Ohlicher (79. Reichert), B. Förster, Allgöwer, Sigurvinsson – Claesen, Klinsmann (79. Lorch). – **Schiedsrichter:** Horeis (Buchholz). – **Tore:** 0:1 Sigurvinsson (7.), 1:1 Criens (55.), 2:1 B. Förster (62., Eigentor). – **Zuschauer:** 20 000. – **Gelbe Karten:** Schäfer (2), Ohlicher, K.-H. Förster (2). – **Rote Karte:** Claesen.

Braunschweig – Bielefeld 0:0

Braunschweig: Josef – Pahl – Geiger, Bruns – Tripbacher, Gorski, Kindermann (63. Plagge), Posipal, Hintermaier (86. Pospich) – Worm, Lux. – **Bielefeld:** Kneib – Wohlers – Büscher, Hupe Foda, Schnier, Dronia, Borchers, Rautiainen (64. Kühlhorn) – Reich (78. Wilk), Westerwinter. – **Schiedsrichter:** Brückner (Darmstadt). – **Zuschauer:** 8330. – **Gelbe Karten:** Kindermann (2), Pahl (4), Plagge (2), Reich (3), Rautiainen (2). – **Rote Karten:** Westerwinter, Kneib.

Schalke – Düsseldorf 1:0 (1:0)

Schalke: Junghans – Dietz – Kleppinger, Schipper – Jakobs, Opitz, Dierßen, Thon, Memering (71. Kruse) – Schatzschneider, Täuber (85. Berge). – **Düsseldorf:** Greiner – Zewe – Bunte, Kuczinski (71. Thiele) – Fach, Fleer (46. Bockenfeld), Bommer, Kaiser, Weikl – Edvaldsson, Holmquist. – **Schiedsrichter:** Kautschor (Eschweiler). – **Tor:** 1:0 Schatzschneider (36.). – **Zuschauer:** 15 000. – **Gelbe Karten:** Täuber (2), Fleer (3), Thiele (2), Kuczinski, Fach.

VORSCHAU

Samstag, 24. November, 14.30 Uhr:

Mannheim – M'gladbach	(2:3)

Samstag, 24. November, 15.30 Uhr:

Bremen – Braunschweig	(4:0)
Bielefeld – Dortmund	(0:0)
Düsseldorf – Hamburg	(2:3)
Stuttgart – Bochum	(4:2)
Köln – Leverkusen	(2:0)
Schalke – Frankfurt	(–:–)
Uerdingen – K'lautern	(3:1)
München – Karlsruhe	(–:–)

Zweite Pokalrunde

Dienstag: Uerdingen – Düsseldorf, Bochum (Amateure) – Stuttgart. – **Mittwoch:** Mönchengladbach – Frankfurt, Wattenscheid – Mannheim, Bremen – Darmstadt, Aachen – Bochum, Hannover – Köln, Hänigsen – Bayern München, Altona 93 – Bayer Leverkusen, Haiger – Karlsruhe, Hertha BSC – Fortuna Köln, Saarbrücken – Nürnberg, Bayreuth – Solingen, Geislingen – Offenbach, Nürnberg (Amateure) – Jülich 10.

2. Liga

Schon zehn Spiele ohne Niederlage

sid, **Aachen**

Alemannia Aachen marschiert weiter in Richtung Bundesliga-Aufstieg. Am 16. Spieltag der Zweiten Fußball-Bundesliga gewannen die Aachener mit 1:0 bei Fortuna Köln und blieben damit im zehnten Spiel hintereinander unbesiegt. Den Erfolg vor 5000 Zuschauern, größtenteils mitgereiste Alemannia-Fans, sicherte im Kölner Südstadion den Aachenern der 1,92 Meter große und 104 Kilogramm schwere Mittelstürmer Delzepich mit seinem sechsten Saisontor in der 18. Minute.

Aachen (24:8 Punkte) konnte seinen Vorsprung in der Tabelle aber nicht ausbauen, da auch der Tabellenzweite 1. FC Saarbrücken (22:10) beim 4:1-Sieg über Aufsteiger FC St. Pauli weiterhin vor eigenem Publikum ungeschlagen blieb. Hinter dem Führungsduo mußte aber Hertha BSC Berlin (20:10) auf Platz drei unerwartet einen Punkt abgeben. Im Olympiastadion kamen die Berliner gegen Darmstadt 98 nicht über ein 0:0 hinaus. Darmstadt hat offenbar unter Trainer Udo Klug (zuvor 1. FC Nürnberg) seine Krise vom Saisonbeginn gemeistert.

DIE ERGEBNISSE

Stuttgart – Oberhausen	3:1	(2:0)
Freiburg – Wattenscheid	0:2	(0:1)
Kassel – Bürstadt	3:2	(2:1)
Hertha BSC – Darmstadt	0:0	
Köln – Aachen	0:1	(0:1)
Nürnberg – Solingen	2:1	(1:0)
Saarbrücken – St. Pauli	4:1	(2:1)
Hannover – Homburg	ausgefallen	
Offenbach – BW Berlin	1:1	(1:1)
Duisburg – Ulm	5:0	(0:0)

DIE TABELLE

1.Aachen	16	10	4	2	32:17	24:8
2.Saarbrücken	16	9	4	3	39:18	22:10
3.Hertha BSC	15	8	4	3	26:20	20:10
4.Kassel	16	8	4	4	32:26	20:12
5.Wattenscheid	16	9	2	5	26:23	20:12
6.Hannover	15	8	3	4	30:24	19:11
7.Nürnberg	16	8	2	6	27:22	18:14
8.Solingen	16	8	1	7	30:30	17:15
9.Offenbach	16	6	4	6	21:24	16:16
10.Bürstadt	16	7	1	8	28:25	15:17
11.Darmstadt	16	5	5	6	21:25	15:17
12.Köln	16	5	4	7	22:27	14:18
13.Homburg	14	6	1	6	25:24	13:15
14.Oberhausen	16	4	5	7	24:30	13:19
15.Ulm	16	5	3	8	23:31	13:19
16.BW Berlin	16	4	4	8	24:30	12:20
17.Freiburg	16	4	4	8	18:24	12:20
18.Duisburg	16	4	4	8	27:34	12:20
19.Stuttgart	15	5	1	9	18:24	11:19
20.St. Pauli	15	3	2	10	20:35	8:22

DIE VORSCHAU

Samstag, 24. November, 14.30 Uhr: Homburg – Nürnberg, Kassel – Hertha BSC. – **Samstag, 24. November, 15.30 Uhr:** BW Berlin – Bürstadt, Darmstadt – Hannover, Aachen – Stuttgart. – **Sonntag, 25. November, 14.30 Uhr:** St. Pauli – Offenbach, Ulm – Freiburg; **18.00 Uhr:** Solingen – Duisburg.

Tagung des Nationalen Olympischen Komitees für Deutschland in Mainz

Daume sieht Olympia als „ein Stück Zukunft der gesamten Menschheit“

KLAUS BLUME, **Mainz**

Vor möglichen Abhängigkeiten, in die sich der Sport durch erhöhte Fernseheinnahmen hineinbegeben könnte, warnte NOK-Präsident Willi Daume: „Wehret den Anfängen.“ Damit war das Thema „Frühstücksspiele in Seoul“ auf dem Tisch der NOK-Tagung in Mainz. Der Schlußsatz Daumes hatte dann auch fast symbolischen Charakter: „Mönchlein, du gehst für Seoul einen schweren Gang.“ Weil die finanzkräftigen amerikanischen Fernsehstationen für die Sommerspiele 1988 eine Verschiebung des olympischen Sportprogramms in ihre werbe- und sendegünstige Zeit fordern und dafür bis zu 300 Millionen Dollar als Gegenleistung anbieten, stellt sich auch für das Nationale Olympische Komitee (NOK) für Deutschland die Frage nach der Vermarktung des Sports und letztlich die nach der Käuflichkeit Olympischer Spiele.

Denn noch zuvor hatte Willi Daume in seiner Grundsatzrede von der „Auferstehung der Spiele in Los Angeles“, vom „rapiden Bewußtseinswandel“, von einer „Weltbewegung, die weit über den Bereich des Sports hinausgeht“, und von einem „Experiment auf die Zukunft“ gesprochen, die olympische Idee und ihre Bewegung am Ende gar als „ein Stück der Zukunft des gesamten Menschengeschlechts“ dargestellt, denn – so Daume – „die Menschheit braucht Träume“.

Auf der einen Seite die von Daume beschworene idealistische Grundposition in Sachen Olympia, auf der anderen Seite die olympische Tagespolitik – von der ungeheuren Schwierigkeit, dabei nicht die Orientierung aus den Augen zu verlieren, war einiges auch im Mainzer Ratssaal zu spüren. Die deutschen Olympier nahmen deshalb zum Thema „Frühstücksolympiade Seoul 1988“ in einem einstimmigen Beschluß Stellung: „Das NOK für Deutschland fordert die Gremien des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) auf, darauf hinzuwirken, daß in Seoul keine Veränderung des Zeitplans ohne Beteiligung und zum Nachteil der Athleten geschieht.“ Im Klartext: Die Finalkämpfe in den wichtigsten olympischen Sportarten werden in Seoul morgens um acht oder um neun stattfinden, daran wird die noble NOK-Resolution schon deshalb nichts ändern können, weil sie eben nur nobel ist.

Außerdem: In Mainz sprachen sich bereits Michael Beckereit, der Aktivensprecher, und Thomas Bach, das Mitglied der IOC-Athletenkommission, eindeutig für eine Verlegung der Wettkämpfe im Sinne des amerikanischen Fernsehens aus. Die Bedenken der Sportwissenschaftler, Sportmediziner und Trainer schienen auf einmal nicht mehr allzu diskutabel. Sie hatten in den Diskussionen zuvor stets darauf hingewiesen, daß aller Erfahrung nach Athleten in den frühen Morgenstunden nur bedingt leistungsfähig sind.

Beckereits Standpunkt dazu: „Uns ist es lieber, wir starten früh und erhalten dafür 300 Millionen Dollar mehr. Dann bleibt für die Athleten unter dem Strich wenigstens etwas übrig und kann einem guten Zweck zugeführt werden.“



Philosophie mit kleinen Widersprüchen: Willi Daume. FOTO: SIMON

Den Amerikanern werden die olympischen Attraktionen 1988 demnach live zum Abendbrot serviert, für die Europäer gibt es erneut Olympia bei Nacht und für die Athleten eine Umstellung, deren Folgen noch gar nicht absehbar sind.

Die Deutsche Presse-Agentur (dpa) schreibt dazu: „Da deutete sich eine Wende im geistig-moralischen Bereich an, die zumindest Schwimm-Doppelolympiasieger Michael Groß noch 24 Stunden zuvor abgelehnt hat.“ Groß hatte gesagt: „Olympia ist ein sportlicher Wettbewerb und keine Fersehshow. Alle Sportverbände sind dazu aufgerufen, ganz massiv dagegen Stellung zu beziehen und Auswüchsen egal welcher Art Einhalt zu gebieten.“ Der Schwimmer befindet sich damit im Einklang mit dem Kölner Sportmediziner Wildor Hollmann, der erforscht hat, daß die Leistungsfähigkeit nachmittags am höchsten ist.

Hinter diesem brisanten Thema wurden so wichtige Fragen zweitrangig wie die offizielle Anerkennung der Sportmedizin als Ausbildungs- und offizieller Berufszweig in diesem Lande, die Forderung nach einer besseren, qualifizierteren Trainerausbildung und nach anderen Beschäftigungs- und Honorierungsgrundlagen für Bundestrainer als bisher. Das NOK hatte bereits im unbürokratischen Vorgriff die Finanzierung von drei weiteren hauptamtlichen Trainern angekündigt, und Hans Wilhelm Gäb, der Präsident des Deutschen Tischtennis-Bundes (DTTB), regte an, Trainerverträge mit kürzeren Laufzeiten und höheren Dotierungen zu erarbeiten.

Das alles sind sicher notwendige Themenkreise, doch im Vordergrund steht die Frage: Wohin bewegt sich Olympia, und was wird am Ende aus Seoul 1988? Daumes Antwort: „Nichts ist entschieden, gar nichts. Doch Seoul 1988 wird stattfinden.“

STAND ● PUNKT / *Schattenboxen um Doping*

Hehre Töne wurden angestimmt auf der NOK-Sitzung im Mainzer Ratssaal. Stets war die Sorge um die olympische Idee zu spüren. Doch wenn es um Drängenderes ging, zum Beispiel um den Sportler, gerieten die Ausführungen der olympischen Gralshüter zur peinlichen Fußnote.

Konkret: Bei den Spielen in Los Angeles wurde ein neuer olympischer Doping-Rekord aufgestellt. Nie zuvor wurden so viele Sportler der verbotenen, gesundheitsschädlichen medikamentösen Aufrüstung überführt.

Daumes Hinweis, Los Angeles sei kein Meilenstein auf dem Weg zur Doping-Bekämpfung gewesen, nahm sich nur der Mediziner Manfred Steinbach kurz an, ehedem Weitspringer, jetzt Seuchenexperte im Bundesgesundheitsministerium. Er spüre draußen im Lande eine gewisse Unruhe in Sachen Doping, die zur Verunsicherung der Athleten und Trainer „kräftig“ (Steinbach) beitrage. Deutsche Athleten würden mutmaßen, mitunter bestimme Doping das sportliche Weltniveau.

Warum dieses Schattenboxen? Doping ist eine weltweit grassiernde Seuche. Das schreit zum Himmel, weil es sich belegen läßt. K. Bl.

NACHRICHTEN

Langer auf Platz zwei

Miyazaki (sid) – Erst in einem Stechen wurde Golf-Profi Bernhard Langer beim Turnier im japanischen Miyazaki besiegt. Nach vier Runden hatten er und Scott Simpson (USA) 282 Schläge auf dem Konto. Simpson gewann das Stechen am dritten Loch.

Zwei Heber-Rekorde

Kindsbach (dpa) – Der Olympia-Vierte Peter Immesberger (Kindsbach) stellte beim Westpfalz-Turnier der Gewichtheber zwei Rekorde auf. Im zweiten Schwergewicht erzielte er im Reißen 172,5 kg (bisher Martin Zawieja, 171,5 kg) und im Zweikampf 385 kg (bisher Rolf Milser, 382,5 kg).

Rom will Grand-Prix

Rom (sid) – Die Stadt Rom hat sich um die Ausrichtung eines Formel-1-Weltmeisterschaftslaufes für 1985 beworben. In einem südlichen Stadtteil soll ein etwa vier Kilometer langer Kurs errichtet werden, auf dem für September oder Oktober das Rennen geplant würde. Der Automobil-Weltverband (FISA) entscheidet über den Antrag am 1. Dezember.

Segeln: Acht Bewerber

Hamburg (dpa) – Acht deutsche Hochsee-Yachten beteiligen sich vom 24. bis 29. Mai 1985 vor Helgoland an den Ausscheidungswettfahrten des Deutschen Segler-Verbandes, in denen das Team für den „Admiral's Cup“ ermittelt wird. Drei Yachten werden als Mannschaft benannt, die anderen Interessenten dürfen für ein anderes Land starten.

Daviscup in Sindelfingen

Berlin (sid) – In Sindelfingen wird das Tennis-Daviscup-Spiel gegen Spanien (8. bis 10. März) stattfinden. Das beschloß der Deutsche Tennis-Bund (DTB). Die deutsche Freiluft-Meisterschaft (22. bis 28. Juli) wurde nach Amberg am Schanzl vergeben.

Niedermeier nun Trainer

München (sid) – Josef Niedermeier (Reit im Winkl), mehrfacher deutscher Biathlon-Meister, wurde neuer Trainer der Schweizer Biathleten.

Zola Budd wurde gewählt

Johannesburg (sid) – In Südafrika wurde die Weltklasse-Mittelstreckenläuferin Zola Budd (18) als erste Weiße bei einer von Schwarzen durchgeführten Wahl zur „Sportlerin des Jahres“ gekürt. Zola Budd hatte kurz vor den Olympischen Spielen die britische Staasbürgerschaft angenommen, kehrte aber in ihre Heimat Südafrika zurück.

Chinesen unschlagbar

Belgrad (sid) – Mit klaren Endspielsiegen gewann China die beiden Mannschaftswettbewerbe bei den internationalen jugoslawischen Tischtennis-Meisterschaften. Die Damen schlugen Nordkorea 3:0, die Herren bezwangen Schweden 3:1.

Boucher verpaßte Rekord

Inzell (sid) – Die herausragende Leistung bei der Jubiläums-Veranstaltung „25 Jahre Eisschnellauf in Inzell“ erzielte Olympiasieger Gaetan Boucher (Kanada). Über 1500 m verfehlte er in 1:15,22 den Bahnrekord nur um sieben Zehntelsekunden.

Zürich will Kempes

Zürich (sid) – Grasshoppers Zürich, Tabellendritter der Schweizer Fußball-Nationalliga, ist an der Verpflichtung des Argentiniers Mario Kempes interessiert, der zuletzt für den spanischen Erstligisten FC Valencia spielte.

Michael Rüping gewann

Hannover (sid) – Im Stechen gewann Michael Rüping (Itzehoe) auf Silbersee den „Großen Preis“ beim Internationalen Hallenreitturnier von Hannover. Mit einem ebenfalls fehlerfreien Ritt wurde Rainer Supan (Borken) auf Zukunft Zweiter.

BIELEFELD / Zwei Platzverweise beim Spiel in Braunschweig – Abstiegskampf hat begonnen, vorläufig ohne erstklassigen Torwart?

Der sonst so ruhige Kneib soll zugeschlagen haben. Kommt Rudi Kargus?

BERND WEBER, **Bielefeld**

„Die Zuschauer sollen stets das Gefühl haben“, so hat es Arminia Bielefelds Trainer Gerd Roggensack vor kurzem einmal formuliert, „daß sie etwas verpassen, wenn sie ein Spiel meiner Arminia versäumen.“ Die Vorkommnisse bei der 0:0-Begegnung der Bielefelder in Braunschweig haben den Ausspruch mit Nachdruck bestätigt – freilich gewiß auf ganz andere Weise als es der Trainer ursprünglich im Sinn hatte. Der heiße Abstiegskampf im Braunschweiger Schneegestöber geriet nämlich urplötzlich zur handfesten Provinzposse. Schiedsrichter Norbert Brückner aus Darmstadt verteilte erst sechs gelbe Karten, verhängte einen Foulelfmeter gegen Bielefeld (den der Braunschweiger Peter Lux gegen den 1,96 m großen Torhüter Wolfgang Kneib nicht verwandeln konnte) und schließlich stellte Brückner auch noch zwei Bielefelder vorzeitig vom Platz. In der 62. Minute erwischte es Stürmer Matthias Westerwinter wegen Nachtretens gegen Braunschweigs Spielmacher Reinhold Hintermaier. Sieben Minuten nach seiner Strafstoß-Glanzparade mußte dann auch Kneib vorzeitig vom Feld. Brückner wertete dessen Rangelei mit Frank Plagge – und schrieb es auch so in seinen Spielbericht – als „Tätlichkeit“ (die vorgesehene Strafe dafür beträgt acht Wochen Sperre).

Die beiden Beteiligten gaben sehr unterschiedliche Darstellungen über ihren Zusammenstoß. Kneib meinte: „Es war ein Allerweltsfoul. Ich habe Plagge nur am Trikot gezerrt, aber der hat sich theatralisch zu Boden fallen lassen.“ Der Braunschweiger Stürmer gab später diese Erklärung ab: „Kneib hat mir einen Kinnhaken verpaßt.“ Den Wahrheitsbeweis ihrer Ausführungen werden wohl beide nicht antreten können, denn keine Fernsehkamera hat das Duell festgehalten.

„Wir werden unsere Möglichkeiten voll ausschöpfen und gegebenenfalls Protest gegen die Schiedsrichterentscheidungen einlegen“, so wird Roggensack in allen Agentur-Berichten zitiert. Mag durchaus sein, daß er es in seiner ersten Aufregung nach dem Abpfiff auch so gesagt hat. Gestern jedoch, in einem Gespräch mit der WELT, ist Roggensack weit davon abgerückt. „Ein Protest“, das hat er inzwischen erkannt, „würde ebenso wenig einbringen wie eine Schiedsrichterschelte. Wir müssen die entstandenen Probleme intern lösen.“ Im Fall Westerwinter wird das sicherlich leichter fallen. Der 21jährige, der im übrigen in der vergangenen Saison nach einem Revanchefoul am damaligen Frankfurter Uwe Schreml schon einmal vom Platz geflogen war, gehört nicht unbedingt zu den Bielefelder Leistungsträgern. Bei Kneib sieht das ganz anders aus. Roggensack: „Ohne Frage, er ist die Seele unserer Mannschaft. Wie kein anderer versteht es der Wolfgang nämlich, in Notsituationen beruhigend auf seine Mitspieler einzuwirken. Um so tragischer, daß es ihn diesmal selbst erwischt hat.“

Mit Westerwinter habe er bei der Rückfahrt im Bus sprechen können, sagte Roggensack. Bei Kneib habe er erst gar nicht den Versuch unternommen. „Der war dermaßen am Boden zerstört, daß jedes Gespräch mit ihm sinnlos gewesen wäre.“ Roggensack reagierte auf ganz andere Art. Er verordnete seiner Mannschaft für den heutigen Montag, entgegen jeglicher Gewohnheit, trainingsfrei, damit sie sich in häuslicher Umgebung von den dramatischen Geschehnissen in Braunschweig freimachen können.

Bei seinen Ausführungen manövrierte sich der Trainer an dem Ausdruck „Katastrophensituation“ geschickt vorbei. Gleichwohl wird er natürlich wissen, daß die Frage, die gestern in „Bild am Sonntag“ gestellt wurde, absolut ihre Berechtigung hat. Nämlich die Frage danach, ob der Abstiegskampf nach Kneibs Platzverweis nicht jetzt schon zuungunsten von Bielefeld entschieden wurde.

Als der Mannschaftskapitän sein Tor verlassen mußte, nahm der 21jährige Rainer Wilk dessen Platz ein und schlug sich in den verbleibenden 13 Minuten sogar ganz gut. Es war sein erster Bundesligaeinsatz, und Roggensack betont: „Auf Wilk müssen wir jetzt bauen. Die gesamte Mannschaft hat Vertrauen zu ihm. Denn erstens hat Rainer in zehn Jugendländerspielen bewiesen, daß er ein erstklassiger Mann ist. Und zweitens haben wir ja bei Bayern München gerade wieder einmal erlebt, wie sich Ersatzleute entwickeln können. Der Raimund Aumann hat den Jean-Marie Pfaff doch ganz gut ersetzt, und darüber werde ich in dieser Woche mit Wilk bestimmt mehr als einmal reden.“ Wenn es nicht nutzen sollte – in Bielefeld wird bereits ein Name ganz hoch gehandelt. Der des derzeit arbeitslosen Nürnbergers Rudi Kargus. Kommentar der Verantwortlichen dazu: „Kein Kommentar…“

GYMNASTIK / Skandal um die Noten bei der Weltmeisterschaft in Wien

Bulgarin verweigerte sowjetischer Konkurrentin den Versöhnungskuß

OLAF BRÖCKMANN, Wien

Die Heftigkeit der Umarmungen und die Anzahl der Küsse wurden zu einem Gradmesser für die Leistungsstärke der Gymnastinnen. Am meisten Küßchen flogen im bulgarischen und sowjetischen Lager hin und her. Doch bei der Siegerehrung zur Europameisterschaft der Rhythmischen Sportgymnastik hatte die Kuß-Orgie ein Ende.

Kein einziges Mädchen aus Sofia wäre an diesem Abend in der Wiener Stadthalle auf die Idee gekommen, eine Russin zu küssen. Ja, die Bulgarin Anelia Ralenkova, die zusammen mit Galina Beloglasowa (UdSSR) auf der höchsten Stufe des Podestes stand, verweigerte ihrer Rivalin die Geste der Versöhnung. Dafür war der Bewertungsskandal, den Juri Titow, der sowjetische Präsident des Turn-Weltverbandes, hervorgerufen hatte, zu stark.

Der mächtige, schon seit Jahren umstrittene Funktionär hob als letzte entscheidende Instanz nach Uneinigkeit im Kampfgericht und in der Technischen Kommission seine Athletin ebenfalls auf den Vierkampf-Thron. Titow gab einem UdSSR-Protest gegen die Wertung von Beloglasowa mit dem Band (9,95) statt und erhöhte eigenmächtig auf 10,00. Das 17jährige Mädchen aus Astrachan am Kaspischen Meer zog damit in der Gesamtwertung mit der Bulgarin gleich.

Auch die 2000 Zuschauer durchschauten das verlogene Spiel hinter der geschminkten Kulisse. Minutenlang wurde Titow ausgepfiffen. Doch der Russe besitzt schon lange ein dikkes Fell, ist gegen derartige Kundgebungen immun. Im Vorjahr bei der WM in Straßburg, gelang ihm sein taktisches Manöver zwar nicht, doch in den letzten Jahren hatte er oft eigenen Athletinnen zu Medaillen verholfen.

Für die bulgarische Delegation schien das Maß diesmal voll. In der Umkleidekabine wurde heftig die Abreise diskutiert. Doch dann blieb es bei der Drohung. Dafür brach der Haß aus der bulgarischen Titelverteidigerin später wie aus einem feurigen Vulkan hervor. Die schwarzhaarige Anelia Ralenkova, in deren Adern Zigeunerblut fließt, erklärte erbost ihren Rücktritt: „Dies ist kein Wettkampf unter Sportlerinnen, sondern ein Wettkampf der Kampfrichter!" Die große Schar der bulgarischen Journalisten beklatschte bei der Pressekonferenz diese Aussage gegen Titow lebhaft und brach in Bravo-Rufe aus. Darauf konterte die 17 Jahre alte Galina Beloglasowa: „Der Stil der Bulgarinnen gefällt mir nicht im geringsten. Er ist viel zu kalt." Das blonde Mädchen mit sehr weichen und lieben Gesichtszügen bewertete die Bewegungen ihrer Feindin abfällig als „nicht harmonisch". Ralenkova, bereits 1981 in München Weltmeisterin, konnte sich nicht mehr beherrschen und beendete wütend die Diskussion: Die UdSSR-Gymnastinnen besäßen doch gar keinen Stil.

Die bulgarische Schule feierte zumindest auf den folgenden Rängen mit Weltmeisterin Diliana Georgieva und Lilja Ignatova gegen die UdSSR einen Teilerfolg. Vielleicht spielte man deshalb zur Versöhnung bei der Siegerehrung erst die bulgarische und dann die sowjetische Hymne. Auch erhielt Ralenkova den Original-Pokal, Beloglasowa zunächst nur eine kleine Imitation.

Gold hätten aber eigentlich noch mehr Gymnastinnen verdient gehabt. Die jeweils drei Mädchen aus der UdSSR und Bulgarien boten in ihren Darstellungen höchste Perfektion, die Unterschiede in dieser Klasse waren minimal. Wie in Trance tanzten und turnten sie mit ihren vier Handgeräten Band, Reifen, Ball und Keulen auf dem 12 mal 12 großen Parkett – eine faszinierende Mischung aus Akrobatik und sportlichem Ballett, dargeboten in Anmut und großer Ausstrahlung.

Die jeweils mit der höchsten Note bewerteten Darbietungen von Ralenkova und Georgieva mit den Keulen verschlug nicht nur den Besuchern, sondern auch der Konkurrenz den Atem. Die deutsche Meisterin Regina Weber aus Wattenscheid erkannte den wahren Wert ihrer *Bronzemedaille* von Los Angeles. Sie lag weit zurück, durfte sich aber auf Platz elf als beste Westeuropäerin feiern lassen. Ihre einzige fehlerfreie Leistung bot sie mit dem Ball (9,80) – und wurde mit Hunderten Küßchen von ihren Mannschaftskameradinnen dafür belohnt.

HANDBALL / TV Großwallstadts Leistungseinbruch im Europapokal

Nur drei Tore in der zweiten Halbzeit Manager: „Mittlere Katastrophe"

sid/dpa, **Düsseldorf**

Der Leistungseinbruch, den Meister TV Großwallstadt für die Bundesliga längst erwartet hatte, ereilte ihn ausgerechnet im Handball-Europapokal. Nach zuletzt ausgezeichneten Leistungen war die Mannschaft im Europapokal-Hinspiel kaum wiederzuerkennen und verlor gegen den international zweitklassigen bulgarischen Meister Septemberfahne Sofia mit 12:17 (9:9). Die höchste Niederlage, die der deutsche Meister in seinen bisher 38 Spielen auf europäischer Ebene erlebte, könnte bereits gleichbedeutend sein mit dem Ausscheiden aus diesem internationalen Wettbewerb. Manager Klaus Zöll wertete das Ergebnis als „eine mittlere Katastrophe", und Trainer Karl-Heinz Bergsträßer sah seine Mannschaft „noch nie so schwach".

Für den negativen Höhepunkt sorgte Nationalspieler Michael Paul, der nicht ein einziges Tor erzielte und darüber hinaus jegliche Einsatzbereitschaft vermissen ließ. Allein Martin Schwalb erfüllte mit sechs Treffern die Erwartungen. Angesichts der besonders in der zweiten Halbzeit dürftigen Torausbeute (Großwallstadt erzielte nach der Pause nur drei *Tore) sieht der deutsche Meister dem* Rückspiel mit Skepsis entgegen. „Wir werden in Elsenfeld Riesenprobleme mit dem Gegner haben, wenn wir uns nicht besser auf die aggressive Dekkung einstellen", befürchtet Manager Zöll.

Mit einer ähnlich ungünstigen Ausgangsbasis geht auch der Berliner Vertreter Reinickendorfer Füchse in das Rückspiel des IHF-Pokals. Gegen den Schweizer Wunschgegner St. Otmar/St.Gallen gelang zwar ein Sieg (23:22), nicht jedoch der erhoffte deutliche Vorsprung. Auf den winzigen Vorteil eines Tores gründen sich die Hoffnungen der Berliner, die nach dem Trainerwechsel (Peter Frank löste Jozip Milkovic ab) und dem Ausfall der Stammspieler Wöller, Hölzel und Schulz unsicher und mittelmäßig wirkten. Eine grundsätzliche Leistungssteigerung ist für das Rückspiel an kommenden Wochenende nicht zu erwarten, zumal Wöller und Schulz weiterhin ausfallen.

Wesentlich zuversichtlicher blikken die deutschen Frauen-Mannschaften in die Zukunft. In allen drei Wettbewerben erreichten sie deutliche Siege mit teilweise deklassierenden Ergebnissen. Der deutsche Meister Bayer 04 Leverkusen, in der vergangenen Saison Europapokal-Finalist, wirbelte den tschechoslowakischen Meister ZVL Presov regelrecht durcheinander und kann nach seinem 25:14-Sieg den Einzug ins Viertelfinale fast sicher einplanen. Besonders die Leistungen von Torhüterin Astrid Hühn sowie den Nationalspie*lerinnen Renate Wolf und Petra Pla*ten (je sieben Tore) entlockten Trainer Volker Schneller das Kompliment: „So stark haben die Mädchen in dieser Saison noch nie gespielt, einfach traumhaft."

Ein Lob, das auch für Nationalspielerin Silvia Schmitt gelten kann. Beim 21:10-Sieg des VFL Sindelfingen gegen die drittklassigen Spanierinnen von Balonmano Hernani warf sie allein elf Tore und sorgte damit für eine glänzende Ausgangsposition. Die Teilnahme am Viertelfinale scheint Pokalsieger Sindelfingen damit fast ebenso sicher zu sein wie dem TV Lützellinden im IHF-Pokal. In ihrem ersten offiziellen internationalen Spiel bezwangen die Spielerinnen aus dem Provinzklub in der Nähe von Gießen den dänischen Vertreter AIA Tranbjerg mit 20:17.

Überraschungen auch in der Herren-Bundesliga: Der THW Kiel, vor drei Wochen noch Tabellenführer, verlor sein Heimspiel gegen den VfL Gummersbach mit 20:25. 7000 Zuschauer in der ausverkauften Ostseehalle sorgten für Dramatik. Nach schweren Tumulten und handfesten Unmutsäußerungen konnten die Schiedsrichter Manfred Prause und Erhard Hofmann die Halle nur unter Polizeischutz verlassen. „Ich werde den Deutschen Handball-Bund bitten, dieses Gespann bei uns nicht mehr einzusetzen, und zwar zum eigenen Schutz dieser Männer", erklärte Kiels Manager Jacobsen. Bereits am vergangenen Mittwoch mußte das Duo Hofmann/Prause nach dem Spiel *Hüttenberg – TUSEM Essen von der* Polizei geschützt werden.

Der dritte Trainerwechsel der Saison deutet sich in Bergkamen an, wo die Position von Herbert Wittchen äußerst umstritten ist, nachdem Bergkamen mit 14:27 beim Aufsteiger Düsseldorf verlor und damit in ernsthafte Abstiegsgefahr geriet.

VOLLEYBALL

Spitzenspiel, aber Lohhof schaute nur zu

sid, **München**

Das Spitzenspiel in der Volleyball-Bundesliga der Damen stand auf dem Programm. Und der SV Lohhof, immerhin Deutscher Meister und Pokalsieger der letzten Saison, war natürlich angereist. Allerdings saßen die einst so erfolgsgewohnten Damen – das Aushängeschild des deutschen Volleyballs – mit Trainer Andrzej Niemczyk, der gleichzeitig Bundestrainer ist, nur als Beobachter auf der Tribüne. So ändern sich die Zeiten.

In Augsburg trafen zwei Mannschaften aufeinander, die den Lohhoferinnen in dieser Saison offensichtlich den Rang ablaufen. Die TG Viktoria Augsburg empfing Tabellenführer USC Münster. Im Spiel der beiden bis dahin ungeschlagenen Mannschaften gab es nach zweistündigem Kampf einen glücklichen Sieger, die Augsburgerinnen. Selbst Trainer Peter Götz gab nach dem 3:2 (10:15, 15:12, 8:15, 15:13, 15:13) zu: „Wir waren sicherlich nicht besser."

Vielleicht war es auch einfach der Heimvorteil der Augsburgerinnen. 2100 begeisterte Fans in der ausverkauften Halle im Stadtteil Haunstetten machten Stimmung, die für die Gäste sicherlich kein Auftrieb war. Die Damen von Lohhof wußten ein Lied davon zu singen. Bei ihrer 1:3-Niederlage gegen Augsburg am 1. November waren 4800 Besucher zur Unterstützung der Heimmannschaft erschienen, allerdings in einer größeren Halle. Weil das mit dem Publikum auch gegen Münster wieder so gut klappte, vergaß Peter Götz auch nicht die Danksagung: „Die Zuschauer haben uns sehr geholfen. In den entscheidenden Momenten konnte sich meine Mannschaft an ihnen aufrichten."

Münsters Trainer Karl Herzog dagegen sieht den Hauptgrund für die verlorene Begegnung im Spielerischen. „Der Ausfall von Sigrid war entscheidend für unsere Niederlage", erklärte er. Herzog spielte damit vor allem auf die Situation im vierten Satz an, als die Münsteranerinnen mit 13:11 in Front lagen. In dieser wichtigen Phase unterliefen der Nationalspielerin Sigrid Terstegge unnötige, aber entscheidende Fehler. Und ähnliches ereignete sich bei ihr auch im fünften Satz, wiederum bei einer 13:11-Führung.

In der Tat hatte es lange nicht nach einem Erfolg der Augsburgerinnen ausgesehen. Unerklärliche Schwächen bei den Leistungsträgerinnen Regina Vossen, Danuta Niemietz und der ungarischen Neuerwerbung Gabi Buzas auf der einen Seite und routiniertes Spiel bei den Münsteranerinnen deuteten auf einen Sieg der Gäste *hin. Eben bis zu jenem Ausfall.*

Über das Niveau des Spitzenspiels waren die Experten geteilter Meinung. Während beide Trainer von einer guten Begegnung sprachen, zeigte sich Rekord-Nationalspielerin Renate Riek enttäuscht. „Das Spiel war sicher spannend, aber es wurden zu viele Fehler gemacht", erklärte die unter den Zuschauern weilende Spielerin der spielfreien SG/JDZ Feuerbach. Der Kommentar von Bundestrainer Niemczyk fiel ebenfalls negativ aus. „Es war ein schlechtes Spiel mit allein 28 Aufgabe-Fehlern", bemängelte er.

SCHACH / WM

Wieder nur mattes Remis

L. P. **Bonn**

Auch eine Woche Pause hat offensichtlich Schach-Weltmeister Anatoli Karpow und seinen Herausforderer Garri Kasparow nicht zur Besinnung gebracht. Beide begnügen sich weiter mit sogenannten Großmeister-Remis, bei denen nach farblosen Zügen schnell Einigkeit besteht. Mit einem relativ scharfen siebten Zug ließ Karpow die Isolierung seines Damenbauerns zu, um dafür aktives Figurenspiel zu erlangen. Aber Kasparow, der noch immer mit 0:4 im Rückstand liegt, riskierte nichts.

Die Notation (Weiß Kasparow, Englische Partie): **1.Sf3 Sf6, 2.c4 c5, 3. Sc3 Sc6, 4.d4 cxd, 5.Sxd4 e6, 6.g3 Db6, 7.Sb3 d5!?, 8.cxd Sxd5, 9.Lg2 ...**

Nach 9.Sxd5 exd5 ist der Bauerngewinn Dxd5? für Weiß wegen Lb4+, 11.Ld2 Le6, nebst Td8 ungünstig. Aber nach 10.Lg2 Lb4+, 11.Ld2 a5 oder Lg4 kommt es zu einem scharfen und recht unklaren Spiel.

9. ... Sxc3, 10.bxSc3 Le7, 11.0-0 0-0, 12.Le3 Dc7, 13.Sd4 Td8, 14.Da4 Ld7, 15.Sxc6 Lxc6, 16.Lxc6 bxc6, 17.c4 Remis.

Bis zu diesem Remis war alles wohl bekannt. In der Partie Cvetkovic – Gligoric (Lugano 1983) versuchte es Weiß noch mit 17.Tab1. Die einfachste Fortsetzung wäre dann 17. ... Td7, 18.Tfd1 Tad8 usw.

JUDO

18. Titel für Neureuther

sid, **Hamburg**

Er sei etwas judomüde, erklärte Günter Neureuther nach den Meisterschaften in Hamburg, wo er seinen Titel im Halbschwergewicht verteidigt hatte. In seiner Sammlung war es bereits die 18. deutsche Meisterschaft. Und der Sieg fiel dem 29 Jahre alten Polizeiobermeister nicht schwer.

„Hamburg war eine Pflichtaufgabe. Daß die Konkurrenz in meiner Gewichtsklasse fehlt, ist nicht meine Schuld", sagte Neureuther. Und weil es auf nationaler Ebene so einfach ist, hat sich Günter Neureuther seine Ziele auf internationalen Matten gesetzt.

Aufhören wolle er noch nicht. „Bis zu den Olympischen Spielen in Seoul mache ich weiter. Mir fehlt noch die Goldmedaille", erklärte der Dritte der Spiele von Los Angeles.

Der einzige deutsche Judo-Olympiasieger dieses Jahres, Frank Wieneke (Wolfsburg), wollte seinen frischen Ruhm erhalten. Er fehlt in Hamburg, weil er nicht in Form war. Eine Goldmedaille ohne den nationalen Titel schadet eben dem Image.

Die einzige Überraschung in Hamburg gab es im Halbleichtgewicht (bis 65 Kilogramm), wo sich der 20 Jahre alte Thomas Studt (Berlin) gegen den Bremer Stefan Buben durchsetzte.

Sport in Zahlen ... Sport in Zahlen ... Sport in Zahlen ...

FUSSBALL

Erste englische Division, 15. Spieltag: Arsenal – Queens Park 1:0, Aston – Southampton 2:2, Chelsea – Bromwich 3:1, Coventry – Nottingham 1:3, Everton – Stoke 4:0, Ipswich – Tottenham 0:3, Leicester – Norwich 2:0, Watford – Sheffield 1:0, West Ham – Sunderland 1:0, Manchester United – Luton 2:0. – Tabellenspitze: 1. Everton 32:18 Tore/32 Punkte, 2. Manchester United 29:18/29, 3. Arsenal 30:21/29, 4. Tottenham 32:15/28. – **WM-Qualifikation**, Gruppe 4: Luxemburg – „DDR" 0:5. – Tabelle: 1. Jugoslawien 3:1, 2. Frankreich 2:0, 3. „DDR" 2:2, 4. Bulgarien 1:1, 5. Luxemburg 0:4. – Gruppe 5: Zypern – Ungarn 1:2. – Tabelle: 1. Ungarn 6:0, 2. Österreich 4:2, 3. Zypern 0:4, 4. Holland 0:4. – **Internationales Junioren-Turnier** (U 16) in Monte Carlo: Deutschland – Spanien 1:2.

TENNIS

Damen-Turnier in Brisbane, Doppel, Finale: Navratilova/Shriver (USA) – Bunge/Pfaff (Deutschland) 6:2, 6:3.

TURNEN

4. Gymnastik-Europameisterschaften in Wien, Einzel: 1. Georgieva (Bulgarien) 19,90, Beloglazewa (UdSSR) 19,90, 3. Ignatova, Ralenkova (beide Bulgarien), Kutkaite (UdSSR) alle 19,85, 6. Drutschinina (UdSSR) 19,60, 7. Zacharowska (CSSR) 19,45, 8. Volga (Polen) 19,40, ... 18. Weber und Scharmann je 19,00, ... 25. Meschede (alle Deutschland) 18,65.

RINGEN

Bundesliga, 12. Wettkampftag, Gruppe West: Schifferstadt – Aldenhoven 18:17, Aschaffenburg – Witten 14:23,5, Köllerbach – Goldbach 15,5:23, Bonn-Duisdorf – Schwalbach-Schwarzenholz 19:18,5. – Gruppe Süd: Reilingen – Aalen 21,5:16,5, Freiburg-Haslach – Triberg 32:8, Bad Reichenhall – Wiesenthal 10:27, Urloffen – Freiburg-St. Georgen 28:12.

HANDBALL

IHF-Pokal der Frauen, Achtelfinal-Hinspiel: Lützellinden – Tranbjerg/Dänemark 20:17 (11:7). – **Europapokal der Pokalsieger**, Achtelfinal-Hinspiel, Frauen: Sindelfingen – Hernani (Spanien) 21:10 (7:6). – **Europapokal der Meister**, Achtelfinal-Hinspiel, Frauen: Leverkusen – Presov 25:14 (10:4). – **Europapokal der Meister**, Achtelfinal-Hinspiel, Männer: Sofia – Großwallstadt 17:12. – **Europapokal der Pokalsieger**, Achtelfinal-Hinspiel, Männer: Reinickendorf – St. Gallen 23:22 (11:10). – **Bundesliga**, Männer, 6. Spieltag: Dankersen – Lemgo 23:14, Hofweier – Bergkamen 31:26, Kiel – Gummersbach 20:25, Weiche-Handewitt – Wallau-Massenheim 17:16. **Damen**, 6. Spieltag, Gruppe Nord: Eilbeck – Minden 21:14. – Gruppe Süd: Nürnberg – Frankfurt 19:19, Malsch – Gießen 16:13.

BASKETBALL

Bundesliga, Damen, 10. Spieltag: Köln – Osterfeld 87:69, Düsseldorf – München 83:62, Leverkusen – Frankfurt 72:55, Marburg – Porz/Hennef 42:53.

VOLLEYBALL

Bundesliga, Herren, Nachholspiel vom 1. Spieltag: Friedrichshafen – *Fort. Bonn 1:3, vom 8. Spieltag: Le*verkusen – Berlin 0:3. – **Damen**: Rüsselsheim – Oythe 0:3, Augsburg – Münster 3:2.

JUDO

Deutsche Meisterschaften in Hamburg: Federgewicht: 1. Gliem (Wolfsburg), 2. Arendt (Arnsberg); Leicht: 1. Studt (Berlin), 2. Buben (Bremen); Welter: 1. Stranz (Kassel), 2. Füchtmeyer (Osnabrück); Halbmittel: 1. Rieß (München-Großhadern), 2. Heidgen (Remscheid); Mittel: 1. Meiling (Sindelfingen), 2. Bazynski (Bottrop); Halbschwer: 1. Neureuther (München-Großhadern), 2. Bruchhäuser (Rüsselsheim); Schwer: 1. von der Gröben (Wolfsburg), 2. Ruiken (Rüsselsheim).

TISCHTENNIS

Bundesliga, Damen, 8. Spieltag: Donauwörth – Saarbrücken 3:9, Rinteln – Frankfurt 0:9. – **Internationale Meisterschaften** von Jugoslawien in Laibach, Mannschafts-Wettbewerbe, Endspiele: Herren: China – Schweden 3:1. – Damen: China – Nordkorea 3:0.

LEICHTATHLETIK

Nationaler Crosslauf in Heidesheim, Männer, 8400 m: 1. Stephan (Koblenz) 27:25 Min., 2. Stäudt (Mainz) 27:26, 3. Blöningen (Uerdingen) 27:28, 4. Wessinghage (Köln) 27:33. – Frauen, 2100 m: 1. Teske (Darmstadt) 7:11 Min., 2. Wessinghage (Koblenz) 7:15, 3. Michallek (Hamm) 7:43.

BOB

Qualifikation für den Veltins-Cup in Winterberg, Endstand: 1. Fischer/Nießner (Ohlstadt) 2:29,64 Min., 2. Kurbjuhn/Grone (Tegernsee) 2:30,12, 3. Schliwa/Hermann (Winterberg) 2:30,21, 4. Kopp/Metzler (Unterhaching) 2:30,42.

EISSCHNELLAUF

Internationale und nationale Rennen in Inzell: Herren: 500 m: 1. Kuroiwa (Japan) 37,55 Sek., 2. Streb (Landshut) 38,69, 3. Gawenus (Inzell) 39,19. – 1000 m: 1. Boucher (Kanada) 1:15,22, 2. Hamaya (Japan) 1:17,27, 3. Oberhuber (Inzell) 1:19,60. – 1500 m: 1. van Helden (Frankreich) 2:00,02, 2. Gustafson (Schweden) 2:00,16. – Damen: 500 m: 1. Fors (Schweden) 44,36, 2. Holzner-Gawenus (Inzell) 45,61. – 1500 m: 1. Smuda 2:12,73, 2. Hassmann (beide Ottobrunn) 2:16,93. – Nationale Rennen: Herren, 500 m: 1. Oberhuber 39,46, 2. Scharf (München) 40,20. – 1500 m: 1. Baltes (München) 2:03,25, 2. Scharf 2:03,95, 3. Hartong (Inzell) 2:04,20. – Damen, 500 m: 1. Hassmann (Ottobrunn) 45,06.

EISHOCKEY

Bundesliga, 15. Spieltag: Rosenheim – Rießersee 5:0, Düsseldorf – Kaufbeuren 7:3, Landshut – Essen-West 11:4, Mannheim – Köln 3:11, Schwenningen – Iserlohn 0:5.

GALOPP

Rennen in Gelsenkirchen: 1. R.: 1. Pendentif (H. Strompen), 2. Wall, 3. Lappländer, Toto: 24/11, 11, 15, ZW: 64, DW: 444, 2. R.: 1. Neu Game (E. Harzheim), 2. Chico, 3. Sonnenkind, Toto: 60/15, 12, 21, ZW: 100, DW: 796, 3. R.: 1. Oceanic (M. Werning), 2. Constantin, 3. Washington, Toto: 36/16, 22, 38, ZW: 268, DW: 2880, 4. R.: 1. Garrick (St. Eccles), 2. Ratsherr, 3. Souzdchika, Toto: 24/13, 13, –, ZW: 44, DW: 216, 5. R.: 1. Foxtrott (T. Hellier), 2. Themistokles, 3. Alcara, Toto: 64/26, 21, 34, ZW: 456, DW: 7016, 6. R.: 1. Ordensbruder ((R. Elbers), 2. Gipsy Boy, 3. Fast and Noble, Toto: 236/110, 21, 30, ZW: 2376, DW: 11 640, 7. R.: 1. Topol (S. Spohn), 2. Fidela, 3. Oelsalve, Toto: 32/16, 22, 22, ZW: 212, DW: 1764.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 7, 9, 10, 19, 43, 45, Zusatzzahl: 15. – **Spiel 77**: 0 3 5 2 0 6 7. – **Toto, Elferwette**: 1, 1, 0, 0, 2, 1, 2, 1, 1, 2, 1. – **Glücksspirale**: Endziffern: 9, 09, 615, 1515, 11 874, 097 671. – Los-Nummer: 8 676 276, 8 711 086, 4 473 132. – Prämienziehung: 432 144, 715 298, 461 969. (Ohne Gewähr).

Pankraz, Frau Epinay und das Rollenspiel

Sehr verehrte, gnädige Frau, zum zweiten Mal nun schon senden Sie mir einen strafenden Brief, weil ich mich, wie Sie glauben, allzu einseitig gegen die „Selbstverwirklichung des Menschen" ausgesprochen habe. Erlauben Sie mir, daß ich hier eine Passage von Ihnen zitiere? „Rollenspiel und immer wieder Rollenspiel", schreiben Sie ungeduldig, „zuerst muß der Mensch doch seine natürlichen Anlagen entwickeln, bevor man ihn in eine soziale Rolle hineinpreßt! Und schließlich muß es ja auch noch Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit unter den Menschen geben! Gerade ich als Frau kann ein Lied davon singen, wie demütigend es ist, niemals wirklich zu sich selbst kommen zu dürfen."

Wenn ich das richtig lese, dann ist das Rollenspiel in Ihren Augen also unnatürlich, unehrlich und vor allem unweiblich. Aber stimmt das denn wirklich in dieser Ausschließlichkeit? Was macht denn ein Kind, wenn man es eine Weile sich selbst überläßt? Es spielt, indem es Erwachsene nachahmt, sich in die verschiedensten Rollen hineinversetzt, Chauffeur oder Puppenmutter, Doktor, Hochbauingenieur oder Wildwestläufer. Seine natürlichen Anlagen sind geradezu auf solche Nachahmungen und Rollenspiele programmiert, das Sichverkleiden macht ihm ungeheuren Spaß, Fasnacht und Mummenschanz sind ihm das Höchste der Gefühle.

Eine „Selbstverwirklichung" findet offenbar nur insofern statt, als das eine Kind eine bestimmte Rolle besser und mit größerer Begeisterung annimmt und ausfüllt als das andere. Und nicht viel anders steht es mit den Erwachsenen. Unser Unbehagen rührt im allgemeinen nicht daher, daß wir eine Rolle spielen, sondern daher, daß wir glauben, die falsche Rolle zu spielen und „etwas anderes" viel besser hinzukriegen. Das Andere ist so gut wie nie ein unbebautes Gelände, kann es wahrscheinlich gar nicht sein. Selbst „Aussteiger" steigen nicht eigentlich aus dem Spiel aus, sondern wechseln nur die vorgeprägte Rolle.

In Ihrem ersten Brief, liebe, gnädige Frau, schelten Sie mich, weil ich mich über die vielen psychologischen „Selbstverwirklichungsgruppen" lustig gemacht hatte. Haben Sie inzwischen Ihr Vorhaben wahrgemacht und einen solchen Selbstfindungs-Kurs gebucht? Und haben Sie dabei mehr über sich erfahren, als Sie vorher schon wußten? Verzeihen Sie, wenn ich ein wenig zweifle.

Ich selbst habe noch nirgendwo mitgemacht, habe nur gelesen, daß man sich da gegenseitig anblökt und betatscht, um „innere Spannungen zu lösen". Ich glaube nicht, daß das eine Frage von „mehr Ehrlichkeit" ist, es ist wahrscheinlich eher so, wie wenn man in einer Bahnhofswartehalle oder in einer Kneipe mit einem Betrunkenen zusammenkommt, der einem irgendwas erzählt und erzählt und erzählt ... Eine Art Regression also, ein Rückzug auf psychologische Restsubstanz, die übrig bleibt, wenn man alle individuellen und sozialen Spezifizierungen für den Augenblick einmal abgelegt hat.

Es mag ja sein, daß so etwas hin und wieder nötig ist (die meisten Menschen erledigen es ohne Guru), aber mit „Liebe", wie Sie damals andeuteten, hat es wohl nur wenig zu tun. „Man spielt nicht mit der Liebe", lautet zwar ein berühmter Titel, doch in der Liebe wird bestimmt nicht weniger gespielt und maskiert als im übrigen Leben.

Bei den von Ihnen so sehr verehrten Franzosen, bei Proust und Sartre können Sie nachlesen, daß die Liebe in allererster Linie ein Geliebt-werden-Wollen ist und welche Tricks und raffinierten Rollen die Liebenden sich untereinander ausdenken, um sich für den Partner zum unübersteigbaren Horizont zu machen, zum Ziel- und Brennpunkt aller seiner Wünsche und Erwartungen. Die Ehrlichkeit, oftmals provoziert durch die unerwartete Dazwischenkunft eines Dritten, kann da oft verheerende, desillusionierende Wirkungen haben. Jedenfalls ist diese schlichte Ehrlichkeit nicht unbedingt Voraussetzung für die Liebe, manchmal sogar ihr ausgesprochener Feind.

Mit dem Hinweis auf eine französiche Veröffentlichung kontere ich schließlich auch Ihren dritten Einwand gegen das Rollenspiel, nämlich daß es unweiblich sei. Bitte, besorgen Sie sich das Buch „Emilie, Emilie" der Pariser Polytechnique-Professorin Elisabeth Badinter, auf Deutsch soeben bei Piper erschienen, eine gründliche und nur am Rande etwas soziologisch verquaste Analyse weiblicher Lebensentwürfe im 18. Jahrhundert. Die Frauen der Oberklasse im damaligen Frankreich, die Gefährtinnen oder Gönnerinnen Voltaires und der Enzyklopädisten, genossen ja eine ganz ungewöhnliche Freizügigkeit, und Badinter weist nach, daß das nur deshalb möglich war, weil sie jeweils völlig bewußt eine bestimmte Rolle spielten.

Am Beispiel der beiden „Emilies" des Aufklärungszeitalters, der Emilie Marquise du Châtelet und der Louise d'Epinay, zeigt sie, wie verschieden die Rollen sein konnten. Die Marquise du Châtelet war Physikerin und wollte von Kindern und Kindererziehung nichts wissen, Louise hingegen sang das Hohelied der Mutterschaft und schrieb den Erziehungsroman „Conversations d'Emilie". Die Pointe: Die Marquise war mit einer großen Familie und vielen Kinder gesegnet, Louise aber, Geliebte Friedrich Melchior Grimms und Gastgeberin Rousseaus, hatte keine Kinder.

Beide Frauen spielten also wahrscheinlich in ihrer Rolle das genaue Gegenteil dessen, was sie „wirklich", ihrem Alltag und auch wohl ihrer natürlichen Veranlagung zufolge, waren. So heillos verworren kann es bei Rollenspiel und „Selbstverwirklichung" zugehen, bei Frauen offenbar noch mehr als bei Männern! Es ist eben nicht leicht, sich selbst zu erkennen, geschweige denn, sich zu „verwirklichen". Wie gut, daß es Rollen gibt, die wir durchspielen und in denen wir uns testen und bewähren können! In diesem Sinne grüßt Sie herzlich Ihr ergebener

Pankraz

Premieren vom Wochenende: Hamburger „Gespenstersonate", Hürlimann-Uraufführung in Düsseldorf

Die Mumie hinter der Tapetentür

Das also war nun die Ära Horres an der Hamburgischen Staatsoper: Große Erwartungen, viel Vorschußlorbeer, erwachsen aus der glücklichen Erinnerung an einen bildkräftig in Szene gesetzten „Palestrina", ein reichlich Stil-verwirrter „Boris" als Einstand des frisch Inthronisierten, dann ein erst internes, dann öffentliches Gezänk um Machtübergriffe, ungut akkordiert von Rücktrittsabsichten und einem auch heute noch nicht aufgeklärten Pokerspiel um die Nachfolge in Düsseldorf. Und jetzt, zwei Monate vor dem offiziellen Abschied aus Hamburg, Horres' letzte Regie-Tat: die nach Berlin und Stuttgart nun dritte Inszenierung von Aribert Reimanns Kammeroper „Die Gespenstersonate".

Würde Horres den Hanseaten nun noch einmal seine Pranke zeigen, ihnen augenfällig demonstrieren, daß sein Weggang ein harscher künstlerischer Verlust für sie ist? Die Hoffnungen schwanden schnell angesichts einer Aufführung, der es an Kraft und Originalität und noch viel mehr an Großartigkeit gebrach. Dabei war der Spielort für Reimanns raffinierte Strindberg-Paraphrase nicht die klitzekleine, gewiß einengende „opera stabile", sondern jenes neue Mekka der Theaterleute, die Kampnagelfabrik, die so manchen Regisseur zu kühnen Entwürfen animiert hat.

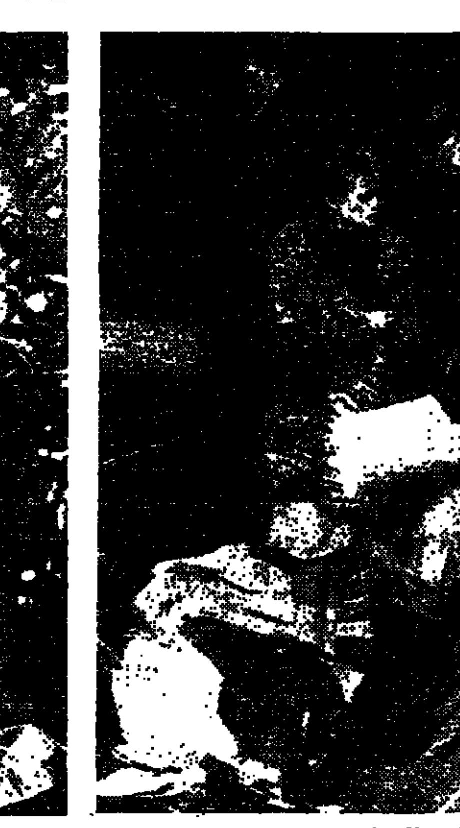
Horres vermochte aber auch hier nicht überzeugend zu operieren. Anstatt das Geschehen klug zu zentrieren, ließ er das eklig-böse Höllenspiel um Schuld und Sühne, das Strindberg ja nicht umsonst primär in abgeschlossene Räume verlegt hat, auf der offenen vollen Breite der Riesenhalle ablaufen. So wurden die Sänger und die an die äußerste rechte Seite verbannten zwölf Instrumentalisten immer wieder weit auseinandergezogen, so daß jeder Ansatz zu homogenen Aktionen verläpperte.

Kaum weniger irritierend das Bühnenbild (Erich Fischer), das alles sein wollte – Klinik, Altersheim, Jugendstilsalon – und doch nichts wirklich, sinnbildend, war. Kunstgewerbe blühte da mächtig auf mit Palmengestänge, Efeugeranke, Konsölchen und Medikamentenschränken.

Daß auch die Rechnung mit dem zur Heiligen stilisierten toten Milchmädchen nicht aufging, mochte man noch als geschmäcklerischen Ausrutscher abtun. Gravierender die Tatsache, daß die 20 Jahre hinter einer Tapetentür eingeschlossene „Mumie" in einem gläsernen Schrank sitzen muß, der absolut nichts Bedrohliches oder gar alptraumhaft Zerstörendes an sich hat. Mehr Dichte gewann die Inszenierung erst im karikaturistisch verzogenen Gespenstersouper mit seinen Entlarvungsritualen.

Die Meisterinszenierung, die man sich für Reimanns Strindberg-Partitur gewünscht hätte, war dies also nicht. Auf einen keineswegs optimalen Sitzplatz verwiesen, hatten es die zwölf vorzüglichen Instrumentalisten nicht leicht, durchgreifend zu Wort zu kommen. Zu Beginn hatte sie ihr Anführer Manfred Schandert wohl auch zu zahm gehalten. Doch kam es im zweiten und dritten „Akt" und in den glänzenden Zwischenspielen zu beklemmenden Darstellungen.

Unter den Sängern sprang Stephan Drakulich als Student mit einer exklamatorischen Kraft in seine Rolle als Katalysator im Gespensterhaus, die ihm einhelligen Beifall einbrachte. Dieter Weller suchte den Alten, den Mörder und Vampir, mit Infamie zu konturieren. In den Schlußapplaus waren alle Mitwirkenden einbezogen, besonders der in Hamburg lehrende Komponist. KLÄRE WARNECKE



Zwanzig Jahre im Glassarg: U. Boese in der Hamburger „Gespenstersonate" FOTO: PEITSCH

Wo einmal 50 000 Hühner gackerten

Eine Tür zur Seite wird knarrend geöffnet. Gleißendes Licht flutet herein, ganz wie bei Rudolf Noelte. Qualvoll langsam betritt ein Mann die Szene, mit der Linken einen Krankenhaus-Tropf vor sich herschiebend, an dem er hängt, eine Krücke in der Rechten. Mit seinem ersten Satz teilt er mit, was das Stück will: „Stirbt ein Mensch, stirbt die Welt."

„Stichtag" heißt der Einakter und stammt von dem Schweizer Thomas Hürlimann. Von jenem, der kürzlich mit seinem Erstling „Großvater und Halbbruder" auszog, das Entstehen kollektiver Denkweisen dingfest zu machen. Mit „Stichtag" hat er – nach Ionesco, Dürrenmatt und Gerlind Reinshagen – ein Stück vom Sterben geschrieben. An diesem grauen November-Wochenende wurde es am Schauspielhaus Düsseldorf uraufgeführt, gleichzeitig mit Stuttgart.

Ein Mann kehrt heim, seinen Ärzten und der Krebsklinik entflohen – um zu sterben. Die Welt, die er betritt, hat er selber geschaffen: Damunts Farm, auf der einmal 50 000 Hühner gackerten.

Doch alles das war einmal. Was er jetzt vorfindet, ist eine Ruine. Die Maststationen – Kazuko Watanabe hat eine Halle mit Metallrost-Boden ins Zentrum der Arenabühne im Kleinen Düsseldorfer Haus gestellt – sind verwaist. Die Bänder, die Kühlanlagen, sie sind nicht mehr. Damunts Frau Cecilie (Bigi Fischer) hat sie verkauft, um die Therapie bezahlen zu können. Man wolle die Finanzreserven nicht antasten, sagt sie, um nicht mit der Wahrheit die letzte Hoffnung des Kranken zu zerstören.

Sicherlich lügt Cecilie. Sie hat nur allzu gern verkauft. Sie haßte das Viehzeug und sein Gackern, sie haßte den Stichtag, an dem es ihm an die Gurgel ging. Aber vielleicht sagt sie auch die Wahrheit. Hürlimann präzisiert das nirgends. Sein auf jede äußere Dramatik verzichtendes Stück tritt nicht an, irgendwelche Sachverhalte zu klären. Es geht nur um den Menschen und sein Sterben. Die Dinge und Sachverhalte gehen völlig im Ich auf, so daß Ich und Welt und Arbeitsresultat am Ende nicht zu trennen sind. Mensch und Welt sind eins.

Aber wie das Leben ist auch das Arbeiten „ein Prozeß, den man verliert, was man auch tut und wer man auch sei". So steht es bei Thomas Bernhard, und von diesem hat Hürlimann nicht nur die Philosophie, sondern sichtlich auch die Technik der Dialoge. Ein kontrapunktisches Geflecht, in dem wortgleiche Sätze immer wiederkehrend die Personen wechseln wie Dux und Comes einer Fuge die Stimmen. Nur entsteht bei Hürlimann nicht die sterile Kunststoff-Atmosphäre wie bei Bernhard. Der Schweizer ist der Erde näher und bringt es fertig, seine Dialoge zwischen realistischem Fundament und lyrischem Aufschwung ins Schweben zu bringen.

Die Düsseldorfer Aufführung von Thomas Schulte-Michels versucht, dem voll Rechnung zu tragen. Zwar betont sie durchaus auch das Umfeld, die Roste, die Kühlschränke, die Desinfektionsapparaturen, aber sie verliert sich nie darin. Schulte-Michels entwickelt vielmehr eine Art „Performance" in Sprache. So erreicht er eine distanzierende Künstlichkeit, da auch die Schauspieler voll auf das Konzept eingehen, vor allem Wolfgang Hinze als moribunder Damunt – in einer Aufführung, die gelegentlich ein wenig in Geschrei ausbricht, deren nachhaltiger Eindruck aber aus der überzeugenden Bewältigung des Leisen und der Stille stammt.

KATHRIN BERGMANN

Szene aus der Düsseldorfer Uraufführung von Thomas Hürlimanns „Stichtag" FOTO: BERMBACH

Aufmerksamkeit für die Kunst oder Förderung eines Künstlers? – Die Kritik am neuen Turner-Preis

Was den Briten an Malcolm Morley nicht gefällt

Kunstpreise sind aus dem deutschen oder amerikanischen Kulturbetrieb kaum noch wegzudenken. Und nicht wenige sprechen schon von einer Preise-Inflation. Im Vereinigten Königreich war man dagegen bislang allenfalls mit der Inflation der Währung vertraut. Aber seit kurzem sieht alles anders aus. Die Stiftung des mit 10 000 Pfund dotierten Turner-Preises für Moderne Malerei und Plastik hat England auf einen Schlag das Odium eines Kunstpreis-Entwicklungslandes genommen.

Der erste Preisträger, Malcolm Morley, geriet allerdings gleich unter Beschuß. Weniger weil er wegen Einbruchsdiebstahls drei Jahre im Gefängnis verbrachte (die er immerhin zum Erlernen der Malerei nutzte), sondern weil viele meinten, er entspräche nicht den Intentionen des anonymen Mäzens. Der möchte einen Künstler geehrt sehen, der für die bildende Kunst Englands in den abgelaufenen zwölf Monaten den bedeutendsten Beitrag geleistet und damit die Gegenwartskunst beim breiten Publikum ins Gespräch gebracht hat. „Preise werden nicht zum unmittelbaren Nutzen des Künstlers vergeben, sie sollen die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf seine Leistungen richten", erläuterte Nicholas Serota, Direktor der Londoner Whitechapel-Gallery und Jury-Mitglied des Turner-Preises, die Bedingungen.

Es ist in der Tat beachtlich, welche Wunder so ein Kunstpreis wirken kann, jedenfalls für die in die engere Wahl gekommenen, also Howard Hodgkin, Richard Deacon, Gilbert and George, Richard Long und den seit seiner Entlassung aus einem Londoner Gefängnis in New York schaffenden Morley, der als erster Fotorealist gilt, inzwischen aber als Neo-Expressionist beachtliche Preise erzielt. Zählte die Londoner Tate-Gallery bei ihrer großen Dali-Retrospektive 1980 stolze 242 000 Besucher, so hatte das Sextett beim Preis-Countdown schlagartig ein Publikum von zwei Millionen angelockt, nicht zuletzt weil das BBC-Fernsehen den Rummel um den neuen Preis unwiderstehlich fand.

„Auch wenn die Leute an der modernen Kunst nicht gleich Gefallen finden, so haben wir doch ihr Interesse geweckt", verkündete denn auch Felicity Waley-Cohen, die Vorsitzende der bei dem Preis federführenden Vereinigung „Patrons of New Art". Sie wurde 1982 gegründet, um zeitgenössische Kunst für die Tate Gallery einzukaufen, inzwischen gehören ihr 140 Mitglieder an, von denen immerhin ein Einstand von tausend Mark erwartet wird.

Das Kunst-Establishment in Großbritannien hofft nun, daß der Turner-Preis die Zugkraft des mit 15 000 Pfund dotierten Booker-Preises für neue Literatur erlangt. Da in England auch Literaturpreise rar sind, verpufft ihre Wirkung nicht im Handumdrehen. So verkaufte die diesjährige Preisträgerin Anita Brookner von „Hotel du Lac" in den zwei Wochen nach der Preisverleihung mehr als 10 000 Exemplare, während von ihren ersten drei Büchern nur jeweils 5000 abgesetzt werden konnten. Einen kräftigen Auflagenschub bescherte der Preis auch Salman Rushdies „Mitternachtskindern" und „Schindlers Arche" von Thomas Keneally.

Morley, dessen Bilder 400 000 bis 500 000 Mark erzielen, machte sich gar nicht erst die Mühe, zur Preisvergabe nach London zu reisen. Er reagierte auf die Ehrung mit der zweideutigen Bemerkung, der Preis helfe ihm nicht, sein nächstes Bild zu malen. Das bestärkte wiederum Kritiker der Jury-Entscheidung beim Turner-Preis, die meinten, man hätte die Chance vertan, ein förderungswürdiges Nachwuchstalent ins Gespräch zu bringen. Es bleibt abzuwarten, ob sich die Jury künftig weiter an bekannten Namen orientieren oder den Mut zum Wagnis aufbringen wird. Damit würde sie auch eine Antwort auf die Frage erhalten, ob ein Künstler mit einer weniger schillernden Biographie dem Preis dieselbe Aufmerksamkeit beschert.

SIEGFRIED HELM

F. Dürrenmatt doziert

Per Vision zum Tanz der Atome

Im Rahmen der Gastdozentur Poetik der Frankfurter Universität sprach der Schweizer Dramatiker und Schriftsteller Friedrich Dürrenmatt über das Thema „Kunst und Wissenschaft". Die mit Spannung erwartete Vorlesung entpuppte sich als eine Art Huldigung an das Werk Platons, den Dürrenmatt nicht nur als Vater der modernen Wissenschaft vorstellte, sondern auch als Vater der großen, „nicht mimetischen" Literatur, beispielsweise Kafkas.

Platon, meinte Dürrenmatt, sei erstens selbst ein meisterhafter Schriftsteller und Dialogschreiber gewesen, zweitens aber liefere sein Versuch, die Welt der Erscheinungen auf nur noch mathematisch erfaßbare Verhältnisse zurückzuführen, der Literatur den ästhetischen Schlüssel ihrer eigenen Natur: Arbeit am Wesentlichen und Endgültigen, Durchdringung der vergänglichen Schattenwelt mittels der Kraft der Vision.

In der Vision sieht Dürrenmatt das entscheidende Instrument künstlerischer Gestaltung und Erkenntnis. Während die Wissenschaft auf die Idee vertraue und die Technik auf den Einfall, bedürfe die Kunst der Vision, um sich entfalten zu können. Das Verhältnis zwischen Idee und Vision entspreche etwa dem zwischen Foto und Film. Aber der Film sei vor dem Foto dagewesen: Die ersten Denker seien Visionäre, Dichter gewesen; Jahrtausendealte physikalische Vorstellungen, wie z. B. der leere Raum oder der Tanz der Atome, seien von visionären Dichtern wie Leukipp einst in die Bewußtseinswelt eingebracht worden.



Poetikvorlesung an der Frankfurter Universität: Friedrich Dürrenmatt FOTO: DPA

Dürrenmatts Vortrag näherte sich übrigens selber der Dichtung an. Diskursive Passagen wurden eingerahmt von poetischen, so von der Vision des am Strand liegenden, unter der heißen Sonne Homers träumerisch vor sich hindenkenden Leukipp oder von der Erzählung, wie Dürrenmatt selbst einst das Mount Palomar-Observatorium in Kalifornien besuchte.

Ein Kabinettstück das ironische Quodlibet über die Platonsche „Idee des Sessels", die allen konkreten, wirklichen und auch den gemalten oder sonstwie künstlerisch imaginierten Sitzmöbeln zugrunde liege. Dabei wurde deutlich, daß Dürrenmatt seinem Idol Platon auch durchaus kritikable Züge abgewinnt.

Das zahlreich erschienene, überwiegend studentische Publikum dankte mit großem Beifall. Ein riesiger, greller Buhruf ging schnell darin unter. ANDREAS WILD

München: Philharmoniker-Chef Sergiu Celibidache wirft das Handtuch

Mit Katerstimmung in den Umzug

„Sehr verehrter Herr Oberbürgermeister, wir sind somit ans Ende meiner Tätigkeit als Generalmusikdirektor der Stadt München gelangt." Mit diesen lapidaren Zeilen an Georg Kronawitter setzte jetzt Sergiu Celibidache (72), der streitbare Chefdirigent der Münchner Philharmoniker, den vorzeitigen Schlußpunkt. Fünf Jahre hatte seine Zusammenarbeit mit dem Orchester gedauert. Jetzt, ein Jahr vor der Eröffnung des neuen Konzertsaals am Gasteig, stehen die Philharmoniker ohne musikalischen Leiter vor einer ungewissen Zukunft. Katerstimmung macht sich breit.

Begonnen hatten die Querelen bereits 1979, als Celibidache zwar einen triumphalen Einstand in München feierte, sich aber gleich mit einigen Orchestermusikern anlegte. Doch man raufte sich zusammen. Celibidache gelang es, das Orchester auf 130 Mann aufzustocken und die Gehälter der Musiker auf Rundfunkniveau anzuheben. Er selbst unterschrieb nie einen Vertrag, ließ sich dafür pro Konzert mit 22 000 Mark honorieren, was unlängst den Rechnungshof auf den Plan rief.

Am 27. April dieses Jahres leitete Celibidache sein vorläufig letztes Münchner Konzert. Nur mühsam bewegte er sich damals aufs Podium. Eine Gicht-Erkrankung hatte ihn gezeichnet. Danach gab es Absagen. Mehr als 30 Konzerte mußten seitdem neu besetzt werden. Kulturreferent Jürgen Kolbe kam ins Schwitzen. Schließlich stand eine Schweiz-Tournee an, mußte die USA-Reise des Orchesters im Herbst nächsten Jahres unter Dach und Fach gebracht werden, galt es, die Termine für die ersten Spielzeiten im neuen Konzertsaal zu fixieren.

Celibidache, sich in Paris pflegend, vertröstete die Verantwortlichen, versprach Anfang September zurückzukehren, kam aber nicht. Die Stadt handelte, besetzte die Schweiz-Tournee ihrer Philharmoniker mit Lorin Maazel und verpflichtete diesen auch für die USA-Gastspielreise. Celibidache fühlte sich übergangen, protestierte und forderte den Rücktritt von Kulturreferent Kolbe und Orchesterdirektor Hubertus Franzen.

So hatte unversehens Münchens OB den Schwarzen Peter in der Hand. Vor einer Woche nun, nachdem ihm die Stadt ein Ultimatum gesetzt hatte, sich zu seinen weiteren Konzertverpflichtungen in München zu äußern, kam Celibidache aus Paris nach Bayern. Die Gespräche verliefen zäh. Der Dirigent beharrte auf der Entlassung von Kolbe und Franzen, was Kronawitter nicht akzeptieren konnte.

Am Freitag machte man Celibidache ein letztes Angebot: Maazel sei bereit, auf die USA-Tournee zu verzichten, wenn sich der Maestro gesund genug dazu fühle. Kronawitter weiter in seinem Schreiben an Celibidache: „Der Stadtrat und ich wünschen dringend, daß Sie ihre Arbeit bei den Philharmonikern fortsetzen. Bitte betrachten Sie dies als Referenz gegenüber einen genialen Musiker, dem die Landeshauptstadt zu großem Dank verpflichtet ist". Celibidache reagiert unnachgiebig: „Meine Bedingungen bleiben weiterhin, was sie waren". Und er erklärt seine Münchner Tätigkeit als beendet.

Abzuwarten bleibt, wie es weitergehen soll. Namen wie Chailly und Sinopoli geistern durch die Gerüchteküche. VOLKER BOSER



Langsamer Abgang eines verbitterten Pultstars: Sergiu Celibidache FOTO: KÖVESDI

JOURNAL

Atlantis liegt nicht vor Portugal

AFP, Moskau

Sowjetische Geologen sind mit dem Versuch gescheitert, das legendäre Atlantis zu finden, das sie vor der Küste Portugals vermuteten. Wie die „Literaturnaja Gazeta" berichtete, hatte ein Wissenschaftlerteam angenommen, in 100 Meter Wassertiefe auf dem sogenannten Ampere-Plateau vor Portugal auf das versunkene Reich gestoßen zu sein. „Wir haben geglaubt, Mauern mit Spuren von Meißelarbeit zu erkennen", berichtete einer der Geologen, der die Stelle in einer Tauchkapsel untersucht hatte. Was er für Mauern aus behauenen Steinen hielt, habe sich aber als monolithischer Basaltblock erwiesen, der niemals von Menschenhand bearbeitet wurde. Das Meeresplateau Ampere ist, wie die Zeitung erläuterte, indessen sehr wohl eine versunkene Insel.

„DDR"-Musiker dürfen nicht nach West-Berlin

dpa, Berlin

Ein im Rahmen der zehnten Epiphanien-Orgeltage in der nächsten Woche in der Berliner Epiphanienkirche geplantes Konzert mit Musikern aus Ost-Berlin und der „DDR" kann nicht stattfinden. Wie von der Kirchengemeinde berichtet wurde, hat die Künstleragentur der „DDR" mitgeteilt, die Reise der Musiker nach West-Berlin sei gegenwärtig „nicht realisierbar". Begründungen seien nicht genannt worden. Die Absage betrifft den Merseburger Domorganisten Hans-Günther Wauer und den Ostberliner Schlagzeuger Hermann Naehring sowie den in Ost-Berlin lebenden griechischen Bouzouki-Spieler Jannis Sotos.

Fermi-Preis an Franzosen und Amerikaner

AP, Washington

Der Enrico-Fermi-Preis für Beiträge zur Kernforschung ist vom amerikanischen Energieministerium dem Franzosen Georges Vendryes und dem Amerikaner Robert Wilson verliehen worden. Vendryes ist Hauptberater des Vorsitzenden der Europäischen Atomenergiekommission, Wilson war von 1967 bis 1978 Direktor des Enrico-Fermi-Beschleunigerlaboratoriums in Batavia in Illinois. Der im Jahre 1954 zum ersten Mal vergebene Preis ist mit 200 000 Dollar dotiert, die sich die Preisträger teilen.

Hollywood-Projekt wird in München gedreht

AP, München

Mit voraussichtlichen Produktionskosten von fast 70 Millionen Mark (23 Millionen Dollar) wird der Film „Enemy mine" eines der teuersten Projekte der Filmgeschichte werden: Die Dreharbeiten zu diesem Hollywood-Film werden Ende November in den Münchner Bavaria Ateliers beginnen. Der Science-fiction-Film der Twentieth Century Fox wird von Regisseur Hans Petersen gedreht, der schon zwei Riesenprojekte in Geiselgasteig realisiert hat: „Das Boot" und „Die unendliche Geschichte". Mit den Dreharbeiten wird die größte Filmhalle Europas eingeweiht. Sie wurde für diesen Film gebaut, soll später auch für andere Produktionen Verwendung finden und mißt rund 2500 Quadratmeter.

Größte Bibliothek des Nahen Ostens

AFP, Damaskus

Im Rahmen der Feierlichkeiten zum 14. Jahrestag seiner Machtergreifung hat Präsident Assad in Damaskus die größte und modernste Bibliothek des Nahen Ostens ihrer Bestimmung übergeben. Das neunstöckige Gebäude hat eine Nutzfläche von 28 000 qm und enthält Lesesäle, Konferenz- und Musikräume sowie Räume für Mikrofilme. Neun Millionen Bände können hier untergebracht werden.

Liebe und Sex bei Shakespeare

DW. Bonn

Zwei großen übergreifenden Themen ist das „Jahrbuch 1984 der Deutschen Shakespeare-Gesellschaft West" (hrsg. v. Werner Habicht, Verlag Ferdinand Kamp, Bochum, 84 Mark) gewidmet: Mit Liebe und Sexualität in den Tragödien und Komödien des englischen Dichters beschäftigen sich Kurt Otten, Horst Breuer und Stephen Hannaford, der in seine Untersuchung auch andere Beispiele aus der „Renaissance Comedy" einbringt. Der zweite Komplex ist den Shakespeare-Übersetzungen und -Inszenierungen gewidmet, die, wie Frank Günther zeigt, in ihrer Problematik eng zusammenhängen: Regisseure wie Schauspieler stehen den Übertragungen der im Original oft doppeldeutigen Wendungen mehr oder weniger hilflos gegenüber. Die Kommunikationsfähigkeit der alten Übersetzungen (Schlegel, Tieck), so Franke, beginnt abzureißen; Neuübertragungen können hier Abhilfe schaffen.

Ist ein Buch schuld an Nicolettis Selbstmord?

KLAUS RÜHLE, Rom

Die in sich zerspaltenen Christdemokraten von Sizilien haben einen neuen schweren Schlag einstecken müssen. Rosario Nicoletti, der neun Jahre lang Parteisekretär von Sizilien war, hat Selbstmord verübt. Der Fenstersturz aus seiner Wohnung hat die schleichende Krise in der zerstrittenen Democrazia Cristiana auf der Insel weiter verschärft und in Rom einen tiefen und nachhaltigen Eindruck hinterlassen.

Nicoletti galt als Anhänger einer gemäßigten lokalen Politik, die den Dialog mit der kommunistischen Opposition suchte. Das Scheitern seiner Linie veranlaßte ihn zum Rücktritt vom Sekretärsposten am 1. Dezember vergangenen Jahres. Die Ermordung seines Parteifreundes Piersanti Mattarella, Landespräsident von Sizilien, und des kompromißlosen und erfolgreichen Carabinieri-Generals Carlo Alberto Dalla Chiesa hatte ihn schwer erschüttert, zumal von vielen Seiten der Verdacht geäußert wurde, daß die sizilianischen Christdemokraten eine Mitschuld an dem tragischen Ende Dalla Chiesas treffe. Sein Versuch, wieder Einfluß auf die Parteigeschicke zu gewinnen, scheiterte Anfang dieses Jahres. Seine Wahl zum sizilianischen Landespräsidenten wurde durch politische Freischärler in den eigenen Reihen verhindert.

Nicoletti zog sich daraufhin verbittert zurück. Der vor kurzem auf dem Buchmarkt erschienene Band „Unvollkommenes Verbrechen" aus der Feder von Nando Dalla Chiesa, dem Sohn des ermordeten Präfekten und mutigen Mafia-Bekämpfers, traf ihn wie ein Keulenschlag. Denn an drei Stellen des Buches wird sein Name im Zusammenhang mit der Verflechtung von Politik und Mafia genannt. Ob sein Selbstmord unmittelbare Folge der Verdächtigungen Nando Dalla Chiesas ist, läßt sich nicht mit Bestimmtheit sagen. Die Witwe Nicolettis ist überzeugt davon.

Es kann freilich auch sein, daß die in vollem Gange befindliche Jagd auf politische Persönlichkeiten, die zur Mafia gehörten oder mit ihr zusammenarbeiteten, ihm die Ruhe raubte. Die kürzliche Verhaftung des einstigen christdemokratischen Bürgermeisters von Palermo, Vito Ciancimino, hat eine Art Panikstimmung ausgelöst. Wie der Chefredakteur der palermitanischen Tageszeitung „L'Ora" versichert, hat die Verhaftungswelle „viele Leute in Sizilien und in Rom zum Zittern gebracht".

Chefredakteur Nicola Cattedra glaubt, daß sich jetzt der Ring schließt, der so viele Opfer gefordert hat. „Man spürt in Palermo die Angst", meint Cattedra. Die Polizei, die Carabinieri und die Zollpolizei befürchten eine neue unkontrollierbare Welle von Gewalttaten und Mordanschlägen.

Eine Stätte der Bildung und der Besinnung

Erstes jüdisches Gymnasium nach 1945 in Wien eröffnet

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Heute wird in Wien ein jüdisches Gymnasium feierlich eröffnet – die erste Schule dieser Art, die seit 1945 im deutschen Sprachraum besteht. Am Festakt werden der österreichische Bundespräsident Rudolf Kirchschläger, der israelische Innenminister Josef Burg und der New Yorker Bürgermeister Edward Koch teilnehmen.

Die Schule wird den Namen des Oberrabbiners Zwi Perez Chajes tragen, der 1920 im gleichen Gebäude im 2. Wiener Gemeindebezirk, nicht weit vom Prater, die erste jüdische Schule gegründet hatte. Nach dem Anschluß 1938 wurde hier ein Sammellager für den Transport der Wiener Juden nach Auschwitz eingerichtet.

Die jüdische Gemeinde in Wien umfaßt zur Zeit 9000 Personen. In der „Zwi-Perez-Chajes-Schule" werden 147 Schüler unterrichtet. Von ihnen besuchen 16 bereits seit September die erste Klasse des Gymnasiums. Vor dem Zweiten Weltkrieg hatte Wien mit 185 000 Juden die drittgrößte jüdische Gemeinde in Europa – nach Warschau und Budapest. 120 000 Juden emigrierten nach dem Einmarsch Hitlers. 65 000 fanden den Tod in nationalsozialistischen Konzentrationslagern.

Heute setzt sich die jüdische Gemeinde nur zu einem geringen Teil aus Rückwanderern zusammen. Vor allem sind es Zuwanderer – darunter allein 3000 Juden aus der Sowjetunion. Im Gegensatz zu den österreichischen staatlichen Schulen, deren Besuch kostenfrei ist, wird vom jüdischen Gymnasium ein Schulgeld von monatlich 2000 Schilling – etwa 290 Mark – verlangt. Mittellose Kinder sollen allerdings ein Stipendium erhalten. Pflichtfächer sind jüdische Religion, Geschichte und Kultur sowie die hebräische Sprache. Daneben werden nach österreichischem Lehrplan Pflichtfächer unterrichtet – letztere von österreichischen Lehrkräften.

Die Initiatoren der Schule, die zu gleichen Teilen von der österreichischen Bundesregierung, dem Land Wien und der israelitischen Kultusgemeinde finanziert wird, sind sich darüber im klaren, daß in Österreich aus historischen Gründen ein „latenter Antisemitismus" verbreitet ist – ein „Antisemitismus ohne Juden", wie es oft heißt. Das Gymnasium wird von seinen Gründern als Begegnungsstätte zwischen jüdischer und nichtjüdischer Kultur betrachtet. Es soll also hier der Versuch gemacht werden, Vorurteile zu überwinden.

Die Situation ist in mancher Hinsicht paradox. Österreich hatte fast anderthalb Jahrzehnte lang in Bruno Kreisky einen der profiliertesten und erfolgreichsten Regierungschefs. Kreisky errang als Jude in einem Land mit antisemitischer Grundstimmung Wahlerfolge, wie sie kein nichtjüdischer Politiker der Zweiten Republik bisher je erringen konnte. Für ihn, den Agnostiker, war das Judentum stets nur eine Religion wie andere auch. So wie viele andere Juden, vor allem jene aus dem Großbürgertum, fühlte sich Kreisky stets als Österreicher. Manche jüdischen Familien im alten K.u.k.-Reich waren wegen ihrer deutschen, sogar großdeutschen, andere wieder wegen ihrer kaisertreuen habsburgischen Einstellung bekannt.

Das Judentum hat im Wien der Jahrhundertwende, vor und nach dem Ersten Weltkrieg, eine außerordentliche geistige Rolle gespielt: von Sigmund Freud bis Alfred Adler, von den politischen Theoretikern der Sozialdemokratie wie Otto Bauer bis zur liberalen Wiener Presse. Heute bedauern manche, daß der jüdische intellektuelle Sauerteig in der Wiener Kulturlandschaft fast völlig fehlt.



FOTO: HENNING CHRISTOPH

Die Angst des Alters vor der Straße

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Obwohl der Anteil der Senioren an der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland nur bei etwa 15 Prozent liegt, ist jeder zweite im Straßenverkehr getötete Fußgänger über 65 Jahre alt. Vor diesem Hintergrund hat der „Deutsche Verkehrssicherheitsrat" (DVR) ein Programm gestartet, das die Sicherheit älterer Menschen auf der Straße verbessern soll.

Zum Programm des DVR gehören Vorsprachen bei Behörden mit dem Ziel, zu hohe Bordsteinkanten passabler zu machen und Grünphasen an Verkehrsampeln vor allem in der Wohnumgebung von Senioren auf längere Fristen einzustellen. Rund 90 Prozent aller befragten alten Leute haben erklärt, daß sie aus solchen und anderen Gründen im Straßenverkehr Angst haben.

Unter dem Motto „Lernen kann man auch im Alter" werden über tausend vom Verkehrssicherheitsrat eingesetzte Moderatoren Senioren auf ihre Teilnahme am Straßenverkehr vorbereiten. Ihre Einstellung soll „positiv beeinflußt" und ihr Verhalten „wirksam verändert" werden. Schwerpunkte der Aufklärungsarbeit, unterstützt durch Filme und Dias, sind die Hauptgefahrenquellen: mit Ampeln oder Zebrastreifen ausgerüstete Überwege, ungesicherte Hauptstraßenquerungen und das Verkehrsverhalten außerhalb geschlossener Ortschaften. Beteiligt sind an der Umsetzung des Programms Automobilclubs, Verkehrswacht, kirchliche Verbände, Wohlfahrtsverbände, Hilfsorganisationen und Behörden.

Nicht alles, was in diesem Zusammenhang diskutiert wird, findet Beifall: Ein Sehtest für alte Leute ist von der Vorsitzenden des Seniorenschutzbundes „Graue Panther", Trude Unruh, als „Entmündigung" abgelehnt worden. Mit der Feststellung „Es ist immer wieder das gleiche – Fachkompetenz stürzt sich erst einmal auf die 'Alten', um die 'Jungen' vor 'Altersgebrechen' zu schützen", warnte Frau Unruh im Mitteilungsblatt des Deutschen Verkehrssicherheitsrates davor, Sehtests nur bestimmten Bevölkerungsgruppen zuzumuten. Viele junge Leute setzten sich zum Beispiel aus Eitelkeit ohne notwendige Brille ans Steuer.

Der Leiter der wissenschaftlichen Abteilung „Auge und Sehen" im Deutschen „Grünen Kreuz" und Direktor der Augenklinik der Technischen Universität München, Professor Hanns-Jürgen Merté, setzt sich deshalb entschieden für einen „Wiederholungs-Sehtest für alle" ein, dem Führerscheininhaber im Rhythmus von vier Jahren unterworfen sein müßten.

5000 Jahre alte Stadt in der Türkei entdeckt

AFP, Rom

Die Überreste einer fünftausend Jahre alten Stadt wurden von italienischen Archäologen in der Osttürkei in der Gegend von Malatya entdeckt. Es soll sich dabei um eine der ältesten bisher entdeckten Reste einer antiken Stadt handeln. Jüngere Stadtteile – etwa 1000 Jahre vor Christus – wurden bereits früher entdeckt. In acht Meter Tiefe fanden die Italiener Reste eines Tempels, von Lagerhäusern mit noch verschlossenen Vasen sowie die ältesten bisher entdeckten Schwerter. Durch diesen Fund müßte die bisher angenommene Theorie revidiert werden, wonach die ersten größeren menschlichen Siedlungen nicht nur in Mesopotamien und in Ägypten entstanden, sondern auch in der Gegend von Malatya in der heutigen Türkei.

Angebote für Satelliten

AFP, London

Die britische Versicherungsgesellschaft „Lloyd's" hat Angebote zum Ankauf der beiden Anfang dieser Woche von der US-Raumfähre „Discovery" eingeholten Fernmeldesatelliten erhalten. Wie der zuständige „Lloyd's"-Angestellte, Stephen Merret, am Samstag erklärte, wurden der Firma für den indonesischen Satelliten „Palapa-B2" zwischen 30 und 40 Millionen Dollar und für den amerikanischen Satelliten „Westar VI" zwischen 25 und 30 Millionen Dollar geboten.

Teissier bleibt draußen

dpa, Schaffhausen

Der rund 4000 Mitglieder zählende Verband der Schweizer Journalisten (VSJ) hat sich gegen die Anerkennung der in Genf lebenden schweizerischen Astrologin Elisabeth Teissier als Berufsjournalistin ausgesprochen und ihr Aufnahmegesuch zurückgewiesen. Das Verfassen von Horoskopen könne nicht als journalistische Tätigkeit angesehen werden, erklärte ein Vertreter dieses Verbandes.

Frachter gesunken

AFP, Stockholm

Der westdeutsche Frachter „Ingmar" ist in der Nacht zum Samstag vor der schwedischen Küste gesunken. Wie die schwedische Küstenwache mitteilte, konnte die vierköpfige Mannschaft des Schiffes, das in der Ostsee in schwere Sturmböen geraten war, gerettet werden. Der Frachter sank nahe der schwedischen Insel Utklippan rund 25 Kilometer südlich von Karlskrona.

Keine Miss-Wahl mehr

AP, London

Die britische Fernsehgesellschaft „BBC" wird nach der Übertragung des Miss-Großbritannien-Wettbewerbs im Januar keine Schönheitswettbewerbe mehr ausstrahlen, weil solche Darbietungen einem Sprecher zufolge ein Anachronismus seien und an der Grenze die guten Geschmacks gingen.

Großbanken lahmgelegt

dpa, Tokio

Ein Großbrand in einem unterirdischen Kabeltunnel hat am Freitag im Tokioter Stadtbezirk Setagaya 89 000 Telefonanschlüsse, die computergesteuerten Servicesysteme von fünf Geschäftsbanken und andere zentrale Kommunikationsverbindungen lahmgelegt. Nach Angaben der japanischen Telephon- und Telegraphenunion NTT wird die Wiederherstellung des gesamten Netzes mindestens einen Monat dauern.

Beide Füße angenäht

AFP, Dundee

In einer mehr als zehnstündigen Operation gelang es den Chirurgen des Krankenhauses von Dundee in Schottland, einem Mann beide Füße wieder anzunähen, die dieser sich selbst mit einem Beil abgehackt hatte.

ZU GUTER LETZT

„Zwischen Haarwuchs im Gehörgang und der Neigung zu Erkrankungen der Herzkranzgefäße besteht ein statistisch nachweisbarer Zusammenhang." Meldung des SAD.

Schokoriegel vergiftet

Tierschutz-Organisation verbreitet Angst und Schrecken

SAD, London

Dutzende von Engländern, darunter auch Kinder, klagten gestern über Bauchschmerzen und Übelkeit. Sie sind die Opfer einer Protestaktion von Tierversuchsgegnern. Eine „Tierbefreiungsfront" („ALF") hat in Geschäften in London und anderen Teilen Englands eine ungenannte Anzahl von „Mars"-Schokoladenriegeln mit Rattengift gespritzt.

Nur ein Teil der Schoko-Riegel wurde durch ein Kreuz gekennzeichnet oder mit einer anderen Warnung versehen. In der Stadt Blandford meldete sich ein Mann bei der Polizei, der ein Warnzettelchen der „ALF" in seinem Riegel entdeckt hatte – aber erst nachdem er auch das letzte Stückchen Schokolade verzehrt hatte.

In anonymen Anrufen wurde Polizei, Rundfunksendern und Presse mitgeteilt, die „ALF" wolle mit dieser Aktion gegen „grausame Affenexperimente" zur Erforschung von Zahnverfall beim Menschen protestieren.

Die „Mars"-Hersteller finanzieren ein solches Forschungsprojekt, bestreiten aber, daß dabei Affen mit einer besonders zuckerhaltigen Nahrung zwangsernährt werden.

Ein Staatssekretär des Gesundheitsministeriums verurteilte gestern die „ALF"-Anhänger als „gefährliche Extremisten" und erklärte: „Es übersteigt das Begriffsvermögen, daß diese Leute bereit sind, auf dem Altar ihres Fanatismus sogar Kinder zu opfern."

Zahneinpflanzung setzt sich durch

Jahrestagung der Gesellschaft für orale Implantation in Grainau / Kein Allheilmittel

dpa, Grainau

Das Einpflanzen von Zahnersatz in den Kiefer setzt sich immer mehr durch. Zur Zeit praktizieren rund 1000 der 36 600 Zahnärzte in der Bundesrepublik Deutschland die Implantation, in den letzten acht Jahren wurden bei deutlich steigender Tendenz zwischen 30 000 und 35 000 Implantate eingesetzt, wozu auch neue Werkstoffe entwickelt wurden. Dies teilte die „Gesellschaft für orale Implantation" am Samstag auf ihrer ersten Jahrestagung in Grainau an der Zugspitze mit.

Die Implantologen betrachten die Zahneinpflanzung zwar nicht als Allheilmittel, das Experimentierstadium sei jedoch überwunden. Sie habe überall dort gute Chancen, wo anderer Zahnersatz nicht möglich ist, wie bei jungen Unfallopfern, bei denen der Einbau von gewohnten Brücken wegen des Kieferwachstums problematisch sei. Betont wurde, daß derzeit die Implantate im Schnitt nach fünf Jahren noch zu 80 Prozent und nach zehn Jahren zu 70 Prozent völlig funktionsfähig seien.

Die Krankenkassen ersetzen die Kosten von Implantationen nur teilweise oder lehnen sie völlig ab. Delegierte verwiesen auf ein Urteil des Landessozialgerichts Niedersachsen, in dem eine Kasse zu 80 Prozent Kostenübernahme verurteilt wurde, weil es bei einem Patienten keine andere Möglichkeit für Zahnersatz gegeben habe als die Implantation.

In den Vereinigten Staaten wird bereits seit 1950 implantiert, heute könne die Bundesrepublik Deutschland dabei eine führende Stelle beanspruchen, hieß es bei der Tagung. Die Fülle der Werkstoffe reicht von Tricalciumsulfat bis zu Titan und Saphir. Dabei gewinnen bioaktive Materialien, die sich in den Stoffwechsel des Körpers eingliedern, wachsende Bedeutung.

Nachteile allzu „starrer" Einheilung der Implantate sollen zunehmend ausgeschaltet werden. Unterstrichen wurde, daß für unbrauchbar gewordene Implantate dank des Kieferwachstums nachgepflanzt werden könne, auch bei sehr betagten Patienten, zumal neuerdings künstliches, knochenähnliches Material verwendet werden könne.

WETTER: Bewölkt

Wetterlage: Der Ausläufer eines Tiefs bei Frankreich streift den Westen des Bundesgebietes. Sonst bestimmt schwacher Hochdruckeinfluß das Wetter.

18. November 1984, nachm. Deutscher Wetterdienst

Vorhersage für Montag:
Im gesamten Bundesgebiet meist stark bewölkt, zum Teil auch neblig-trüb, nur im Westen zeitweise leichter Regen. Höchste Temperaturen im Norden und Osten um 4, sonst 6 bis 10 Grad. Tiefstwerte nachts um 4 Grad. Im Norden mäßiger Südostwind, sonst schwachwindig.

Weitere Aussichten:
Keine durchgreifende Änderung.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Berlin	-2°	Kairo	22°
Bonn	7°	Kopenh.	4°
Dresden	1°	Las Palmas	22°
Essen	6°	London	7°
Frankfurt	7°	Madrid	11°
Hamburg	1°	Mailand	4°
List/Sylt	3°	Mallorca	20°
München	8°	Moskau	-4°
Stuttgart	7°	Nizza	13°
Algier	21°	Oslo	1°
Amsterdam	6°	Paris	7°
Athen	19°	Prag	1°
Barcelona	16°	Rom	13°
Brüssel	7°	Stockholm	0°
Budapest	4°	Tel Aviv	21°
Bukarest	0°	Tunis	23°
Helsinki	1°	Wien	3°
Istanbul	15°	Zürich	9°

Sonnenaufgang* am Dienstag: 7.48 Uhr, Untergang: 16.27 Uhr; **Mondaufgang:** 4.04 Uhr, Untergang: 15.25 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Lothar Späth war der „Lichtblick" der Ballnacht

EVI KEIL, Bonn

Unter grünen Palmwedeln und endlos langen Lianen tanzten sie eine Nacht lang – die 2800 Gäste des Bundespresseballes in der Bonner Beethovenhalle. „Bonnflikt" hatte das sehr anzügliche Motto der Veranstaltung gelautet. Mit oder ohne Flick-Spende, „wg."-geschädigt im Ruf oder nicht, das politische Bonn erholte sich erstaunlich schnell.

Am Freitag morgen hatte die Flick-Affäre noch den Bundestag beschäftigt. Am Abend sprachen die Kontrahenten wieder miteinander. Kanzler Helmut Kohl zum Beispiel, der immer wieder die Bierbars aufsuchte und schließlich zielstrebig auf den SPD-Parteichef Willy Brandt zusteuerte. Seit seinem Kanzlerrücktritt kam Brandt zum ersten Mal wieder zum Ball, begleitet von seiner jugendlichen dritten Frau Brigitte, die „grünen Flitter" in ihrer neuen Hochsteckfrisur trug. Kohl und Brandt plauschten am Rande der Tanzfläche. „Bemerkenswert freundschaftlich", wie sofort registriert wurde. Sie taten dies schon kürzlich, hinter verschlossenen Türen im Kanzleramt.

„Die können immer noch menschlich miteinander", konstatierte Kanzlervertrauter Ede Ackermann. Ede entrang sich gleich noch ein Stoßseufzer: „Die sollten in Bonn öfter mal alle einen zur Brust nehmen."

Kohl, den ganzen Abend gut gelaunt, hatte auch weniger schwierige Partner: So seinen Freund „Hänschen" Rosenthal. Der „Dalli Dalli"-Quizmaster und das Ehepaar Kohl treffen sich öfter in Berlin.

Es interessierte überhaupt: „Wer mit wem?" – natürlich politisch gemeint. Bundespräsident Richard von Weizsäcker, begleitet von Ehefrau Marianne, hatte an seinen runden Tisch Politiker und Wissenschaftler gebeten: An „Richards Tafelrunde" saßen EG-Kommissionspräsident Gaston Thorn, der Bonner Protozoologe Professor Erich Scholtyseck, der Bonner Politologieprofessor Karl Dietrich Bracher und – „weil mein Herz immer noch für Berlin schlägt" – der Vorsitzende der Berliner Landespressekonferenz Karl Heinz Maier. Weizsäcker hatte auch in der Küche der Stadthalle Berliner Bouletten braten lassen. Doch als sie serviert wurden, war der Präsident weg. Nutznießer: einige Journalisten.

Der Präsident zusammen mit Ursula Strauch und Marianne von Weizsäcker, eine „blendende Tänzerin", in den Armen von Dr. Rudolf Strauch, dem Vorsitzenden der Bundespressekonferenz, hatten den tänzerischen Teil des Abends mit dem „Kaiserwalzer" eröffnet. Aber mehr als die Tanzfläche bewachten die Journalisten die „kleinen geheimen Regierungszentren" im Saal. Bevorzugten die zwei Ex-Präsidenten Karl Carstens und Walter Scheel eher den „small talk", war bei Lothar Späth „richtig was los": Der Regierungschef Baden-Württembergs und derzeitige Präsident des Bundesrates wurde ein Art politischer Wallfahrtsort. Es gab auch einen äußeren Anlaß. Späth, Jahrgang 1937, feierte just an dem Tag Geburtstag. „Lothar, du bist so ein Lichtblick hier", ließ sich Professor Kurt Biedenkopf vernehmen.

Der „Lichtblick" aus Stuttgart, der nie in die Flick-Zeilen geriet, wurde anschließend vom Bundespräsidenten „bestürmt". „Ist das wahr, der Geburtstag", gratulierte Weizsäcker und schüttelte lange die Hand. Dem umgänglichen Schwaben hatte man übrigens zur Eingewöhnung in Bonn als Tischpartner den sowjetischen Gesandten Wladislaw Terechow zur Seite gegeben. Der sonst eher schweigsame Russe taute bei trockenem Badischen Wein sichtbar auf.

Wie man menschlich immer noch zueinandersteht, demonstrierte auch Außenminister Hans-Dietrich Genscher: Mit Ehefrau Barbara auf der Tanzfläche formierte er sich mit dem Ehepaar Kohl zu einer tanzenden Vierergruppe.

Die Bonner Hofhaltung wurde unterbrochen durch die Tombolaverlosung. Politiker gewannen praktisch nichts. Nur Finanzminister Gerhard Stoltenberg zog mit einem Bausparspiel davon und Staatssekretär Hanns Eberhard Schleyer mit einer zweitägigen Reise ins Ruhrgebiet.

Mit nachweisbar „geschlossenen Augen" hatte Giovanni Ferraris, die Frau des italienischen Botschafters, die Gewinne aus der Lostrommel gezogen: zwei Autos, Reisen, ein Motorrad gingen an Journalisten. Von Italiens Designern stammte die Herrenspende, eine Seidenkrawatte. Mit dem letzten Schrei der italienischen „Alta Moda" kam nur Maria Ehmke mit, die ein Valentino-Kleid trug und auf dem Kopf eine Art „Seidenpropeller".

Regierung und Opposition beendeten den Ball erst am frühen Morgen.

WELT REPORT

Direct-Marketing

Tante Emmas Gedächtnis

Viele sprechen von Direct Response und meinen eigentlich nur Direktwerbung oder Versandhandel. Direct Response bedeutet jedoch viel mehr, nämlich ein wirksames Rezept kontra steigende Kosten und pro überlegenes Marketing. Das gilt sowohl für Unternehmen, die ihre Kunden kennen, wie für solche, die potentielle Kunden, aktive Verwender und alle für den Unternehmenserfolg wichtigen Personen kennenlernen wollen. Drastische Kostensenkungen in der elektronischen Datenverarbeitung sowie eine enorme technologische Entwicklung der Kommunikationsmedien machen es möglich, daß Hersteller, Händler und Dienstleister ihre Kunden wieder mit Namen anreden können. Daß sie Einzelheiten kennen über die Kaufhistorie und den Bedarf.

Tante Emma zeichnete sich dadurch aus, daß sie wußte, was ein Kunde wann gekauft hatte. Sie wußte alles, was sie wissen mußte, um beraten und verkaufen zu können. Das war ihre Stärke. Jetzt gibt es Möglichkeiten, dieses Wissen auf einer viel größeren Basis festzuhalten und für gezielte, individuelle Angebote und Beratungsgespräche zu nutzen. Geändert hat sich, daß ein intensiver Kontakt zum Kunden auch über Distanz erfolgen kann. Sowohl durch den persönlichen Brief, per Telefon oder auch schon per Bildschirmtext.

Direct Response wird immer unentbehrlicher, da es die Kundenbindung verstärkt, die infolge der kostenintensiven persönlichen Beratung ständig abnimmt. Tante Emmas Gedächtnis heißt in der Fachsprache Database. Dank Database weiß man, was ein Kunde wann gekauft hat und wie groß das Interesse des potentiellen Kunden ist.

Wie wird dieses Wissen gebildet und wie wird es genutzt?

- Wer seine aktiven und prospektiven Kunden noch nicht kennt, wird versuchen, sie kennenzulernen. Mit Hilfe von Response-Mechanismen.
- Mit Interessenten und Kunden kommuniziert man direkt, um sie die Leiter der Loyalität hinaufzuführen. Sie sind das wahre Kapital des Unternehmens.
- Dort, wo persönliche Gespräche mit Handelspartnern und Absatzmittlern zu aufwendig sind, wird man diese Personen auf schriftlichem Weg informieren, interessieren oder schulen.

Das ist keine Zukunft, das ist schon heute Realität. Einige Beispiele:

- Fluggesellschaften versorgen ihre Vielflieger mit regelmäßigen Informationen und kleinen Aufmerksamkeiten, damit sie nicht den Verlockungen der Konkurrenz unterliegen. Amerikanische Fluggesellschaften haben in den letzten beiden Jahren mehr als 75 Millionen Dollar für maßgeschneiderte, individuelle und aus einer Database abgeleitete Werbung ausgegeben.
- Autohersteller entwickeln Kundenkontaktprogramme, um Käufer bis zum nächsten Kauf zu betreuen und zu regelmäßigen Werkstattbesuchen anzuhalten.
- EDV-Hersteller konzentrieren Außendienstbesuche auf große Kunden und wichtige Abschlüsse. Kleinere Anlagen und Zubehör werden schriftlich angeboten.
- Banken sind sich nicht mehr zu schade, ihren Girokunden Kredit- oder Sparangebote *schriftlich* zu unterbreiten.
- Reiseveranstalter versuchen ebenso wie Reisebüros, mit ihren Kunden in Verbindung zu bleiben – bis zur nächsten Buchung.
- Hersteller von Windeln, Spielzeug oder Kaffee unternehmen alle Anstrengungen, um ihre besten Kunden zu identifizieren und über einen exklusiven Service zu binden.
- Es gibt kaum noch eine neue Zeitschrift, die nicht auch als Abo-Zeitschrift eingeführt wird.
- Versicherungen gründen Töchter, um weniger erklärungsbedürftige Angebote direkt zu vertreiben. Andere wiederum versorgen ihren Außendienst mit Anschriften von Interessenten. Hier übersteigt das Direct Response Werbebudget vielfach schon die Ausgaben für klassische Werbemaßnahmen.
- Einzelhändler stellen sich mit einem *Versandgeschäft* auf ein zweites Bein oder geben Kreditkarten aus, um gute Kunden zu binden.

Wie verändert nun der Aufbau einer Database die Kommunikation? Für Marketing bedeutet das, daß alle Überlegungen weit stärker als bisher von der Bedeutung eines Kunden für das Unternehmen ausgehen werden. Das Telefon, die Direktwerbung, neue Medien oder Couponanzeigen bereiten ein persönliches Gespräch vor, ergänzen dieses oder ersetzen es völlig. Für die Werbung bedeutet das, daß mit Hilfe dieser Mittel die Kundenbindung intensiviert wird.

Damit ist jedoch keinesfalls ein Verzicht auf klassische Werbung verbunden, denn Bekanntheit, Vertrauen und Image sind Grundvoraussetzungen für den Erfolg der Kommunikation auf Distanz. Allerdings, die Gewichtung wird sich verändern. Man wird mehr und mehr danach trachten, die Rollen besser zu verteilen und die Vorteile von Response-Werbung mit denen der klassischen Werbung in einem sinnvollen, auf synergistische Effekte zielenden Kommunikationskonzept zu vereinen.

Diese neue Form der Kommunikation, die als Dialog-Marketing bezeichnet wird, ist erfolgreich, weil es die Aufgaben der Medien neu verteilt und weil das Individuum abstrakte Prozentbetrachtungen als Entscheidungsfaktor ablöst. Es ist ein Kommunikationskonzept, das nicht nur die Saat ausstreut, sondern dank der Database auch den Ertrag bestimmen kann.

Klassische Werbung streut die Saat aus. Der individuelle Dialog mit dem Konsumenten fährt die Ernte ein. Dabei richtet sich der Aufwand für den Dialog nach dem zu erwartenden Ertrag und macht somit die Kommunikation wirtschaftlicher. Viele Produkte und Dienstleistungen weisen heutzutage für den Verbraucher kaum Unterschiede in Qualität, Ausstattung, Preis und Service auf. Es wird immer schwerer, durch Produktüberlegenheit einen Wettbewerbsvorsprung zu erzielen.

Dialog-Marketing bietet allen Unternehmen die Chance, Marktanteile durch überlegenes Marketing zu gewinnen. Thomas G. Peters und Robert H. Watermann jr. sagen in ihrem Bestseller „In Search of Excellence": „Wir haben festgestellt, die wirklich erfolgreichen Unternehmen sind ihren Kunden sehr nahe. Das unterscheidet sie von den anderen: Die anderen sprechen darüber, *die Erfolgreichen sind es.*"

REIMER THEDENS



So manche Aktion beginnt mit dem Telefonbuch

FOTO: POLY-PRESS

INHALT

Wie der Unternehmer sein Telefon effizient nutzen kann

Es gibt heute wohl kaum ein Unternehmen, das nicht die wachsende Bedeutung des Telefons als Marketing-Instrument erkannt hat. Doch die Möglichkeiten und Chancen, die sich hier bieten, werden nur selten konsequent genutzt. Die rasante Entwicklung des Telefonmarketing zeigt, daß der methodische Einsatz des Telefons nicht nur überdurchschnittliche Erfolge bringen kann, sondern auch die Vertriebskosten erheblich senkt. Telefonmarketing hat Zukunft: Die Nachfrage nach „Telefonprofis" steigt, Telefonagenturen sprießen wie Pilze aus dem Boden, Telefontrainer haben Hochkonjunktur.

Telefonmarketing ist für jedes Unternehmen und für jedes Produkt geeignet. Schließlich wird in jedem Unternehmen (den „Einmannbetrieb" nicht ausgeschlossen) telefoniert und jede (geschäftliche) Kommunikation ist Teil des Marketing, was bedeutet: Alle, die Dienstleistungen oder Investitionsgüter „an den Mann oder an die Frau" zu bringen haben, sollten mit dem Marketing-Instrument Telefon bestens vertraut sein.

Obwohl das Telefon mehr und mehr für die Werbung und den Verkauf eingesetzt wird, findet dieses Instrument noch nicht die Beachtung, die es verdient. Nach wie vor werden am Telefon gravierende Fehler gemacht, grobe Nachlässigkeiten begangen.

„Ein Kunde ist schneller verloren als gewonnen." Wie oft – potentielle – Kunden am Telefon „vergrault" werden, welche negativen Auswirkungen „Fehlverhalten am Telefon" hat, und wie imageschädigend ein unachtsames „bin nicht zuständig" sein kann, zeigen aktuelle Umfragen.

Sei es in der „passiven", sei es in der „aktiven" Kundenansprache – Telefonmarketing beginnt bereits mit dem Abheben des Hörers. Schon in dieser Phase zeigt sich, ob das Telefon Bestandteil des Gesamtkonzeptes ist und ob die Firmen-Philosophie „der Kunde ist unser wichtigstes Kapital" auch am Telefon übergeht. Das Telefon ist ein Instrument, das man, um es effizient nutzen zu können, beherrschen muß.

Die Einsatzmöglichkeiten des Telefons als Marketing-Instrument werden immer umfangreicher: Kontaktaufnahme zu potentiellen Kunden, Bedarfsermittlung und -analyse, Terminvereinbarungen, Aktivierung bestehender Kunden, Kundenpflege, Einladungen, Tests, Markt-Erhebungen, Wettbewerbsbeobachtung – das sind einige Möglichkeiten, um das Telefon methodisch und kostensparend einzusetzen.

Das Ziel anpeilen

Zwar empfiehlt sich für temporäre Aktionen der Einsatz einer guten Agentur. Auf lange Sicht gesehen ist es jedoch sinnvoll, eigene Mitarbeiter für Aufgaben im Telefonmarketing „heranzubilden". (Übrigens, vor allem für Mitarbeiterinnen eröffnen sich hier neue und interessante Arbeitsfelder).

Welche Voraussetzungen sollten denn – angehende – Telefonmarketer mitbringen? In jedem Fall Interesse, Intelligenz und Intuition.

Erfolgreich telefonieren heißt, sich realistische Ziele für das Telefongespräch zu setzen und so zu telefonieren, daß diese Ziele optimal erreicht werden. Ein Beispiel: 1000 potentielle Kunden werden angerufen, mit dem Ziel, an einer Produktpräsentation teilzunehmen. Alle „Maßnahmen" (Telefongesprächs-Script, Argumentationstechniken, Mitarbeiter-Schulung) sind auf dieses Ziel ausgerichtet (wobei der Anreiz für die Telefonierer nicht selten in einer Provision pro Zusage liegt); die Aktion läuft, 450 Personen sagen zu, das sind 45 Prozent – ein wirklich gutes Ergebnis. Ebenso Terminvereinbarungen: 100 Anrufe mit 38 festen Terminen – ein Erfolg, der so manche Augen glänzen läßt.

In der Regel ist es so, daß dann alle weiteren Aktionen sich an diesen Zahlen orientieren und die Enttäuschung ist oft groß, wenn künftige Ergebnisse weniger erfolgreich sind.

Doch etwas sollte nicht vergessen werden: Qualität geht vor Quantität, und wer langjährige Erfahrung im Telefonmarketing hat, weiß, daß sich der wahre Erfolg nicht immer in Zahlen ausdrückt. Kommen wir auf das Beispiel zurück: Wer im Unternehmen bearbeitet das restliche Potential, also diejenigen, die „keine Zeit", „kein Interesse" hatten, Info-Material wünschten oder einfach „nicht erreichbar" waren? Auch in der sorgfältigen Auswertung aller Informationen und der planvollen Nach-Bearbeitung liegen Chancen. Die Erfahrung hat gezeigt: Gerade die konsequente „Nach-Arbeit" bringt viele zusätzliche Erfolge.

Jede Aktivität im Telefonmarketing setzt eine klare Konzeption voraus, die auf den Markt, das Produkt, die Zielgruppe und die zur Verfügung stehenden Mittel zugeschnitten sein muß. Grundsätzlich ist zu sagen, daß die Kommunikation per Telefon den Gesetzen der modernen Marketingstrategie, beziehungsweise Taktik unterliegt; sie ist lediglich spezifisch anzupassen. Allerdings – in einer Zeit der „Reizüberflutung" wird sich ein verstärktes Verbraucherbewußtsein, eine größere (auch finanzielle) Zurückhaltung, kurz, weniger „Empfänglichkeit" auf das Telefongespräch niederschlagen.

RENATE MICHEL

Eine erfolgreiche Strategie: Verkaufsgespräch per Brief

Ohne es zu spüren, folgt man einer geheimen Regie, die vom Absender präzis geplant worden ist: So ergeht es den meisten, wenn ein wirklich gekonnter Werbebrief ins Haus kommt. Fast ist es so, als ob jemand ins Gespräch zieht und den Dialog unmerklich, aber zielbewußt in eine bestimmte Richtung steuert. Genau das macht den erfolgreichen Werbebrief aus – das Verkaufsgespräch per Post.

Leider werden bei der Gestaltung von Werbebriefen häufig Fehler gemacht, die den Erfolg gefährden. Es ist leicht, sie zu vermeiden – und besser zu sein als der Durchschnitt. Die große Perfektion gewinnen auch Profis nur durch Erfahrung und Übung. Es hilft aber gewiß schon, die „Naturgesetze" des Werbebriefes sichtbar zu machen.

Die „zwingendste" Art zu verkaufen ist das Verkaufsgespräch, Auge in Auge mit dem Partner. Man hat ihn sich vorher als wahrscheinlichen Interessenten ausgesucht und kann die eigene Argumentation auf seine Bedürfnisse ausrichten. Man kann ihn als „Typ" einordnen und entsprechend anpacken, man erkennt seine Reaktionen, kann auf Fragen und Einwände sofort eingehen – und schließlich auf ein Ergebnis drängen: eine Bestellung oder eine Anfrage.

Der Werbebrief folgt in seinem Aufbau den gleichen Gesetzmäßigkeiten. Auch er trifft auf ausgewählte Zielpersonen, die als Interessenten wirklich in Betracht kommen. Auch er kann eindringlich und ausführlich argumentieren und ganz individuell auf die Erfordernisse des Angesprochenen eingehen. Nur eines kann der Werbebrief nicht: Fragen und Einwendungen unmittelbar beantworten. Oder doch?

Es ist gar nicht so schwer, sich die Reaktionen eines Werbebriefempfängers auch aus der Ferne vorzustellen. Sobald er den Brief in die Hand bekommt, beginnen bei ihm die Fragen: Woher kommt das? Wie ist man auf mich gekommen? Beim Lesen setzt sich das fort: Was habe ich davon? Und Was riskiere ich?

Dies sind „Grund-Reaktionen", die sich immer und automatisch einstellen. Individuelle und detaillierte Reaktionen kommen von Fall zu Fall hinzu. Aber diese wenigen, natürlich-impulsiven Fragen genügen, um zu zeigen, wie man vorausbedachte Antworten in das „Zwiegespräch" per Werbebrief einbauen kann. Dabei übernehmen alle Bestandteile der Werbesendung eine Antwortrolle, vom Briefumschlag bis zur Antwortkarte.

Gedachte Gespräche

Und hier das Grundgerippe eines Dialog-Ablaufs:

- Kontaktaufnahme – Das Kuvert schafft Vertrauen, weckt Interesse und erreicht, daß der Brief geöffnet wird. Je besser schon rein äußerlich der Charakter eines persönlichen, ernsthaft geschäftlichen Briefes getroffen wird, desto sicherer wird aufgemacht. Dieser Eindruck muß dann vom Briefkopf und der persönlichen „Natur" des Briefes bestätigt werden.
- Informationen – Der Brief stellt die Vorteile heraus, die das Angebot dem Empfänger bringt. Gezielt und individuell.
- Beweisführung – Der Brief liefert Beweise für die behaupteten Vorteile. Wenn das zu ausführlich wird, packt man die Argumente besser in einen beizulegenden Prospekt. Der muß dann auch nicht so ganz persönlich sein, er kann die Vorteile des Angebotes mit Bild, Farbe und Großdruck „dramatisieren".
- Ermutigung – Brief und Prospekt zerstreuen etwaige Risikobedenken des Empfängers. Überrumpelung sollte nicht stattfinden. Wenn möglich, kleine Probemengen anbieten, Rücktritts- oder Umtauschrecht einräumen, keine Vorauszahlung oder Sofortkasse verlangen. Oder überhaupt nur ein detailliertes Angebot anfordern lassen.
- Antrieb – Jetzt soll der Empfänger handeln, das heißt, bestellen und anfragen. Dabei kommt ihm die Antwortkarte entgegen. Sie ist möglichst weitgehend vorformuliert (zum Ankreuzen, Ausfüllen) und adressiert.

Im Prinzip ist das gedachte Zwiegespräch so aufgebaut, daß der Partner immer wieder zustimmen kann, bis er sich zum Schluß ganz logisch zu einer Handlung entschließt. Noch eine Handvoll Werbebrief-Tips: Gleich mit den ersten Worten den Angelhaken auswerfen. Keine Umschweife, aber den Vorteil greifbar machen.

Den Text übersichtlich gliedern. Nur kurze Absätze. Wichtige Punkte hervorheben, auch mal was unterstreichen.

Nur eine Sache anbieten, kein Sammelsurium. Falls unvermeidlich: das wichtigste Angebot zur Hauptsache machen, die anderen Dinge gerade nur anhängen.

Ein vielbeachteter Platz im Brief ist das Postskriptum. Also überlegen, welche Aussage als PS herausragen soll.

Nachfassen. Keine Antwort heißt nicht „nein". Vielleicht kam der Brief nur zum unrechten Zeitpunkt. Ein kurzer Erinnerungsbrief lohnt sich immer. Oder sogar ein Anruf.

Und das noch zum Schluß: Ein Werbebrief soll kein Roman sein. Kurz gefaßt, wird er am ehesten gelesen. Aber: Wenn es das Thema erfordert, wenn es um eine größere Anschaffung oder um technische Details geht, darf der Text auch mal länger sein. Auch zwei Seiten lang.

ALFRED BECKER

Der ADV macht einen Sprung nach vorn

Bei der Gründung des urpsrünglichen ADV (Adressenverleger und Direktwerbeunternehmer-Verbandes) konnte man 1949 in Düsseldorf noch an einem Tisch sitzen. Lange blieb man exklusiv unter sich, doch dann erkannte man, daß die Interessen der Gesamtbranche des Direktmarketing und der Direktwerbung sowohl personell, als auch finanziell nicht mehr von einem so spezialisierten Verband wahrgenommen werden konnten. 23 Mitgliedsfirmen öffneten 1983 ihren Verband der Gesamtbranche.

Gleichzeitig benannte sich der ADV um in Allgemeiner Direktwerbe- und Direktmarketing-Verband. 1984 machte der ADV den entscheidenden Sprung nach vorne. Die Mitgliederzahl stieg auf 105, nachdem 35 Firmen aus den verschiedensten Fachbereichen des Direktmarketing und der Direktwerbung dem ADV beigetreten waren. Präsidium, Vorstand und der neuen Geschäftsführung in Wiesbaden gelang es, den Verband personell und finanziell so auszustatten, daß er nicht nur reagieren, sondern auch aktiv tätig werden kannn.

Bisher bestand innerhalb des Verbandes nur eine Fachgruppe, die der Adressenverleger und Lettershops, *die in getrennten Besprechungen* ihre Probleme zur Diskussion stellten. Anläßlich des ADV-Kongresses in Hamburg konstituierte sich eine weitere *Fachgruppe: die der Direktwerbe*agenturen und Werbeberater, deren Zahl auf 40 Mitglieder zugeht.

Robinson-Liste

Das Anliegen des ADV ist es, sich dafür *einzusetzen*, daß nicht weitere Spezialverbände innerhalb der Direktmarketingbranche gegründet werden. Der Verband ist der Überzeugung, daß nur ein mitgliedstarker Verband in der Lage ist, auf alle Gebiete der Direktwerbung und des Direktmarketing einzuwirken. Hervorzuheben ist, daß sich in diesem Jahr die Mitglieder aus der Werbemittel- und Verteilungsbranche erheblich erhöht haben und daß diese Mitglieder eine starke Aktivität zusammen mit dem ADV zu ihren Gunsten entwikkelten.

Der ADV strebt weiter an, daß die neuen Branchen des Telefonmarketing und BTX verstärkt ihre Interessen durch den ADV vertreten lassen. Die Leistungen des ADV sind vielfältig. Sie stehen aber alle unter dem Obersatz, der Gesamtbranche eine bessere Resonanz in der Öffentlichkeit und mehr Ansehen zu verschaffen.

Die Robinson-Liste, die 1971 als freiwillige und für die Interessenten kostenlose Leistung eingrichtet wurde, hat sich bewährt. *Durch sie* konnte eine gewisse Abneigung, die bei Teilen der Bevölkerung gegen Werbepost besteht, abgebaut werden. Die verschiedenen staatlichen Administrationen, die Verbraucherverbände und insbesondere die Datenschützer erkennen diese Leistung des Verbandes an und werten sie ausgesprochen positiv.

Etwas Unmut bleibt

Es gelingt, *immer mehr* Firmen, die Direktwerbung betreiben, *dazu* zu bewegen, *ihre Adressendateien mit der* Robinson-Liste abzugleichen. Dabei hilft ein Argument, daß nämlich der Abgleich mit der Robinson-Liste durch den Wegfall von Robinson-Adressen, die absolut keine Werbung haben wollen, kostengünstiger ist, als an diese Adressen Werbesendungen zu versenden.

Bei all diesen Erfolgen bleibt immer etwas Unmut zurück. Denn wenn man die *Mitgliederzahl* der Schwesternverbände in der Schweiz und in Holland einmal hochrechnet, müßte der deutsche Verband 400 Mitglieder haben. Da stellt sich die Frage, warum eigentlich noch so viele Firmen der Direktwerbebranche glauben, daß andere Firmen die erforderliche Verbandsarbeit für sie finanzieren und durchzusetzen haben? Eigentlich müßte jeder Firma klar sein, *daß sie dazu beizutragen hat, ihre* Interessen in einer pluralistischen Gesellschaft von ihrem Verband wahrnehmen zu lassen.

Doch sicherlich hat die Selbstdarstellung des ADV und sein verstärktes Tätigwerden in der Öffentlichkeit *im Jahre 1984 dazu beigetragen*, daß vielen Firmen für das Jahr 1985 die Entscheidung leichter fällt, ihrem Verband beizutreten.

HASSO HERBST



Die Jury verteilte viermal Gold — FOTO: DIE WELT

Der Preis

Die Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Bundespost und dem Allgemeinen Direktwerbe- und Direktmarketing-Verband (ADV) kann eine weitere Premiere für sich buchen: viermal Gold, viermal Silber und achtmal Bronze wurden an die Gewinner des ersten Deutschen Direkt Marketing Preises vergeben. Nach über 500 Interessenten beteiligten sich 108 Unternehmen – vorwiegend aus mittelständischen Unternehmen und ganz im Sinne der Bundespost-Zielsetzung – am Wettbewerb, der Ende der 60er Jahre als Direktwerbe-Kampagnen-Wettbewerb vom ADV ins Leben gerufen wurde, um eine Plattform zu bieten, Erfahrungen und Ergebnisse zu vergleichen in einem Werbesektor, der immerhin heute auf Platz drei (nach Anzeigen in Zeitungen und Zeitschriften) die Werbeskala der Wirtschaft anführt.

Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling beglückwünscht die Gewinner auf dem ADV-Kongreß im Hamburger CCH am 19. November.

In fünf Kategorien eingeteilt, waren folgende Kampagnen unter den Gewinnern: Direktmarketing an Kon*sumenten: Gold für N. E. W., Neue* effiziente Werbesysteme, Hamburg, mit der Go-West-Club-Kampagne. Bronze für Donnelley & Gerardi, Ettlingen, und den Katalog-Versand-Anzeigen. Für die Königsteiner Gruppe WA, Kronberg, mit der Sport-Studio Kaufhof-Kampagne. MCA Marketing- und Creative-Agentur, Ditzingen, für ein Otto-Versand Katalog-Anforderungs-Mailing.

Gruppe Industrie: Gold für A/M Arbeitsgemeinschaft für Marketing/Werbung, München, und die „Dachkonstruktion-Nagelplatten"-Kampagne. Silber für approach GmbH, Kelkheim-Eppenhain, mit den „Lübecker Leidenschaften". Bronze für MHI Marketing für Industrie und Handel, Berg/Starnberg und der IBM-Mitbewerber-Kampagne.

Gruppe-Dienstleistungen: Gold für Touristik Mail Service GmbH, Seelze, und ihrem Direktwerbe-Service NUR-Touristik. Bronze an Marketing Service, Hannover, und die „Wunschbaum-Aktion" einer Sparkasse.

Gruppe Business-to-Business: Gold für Müller & Müller, Stuttgart, *und dem „Lichttest von Kalmar"*. Silber für Theo Plum Nachf., Düsseldorf, und die Kampagne „Miniatur-Nachbildungen". Bronze für Werbe- und Marketingberatung Wittmann und Häusel, München, Kampagne „Spielen, Denken – In's Gespräch kommen". Silber für Lammoth-Müller Werbung, St. Gallen/Schweiz, und der „Weihnachts-Schmuck"-Kampagne. Bronze für Adressen-Suppan, Wien – ein Kataloganforderungs-Mailing.

Gruppe Spendenwerbung: Silber für Donnelley & Gerardi, „Korean-*Relief*, Wegwerf-*Kinder*"-*Spenden*-Kampagne. Bronze für MCA Marketing- und Creative Agentur, Ditzingen, und eine Kampagne für die Deutsche *Bibelstiftung*.

Der Deutsche Direkt Marketing Preis der Bundespost und des ADV wird auch 1985 wieder ausgeschrieben. In England, Holland und Schweden bestehen bereits ähnliche Kooperationen der Postverwaltungen mit der werbenden Wirtschaft. (WR.)

Woher den Nachwuchs nehmen?

Woher kamen eigentlich damals die großen „Verkaufskanonen"? Sie strömten aus allen Branchen, Berufen und Bildungsstufen hin zum Verkauf. Sie versuchten sich in der Praxis als Vertreter, Verkäufer oder Reisende. Und sie lernten im Laufe der Zeit alles das hinzu, was man unter Verkaufstechnik verstand. Von der Rhetorik über Körpersprache, Gesprächsführung bis hin zur *Abschlußtechnik*. Die einen brachten es als Naturtalente auch ohne solche Schulung zu Höchsterfolgen. Die meisten erreichten dieses Ziel durch ständiges Training. Andere schafften es nie, trotz Seminaren, Schulungen, Trainings. „Vertreter" gab es viele, doch entscheidend war der Erfolg in der täglichen Verkaufspraxis.

So ähnlich stellt sich heute auch die Situation im Direkt-Marketing und dem sogenannten Nachwuchs für schriftliche Verkaufsgespräche dar. Allerdings ersetzt oder ergänzt man jetzt den persönlichen Verkäufer durch eine Reihe von Ersatzinstrumenten, die ganze Industriezweige und Dienstleister beschäftigen.

Von den Kuvert-Fabriken über Druckereien, Adressenverlage, Lettershops, EDV, Grafiker, Fotografen, Texter, Agenturen, Verlage, bis hin zum Service für Telefon-Marketing.

Probleme wie eh und je

Der ehemals *preiswerte* persönliche Verkäufer hat sich also in viele einzelne Gruppen aufgeteilt. Sie alle sind Glieder der heute so erfolgreichen (weil *preiswerten*) Ersatz-Verkäufer im Direkt-Marketing. Die Frage nach dem Nachwuchs stellt sich deshalb eigentlich an alle diese Glieder. *In einzelnen Bereichen hat sich* allerdings die Arbeitstechnik und das berufliche Know-how durch das Direkt-Marketing nur wenig oder gar nicht verändert. Für den Drucker an der Vier-Farben-Maschine oder den Fotosetzer ist es belanglos, ob die gesetzte und gedruckte Information in einem Briefkuvert verschickt oder von einem Verkäufer übergeben wird. In diesen Bereichen der technischen Produktion stellt sich also nicht die Frage nach dem Direkt-Marketing-Nachwuchs. Wenn diese Zweige Probleme mit dem beruflichen Nachwuchs haben, dann zeigen sie sich genauso wie eh und je.

Mit dem eigentlichen Nachwuchs im Direkt-Marketing sind die Macher, die Konzeptioner, Gestalter, Texter und sonstigen *Direkt-Marketing*-Spezialisten gemeint. Man braucht die Menschen, die dem Drucker sagen, was er wo und wie und wann setzen, drucken, konfektionieren und verschieben soll.

Diese Kollegen sind die eigentlichen Ersatz-Verkäufer. Sie entwikkeln und führen das schriftliche Verkaufsgespräch. Alle anderen helfen beim Reproduzieren und Vervielfältigen *dieses Gesprächs. Ganz gleich*, ob per Brief und Antwortkarte ob per Anzeige oder elektronische Medien. Übrig bleibt immer ein einzelnes Verkaufsgespräch, erdacht, *gestaltet* und getextet für eine bestimmte Zielgruppe. Und schließlich im Erfog genau kontrolliert und analysiert.

In diesem Bereich wird der Direkt-Marketer, der „schriftliche Verkaufsmanager" gebraucht. Der Mensch mit den Voraussetzungen eines *guten* Verkäufers und noch etwas mehr. Dieses „mehr" ist werbefachliches Wissen über Gestaltung, Text, Wer*bepsychologie*, *Leseverhalten*, *Kauf*motive, Adressenkunde. Aber auch das Know-how über die modernen Technologien, über das Machbare, über die Chancen *zur Realisation* von Ideen. Und im Idealfall kommt fundiertes Wissen über Marketing und Betriebswirtschaft *hinzu*.

Dieser Nachwuchs ist im Kommen. Das schnelle Wachstum des Direkt-Marketing und der dadurch immer *wieder laut gewordene Ruf nach dem* Nachwuchs in der heutigen Arbeitsmarktlage wurde weder übersehen noch überhört. Mit der jungen Generation drängen Leute in das Direkt-Marketing, deren Qualitäten die gesamte Brache bereichern können.

Sie bringen allerdings auch eine nüchterne, kritische und technologische Einstellung mit sich. Die Zeit der Pioniere, der barocken Persön*lichkeiten und mutigen Selfmade*men im Direkt-Marketing hat ihren Höhepunkt überschritten. Die Saat geht auf. Die Keimlinge sprießen auf den unterschiedlichsten Ebenen. Die junge Direkt-Marketing-Generation wächst nach aus vielen Schichten, Berufen und Schulen. Genau wie damals die Verkäufer. Wenn eine Branche von sich behauptet, einerseits höchste Zuwachsraten, andererseits keinen Nachwuchs zu haben, dann gibt es für junge Leute von heute kein langes Zögern.

Und so erfreut sich das Fach „Direkt-Marketing" bei den Hörern in *den Werbefachschulen* und den Studenten der Universität einer geradezu euphorischen Beliebtheit. Genauso wie bei den Tausenden Seminar- und Kursteilnehmern, die sich in offenen und firmeninternen Seminaren um das Direkt-Marketing-Wissen bemühen.

Das steigende Interesse der Hochschul-Studenten zeigt sich auch an der zunehmenden Zahl von Seminar- und Diplom-Arbeiten im Bereich des Direkt-Marketing. An der „Bayerischen Akademie der Werbung" und an der Universität München kann man auf eine besonders lange Erfahrung mit der schulischen Ausbildung zurückblicken. Aber eines ist sicher: Dieses *Modell* ist übertragbar.

Chance in der Praxis

Bei allen diesen Gedanken mischt sich *allerdings eine weniger schöne* Erfahrung ein. Die nur theoretische Ausbildung eines „schriftlichen Verkäufers" führt genauso wenig zum Ziel, wie die eines *persönlichen* Verkäufers. Die jungen Leute brauchen eine Chance in der Direkt-Marketing-Praxis. Sei es als Lehrling, als Trainer, als Praktikant oder als Junior-Direkt-Marketer. Und genau das fehlt in ausreichender Zahl.

Der Schrei nach dem beruflichen Nachwuchs scheint denn auch ganz anders gemeint zu sein. Man sagt „Nachwuchs" aber man meint den sofort einsetzbaren erfolgreichen aber jungen und deshalb noch „preiswerten" Direkt-Marketing-Mitarbeiter. Das aber ist kein Nachwuchs. Erfolge im Direkt-Marketing sind meßbare Reaktionen. Diese Erfolge entstehen erst durch das in der Praxis erworbene Wissen.

Dazu aber müssen die jungen Leute zuerst Chancen in der Praxis haben. Das ist eine Investition und manchmal auch ein Risiko. *Aber* das war zu Zeiten der Vertreter-Hochkonjunktur nicht anders. Auch damals gab es vor allem diese drei Wege: Entweder vergeblich auf das große Zufalls-Talent zu warten, oder gute Verkäufer von der Konkurrenz abzuwerben oder aber jungen Interessenten eine Chance in der Praxis zu geben und so den Nachwuchs selbst im eigenen Hause zu fördern und weiterzubilden. *Die führenden Marketing*-Agenturen, Verlage, Versender und Anwender haben dies erkannt. Sie stellen Praxis-Plätze für Neulinge bereit.

SIEGFRIED VÖGELE

Eine aufstrebende Gruppe

Wie knüpft man Kontakte zum Kunden? Diese Frage stellt sich jedem Werbeunternehmen. Ohne Zweifel gibt es für die Auftraggeber im Bereich der Haushaltswerbung keine vernünftige Alternative zu den leistungsfähigen Großverteilern. Besonders überregionale Werbung ist bei ihnen gut aufgehoben – eine Zusammenarbeit mit Kleinverteilern hätte wohl einen zu großen Organisationsaufwand erfordert. Die Arbeit der Großverteiler kann aufgrund ihrer Organisationsstruktur nur schwer überschaubar gemacht werden; „diese Transparenz ist nur dann möglich, wenn gleich einer mathematischen Formel die Faktoren der Überschaubarkeit und Kontrolle im Wirkungskreis einer Verteiler-Organisation kalkulierbar und in einem vernünftigen Kostenrahmen stehen", meint Rainer Pfitzer, Inhaber der WVO-Pfitzer oHG in Tuttlingen.

Pfitzer vertritt die Ansicht, daß der Standortverteiler wegen seiner Ortskenntnisse einen Vorteil hat. Auch lasse sich leichter die Verteilung kontrollieren und so auf ihre Effektivität überprüfen. „Diese administrativen Tätigkeiten können weder Wohnzimmer-Firmen noch Großunternehmen kostengünstig durchführen", sagt der Tuttlinger Vertriebsstratege.

Viele Branchen können auf direkte Haushaltswerbung nicht verzichten, ohne Marktanteile zu verlieren; für diese Firmen ist es erforderlich, über zuverlässige regionale oder überregionale Organisationen an die Kunden heranzukommen. Basierend auf diesen Erkenntnissen wurde der WVO-Verbund gegründet. Der Verbund wird ständig erweitert, und zur Zeit kann er die Großräume Bayern, Baden-Württemberg sowie Hessen bearbeiten. Die Transparenz jeder einzelnen Mitgliedsfirma reduziert das Risiko einer mangelhaften und unzuverlässigen Verteilung.

Bei der Abwicklung von überregionalen Aufträgen übernimmt die Mitgliedsfirma, die dem Firmensitz des Auftraggebers am nächsten liegt, die Federführung, so daß dieser Kunde eben nur mit einem kompetenten Ansprechpartner verhandelt. Er wiederum kann dem Werbetreibenden kartographisches und statistisches Material zur Verfügung stellen und nach Auswertung seine Werbemaßnahmen gezielter planen. (WR.)

Die Entstehung der Daten

Ohne von Haus zu Haus laufen zu müssen, kann jeder sich Adressen besorgen. Anschriften, die in regelmäßig oder sporadisch erscheinenden Publikationen veröffentlicht werden, sind: Telefonbücher, Branchen-Telefonbücher, Einwohner-Adreßbücher, Branchen-Adreßbücher, auch unterteilt nach einzelnen Fachgebieten (Chemie, Maschinenbau, Verlage), Verzeichnisse der Industrie- und Handelskammern, Messe- und Ausstellungskataloge, Mitglieder-Verzeichnisse von Verbänden und Organisationen (soweit zur Veröffentlichung freigegeben), Teilnehmerverzeichnisse von Kongressen oder Seminaren, Wirtschaftshandbücher, und andere Publikationen, die jedermann zugänglich sind.

Erfahrene „Adressen-Sucher" finden für sie aktuelle Anschriften auch in Tageszeitungen (Anzeigen) oder Zeitschriften. Es ist durchaus kein Geheimnis, wenn jemand eine Glückwunsch-Werbesendung erhält, nach dem sein Jubiläum in der Zeitung stand.

Dann gibt es Anschriften aus dem Angebot der Adressenverlage. Die Arbeit dieser Verlage besteht in der Sammlung und Aufbereitung aller öffentlich zugängigen Adressen, ihre Ergänzung durch eigene, vom Adressenverlag durchgeführten Ermittlungen und deren Zuordnung nach den vom Markt geforderten Kriterien (Selektionen). Erfahrungen und Leistungen eines Adressenverlages sind ausschlaggebend bei der Bewältigung der 20 bis 25 Prozent Veränderungen pro Jahr, die bei Millionen Anschriften in über 8000 Adressen-Gruppen auftreten.

Natürlich werden die Bestimmungen des Datenschutzgesetzes, ganz besonders bei privaten Anschriften, strikt eingehalten. Als verbraucherfreundliche Aktion haben die Adressenverlage die Robinsonliste geschaffen. Das sind Anschriften von Bürgern, die die Streichung aus öffentlichen Adressenverzeichnissen und aus den Beständen der Adressenverlage verlangt haben. Robinson-Adressen werden von keinem Adressenverlag für Werbesendungen eingesetzt.

Als dritte Möglichkeit sind Anschriften erhältlich bei den Wirtschaftsbanken. Hier stehen Anschriften aus bestimmten Wirtschaftszweigen mit besonderen Kriterien versehen, zur Verfügung. Die Quelle sind ebenfalls öffentliche Daten beispielsweise aus dem Handelsregister oder direkt ermittelte Firmendaten (per Fragebogen, Marktbefragung) oder aus dem Leser- beziehungsweise Abonenntenbereich einzelner Fachzeitschriftenverlage, etwa über Kennziffer-Zeitschriften.

Zu den Wirtschaftsdatenbanken zählt auch das Kfz-Bundesamt, das alle Adressen von Kraftfahrzeug-Haltern für Werbung und Marktforschung zur Verfügung stellt, sofern die oetreffenden Personen ausdrücklich damit einverstanden sind.

Im gewissen Rahmen gehören ferner die Telefonteilnehmer-Adressen dazu, sofern private Telefonteilnehmer eine Übermittlung ihrer Adresse an Werbungtreibende nicht ausgeschlossen haben. Verantwortlich ist hier die Tochtergesellschaft der Deutschen Bundespost, die Deutsche Postreklame GmbH, Frankfurt.

Die Aufzählung wäre nicht vollständig, ohne den Sektor „Listbroking". Was geschieht hier? Unternehmen A verschickt für Unternehmen B Werbeinformationen, Kataloge, Angebote an seine eigene Kundschaft oder Adressen der Interessenten, die sich bei ihm gemeldet haben.

Dieser Werbeweg bietet beiden Unternehmen und dem Empfänger viele Vorteile: Unternehmen B kann sich an eine zuverlässig bekannte Zielgruppe wenden, vermeidet Fehlstreuung und spart so Kosten. Unternehmen A regeneriert seine Adressen durch öfteren Einsatz, kann Veränderungen vornehmen und erhält einen Kostenbeitrag zur Adressenpflege. Der Empfänger schließlich erfährt von zusätzlichen Produkten oder preisgünstigen Angeboten. Er kann natürlich auch kundtun, daß er weitere Werbesendungen nicht mehr empfangen möchte. Das Unternehmen A sperrt dann seine Anschrift für solche Aktionen.

HEINZ FISCHER

Immer beliebter, der Einkauf im Lehnsessel

Dialog ist besser als Marketing", sagt Heinz Dallmer, Mitglied der Geschäftsführung der Direct Marketing Bertelsmann GmbH, Gütersloh, die 300 Personen beschäftigt und Dependanzen in zehn weiteren Städten unterhält, von Wien bis Barcelona. Natürlich weiß der promovierte Betriebswirt, daß Dialog bereits Marketing ist, er will mit diesem prägnanten Satz lediglich ausdrücken, daß der Dialog bisher vielleicht ein wenig zu kurz gekommen ist, daß er im Prinzip immer seltener wird, weil die Menschen individualistischer und damit abgeschlossener leben. Der Dialog muß also neue Wege suchen. Und dazu gehört für die Geschäftswelt in erster Linie das Direct-Marketing.

Dieser Begriff ist für viele Bürger nur eine leere Worthülse. So versucht Heinz Dallmer sie in einem Gespräch mit der WELT zu umschreiben und gleichzeitig zu füllen. Direct-Marketing ist demnach das Auslasten von Bedürfnissen einer Einzelperson. Ganz konkret könnte man den Versandhauskatalog als Beispiel heranziehen, man geht nicht mehr vor die Tür, lehnt sich in seinen Sessel zurück und kauft per Bestellkarte ein. Treffend nennen die Amerikaner daher diese Art von Einkaufen auch Arm-chair-shopping (Lehnsessel-Einkauf).

Natürlich ist Direct-Marketing nicht neu, aber die in diesem Bergriff steckende Philosophie hat sich grundlegend geändert. Klassisch ist das Beispiel des Direct-Marketing der Vorwerk-Vertriebsmethode, die ihre Staubsauger seit Jahrzehnten an der Haustür verkaufen. Aber die Zeiten ändern sich – und mit ihnen die Kosten. So ermittelte Manfred Harten vom Verkaufsleiter-Service für 1981, daß ein Außendienstbesuch 152 Mark kostet. Nach Heinz Dallmer sind diese Kosten inzwischen um 20 bis 30 Prozent gestiegen.

Hier gilt es nun aus nackten Kostengründen, neue Wege zu finden, die mindestens die gleiche Effizienz haben wie die alten, obgleich man sich darüber im klaren ist, daß es keine bessere Methode gibt, als die „from face to face".

Wenn Direct-Marketing schon neue Wege gehen soll, dann müßte auch gleichzeitig versucht werden, die alte Formel 80:20 zu brechen, die besagt, daß 80 Prozent der angeschriebenen Personen nicht kaufen, 20 Prozent der Adressaten aber doch bestellen.

Es gilt also, das große Reservoir der 80 Prozent besser auszuschöpfen. Heinz Dallmer hält einen Kaufhausprospekt aus den USA hoch, der die Größe von DIN A 5 hat, in Leinen gebunden ist und in dem man Gedichte von Kästner suchen würde, aber keine Kaufhausangebote. Solch ein Katalog landet mit Sicherheit nicht im Papierkorb, er wird als kleine Kostbarkeit aufbewahrt, häufiger durchgeblättert – und eines schönen Tages nach ihm gekauft.

Direct-Marketing wird nur dann erfolgreich sein, wenn es sich des Database-Managements bedient, zu deutsch, wenn es den Personenkreis, den es anzusprechen gilt, sehr säuberlich herausfiltert. Moderne, elektronisch gesteuerte Drucktechniken ermöglichen es zudem, für den jeweils anzusprechenden Personenkreis ganz gezielte Angebote zusammenzustellen. Wozu eigentlich einen aufwendigen Versandhauskatalog von einem Kilo versenden, in dem für Herrn Müller lediglich das Handwerkszeug, das darin angeboten wird, von Interesse ist, nicht aber die Weißwaren, Kleider oder Sportartikel? Also müßte Herr Müller mit einem Werkzeugkatalog bedient werden, Frau Müller mit einem über Hausrat, Bettwäsche, Weißwaren oder Kleider, Sohn Albert mit Sportgerät und Sportkleidung. Mit dem gezielten Katalog ist man sicherlich „direkter" am Kunden.



Heinz Dallmer, Mitglied der Geschäftsführung der Direct Marketing Bertelsmann GmbH in Gütersloh im Gespräch mit Hans Baumann, Wirtschaftskorrespondent der WELT (rechts).

Direct-Marketing hat auch nur dann einen Sinn, wenn der einmal zum Kunden gefundene Kontakt nicht mehr abreißt. Meint Heinz Dallmer: „Einen Kunden zu behalten, ist schwieriger, als einen neuen zu bekommen. Ständige Ansprache schafft ein Vertrauensverhältnis, über das sich der Kunde dann eines Tages sogar freut." Klassisches Beispiel dafür sind die Buchklubs, die auf Gedeih und Verderb darauf angewiesen sind, stets mit ihren Kunden verbunden zu sein.

Die Bedeutung des Direct-Marketing ist eigentlich wenig bekannt. 1983 zum Beispiel stiegen die Ausgaben für diese Art der Marktaufbereitung um 14,4 Prozent auf fast 1,7 Milliarden Mark. Die Werbung in den Tageszeitungen stieg „nur" um acht Prozent auf über 5,7 Milliarden Mark.

Direct-Marketing wird nach Meinung von Heinz Dalllmer auch die Grenzen zwischen den Medien immer fließender werden lassen. So kann er sich gut vorstellen, daß in TV-Werbung künftig Telefonnummern eingeblendet werden, die es dem Betrachter einer Sendung ermöglichen, direkt auf ein Angebot zu reagieren. Dies gilt in ganz besonderem Maße für Teletext. Mit Direct-Marketing hat es nichts mehr zu tun, wenn man über Teletext Kataloge anfordern kann. Man muß die interessante Information sofort auf den Bildschirm bringen können – und dann auch nach ihr ordern.

Dallmer hat eine TV-Zeitung mit Strichcodes präpariert, die neben den Programmhinweisen erscheinen. Will jemand eine Sendung aufzeichnen, so fährt er mit einem elektronischen Griffel über diesen Code, und schon ist der Videorekorder informiert, wann er welche Sendung abzurufen hat.

Wie gesagt, Direct-Marketing ist nicht neu. Es gibt Branchen, die sich seit Jahrzehnten dieses Mittels zum Kundenkontakt bedienen, etwa die Investitionsgüterindustrie, in der jeder jeden kennt, wo ein netter Brief schon zum Geschäft führt, oder kurzer Besuch von Zeit zu Zeit.

Auch die Pharma-Industrie bedient sich dieser Methode seit vielen Jahren; der Arzt- und Apothekerbesuch gehört dort zur Tagesordnung. Aber auch Verlage und vor allem Buchklubs bedienen sich dieses Vertriebsweges mit den sogenannten Mailorders. Versicherungen, Bausparkassen od[illegible]bs, wie etwa der ADAC, bedienen sich ebenfalls der schriftlichen Kontakte mit Bürgern, die sie für sich gewinnen möchten.

Fragt sich Heinz Dallmer nur, ob die Touristik eigentlich schläft. Dort gibt es Kundeninformationen in Hülle und Fülle, man kennt den Bedarf an Reisezielen. Aber es wird dort nie nachgefaßt – eine „blinde" Branche?

Ein geradezu explosiver Bereich ist die Dienstleistung. Besonders hebt Dallmer die KKB hervor. Die einzelnen Zweigstellenleiter schrieben die Bürger in ihrem Einzugsbereich an, holten sie so auf ein Gespräch in ihre Bank und machten „from face to face" auf ihre Leistungsfähigkeit als Kreditinstitut aufmerksam.

Zum Direct-Marketing gehört in immer stärkerem Maße auch das Nonprofit-Marketing. Besonders die politischen Parteien suchten auf diesem Weg Kontakt zum Wähler, indem sie Briefe und auch Hauszeitschriften verteilen. Aktionen wie World-Wild-Fund oder Unicef könnten nach Dallmer ohne Direct-Marketing nicht leben.

Wie groß die Akzeptanz von Direct-Marketing heute bereits ist, beweist Heinz Dallmer mit dem Hinweis darauf, daß bereits 40 bis 70 Prozent der deutschen Haushalte auf dem Weg der Direktwerbung kauften. Der Grund liegt auf der Hand: Die Haushalte werden kleiner, die Einkommen immer höher, die Freizeit geringer, weil die Menschen sich Hobbys zulegen. Die Hektik läßt den Wunsch nach Abbau der Distanzschwellen wachsen. Und hier kann wieder Direct-Marketing einspringen, weil es vom Kontakt lebt.

Kann man Direct-Marketing lernen? In Deutschland leider nicht, antwortet Dallmer. Ganz anders in den USA. Dort könne man dieses Fach studieren. Darum seien in der Bundesrepublik die Märkte leergefegt von guten Direct-Marketing-Fachleuten. Dallmers heimlicher Wunsch: einmal Direct-Marketing zur praxisnahen Lehre zu machen.

HANS BAUMANN

Direkt-Marketing?



Ja, ...

...weil Direkt-Marketing das Spektrum unserer Werbemaßnahmen wirksam abrundet. Mit den Methoden und Techniken dieses Mediums kann der potentielle Leserkreis unseres Blattes strukturell und regional abgegrenzt und individuell angesprochen werden.

Gerd Dieter Leilich
DIE WELT
Vertriebsleiter



Ja, ...

...weil Direkt-Marketing ein wirksames Instrumentarium bei der Kundenpflege, Neukundengewinnung und -aktivierung ist, um neue Ideen schnell, gezielt und erfolgreich zu realisieren.

Dietmar Grünberg
Leiter Marketing
Deutscher Bücherbund
Stuttgart



Ja, ...

...weil im Direkt-Marketing durch die Personalisierung der Werbemittel erhebliche Responssteigerungen möglich sind und moderne Techniken hohe Auflagen kostengünstig produzieren.



Dr. Gerd Glöckle
Lotterie-Einnahme Glöckle
Stuttgart



Ja, ...

...weil im Direkt-Marketing durch repräsentative Tests das Kosten- und Erfolgsverhältnis exakt zu messen ist, bevor man in Großauflagen investiert.

Richard Borek
Richard Borek, Versandhaus für Briefmarken, Münzen und historische Wertpapiere
Braunschweig

Direkt-Marketing mit Merkur-know-how?

Merkur ist Partner aller Direktwerber, denn Merkur hat alles, was Sie brauchen, um erfolgreich zu verkaufen, ...



Ja, ...

...weil im Direkt-Marketing immer derjenige am erfolgreichsten ist, der mit fortschrittlichen Techniken arbeitet. Das Team der Merkur-Direktwerbetechniker hat nicht nur das dafür notwendige technische Know-how. Es verfügt auch über modernste Maschinen und Anlagen. Bessere Voraussetzungen für gesteigerte Erfolge in Werbung und Verkauf gibt es nicht.

Heinz Dieter Sommer
Geschäftsführer

PS. Das nebenstehende Angebots-Spektrum für Direkt-Marketing und Direkt-Werbung paßt für kleine Werbe-Etats ebenso gut wie für große!

...zum Beispiel für Direktwerber mit gewerblichen Zielgruppen:

Branchenadressen in tausenden von Selektionen, z. B. Industriegruppen, Wirtschaftszweige, Wirtschaftstätigkeiten, Gesellschaftsformen und Unternehmens-Größenordnungen.

Datenbanken in differenzierter Feinselektion mit oder ohne Zielpersonen.

Adressenlieferformen, passend und rationell für alle Auflagen.

Werbemittel, in wirtschaftlichen Herstellverfahren. Geeignet auch für kleine Auflagen.

Abwicklungen vom Adressieren bis zum Postauflieferen: Schnell, preiswert, pünktlich.

...zum Beispiel für Direktwerber mit Berufs- und anderen privaten Zielgruppen:

Privatadressen mit Berufs-, Kaufkraft- und Besitzkriterien

Postkäuferadressen für die Neukunden-, Abonnenten- und Interessentenwerbung

Software-Systeme für die Aktualisierung, Dublettenausschaltung, Analyse der Personalisierungstauglichkeit und für alle Sonderaufgaben.

Werbemittel in allen modernen Herstell-Verfahren, vom mehrfarbigen Endlosformular bis zur elektronisch gesteuerten Verarbeitung.

Postversand mit MERKUR-Sparprogrammen, zuverlässig, wirtschaftlich, pünktlich.

Follow up und Fulfillment in allen Ablaufphasen mit allen technischen und kaufmännischen Dienstleistungen.

...zum Beispiel für alle Direktwerber, die wirtschaftlich werben wollen

Regional-Selektionen aller Adressenbestände nach aktuellen postalischen *Leitnormen bis in kleinste Einzugs*bereiche.

Kundendatei-Systeme für Aufbau und Pflege Ihrer eigenen Kunden-, Interessenten-, Außendienst- und Werbedateien.

Beratung in allen Fragen der Adressenauswahl, Adressenaufbereitung, Versandtechnik und Postauflieferung kostenlos durch die Merkur-Direktwerbetechniker.

Merkur-Info-Systeme mit News, Anregungen, Ideen, Tips, Techniken und Beispielen aus der Praxis.

...zum Beispiel für Werbeagenturen und Werbeberater

Zum Merkur-Leistungsangebot gehört alles, was für Direkt-Marketing gebraucht wird. Nur *eins nicht*: Die Kreativ-Konzeption mit Text und Gestaltung. Diesen Teil überlassen wir grundsätzlich den Werbeagenturen und Werbeberatern.

Das ist der Grund, weshalb Merkur mit vielen Agenturen und Beratern eng und vertrauensvoll zusammenarbeitet. Speziell mit den Produktionern. Denn gerade für diese haben wir manchen besonders interessanten Service.

Merkur

★★★★★★★★★★★★
Es lohnt sich ganz gewiß, über Direkt-Marketing mit Merkur zu sprechen.
★★★★★★★★★★★★

**Ihr Profi-Partner für zeitgemäßes Direkt-Marketing.
Treuhänder Ihrer Märkte. Spezialist für Computer-Technik.
Verkaufshelfer und Fachberater.**

SOFORT-KONTAKT: (055 61) 314 25



MERKUR DIREKTWERBEGESELLSCHAFT MBH & CO KG · KAPELLENSTR. 44 · 3352 EINBECK

Das große Glück aus der Lotterie per Post

Die Nordwestdeutsche Klassenlotterie (NKL), bundesweit als Staatslotterie im Auftrage von sechs Bundesländern tätig, vertreibt ihre Lose zu mehr als 85 Prozent auf dem Direct-Mail-Wege. Bedingt durch das Spielsystem gibt es zwei Lotterie-Starttermine pro Jahr. In den Werbezeiträumen vor Lotteriebeginn werden die Kunden der Lotterie zur Spielteilnahme geworben. Dies geschieht einmal über Anzeigenwerbung und die personalisierten Direct-Mailings, die 1984 ein Aufkommen von rund 40 Millionen ausmachen werden. Nicht gerechnet sind dabei die Postkontakte, die während der Kundenbetreuung im Verlauf der Lotterie darüber hinaus anfallen.

„Über Werbedruck durch schiere Quantität allein gewinnt man allerdings noch keine Spielteilnehmer", meint Rüdiger Kroll, Direktor der Nordwestdeutschen Klassenlotterie: „Der Vorteil des conveniance-Aspekts, den die Nordwestdeutsche Klassenlotterie ihren Kunden mit der Spielteilnahme per Post gegenüber anderen Lotteriespielen bietet, ist vor dem Hintergrund eines zunehmenden Qualitätswettbewerbs im Lotteriemarkt zu betrachten. Nur die Durchsetzung von konzeptionellen wie technischen Innovationen im Bereich des Direct-Mails sichert hier einen Vorsprung – zu Gunsten der Kunden wie der Lotterie gleichermaßen." Folglich werden in Zusammenarbeit mit Werbeagenturen und Druckereien unterschiedliche inhaltliche und technische Mailing-Modelle unter dem Aspekt des quantitativen und qualitativen „Response" getestet.

Doch nicht zuletzt entscheiden über die Leistungsfähigkeit eines Mailings die ausgewählten Adressengruppen – aus eigenem oder angemietetem Bestand. Neben der nach wie vor rentablen breitgestreuten Offerte gilt auch hier, daß über eine Selektion der Adressaten und durch deren differenzierte Ansprache man allen Erwartungen der Empfänger gerecht werden kann. Damit erfüllen sich dann auch die Rentabilitätserwartungen der Versender. Aber auch hier gilt: Wem das große Glück aus der Lotterie per Post gänzlich unerwünscht ist, bleibt die Wahl der Robinson-Liste offen. (DW.)

So gewinnt der Mittelstand neue Kunden

Jahrzehntelang bedienten sich vorwiegend Versandhandelsunternehmen und Verlage der Instrumente des Direct-Marketings und nutzten dabei die EDV (zum Teil auch Computeranlagen bei Rechenzentren oder List-Brokern) unter anderem für ihre Neukundengewinnung. Zwei Entwicklungen waren in den letzten Jahren wesentlich mitentscheidend für die grundsätzlich zunehmende Bedeutung des Direct-Marketing im Media-Mix:

- Auf der einen Seite die rasante Entwicklung auf dem Computermarkt – von der kostenintensiven Großrechenanlage über günstige, kleine Personal-Computer-Einheiten bis hin zum Home-Computer für den Jedermann-Gebrauch.
- Auf der anderen Seite eine Kostenexplosion in allen betrieblichen Bereichen, insbesondere für Verwaltungs- und Personalaufwendungen.

Steigende Tendenz zu Unternehmenskonzentrationen und damit parallel verlaufend enger werdende Märkte haben auf die Entscheidungen und Zukunftsperspektiven mittelstandischer Unternehmen zusätzliche Auswirkungen gehabt. Intensiver denn je reagiert der Mittelstand auf diese Entwicklungen. Die dem Mittelstand eigene unternehmerische Flexibilität ist mehr denn je zur Neuorientierung, Rationalisierung und Zukunftssicherung der Unternehmen aufgerufen.

Die EDV in Form des Personal Computers hat bereits in vielen mittelstandischen Unternehmen Einzug gehalten. Ideenreichtum, Entwicklungen neuer Strategien und kreative Formen der Kommunikation werden von Unternehmensleitungen, Kreativen und Beratern gefordert sein, um die EDV auch für die Marketing- und Werbeplanung einzusetzen – Textverarbeitungsprogramme und Adreß-Dateien eröffnen Möglichkeiten zur Marktbearbeitung per Personal Computer. Beispiele aus der Praxis zeigen schon heute, daß EDV in vielen Branchen und in vielfacher Weise zur Anwendung kommt.

Einige Beispiele sollen diese Aussagen stützen und anschaulicher werden lassen:

1. Dienstleistung – Vermarktung von EDV-Branchensoftware, bundesweit.

Ein Software-Haus macht sich die Entwicklung auf dem EDV-Markt zunutze und bietet für die Fleischwaren-Branche (Industrie/Großhandel/Einzelhandel) eine hochspezialisierte Branchensoftware an, die gegen starke Konkurrenz am Markt durchzusetzen war. Nach einer einjährigen Testphase mit dem Einsatz vielfältiger Marketing-Instrumente wurde erkannt, daß das Unternehmen den Schwerpunkt künftiger Marketing-Aktivitäten – unter Ausnutzung der eigenen EDV – auf das Direct-Marketing-Instrumentarium verlegen sollte.

Das bundesweit ermittelte Adressenmaterial, welches von List-Brokern nur undifferenziert angeboten werden konnte, wurde auf der eigenen EDV-Anlage gespeichert und durch regionale Direct-Mail-Aktionen bei Einladungen für Messeveranstaltungen, Besuchen von Außendienstmitarbeitern, Versendung von Informationsmaterial und Angebotsunterlagen sukzessive verbessert. Eine Einteilung der vorhandenen Adressen in A-B-C-Kunden konnte nach 14 bis 16 Monaten als weitestgehend abgeschlossen betrachtet werden. Ständiges Bereinigen der Adressen in der eigenen Datei brachte dem Innendienst und der Geschäftsführung erhebliche Verbesserungen bei der Analyse der Kundenstruktur, der Absatzchancen und der Zukunftsperspektiven. Durch permanente Pflege des Adreßmaterials wurde eine inzwischen hochaktuelle, nach verschiedenen Kriterien selektierbare Datei für die tägliche Arbeit des gesamten Unternehmens erstellt. Der Software-Anbieter hat heute rund 100 Installationen durchgeführt – nicht zuletzt durch konsequente Marktbearbeitung mit Direct-Marketing-Methoden.

2. Handel – Automobileinzelhandel, regionales Einzugsgebiet.

Schon im frühen Stadium der EDV-Entwicklung hatte sich ein Autohändler, der sowohl japanische Neu- wie Gebrauchtwagen verkauft, eine eigene EDV zugelegt. Buchführung, Lagerhaltung und sonstige Verwaltungsarbeiten wurden schon längere Zeit mit diesem System bearbeitet. Die Lage auf den Absatzmärkten wurde im regionalen Markt jedoch immer schwieriger, und tendenziell stagnierende Verkaufszahlen zwangen den Inhaber, über neue Vermarktungsstrategien nachzudenken.

Die EDV wurde um den Sofware-Baustein „Textverarbeitung und Adressenprogramm" erweitert und dem Unternehmen wurde nahegelegt, mit Direct-Marketing-Methoden vorhandene Märkte weiter auszubauen und neue Märkte systematisch zu erschließen. Das vorhandene Datenmaterial des alten Kundenstammes wurde so aufgebessert, daß man in Verbindung mit einer Marktforschungs-Analyse differenzierter auf Wünsche und Bedürfnisse dieser Zielgruppe Einfluß nehmen konnte.

Neu zu bearbeitende Marktsegmente waren im Bereich des Verkaufs von Pkw und Lkw an Unternehmen zu erschließen. Durch Aufbereitung entsprechenden Adressenmaterials und Einsatz geeigneter Werbemittel konnte sich der Autohändler bei den potentiellen Neukunden „Unternehmen" vorstellen. Immer wieder gab es Anlässe, dieser Zielgruppe neue Angebote oder neue Service-Leistungen zu offerieren, um den Namen, das Angebot und die Dienstleistungen des Händlers in ständiger Erinnerung zu halten. Die eigenen Adressen wurden durch die tägliche Aufbereitung und Pflege mit weiteren Daten, die sich aus den Geschäftsverbindungen ergaben, wie ein Puzzle ergänzt und erneuert.

3. Handwerk – Friseur, regionaler Markt, drei Stadtteile in westdeutscher Großstadt.

Bessere Kundenanbindung und gesteigerte Kunden-Neugewinnung – je nach Kapazitätsauslastung – standen im Vordergrund eines mittelständischen Friseurmeisters mit drei Filialen bei der Frage, Adressenmaterial auf EDV speichern und Aktionen per Computer nach Direct-Marketing-Methoden vornehmen zu lassen. Persönliche Anrede, personalisierte Briefe und die personalisierten Werbemittel passen zum „höchst persönlichen Stil" des jungen Unternehmens. Die Kunden genießen und schätzen nicht nur Beratung in einer angenehmen Atmosphäre und einen individuellen Haarschnitt, sondern sie bekommen auch persönliche Informationen vierteljährlich einmal ins Haus.

Eine Einteilung der Adreßdatei in aktive und passive Kunden, die Registrierung des Umsatzes je Kunde und die Ausgabe von Stammkundenkarten mit persönlichen Daten und Angeboten sowie Freundschaftswerbung waren erste Ziele der Direct-Marketing-Aktivitäten per Computer. Begleitende Maßnahmen mit Response-Elementen führten zahlreiche neue Kunden in die Filialen des Friseurmeisters, der seine eigene Datei dadurch permanet auf- und ausbauen konnte.

Eine Selektion der Adressen mit intimen Persönlichkeitsmerkmalen bis hin zu Allergien, Unverträglichkeitshinweisen und Besuchshäufigkeiten lassen dem Unternehmer heute viele selektive Angebotsmöglichkeiten offen. Er kann seine 4000 gespeicherten Kunden und Interessenten zukünftig differenzierter und individueller ansprechen.

4. Handwerk – Fleischerfachgeschäft mit zwei Filialen, regionaler Markt.

Die gerechte Ansprache der Verbraucher sowie eine sinnvolle Darstellung des eigenen Angebots und die Erschließung neuer Märkte waren Aufgabenstellungen eines Fleischerfachgeschäftes, das sich einem ständig wachsenden Konkurrenzdruck gegenübersah. Die eigene EDV wurde nur in geringem Maße genutzt, und der Software-Baustein „Textverarbeitung" fehlte ganz. Ein Erfolg in der Schaltung von Anzeigen war für das Unternehmen nicht mehr zu erkennen, weil dies die Konkurrenz in viel umfangreicherem Maße mit Billigangeboten permanent durchführte. So suchte der Fleischermeister, der sich mit einer eigenen Fabrikationshalle große Kapazitäten geschaffen hatte, neue Märkte wie Großverbraucher und eine gezieltere, individuelle Ansprache der Verbraucher.

Intensives Suchen nach geeignetem Adressenmaterial und die einmalige Aufbereitung dieses Materials in der eigenen EDV waren die Basis für angestrebte Direct-Marketing-Aktionen. Die Ausweitung der eigenen Service-Leistungen und die gezielte, permanente Konfrontation der Zielgruppen mit Werbebotschaften erinnern alte wie neue Kunden vierzehntäglich an das Angebot und die Leistungsfähigkeit des Unternehmens. Durch Ausdruck der Briefe und Handzettel mit Angeboten über die eigene EDV wird der Unternehmer unabhängiger und kann schneller auf veränderte Marktgegebenheiten reagieren. Er spricht seine Zielgruppen persönlich an, und der Kunde fühlt sich durch die Post von „seinem" Fleischermeister – persönlich unterschrieben – bestens informiert und individuell beachtet. Bei neuen Zielgruppen im Großverbraucherbereich kann sich das Unternehmen durch Direct-Mail-Aktionen vorstellen, in Erinnerung halten und seinen Wissensschatz über die Zielgruppe ständig elektronisch mit aktuellen Daten aufbereiten und optimieren.

H. BAYARTZ/J. KÖPF

Die Faszination der Rückläufer

Wie viele Rückläufe hat meine Direktwerbung gebracht? Wer hat sich für mein Produkt interessiert oder es bestellt? Gibt es vielleicht sogar lobende Briefe von Verbrauchern, oder hat es einer gewagt, unser Angebot zu kritisieren? Das sind die Fragen, deren Beantwortung die Werbungtreibenden am meisten fasziniert.

Die menschliche Neugier siegt ganz einfach über die kaufmännische Beurteilung der Response-Zahl. Wie wenig aussagefähig der bloße Prozentsatz der Rückläufe jedoch ist, hat schon mancher Direktmarketing-Neuling schmerzlich erfahren müssen. Hatte er doch eine Agentur gefunden, die ihm fünf Prozent oder gar 15 Prozent Rückläufe in Aussicht gestellt hatte. Das hörte sich gut an im Vergleich zu anderen, die ein Prozent oder gar nur ein halbes versprachen. Es soll sogar Berater geben, die gar nichts versprechen – das sind meistens die besten.

Und dann kamen sie wirklich, die phantastischen Rückläufe: die Reagierer auf das Preisausschreiben, auf das Versprechen, etwas kostenlos zu bekommen, auf die Zusage, etwas ganz unverbindlich testen zu können oder gar auf die Garantie, den Porsche „bestimmt" schon gewonnen zu haben.

Natürlich sind dies alles zulässige Techniken, um Aufmerksamkeit für ein Angebot zu erreichen. Doch mal ehrlich: Trauen Sie Ihrem Produkt so wenig, daß Sie den Mercedes als Zugpferd „mißbrauchen" müssen? Wie dem auch sei – es lohnt sich, die Kehrseite dieser Medaille genau zu betrachten. All diese überdimensionierten Versprechen haben nämlich auch viele Neugierige angelockt oder, wie es im Fachjargon heißt, „Abstauber" produziert.

Der geplagte Werbungtreibende muß nun alle „Reagierer" mit Probeangeboten, kostenlosen Ansichtsexemplaren, „kleinen" Zugaben und was es da sonst noch gibt ausstatten, ohne zu ahnen, wer davon ein ernstzunehmender Kunde werden wird. Man könnte fast sagen, die Kosten für den im Fachchinesisch als Fulfilment bezeichneten Aufwand schlagen doppelt zu Buche: Einerseits muß für die Nachbearbeitung mehr Geld ausgegeben werden – durch die künstlich hochgeputschten Rücklaufzahlen –, andererseits wird dieser Aufwand auch noch für am eigentlichen Angebot weniger interessierte Reagierer betrieben.

Die Methode, mit Sweepstakes oder Preisausschreiben Reagierer zu produzieren, eignet sich also bestenfalls zum sogenannten List-building beziehungsweise zur Interessentengewinnung. Doch von welcher Qualität diese Interessenten sind, hängt von den Superlativen im Werbemittel ab: Je phantastischere Dinge versprochen werden, desto mehr Phantasten werden auch in die Kundenkartei hineinbefördert. Und dann für lange Zeit als immer wieder unnötige Kosten verursachender Faktor mitgeschleppt.

Wendet man seine Aufmerksamkeit der Rentabilität eines mit weniger sensationellen Techniken gewonnenen Kunden zu, wird man schnell feststellen, daß seine Bindung an das Produkt oder die Dienstleistung höher, sein Nachkaufverhalten besser und Retouren seltener häufig sind. Mit anderen Worten: Die Kosten pro neugewonnenem Kunden (cpo = costs per order) sind mittelfristig betrachtet sehr viel niedriger.

Voraussetzung ist selbstverständlich, daß das Angebot wirklich vorteilhaft für den Verbraucher ist. Es gilt also, die besonderen Vorteile des Produktes oder der Dienstleistung zu formulieren und im Werbemittel deutlich herauszustellen. Garantien, Preisvorteile oder ein großzügiges Umtauschrecht sind zusätzlich wirksame „Verstärker" des Angebots. Die Response-Zahlen werden natürlich ein bißchen niedriger sein, aber dafür spart man nicht nur unnötige Fulfilment-Kosten, sondern auch den „Preisausschreibenporsche".

MONIKA SCHERER

Auf „Anschreiben“ kann der Werber verzichten, auf Werbebriefe nicht

Werbebriefe sind durchaus in der Lage, die Ergebnisse von Werbeaktionen zu verbessern, Rücklaufquoten zu vergrößern und andere Werbemaßnahmen vorteilhaft zu ergänzen. Auf „Anschreiben“ kann der Direktwerber verzichten, auf Werbebriefe nicht. Wo liegt da der Unterschied? Begleitbriefe für Prospekte, Kataloge oder Preislisten, die sich nur auf den Hinweis: „In der Anlage finden Sie ...“ oder auf andere Banalitäten beschränken, haben keine Werbewirkung. Sie werden als lästig empfunden. Werbebriefe dagegen stellen eine Kommunikations-Beziehung zwischen Absender und Empfänger her. Der Absender hat so die Möglichkeit, den entscheidenden Vorteil gezielter Direktwerbung – das individuelle, persönliche Verkaufsgespräch – umfassend zu nutzen.

Der Werbebrief ist folglich immer ein wichtiger Bestandteil der Direktwerbung, wenn nicht der wichtigste überhaupt. Er führt den Empfänger in das Angebot ein, er führt ihn durch den Dschungel des Für und Wider und er führt ihn letztlich zum Entschluß, zu reagieren.

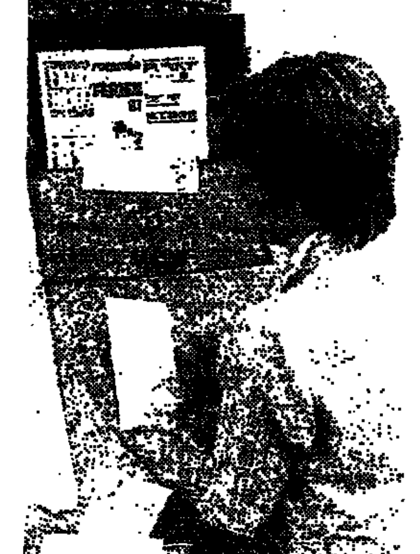
Der Werbebrief verknüpft rationale und emotionale Fakten (Vorteile, Beweise, Motive) zu einem überzeugenden Argumentenverbund. Er „moderiert“ das Zusammenwirken der anderen Werbemittel des Mailings, vertieft deren Informationen und verstärkt die Impulse, die von ihnen ausgehen. Diese Vielfalt von Wirkungsmechanismen beweist eindeutig: Werbebriefe sind notwendig. Sie erfüllen wichtige Aufgaben und sie entscheiden letztlich, ob das Angebot angenommen wird oder nicht.

Es gibt Medienuntersuchungen und Marktstudien, die versuchen, den Beweis zu liefern, daß Werbebriefe in ihrer Bedeutung hinter den anderen Werbemitteln der Direktwerbung rangieren. Das unterstützt natürlich die Skepsis. Das führt aber auch leicht zu falschen Schlüssen.

Die Ergebnisse solcher Untersuchungen sollen keineswegs angezweifelt werden. Tatsache ist aber, daß viele Werbebriefe eben gar keine sind. Es sind bestenfalls Begleitbriefe oder „Anschreiben“. Betrachtet man die Sache also differenziert, gibt es nur eine Antwort: Werbebriefe – wenn es sich wirklich um solche handelt – werden beachtet.

Niemand wird ja auch generell behaupten: Alle Krimis sind spannend. Manche sind es, viele nicht. Die spannenden Krimis sieht man sich bis zum Schluß an, die anderen werden oft bald abgeschaltet. Genauso ist es mit Werbebriefen. Wer hier den Leser zu fesseln versteht, hat gewonnen, wer nicht, wird schnell „abgeschaltet“.

Das Texten von Werbebriefen ist harte Profi-Arbeit. Es gehört mehr dazu als das einfache Aneinanderreihen von Wörtern und Gedanken. Es genügt auch nicht, der Sekretärin „ein paar Zeilen an unsere Kunden“ zu diktieren. Werbetexte müssen – wie ein Referat oder ein Fachaufsatz – systematisch konzipiert, logisch aufgebaut und verständlich formuliert werden. Nur – Aufbau und Logik sind beim Werbebrief anders. Wer „spannende“ Werbebriefe schreiben will, muß nicht nur die Grundregeln kennen. Er muß auch eigene Erfahrungen einbringen können.


Wer liest eigentlich Werbebriefe?
FOTO: POLY-PRESS

Einige dieser unverzichtbaren Grundsätze erfolgreicher, überzeugender, also „spannender“ Werbebriefe sollen hier kurz gestreift werden. Da ist zunächst die Frage: Wie liest der Empfänger den Werbebrief. Die Antwort wird manchen irritieren: Der Empfänger liest ihn bestimmt nicht so, wie der Texter es sich wünscht – spontan und logisch vom ersten bis zum letzten Wort.

Der Empfänger hat ganz andere Sachen im Kopf. Und die müssen erst zurückgedrängt werden. Er hat auch bestimmt nur wenig Zeit. Sein Interesse muß also „blitzartig“ geweckt werden. Zum Beispiel mit einer starke Einleitung, mit Hervorhebungen kurzer Textteile (Unterstreichungen), mit der Einbeziehung seines Namens (Personalisierung) oder auch mit überzeugenden Argumenten im PS. Der erste kurze Blick, den der Empfänger auf den Werbebrief wirft, die ersten Signale, die er erfaßt, können Verstärker, aber auch „Killer“ seiner Aufmerksamkeit sein.

Ist es gelungen, das flüchtige Interesse des Empfängers in eine wache Neugierde zu verwandeln, muß er fest an die Hand genommen werden. Die Fesseln müssen verstärkt, Wünsche geweckt und Einwände ausgeräumt werden. Schließlich muß bewiesen werden, warum, wie und wann er handeln soll und was das für Konsequenzen hat.

Dieser Weg ist von vielen Regeln und Erfahrungssätzen vorgezeichnet. Der Texter muß zum Beispiel die Gefahren zu kurzer oder zu langer Werbebriefe kennen. Er muß wissen, welche Wörter starke Eindrücke ausüben, welche Wörter tabu sind, wie lang Sätze und Absätze sein dürfen, wie Kosten oder Verpflichtungen „schmackhaft“ gemacht werden und mit welchen technischen Hilfsmitteln (beispielsweise Laserdrucker – siehe Foto auf der ersten Seite dieses Reports) Zusatzwirkungen erzielt werden können.

Wer es sich leisten kann, sollte Werbebriefe von erfahrenen Werbetextern schreiben lassen. Doch nicht immer reicht der Werbe-Etat dafür aus. Direktwerbung muß deshalb aber keinewegs aufgegeben werden. Es gibt gute Wege, das für Konzept und Text allgemein notwendige Grundwissen zu erwerben. Zum Beispiel die Bücher „Werbetextgestaltung“ von Heinz Hartwig und „Das Verkaufsgespräch per Brief und Antwortkarte“ von Siegfried Vögele, gerade im Verlag Moderne Industrie erschienen, die Arbeitsmappe „Programmierte Direktwerbung“ (Merkur, Einbeck) und das Grundseminar für Direktmarketing des IDM, Gelting. Alle diese Wissens-Ressourcen geben brauchbare Anleitungen und Anregungen, wie Werbebriefe wirksamer und damit erfolgreicher gemacht werden können und wie immer wieder vorkommende, oft verhängnisvolle Fehler zu vermeiden sind.

Kaufleute und Werbeleute sind kritisch und skeptisch. Mit Sicherheit kommt an dieser Stelle die Frage: Ist das hier Gesagte nur persönliche Meinung des Verfassers oder wird es von beweisbaren Fakten getragen? Die Antwort fällt relativ leicht: Direktmarketing ist differenziert meßbar. Damit unterscheidet es sich von den meisten anderen Werbemedien. Die mit Direktmarketing unlösbar verbundene Response-Dynamik macht es möglich, Wirkung und Erfolg jeder einzelnen Maßnahme exakt zu erfassen und zu kontrollieren.

Das gilt nicht nur für Gesamtaktionen. Das gilt auch für Varianten. Und daraus entsteht der Schlüssel. Er heißt Test. Dieses Forschungsinstrument versetzt den Direktwerber in die Lage, unterschiedliche Auffassungen über Text, Argumentation, Produktstrategie oder Gestaltung gegeneinander zu stellen und ihre Wertigkeiten zu vergleichen. Das gleiche gilt für die Wirkungsmechanismen einzelner Werbemittel, also auch für die des Werbebriefs. Viele der im vorliegenden Beitrag enthaltenen Fakten wurden auf diese Weise ermittelt und erhärtet. Andere entstanden aus Testerfahrungen, die aus vielfältigen Quellen erworben und zu übertragbaren Erkenntnissen verdichtet wurden. Und wieder andere wurden in wissenschaftlicher Forschungsarbeit verifiziert.

HEINZ HELL

Das neue Buch

Das Verkaufsgespräch per Brief und *Antwortkarte* von Siegfried Vögele, 372 Seiten, Subskriptionspreis bis 31. 12. 1984 128 DM danach 148 DM, Verlag Moderne Industrie, Landsberg, 1984, ISBN 3-478-21300-2.

Immer mehr Branchen außerhalb des klassischen Versandhandels suchen den Weg zur erfolgskontrollierten Direktwerbung, zum schriftlichen Verkaufsgespräch. Die Zahl der Briefaktionen jeder Art, die heute persönliche Verkaufsgespräche ersetzen und ergänzen müssen, wächst schneller als der Nachwuchs junger Naturtalente für das Texten und Gestalten. Deshalb begann schon vor Jahren die Suche nach einer erlernbaren Methode für das Entwickeln schriftlicher Verkaufsgespräche.

Siegfried Vögele hat einen leicht lernbaren Weg gefunden: seine Dialogmethode. Sie wurde jetzt auf dem 12. Internationalen Direct Marketing Symposium der Fachwelt vorgstellt. Das Buch stellt eine hervorragende Einführung in den Beruf des schriftlichen Verkäufers, vor allem aber ein in sich abgeschlossenes Beratungs-Fachbuch mit sofort anwendbarem Wissen dar. Mehr als 60 unterschiedliche *Marketing-Aufgaben* sind heute erfolgreich per Brief und Antwortkarte nach der Dialogmethode lösbar und im Ergebnis sofort meßbar.

Das „Verkaufsgespräch per Brief und Antwortkarte“ öffnet neue Wege im Vertrieb und dies nicht nur für den Direktwerber, sondern vor allem für Verkäufer. Verkaufsleiter, Vertriebsleiter und alle Mitarbeiter im Marketingbereich der Industrie, des Handels und der Dienstleistungsunternehmen jeder Größe. Ein Fachbuch also sowohl für selbständige Unternehmer, Geschäftsführer und Manager als auch für den Nachwuchs in Werbung und Verkauf, die Korrespondenten im Verkaufsinnendienst und für alle, die sich für das Thema „Direkte Kommunikation“ interessieren.

Der Autor ist Direktwerbeberater, Fachdozent für Direktwerbung an der Bayerischen Akademie der Werbung in München, Leiter seines Institutes für Direkt-Marketing und ständiger Gastreferent für Direkt-Marketing am Lehrstuhl für Psychologie der Universität München.

(WR.)

Datenschutz und Marketing

Das nun seit fast sieben Jahren bestehende Bundesdatenschutzgesetz, um dessen Für und Wider es eine Zeitlang ruhig geworden war, ist in den Jahren 1983 und 1984 wieder in den Blickpunkt des öffentlichen Interesses gerückt. Das Stichwort heißt: Novellierung. Aber angesichts der zunehmenden Bürokratie, die bald nicht mehr überschaubar ist, und der zunehmenden Gesetzes- und Normenflut sollte sich jeder überlegen, ob er sich mit dem Ruf nach dem Gesetzgeber noch profilieren kann.

Richtig ist, daß sich in sieben Jahren das Datenschutzrecht und die Praxis des Datenschutzes in der Bundesrepublik wie im internationalen Bereich erheblich fortentwickelt haben. Ein kaum noch zu überblickendes Schrifttum, Gerichtsentscheide auf den Gebieten des Zivil-, Straf-, Verwaltungs- und Arbeitsrechts sowie die ergangenen „Datenschutzanweisungen“ verschiedener inter- und supranationaler Institutionen zeugen von der Bedeutung dieser Materie, die zunehmend Verwaltungshandeln und wirtschaftliche Abläufe bestimmt.

Der rapide Fortgang des Datenschutzrechts, vorangetrieben ebenso durch geschärftes Bewußtsein der Betroffenen und der datenverarbeitenden Stellen wie durch die Ausweitung technologischer Möglichkeiten, die zusätzliche und größere Gefahrenherde für den Freiheitsraum des einzelnen schaffen, zeichnete sich schon gegen Ende des Gesetzgebungsverfahrens zum Bundesdatenschutzgesetz ab: Noch vor Gesetzeskraft wurden Forderungen nach einer Novellierung erhoben. Um so mehr fragt es sich, warum bisher eine Datenschutznovelle noch nicht die parlamentarischen Hürden genommen hat.

Bewährtes Gesetz

Unabhängig von den politischen Grundpositionen der Parteien einerseits und der nicht zu verkennenden Abwehrfront der Wirtschaft andererseits kann die bisher nicht stattgefundene Novellierung damit begründet werden, daß das Bundesdatenschutzgesetz ein Gesetz ist, das sich in seinen Grundsätzen bewährt hat. Die von diesem Gesetz abgedeckten Rechtstatbestände sind noch zu neu und nicht hinreichend ausgelotet, als daß sie Gegenstand von Wahlkampagnen werden dürften. Die meisten Probleme sind bereichsspezifischer Natur. Sie können und sollten nicht im BDSG geregelt werden, weil das Gesetz von seiner Grundkonzeption her als ein Auffanggesetz bezeichnet werden kann, das heißt, daß es nur dann zur Anwendung kommt, wenn der Schutz des Persönlichkeitsrechts bei der Datenverarbeitung nicht durch andere Vorschriften erfolgt.

Es hat sich gesetzestechnisch als unmöglich erwiesen, die Querschnittsmaterie Datenschutz, die in eine Vielzahl von Rechtsgebieten hineinwirkt, in einem einzigen Gesetz abschließend zusammenfassend zu regeln. Deshalb sind auch in den vergangenen Jahren mehrere Gesetzesvorhaben mit bereichsspezifischen Datenschutzregelungen verabschiedet worden, so beispielsweise das Bundesstatistikgesetz, das geänderte Personalausweisgesetz und das Melderechtsrahmengesetz. Die genannten Beispiele zeigen, daß die Aufgabe, Datenschutz zu gewähren, nicht allein mit den Regeln, die das Bundesdatenschutzgesetz aufstellt oder durch eine Novellierung noch zusätzlich schaffen könnte, erfüllt werden kann.

Eine Novellierung des Bundesdatenschutzgesetzes sollte – wenn überhaupt – daher sehr behutsam vorgenommen werden, will man nicht erreichen, daß das Bundesdatenschutzgesetz von seiner Intention her ausufert. Die Befürworter einer Novellierung könnten zwei Ziele verfolgen: Erstens, für den Betroffenen soll der Datenschutz noch durchschaubarer und noch wirksamer und damit besser werden als bisher, und zweitens, für den Anwender sollen die Anforderungen an Datenschutz und Datensicherung klarer und damit in der Praxis des Alltags praktikabler werden.

Beide Ziele lassen sich zu einer allgemein gültigen Aussage zusammenfassen: Automatisierte Datenverarbeitung ist ein notwendiges und damit unverzichtbares Werkzeug in unserer Gesellschaft. Dieses Werkzeug muß für den Betroffenen wie für den Anwender überschaubar und kontrollierbar bleiben, wenn es als dienendes Instrument den Fortbestand unserer Gesellschaft sichern helfen soll. Die praktischen Erfahrungen, die seit dem Inkrafttreten des Bundesdatenschutzgesetzes gesammelt wurden, müssen bei der Novellierung selbstverständlich berücksichtigt werden. Redaktionelle Unzulänglichkeiten, die der jetzt gültigen Fassung des Gesetzes leider anhaften, sollen, wo irgend angängig, bereinigt werden.

Der technologischen Entwicklung, die gerade auf dem Gebiet der automatisierten Datenverarbeitung in sich fast überstürzender Geschwindigkeit voranschreitet, muß bei allen Vorschlägen zur Novellierung Rechnung getragen werden. Allerdings darf die Novellierung des Bundesdatenschutzgesetzes nicht zu überstürzten Aktionen führen, auch wenn dieses Thema noch so gut für die politischen Standortbestimmungen der Parteien beispielsweise in Wahlkämpfen ist.

Das Bundesdatenschutzgesetz hat zum Teil einschneidende Veränderungen für die Verarbeitung personenbezogener Daten im Wirtschaftsbereich bewirkt. Die rechtliche Kanalisierung der Datenflüsse, die engen Grenzen für die Zulässigkeit der Speicherung und sonstigen Verarbeitung personenbezogener Daten haben zwangsläufig zu Einschränkungen im Wirtschaftsbereich – beispielsweise im Marketingbereich – geführt. Erheblicher Verwaltungsaufwand ist durch die Pflichten, die das Gesetz – mittelbar oder unmittelbar – den Unternehmen auferlegt hat, zutage getreten und hat zu einem nicht unbeträchtlichen Kostenfaktor geführt. Angesprochen seien etwa die vom Gesetz vorgeschriebenen Datenversicherungsmaßnahmen, die möglicherweise erforderlich gewordene Einstellung betrieblicher Datenschutzbeauftragter, die Durchführung der Benachrichtigung des Betroffenen oder *Maßnahmen, die aus Ansprüchen* des Betroffenen auf Berichtigung, Löschung, Sperrung und Auskunft entstehen.

Alles unter Kontrolle

Natürlich kann man die Augen nicht vor der Tatsache verschließen, daß sich in einer hochtechnisierten Gesellschaft die Gefahren für den einzelnen verstärken. Die Rechtsgemeinschaft muß zum Schutz der Individualsphäre und zur Sicherung freier Persönlichkeitsentfaltung Maßnahmen treffen, die besonderen, aus dem Wirken der neuen Informationstechnologien entstandenen Risiken unter Kontrolle zu bringen – selbst dann, wenn hiermit teilweise beträchtliche Kosten zu Lasten der datenverarbeitenden Stellen – insbesondere auch der Wirtschaft – erwachsen.

STEFFEN HÖRLE

Redaktion: Heinz-R. Scheika, Bonn
Anzeigen: Hans Biehl, Hamburg